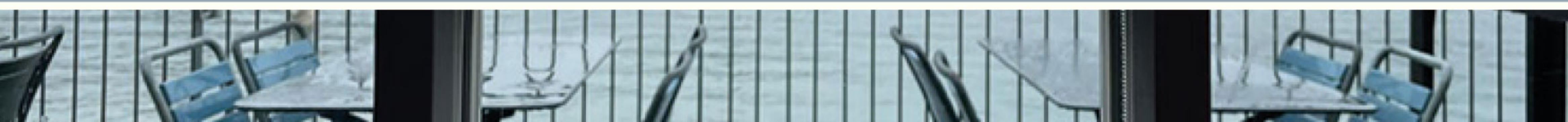


Jens Vogler | Monika Alisch |
Manuela Westphal (Hrsg.)

Migration und Diversität

Zum Wandel Sozialer Arbeit
durch Zuwanderung

Band 15



Migration und Diversität

Buchreihe
Gesellschaft und Nachhaltigkeit

herausgegeben vom Zentrum Gesellschaft und
Nachhaltigkeit (CeSSt) der Hochschule Fulda

Prof. Dr. Monika Alisch
Prof. Dr. Carola Bauschke-Urban
Dr. Sylvia Pannowitsch
Prof. Dr. Martina Ritter
Prof. Dr. Bettina Stoll

Band 15

Jens Vogler
Monika Alisch
Manuela Westphal (Hrsg.)

Migration und Diversität

Zum Wandel Sozialer Arbeit
durch Zuwanderung

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2023

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

© 2023 Dieses Werk ist beim Verlag Barbara Budrich GmbH erschienen und steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0): <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>
Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung, Vervielfältigung und Bearbeitung unter Angabe der Urheber*innen, Rechte, Änderungen und verwendeten Lizenz. Stauffenbergstr. 7 | D-51379 Leverkusen | info@budrich.de | www.budrich.de



Die Verwendung von Materialien Dritter in diesem Buch bedeutet nicht, dass diese ebenfalls der genannten Creative-Commons-Lizenz unterliegen. Steht das verwendete Material nicht unter der genannten Creative-Commons-Lizenz und ist die betreffende Handlung gesetzlich nicht gestattet, ist die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers für die Weiterverwendung einzuholen. In dem vorliegenden Werk verwendete Marken, Unternehmensnamen, allgemein beschreibende Bezeichnungen etc. dürfen nicht frei genutzt werden. Die Rechte des jeweiligen Rechteinhabers müssen beachtet werden, und die Nutzung unterliegt den Regeln des Markenrechts, auch ohne gesonderten Hinweis.

Dieses Buch steht im Open-Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (<https://doi.org/10.3224/84742744>). Eine kostenpflichtige Druckversion (Print on Demand) kann über den Verlag bezogen werden. Die Seitenzahlen in der Druck- und Onlineversion sind identisch.

ISBN 978-3-8474-2744-5 (Paperback)
eISBN 978-3-8474-1914-3 (PDF)
DOI 10.3224/84742744

Umschlaggestaltung: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow – www.lehfeldtgraphic.de
Titelbildnachweis: Foto: Bettina Lehfeldt
Typographisches Lektorat: Anja Borkam, Jena – kontakt@lektorat-borkam.de
Druck: docupoint GmbH, Barleben
Printed in Europe

Vorwort der Reihenherausgeber:innen

In der Diskussion um Nachhaltigkeit hat sich längst eine Sichtweise durchgesetzt, welche die drei Dimensionen von Nachhaltigkeit – sozial, ökologisch und ökonomisch – als unteilbar miteinander verbunden erkannt hat und stärker die Wechselwirkungen und Zielkonflikte insbesondere mit Blick auf soziale Innovationen fokussiert.

Die angestrebte Gleichzeitigkeit und Gleichwertigkeit und das Ausbalancieren der drei Nachhaltigkeitsdimensionen ist die große gesellschaftliche Herausforderung und kann in einer hoch differenzierten Gesellschaft nur dann gelingen, wenn die Vielfalt der Perspektiven ausreichend zum Tragen kommt und entsprechende Institutionen kooperativ und kommunikativ ihre Ressourcen auf diesen Anspruch ausrichten.

Als Bildungseinrichtung sieht sich die Hochschule für angewandte Wissenschaften in Fulda gefordert, diese Herausforderung anzunehmen und in der Forschung nicht nur interdisziplinär, sondern transdisziplinär aufzugreifen. Dazu hat die Hochschule im Jahr 2011 das wissenschaftliche Zentrum „Gesellschaft und Nachhaltigkeit – Centre of Research for Society and Sustainability (CeSSt)“ gegründet, in dem sich über fünfzig Wissenschaftler:innen aus verschiedensten Fachgebieten für einen wissenschaftlichen Austausch und die Entwicklung von innovativen Forschungs- und Transferprojekten zusammengetan haben.

Die Schriftenreihe „Gesellschaft und Nachhaltigkeit“ dokumentiert die Arbeit des Zentrums und sensibilisiert für eine sozialverträgliche Entwicklung in unterschiedlichen gesellschaftlichen Handlungsfeldern. Gefragt wird, ‚was‘ zu tun ist, aber auch ‚wie‘ gesellschaftliche Verantwortung umgesetzt und soziale Innovationen befördert werden können.

Die Beiträge der seit dem Jahr 2012 erscheinenden Schriftenreihe befassen sich nicht nur mit Fragen der Befriedigung von Grundbedürfnissen zur Reduzierung von (globaler) Armut, sondern auch mit denen der Entwicklung von Humankapital beispielsweise durch Bildung oder Gesundheitsversorgung und adressieren neben diesen auf materielle und immaterielle Ressourcen gerichteten Herausforderungen auch die Gender- und Generationengerechtigkeit, sozialräumliche Disparitäten und die Operationalisierung von Menschenrechten durch Prozesse von Teilhabe.

Fulda, September 2023

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Reihenherausgeber:innen	5
---	---

Jens Vogler, Monika Alisch und Manuela Westphal

Einleitung: Migration und Diversität – Soziale Arbeit im Wandel	9
---	---

Monika Alisch, Manuela Westphal und Jens Vogler

Diversität als Herausforderung Sozialer Arbeit – professionell und zivilgesellschaftlich organisierte Migrationsarbeit im Wandel	15
--	----

Jens Vogler, Monika Alisch und Manuela Westphal

„Das ist mehr die moderne Soziale Arbeit“ – Selbst- und Fremdverständnisse von freiwillig Engagierten und Sozialarbeiter*innen in der kommunalen Migrations(sozial)arbeit	44
---	----

Jens Vogler, Manuela Westphal und Monika Alisch

Zwischen Fürsorge und sozialer Dienstleitung – Hilfe aus der Perspektive von Zugewanderten	60
--	----

Jens Vogler

Die dunkle Seite des freiwilligen Engagements – Vom Benennen einer paternalistischen Praxis zur Notwendigkeit einer rassismuskritischen Thematisierung	74
--	----

Katja Jepkens, Lisa Scholten und Anne van Rießen

Diversität im Engagement: Die Relevanz des Sozialraums	89
--	----

Anke Freuwört

Die demokratische Legitimität und politische Pluralität von
Ausländerbeiräten – Aufgaben der politischen Bildung?..... 104

Karin Mackevics

Über Profilbildung und Abgrenzung – Zum produktiven
Ineinandergreifen von Profession und freiwilligem Engagement 115

Antonia Rösner

Vernetzt euch! Netzwerke in der Migrationsarbeit – Potenziale,
Herausforderungen und Chancen 128

Peggy Niering, Teslihan Ayalp und Jan Benedix

Netzwerke im Wandel..... 137

Linda Kalb-Müller, Sina Conradi und Diana Helfrich

Patenschaftsprojekte – gelebte Diversität!? 151

Lydia Mesgina und Sergio Andrés Cortés Núñez

Solidarisches Handeln in der Migrationsgesellschaft – Migrantische
Organisationen gestalten Deutschland mit!..... 165

Autor*innenverzeichnis 177

Einleitung: Migration und Diversität – Soziale Arbeit im Wandel

Jens Vogler, Monika Alisch und Manuela Westphal

Diversität im Sozialraum wird durch professionelle Soziale Arbeit und freiwillig Engagierte in zivilgesellschaftlichen Organisationen befördert. Freiwilliges Engagement, das sich in Vereinen, temporären Initiativen oder informellen Hilfestrukturen für Zugewanderte einsetzt, wird zusammen mit Sozialer Arbeit als wesentlich dafür gesehen, dass kulturelle Vielfalt und Diversität im Gemeinwesen gelingen kann und (Selbst-)Hilfepotenziale sowie Verständigung und Vorurteilsabbau in den wechselseitigen Integrationsanstrengungen zustande kommen (Alisch/Westphal 2019).

Ob und wie der Umgang mit Diversität im sozialräumlichen Kontext überhaupt gelingt und welcher institutionelle Wandel der Sozialen Arbeit damit einhergeht oder einhergehen sollte, war die zentrale Frage des Forschungsprojektes „ProZiS – Zum Wandel **p**rofessioneller und **z**ivilgesellschaftlicher Sozialer Arbeit durch Zuwanderung“. Das Verbundprojekt¹ der Hochschule Fulda und der Universität Kassel wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) von 2018 bis 2021 in der Fördermaßnahme „Migration und gesellschaftlicher Wandel“ gefördert. Diese im Jahr 2016 veröffentlichte Ausschreibung entstand angesichts der Zuwanderung von aus Kriegsgebieten und wirtschaftlicher Not geflüchteten Menschen nach Deutschland und sollte das politische Ziel stützen, „eine allgemeine Teilhabe zu ermöglichen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern und zu stärken“ (BMBF 2016). Für die Institution Soziale Arbeit bedeutete die als Flüchtlingswelle oder -krise beschriebene Entwicklung eine vielschichtige Herausforderung, die wir mit dem Forschungsvorhaben im „Akteursdreieck“ von Professionellen in der kommunalen Migrationsarbeit, freiwillig Engagierten und ihren Organisationen sowie zugewanderten Menschen untersuchen wollten.

Neben der Sicht auf die Institutionen professionell und zivilgesellschaftlich organisierter Arbeit für und mit Migrant*innen, interessierte uns auch die Ebene der sozialen Beziehungen: Alltagskontakte, wie sie im freiwilligen En-

1 In dem von Monika Alisch und Manuela Westphal geleiteten Projekt haben Anke Freuwört und Jens Vogler als wissenschaftliche Mitarbeiter*in gearbeitet und ihre Dissertationsprojekte umgesetzt.

agement oder der Nachbarschaft entstehen (können), gelten in der Migrations- und Integrationsforschung als nachweislich wichtig für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Über den unspezifischen Auftrag Sozialer Arbeit hinaus, diese Erkenntnis als Potenzial für Teilhabe und Integration zu nutzen, wird in Programmen und Projekten auch versucht, Vertrauensverhältnisse über ethnische Grenzen hinweg (Lietz 2020: 62) zu initiieren, verbunden mit einer gewissen Hoffnung, dass aus Patenschaften Freundschaften entstehen (BMFSFJ 2021), da dies als Moment von Integration und Teilhabe essenziell sei.

In unserem Verbundprojekt sind zwei methodisch unterschiedliche Teilprojekte entstanden: Zum einen ging es um die „Diversitätskonzepte von Akteur*innen im Sozialraum“, die in Zusammenarbeit mit zwei Praxispartner*innen, dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg sowie der Stadt Kassel, untersucht wurden. Zum anderen wurden „Beziehungskonzepte zwischen Engagierten und Zugewanderten“ fokussiert. Die beiden im Forschungsprozess miteinander verwobenen Teilprojekte mündeten in dem Versuch, die Forschungserkenntnisse nicht nur in die Praxis der Migrationsarbeit zurückzumelden, sondern im Sinne einer transdisziplinären Forschungsweise, Anlässe zu schaffen, gemeinsam mit der Praxis zu weiteren, handlungsverändernden Erkenntnissen zu kommen.

Dies gelang in drei Schritten: Gemeinsam mit Vertreter*innen der Praxis – über die Fallkommunen hinaus – wurde im September 2021 eine aufgrund der Corona-Pandemie im Online-Format organisierte bundesweite Praxiskonferenz durchgeführt, in der die wesentlichen Erkenntnisse zum Wandel Sozialer Arbeit durch Zuwanderung diskutiert wurden. Die Erkenntnisse aus dieser Diskussion wurden im zweiten Schritt als „ProZiS – Transfer-Impulse“ verdichtet und so ein hohes Maß an Übertragbarkeit der Erkenntnisse hergestellt. Die sechs Impulse enthalten jeweils die Problematik des Wandels und Ansätze zur Bewältigung und wurden auf den Homepages der Fachbereiche bzw. -gebiete der beteiligten Hochschulen bereitgestellt.

Diese Transfer-Impulse gaben auch die Struktur für die Abschlusstagung „Gelingende Diversität im sozialräumlichen Kontext“ im Juni 2022 vor, deren Diskussionen den Rahmen für diesen Band bilden und als unabgeschlossenes und damit stets weiter zu führendes Projekt einer gelingenden Diversität im Gemeinwesen gelesen werden können.

Auf dieser Tagung wurden die Projekterkenntnisse – aufbereitet in vier Arbeitsgruppen – mit Vertreter*innen der Praxis sowie Wissenschaftler*innen, die zu ähnlichen Fragestellungen arbeiten, diskutiert. Zur Diskussionsrunde „Arbeitsteilung zwischen Fachkräften der Sozialen Arbeit und freiwillig Engagierten“ hat Marlene Jänsch, auf Grundlage ihrer Forschung zu Hilfebeziehungen im freiwilligen Engagement einen Impuls gesetzt. Antonia Rösner, Koordinatorin des WIR-Programms im Landkreis Hersfeld-Rotenburg, regte die Diskussion zu „Netzwerken in der Migrationsarbeit“ an. Sergio Andrés Cortés

Núñez vom Paritätischer Wohlfahrtsverband und Lydia Mesgina vom Kompetenzzentrum Vielfalt – Migrantenorganisationen, beramí e.V. leiteten die Diskussion zur „Beteiligung von Migrant*innenselbstorganisationen in der kommunalen Migrations(sozial)arbeit“ ein und fokussierten dabei auf Fragen von Solidarität in der Migrationsgesellschaft. Die Diskussion zu „Patenschaften in der Migrationsarbeit“ wurde von Diana Helferich von der AWO Fulda Stadt und Land e.V. initiiert.

Diese Stimmen der Praxis kommunaler Migrationsarbeit bilden einen wesentlichen Teil dieses Buchbandes. Der aktuelle wissenschaftliche Diskurs zum Thema wurde durch Vorträge zum Umgang mit Diversität eingebracht. Prof. Dr. Nividita Prasad (Alice Salomon Hochschule Berlin) sprach zu „Rassismuskritik in der Sozialen Arbeit“, Prof. Dr. Anne van Rieën (Hochschule Düsseldorf) hob im Beitrag „Diversität im Kontext von Engagement. Herausforderungen für die Soziale Arbeit“ die Rolle des freiwilligen Engagements hervor, Prof. Dr. Katrin Großmann (Fachhochschule Erfurt) stellte das ambivalente Verhältnis von Migration und Konflikt in den Fokus und Prof. Dr. Rebecca Pates (Universität Leipzig) akzentuierte in ihrem Beitrag „Das ‚Land mit Migrationshintergrund‘ und seine Leistungsträger*innen – worum es in der Debatte um Zugehörigkeit geht“ den Zusammenhang von Zugehörigkeit und Leistung.

Die Erkenntnisse aus dem Forschungsprojekt ProZiS wurden inzwischen breit diskutiert. Auch in den wissenschaftlichen Formaten der Kommunikation – nationale und internationale Konferenzbeiträge und Publikationen – haben wir versucht, dazu beizutragen, dass der Wandel der Sozialen Arbeit im Handlungsfeld der Migrationsarbeit nicht nur erfahren und zur Kenntnis genommen wird, sondern zu Veränderung führt.

Mit diesem, das ProZiS-Projekt abschließenden Band nutzen wir nochmal die Gelegenheit, die Essentials unserer in verschiedenen Fachzeitschriften zwischen 2020 und 2023 veröffentlichten Erkenntnisse zusammenzufassen. Unter dem Titel *Diversität als Herausforderung Sozialer Arbeit – professionell und zivilgesellschaftlich organisierte Migrationsarbeit im Wandel* (Monika Alisch, Manuela Westphal und Jens Vogler) haben wir dazu in kompakter Weise die Erkenntnisse und Schlussfolgerungen zu Veränderungen Sozialer Arbeit sowohl auf der Ebene der Organisation(en) Sozialer Arbeit als auch auf der Ebene der Beziehungen zwischen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte nochmals pointiert.

Zudem hat die Tagung dazu angeregt, zu einigen Aspekten tiefer in die Analyse unseres Datenmaterials zu gehen. Der Beitrag unter der Autor*innenschaft *Jens Vogler, Monika Alisch, Manuela Westphal* zeigt neue Erkenntnisse unter dem Titel *“Das ist mehr die moderne Soziale Arbeit“ – Selbst- und Fremdverständnisse von freiwillig Engagierten und Sozialarbeiter*innen in*

der kommunalen Migrations(sozial)arbeit und stärkt eine professionalitätsbezogene Argumentation zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden in den Arbeitsbeziehungen zwischen den Akteuren der Sozialen Arbeit und des freiwilligen Engagements.

Die Zugewanderten als dritte Akteursgruppe im oben erwähnten „Akteursdreieck“, standen in der Anlage des Projektes aber auch in den Ergebnissen bezüglich der sozialen Beziehungen zwischen Zugewanderten und nicht Zugewanderten, die sich als befreundet bezeichnen, eher nicht im Vordergrund. Deshalb haben wir in der Autor*innenkonstellation *Jens Vogler, Manuela Westphal und Monika Alisch* in dem Beitrag *Zwischen Fürsorge und sozialer Dienstleitung – Hilfe aus der Perspektive von Zugewanderten* die Perspektive der Zugewanderten herausgearbeitet und setzen einen neuen Akzent im Forschungsfeld, das sich mit Hilfen für Zugewanderte beschäftigt, indem wir nicht bei der Perspektive der freiwillig Engagierten, der Fachkräfte in den Verwaltungen, den Sozialarbeitenden usw. verbleiben, sondern die Perspektive derjenigen, die die Hilfe erhalten, in den Fokus rücken.

Uns war klar, dass sich eine Praxisforschung wie wir sie entwickelt und umgesetzt haben, auch rassismuskritisch positionieren muss. Diesem Anspruch ist *Jens Vogler* nachgekommen und setzt sich in dem Beitrag *Die dunkle Seite des freiwilligen Engagements – Vom Benennen einer paternalistischen Praxis zur Notwendigkeit einer rassismuskritischen Thematisierung* – u. a. anhand unseres empirischen Materials – mit dem „Rassismus des Helfens“ (Byakuleka 2016: 18) in *personenbezogener Hilfe* von freiwillig Engagierten in der kommunalen Migrationsarbeit auseinander.

Den Zusammenhang zwischen Sozialraum im Kontext von Diversität, Migration und Engagement, wie wir ihn im ProZiS-Projekt ausgeleuchtet haben, nehmen auch die Autorinnen *Katja Jepkens, Lisa Scholten und Anne van Rieën* in ihrem Beitrag *Diversität im Engagement: Die Relevanz des Sozialraums* auf. Sie zeigen anhand der empirischen Ergebnisse zweier Forschungsprojekte die Diversität engagierter Menschen und diskutieren Befunde zu formalisiertem und informellem Engagement bezogen auf die Personen(gruppen), Inhalte, dem Nutzen und den Motiven dieses Engagements, um daraus die Bedeutung des Sozialraums für Diversität im Engagement herauszuarbeiten.

Eine weitere wissenschaftliche Expertise wird im Beitrag von *Anke Freuwört*, die als wissenschaftliche Mitarbeiterin am ProZiS-Projekt beteiligt war, aufgerufen. Auch sie bietet mit ihrem Beitrag *Die demokratische Legitimität und politische Pluralität von Ausländerbeiräten – Aufgaben der politischen Bildung?* basierend auf ihrer empirischen Untersuchung die Chance, die Perspektive der Zugewanderten auf der gesellschaftlichen Ebene der politischen Interessensvertretung stärker in der fachpraktischen und der wissenschaftlichen Diskussion hervorzuheben.

Die Beiträge der Praxis starten mit den Praxispartner*innen unseres Forschungsprojekts. *Peggy Niering, Teslihan Ayalp und Jan Benedix*, als Vertreter*innen der Stadt Kassel, zeigen in ihrem Beitrag *Netzwerke im Wandel*, welche Netzwerke sich in der Stadt Kassel mit Fragen der Integration und Migration beschäftigen, wie sie sich in den letzten Jahren gewandelt haben und wie diese aktiv in die Stadtgesellschaft eingebunden werden.

Antonia Rösner, die unsere Kooperation mit dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg gestaltete, zeigt in ihrem Beitrag *Vernetzt euch! Netzwerke in der Migrationsarbeit – Potenziale, Herausforderungen und Chancen* auf, inwiefern dem Mehrwert einer guten, d.h. übersichtlichen und klaren Vernetzungsarbeit mit offenen und transparenten Kommunikationswegen, künftig eine größere Aufmerksamkeit zukommen sollte. Damit schließt sie sich unseren Erkenntnissen an, die entsprechende Problematiken der in Programmen und Projekten stets geforderten, aber nicht sehr intensiv geförderten Vernetzungsarbeit in der kommunalen Migrationsarbeit, aufzuzeigen.

Die weiteren Praxisbeiträge zu diesem Band sind entlang der Diskussionsrunden entstanden, die wir für die Abschlusstagung des Projektes initiiert hatten. So hat *Karin Mackevics* ihren Beitrag mit dem Titel *Über Profilbildung und Abgrenzung – Zum produktiven Ineinandergreifen von Profession und freiwilligem Engagement* als Versuch einer Antwort auf die Frage angelegt, die in den ProZIS-Transfer-Impulsen von uns aufgeworfen wird, was die inhaltliche Aushandlung von Kompetenzen und Qualitäten des Handelns zwischen Sozialarbeitenden und freiwillig Engagierten für die Praxis bedeuten kann. Die Autorin bezieht sich auf ihre praktischen Erfahrungen als Geschäftsführerin des Vereins zur pädagogischen Arbeit mit Kindern aus Zuwandererfamilien (VPAK) e. V. in Osnabrück sowie auf Erfahrungen und Reflexionen ihres eigenen Engagements als Mitglied im Migrationsbeirat der Stadt Osnabrück und als Mitglied des Beirats des Paritätischen Jugendwerks.

Mit der Frage, inwieweit mit Patenschaftsprojekten tatsächlich ein Schritt zu einer gelingenden Diversität in der Gesellschaft erreicht wird, setzen sich *Linda Kalb-Müller, Sina Conradi und Diana Helfrich* in ihrem Beitrag *Patenschaftsprojekte – gelebte Diversität!* auseinander. Sie beziehen sich auf ihre praktischen Erfahrungen eines Patenschaftsprojektes der Arbeiterwohlfahrt im Landkreis Fulda und geben Einblick in die damit verknüpften Herausforderungen der Vermittlung von Patinnen und Paten, der Vorbereitung und Begleitung der Beteiligten solcher initiierten Patenschaften und reißen positive, aber auch kritische Aspekte an, die auf eine stärkere Fokussierung der Lebenswelt der geflüchteten Menschen in solchen Patenschaftsprojekten verweisen.

Im letzten Beitrag des Bandes steht wiederum die Perspektive der Zugewanderten im Zentrum, wenn *Lydia Mesgina und Sergio Andrés Cortés Núñez* sich in ihrem als Gespräch angelegten Beitrag *Solidarisches Handeln in der Migrationsgesellschaft – Migrantische Organisationen gestalten Deutschland mit!* mit der Rolle von Migrant*innenselbstorganisationen auseinandersetzen,

in denen und mit denen sie in ihrer Praxis arbeiten. Dabei rücken sie den Paradigmenwechsel in der Integrations- und Teilhabepolitik in Deutschland in den Vordergrund und diskutieren über machtkritische Kooperationen zwischen Trägern der Sozialen Arbeit und Migrant*innenselbstorganisationen. Auch sie positionieren sich kritisch im Hinblick auf das Aushandeln von Arbeitsformen und Anforderungen an Qualität in den im ProZiS- Projekt herausgearbeiteten neuen Arbeitsteilungen zwischen den Akteur*innen der kommunalen Migrationsarbeit.

Schließlich möchten wir den Kooperationspartner*innen aus Wissenschaft und Praxis für ihre vielfältige Beteiligung danken. Ein großer Dank gilt den Forschungspartner*innen im „Akteursdreieck“ für ihr Vertrauen und ihre Zeit, um mit uns über ihre Arbeits- und Beziehungserfahrungen in der kommunalen Migrationsarbeit zu sprechen. Ein besonderer Dank gilt damit den Professionellen Sozialer Arbeit, den freiwillig Engagierten und ihren Organisationen sowie den zugewanderten Menschen im Landkreis Hersfeld-Rotenburg und in der Stadt Kassel.

Literatur

- Alisch, Monika/Westphal, Manuela (2019): Zwischenräume professionell und zivilgesellschaftlich organisierter Sozialer Arbeit mit Zugewanderten. In: Alisch, M. (Hrsg.) (2019): Zwischenräume - Sozialraumentwicklung und Sozialraumorganisation in der Einwanderungsgesellschaft. 1. Aufl. Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 20. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, S. 99–114.
- BMBF (2016): Bekanntmachung. Richtlinie zur Förderung der Maßnahme „Migration und gesellschaftlicher Wandel“ im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms „Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften“. Bundesanzeiger vom 15.11.2016. https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/bekanntmachungen/de/2016/11/1272_bekanntmachung.html [Letzter Zugriff: 22.05.2023]
- BMFSFJ (2021): Menschen stärken Menschen. Hintergrundmeldung.
- Byakuleka, Bino Byansi (2016): ‚Willkommenskultur‘ ist Diskriminierung. In: ak – analyse & kritik. Nr. 613.
- Lietz, Roman (2020): Eine Systematik von Projekten der Integrationsbegleitung. In: Gesemann, F. et al. (Hrsg.) (2020): Engagement für Integration und Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 57–76.

Diversität als Herausforderung Sozialer Arbeit – professionell und zivilgesellschaftlich organisierte Migrationsarbeit im Wandel

Monika Alisch, Manuela Westphal und Jens Vogler

1. Einleitung: Ziele und Vorgehen

Im „Beziehungsdreieck“ zwischen Professionellen der Sozialen Arbeit, freiwillig Engagierten und Zugewanderten wurde im Praxisforschungsprojekt „ProZiS – Zum Wandel **professioneller** und **zivilgesellschaftlicher Sozialer Arbeit** durch Zuwanderung“¹ zum einen das Verhältnis zwischen professioneller Sozialer Arbeit und zivilgesellschaftlich organisierten Tätigkeiten der Migrationsarbeit untersucht. Zum anderen schien es wichtig, vertieft der Frage nachzugehen, inwiefern sich professionelle und soziale Beziehungen zwischen (Neu)Zugewanderten und Einheimischen auf Augenhöhe im Sinne einer „migrationsgesellschaftlichen Solidarität“ (Brodén/Mecheril 2014) entwickeln. Beide Perspektiven waren leitend für die zentrale Frage, ob und wie der Umgang mit Diversität gelingt und welcher institutionelle Wandel damit einhergeht. Dazu wurden *drei* Ziele formuliert:

- (1) Identifizieren von institutionellen und organisationalen Veränderungen professionell und zivilgesellschaftlich organisierten Aufgaben der Sozialen Arbeit mit Zugewanderten, die wir als kommunale Migrationsarbeit zusammengefasst haben;
- (2) Identifizieren von Beziehungsformen, Selbstverständnissen und Hilfekonzepten im Verhältnis zwischen Zugewanderten, Professionellen und freiwillig Engagierten – im Hinblick auf Arbeits- und Freundschaftsbeziehungen, deren Gestaltung und Potenzial, solidarische Handlungsweisen zu entwickeln;

1 ProZiS wurde von 2018 bis 2021 vom BMBF als Verbundprojekt der Hochschule Fulda und der Universität Kassel gefördert. In dem von Monika Alisch und Manuela Westphal geleiteten Projekt haben Anke Freuwört und Jens Vogler als wissenschaftliche Mitarbeiter*in gearbeitet.

- (3) Initiieren und Stärken von Reflexionsprozessen mit Akteur*innen der relevanten Handlungsfelder kommunaler Migrationsarbeit.

Da bisherige Forschungen kaum den migrationsbedingten institutionellen Wandel Sozialer Arbeit in unterschiedlichen sozialräumlichen Kontexten berücksichtigen, wurde das Praxisforschungsprojekt ProZiS in zwei sozialräumlich sehr unterschiedlichen Fallkommunen in Hessen umgesetzt: Die (*Groß*)-*Stadt Kassel* – als „Modellregion Integration“ (vgl. Justizministerium Hessen 2013) steht für die Entwicklung einer erfolgreichen Integrationspolitik. Die gesamte Stadt, aber auch einzelne Stadtteile sind durch verschiedene Migrations- und Integrationsphasen geprägt. Die nordhessische Stadt gehört nicht zu den klassischen Metropolen, die als Anziehungsorte für Migrant*innen gelten, allerdings auf vielfältige Aktivitäten von Integration verweisen kann.

Der ländlich geprägte *Landkreis Hersfeld-Rotenburg* in Ost-Hessen zeichnet sich durch die frühe Einrichtung eines Migrationsdienstes und entsprechenden Projekten sowie Maßnahmen der Migrationsarbeit aus. Er hat damit eine etabliert ausgebaute Migrationsverwaltung und übernimmt die Rolle als Anbieter und Steuerungsstelle verschiedener Integrationsmaßnahmen.

ProZiS wurde als transdisziplinäre Praxisforschung im Sozialraum (vgl. Alish/May 2017b) angelegt. Dies bedeutet, im Forschungsprojekt im Verhältnis des Erkenntnisinteresses von Wissenschaft und von Praxis „gegenseitige Anschlüsse zu finden und fruchtbar zu machen“ (Moser 1995: 9). Damit war eine enge Zusammenarbeit mit den beiden Praxispartnern und mit den Forschungsteilnehmenden relevant. Die beiden Praxispartner, das Zukunftsbüro² der Stadt Kassel und der Migrationsdienst des Landkreises Hersfeld-Rotenburg, brachten ihr Erfahrungs- und Handlungswissen bezogen auf die Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, den Koordinationsstellen zum freiwilligen Engagement, den Migrant*innenselbstorganisationen (MSO) und Fachkräften der Sozialen Arbeit im Feld ein.

In der Umsetzung des Projektes wurden verschiedene Methoden qualitativer Sozialforschung eingesetzt, um die formulierten Ziele auf gegenstandsangemessene Weise zu erreichen (s. Abbildung 1).

Für die Fragen nach dem Wandel der Organisation und Arbeit der institutionellen Akteur*inne wurden 41 problemzentrierte (Witzel 2000), leitfadengestützte Interviews in den Fallkommunen geführt und es konnten die Wechselwirkungen von professioneller und zivilgesellschaftlich organisierter Migrationsarbeit rekonstruiert werden. Dabei sollte möglichst das ganze Spektrum von Akteur*innen in der Stichprobe abgedeckt werden und möglichst in beiden Fallkommunen ähnliche Institutionen einbezogen werden. Diese „Vermessung des Feldes“ führte insofern schon zu einem ersten Ergebnis, als sich dieses Feld als äußerst verzweigt erweist und kaum unter einem sammelnden Begriff zu erfassen war. Wir haben uns dafür entschieden, im Projekt mit dem Begriff

2 Das Zukunftsbüro wurde im Sommer 2018 aufgelöst (s. a. 3.).

der *kommunalen Migrationsarbeit* zu arbeiten, da hier sowohl der Kontext des Gemeinwesens abgebildet wird als auch eine Verengung auf gesetzliche Aufträge und Zuständigkeiten der Sozialen Arbeit, die den Begriff der Migration beinhalten, vermieden werden konnte. Auf dieser Grundlage haben wir grob vier Akteursgruppen definiert: (1) professionelle Fachkräfte der Sozialen Arbeit, (2) freiwillig Engagierte, (3) Vertreter*innen von MSO und (4) Koordinatorinnen und Koordinatoren des freiwilligen Engagements (vgl. Alisch/Westphal 2019). Gefragt wurde nach den Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den jeweils anderen Akteur*innen im Feld und wir haben um eine Einschätzung gebeten, inwieweit sich das eigene Arbeitsgebiet in den letzten Jahren, die von einer starken Präsenz des Themas Migration in der öffentlichen Diskussion geprägt waren, verändert hat.

Die zweite Perspektive verbindet sich mit dem Projektziel, Beziehungsformen, Selbstverständnisse und Hilfekonzeppte im Verhältnis zwischen Zugewanderten, Professionellen und freiwillig Engagierten herauszuarbeiten. Dazu galt es, mögliche „Beziehungs-Tandems“ aus Personen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte zu identifizieren. Es wurden 15 solcher Tandems in narrativ angelegten Paarinterviews befragt. Um eine möglichst große Variation von Freundschaftspaaren einzubeziehen, haben wir neben angebahnten Beziehungen (durch Sprachkurse, Patenschaftsprojekte u.ä.) auch Freund*innen, die sich im Alltag kennengelernt haben, in die Erhebung einbezogen³. Angeregt wurden Erzählungen über den Beginn ihrer freundschaftlichen Beziehung, die weitere Entwicklung sowie die Bedeutung und das Verständnis dieser Beziehung. Die Interviews wurden mehrschrittig ausgewertet: Es wurden verschiedene Formen der Beziehungsanbahnung und -aushandlung herausgearbeitet, die formale Gesprächsorganisation (Deppermann 2013; Birkner et al. 2020) und die Narrationen innerhalb der Tandems (Kuckartz 2018) analysiert.

Die dritte Perspektive bezieht sich im Sinne einer transdisziplinären Praxisforschung auf den Transfer der Ergebnisse in die Praxis professioneller und zivilgesellschaftlich organisierter Migrationsarbeit. Mit dieser Forschungsweise sollten gesellschaftliche Phänomene nicht nur beschrieben und analysiert, sondern auch ein Verstehen sozialer Praxen und daraus ableitbare Veränderungen ermöglicht werden. Dabei war die Herausforderung, unsere wissenschaftlich geprägten Erkenntnisse mit dem Handlungswissen aus den relevanten „anderen gesellschaftlichen Bereichen“ (Wiesmann et al. 2008) zu verbinden, eine *praktische Transdisziplinarität* zu erreichen, „die sich auf außer-

3 Die Freundschaftspaare, die sich beteiligt haben, waren sowohl geschlechtsgleich als auch -verschieden. Die Zugewanderten (19 bis 47 Jahre) lebten zum Zeitpunkt der Interviews (2019) zwischen 3 und 20 Jahren in Deutschland und hatten unterschiedliche Aufenthaltsstatus. Die Beteiligten ohne Einwanderungserfahrung waren zwischen 24 und 72 Jahren alt. Einige haben sich in der sogenannten Flüchtlingshilfe engagiert, andere hatten zum Thema Flucht keinen direkten Bezug.

wissenschaftliche Problemstellungen bezieht“ (Mittelstraß 2005) und gleichzeitig zur „Lösung innerwissenschaftlicher Problemstellungen“ der Migrationsforschung und der Disziplin Sozialer Arbeit als *theoretische Transdisziplinarität* abzubilden (vgl. ebd.; zur methodologischen Auseinandersetzung in der Sozialen Arbeit vgl. u.a. Alisch/May 2017a). Eine so verstandene transdisziplinäre Praxisforschung galt uns als geeignet, den institutionellen Wandel in der Sozialen Arbeit mit und von Migrant*innen vielschichtig zu erforschen.

Methodisch wurde dies in drei Schritten umgesetzt: (1) die Erkenntnisse aus den problemzentrierten Interviews mit Akteur*innen der kommunalen Migrationsarbeit wurden in drei Gruppendiskussionen an den Untersuchungs-orten mit den interviewten Personen und weiteren interessierten zivilgesellschaftlichen und professionellen Akteur*innen rückgekoppelt und die Ergebnisse dieser Diskussionen wieder in den Forschungsprozess eingespeist. (2) Um die in den Fallkommunen beobachteten und begleiteten Lern- und Veränderungsprozesse auf weitere Kommunen übertragen zu können, wurden unsere Erkenntnisse aus den vorangegangenen Forschungsschritten auf einer – pandemiebedingt als Videokonferenz organisierten – Praxiskonferenz mit bundesweit geladenen Teilnehmenden vorgestellt und diskutiert. Die in diesem ko-produktiven Arbeitsprozess gewonnenen Erkenntnisse wurden zu praxisnahen „Transfer-Impulsen“ verdichtet und veröffentlicht.⁴ (3) In einer weiteren diskursiven Schleife wurde nach Projektende im Jahr 2022 eine Abschlusstagung, die dem hier vorliegenden Buchband zugrunde liegt, mit Vertreter*innen der Praxis der Migrationsarbeit und Wissenschaftler*innen, die im Projektzeitraum an ähnlichen Fragestellungen gearbeitet hatten, durchgeführt und eingeladen die Transfer-Impulse und ihr innovatives Potenzial zu diskutieren.

Abbildung 1: Methodisches Vorgehen im ProZiS-Projekt



Quelle: Eigene Darstellung

4 https://www.hs-fulda.de/fileadmin/user_upload/FB_Sozialwesen/Forschungsprojekte/Sozialer_Raum_Sozialstrukturanalyse/Prozis/ProZiS-Transfer-Impulse.pdf [Letzter Zugriff: 24.04.2023]

2. Organisatorisch und persönlich: Wie Diversität gestaltet wird

Organisationen gelten als wenig wandlungsfähig und träge, tendenziell führe ein gewisses Beharren der Strukturen zu „komplexen Mechanismen der Reproduktion von Ungleichheiten und der Verteidigung von vorherrschenden Routinen und Privilegien“ (Baykara-Krumme et al. 2022: 14). Während sich diese Erkenntnisse eher auf den Umgang mit marginalisierten Gruppen, insb. Zugewanderten beziehen und in der „interkulturellen Öffnung“ von Institutionen eine Spur von Veränderung wahrgenommen wird, geht es uns vielmehr um Aspekte eines institutionellen Wandels – für unser Beispiel der kommunalen Migrationsarbeit – die sich auf der Organisationsebene sowie auf einer persönlichen Ebene zeigen.

Ergebnisse des ProZiS-Projektes dazu wurden seit 2020 in verschiedenen Fachzeitschriften veröffentlicht und einem breiten Fachpublikum zugänglich gemacht. Insofern lässt sich knapp zusammenfassen: die kommunale Migrationsarbeit ist dem (flucht)migrationsbedingten Wandel mit einer Strategie der „Strukturierung durch Koordination“ begegnet; dies geht institutionell mit einer Arbeitsteilung zwischen freiwillig Engagierten und Professionellen einher (Westphal et al. 2020); die institutionellen Strukturen haben sich geschärft und sich gleichzeitig für Außenstehende, die Institutionen selbst und die Zielgruppen regelrecht „verwischt“ (Alisch et al. 2020); dabei wurde eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit MSO durchaus politisch forciert, was zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume erweitert hat. Jedoch ist diese Kooperation im Zusammenhang mit öffentlichen und politischen Konjunkturen zu sehen und nur bedingt Ausdruck eines gelingenden institutionellen Wandels (Freuwört et al. 2021).

Institutionen ändern sich also durchaus schnell, sowohl spontan als auch forciert – dies hat Folgen für den Anspruch, Diversität im Sinne eines konkreten „Umgang[s] mit einer faktischen sozialen Heterogenität“ (Castro Varela/Wrampelmeyer 2021: 202) zu realisieren.

Diese Erkenntnisse werden wir im Folgenden erläutern. Dabei strukturieren wir unsere Forschungsergebnisse auf zwei Ebenen: Auf der Ebene der *Organisationen* werden Erkenntnisse a) zur *neuen Arbeitsteilung* zwischen hauptamtlichen Fachkräften der Migrationsarbeit und freiwillig Engagierten erläutert; b) die Ansprüche und Grenzen von *Vernetzung* der institutionellen Akteur*innen und Personen gezeigt und c) die *Selbstorganisationen* der Migrant*innen und die veränderte Rolle ihrer Organisationen angesprochen. Auf der Ebene des *Persönlichen* wird es zum einen um die Erkenntnisse zur Entstehung, Entwicklung und Bedeutung *sozialer Beziehungen* zwischen Zuge-

wanderten und nicht-Zugewanderten gehen und zum anderen werden Erkenntnisse zum Potenzial *solidarischer Handlungsweisen* für die Migrationsgesellschaft diskutiert.

2.1 Die „neue“ Arbeitsteilung zwischen freiwillig Engagierten und Professionellen der Sozialen Arbeit

Unter der Überschrift „Helfen im Kontext neuer Arbeitsteilungen!? – Zur Veränderung Sozialer Arbeit durch Zuwanderung“ (Westphal et al. 2020) haben wir uns für die Leserschaft der Zeitschrift *Migration und Soziale Arbeit* auf den Hilfediskurs bezogen, der nicht erst mit dem sogenannten „langen Sommer der Migration“ (Hess et al. 2017) diskutiert, inwiefern der Zivilgesellschaft und dem freiwilligen Engagement ein „eigenständiger Beitrag zur kooperativen Erbringung öffentlicher, kommunaler Aufgaben zugewiesen wird“ (vgl. Deutscher Bundestag 2002). Die „breite Wirksamkeit der Förderpolitik des freiwilligen Engagements“ (Westphal et al. 2020: 262) bestätigte sich mit der Fluchtzuwanderung in den Jahren 2015/16. „Hilfen konnten überhaupt nur in enger Zusammenarbeit von Akteuren der Sozialen Arbeit und Organisationen sowie spontaner Initiativen des freiwilligen Engagements geleistet werden“ (ebd.).

In unseren problemzentrierten Interviews zeigte sich bei den Aufgaben, mit denen sich die Vertreter*innen der vier von uns vorab identifizierten Akteursgruppen befassen, ein breites Spektrum: Patenschaften für zugewanderte Personen vermitteln, umsetzen und begleiten; Integration in den Wohnort, in Vereine, in Erwerbsarbeit usw. herstellen; Religions- und Kulturpflege unterstützen; Beratung (z.B. zu rechtlichen Fragen und in unterschiedlichen Konstellationen – für Geflüchtete, für Zugewanderte, für jugendliche Migrant*innen u.a.); Maßnahmen im Bereich des SGB II (z. B. Arbeitsmarktintegration); Leitung von Mitarbeiter*innen im Feld der Migrationssozialarbeit; Zugewanderte zum Arzt oder Behörden begleiten; Fahrdienste organisieren; Engagierte, Mitarbeiter*innen, Aufgaben, Netzwerken oder Initiativen koordinieren. Bei der Zuordnung dieser Aufgaben und Hilfen zu den Akteursgruppen zeigte sich eine Aufteilung zwischen den Fachkräften und den freiwillig Engagierten. Freiwillig Engagierte übernehmen meist Tätigkeiten im Bereich niederschwelliger Orientierungsangebote und praktischer Alltagshilfen (z.B. vermittelt über Patenschaftsprojekte). Auch freiwillig Engagierte aus MSO begleiten und beraten neu Zugewanderte in alltäglichen Angelegenheiten. Sie begründen ihre Tätigkeit mit ihrem Wissens- und Kompetenzvorteil aufgrund ihrer eigenen Migrationserfahrung.

Die professionelle Soziale Arbeit in der kommunalen Migrationsarbeit ist mittlerweile breit aufgestellt und findet nicht mehr nur in migrationspezifischen Regeldiensten, wie der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer

statt. Sie wird vielmehr in unterschiedlichen Settings umgesetzt, wie die Aufzählung der Aufgaben zeigt. Es wird jedoch anhand unserer Forschungsergebnisse eine Veränderung im Aufgabenportfolio der Sozialarbeitenden deutlich, die in Zusammenhang mit der Fluchtmigration 2015 zu sehen ist und auf die Zunahme von koordinierenden, administrativen und fachlich begleitenden Aufgaben verweist. Diese Entwicklung geht zu Lasten von lebensweltlich- und beziehungsorientierten Aufgaben, denn diese werden an freiwillig Engagierte abgegeben. Koordination, Management, Aktivierung, Vernetzung und Schulung von Engagierten entstehen als neue Aufgabenfelder. Das bedeutet auch, dass Fachkräfte der Sozialen Arbeit, Kontakte zu den eigentlichen Adressat*innen ihrer Arbeit – den Zugewanderten – oft nur noch mittelbar über die freiwillig Engagierten erlangen und weniger die originären personenbezogenen Tätigkeiten Sozialer Arbeit leisten können.

Diese Arbeitsteilung wird auch wahrgenommen und von freiwillig Engagierten wie folgt begründet: Über sie hätten die Fachkräfte überhaupt erst einen Kontakt zu den Zugewanderten herstellen können. Auch hätten sie durch ihre lebensweltliche Nähe einen Vertrauensvorteil und würden Dinge mitbekommen, die den Professionellen entgehen. Erkannt wird auch, dass die Fachkräfte – im Sinne des doppelten Mandats – ihrem Kontrollauftrag nachkommen und Forderungen an die Zugewanderten stellen müssten, während freiwillig Engagierte eher autonom und ohne staatliche Aufträge und Kontrolle handeln könnten (Westphal et al 2020).

Gleichzeitig zeigt sich auch bei den Fachkräften eine Veränderung der Aufgaben, da die Begleitung, Schulung und Koordinierung der hilfsbereiten Engagierten zu einem wesentlichen Teil ihrer Arbeit geworden sind. Auch sie nehmen wahr, dass ihre Tätigkeiten sich damit „schon ein Stück weg dann auch weg von der Arbeit mit den Flüchtlingen“ bewegen. In unserer Analyse haben wir geschlussfolgert, dass sich hier ein Spannungsverhältnis bzw. eine Gleichzeitigkeit von Professionalisierung und De-Professionalisierung des Helfens zeigt (ebd.: 264): Systematisch wird eine Professionalisierung freiwillig Engagierter forciert. Dies ist durchaus ein Ergebnis des gesellschaftspolitischen Diskurses zur Verantwortungsteilung im Sinne des „Welfare-Mix“ in der Bewältigung von gesellschaftlichen Aufgaben. Eine entsprechende „Professionalisierung von oben“ (Neufeld/Wehner 2016) stützt die Arbeitsteilung und deren Strukturierung. Diese kann die Tätigkeiten freiwillig Engagierter verbessern und vielleicht näher an die Qualitätsstandards Sozialer Arbeit bringen, aber es gefährdet dieses auch bewusst. In den problemzentrierten Interviews zeigt sich der Druck auf Seiten der Engagierten, die sich unwohl fühlen als „professionelle Dilettanten“ aber durch Angebote der Qualifizierung und Professionalisierung auch die Grenzen des Leistbaren stärker wahrnehmen. In dem Beitrag haben wir geschlussfolgert, dass Annäherungen der Kompetenzen von engagierten Laien und qualifizierten Sozialarbeiter*innen riskieren, einer De-Professionalisierung der Sozialen Arbeit Vorschub zu leisten. Diese zeigt

sich in dem Wandel Sozialer Arbeit durch die Zunahme von Koordinations- und Steuerungsaufgaben bei gleichzeitigem Verlust der originären Sozialen Arbeit mit Menschen, während gleichzeitig wahrgenommen wird, dass „freiwillig Engagierte eben keine ausgebildeten Berater*innen sind“ (ebd.). Die Analyse hat zudem gezeigt, dass eine systematische Aushandlung über die Verteilung der Aufgaben, die Anforderungen, Rollen und Funktionen der hauptamtlich und ehrenamtlich Tätigen nicht stattfindet (s. ausführlich: Westphal et al. 2020).

2.2 *Vernetzung oder die Vermessung des Feldes kommunaler Migrationsarbeit*

Auf der Ebene der Organisationen hat sich im Projekt ein zweiter Erkenntnisstrang herausgebildet, dessen Bedeutung sich schon in der Vorbereitung der Erhebungen in der großstädtischen und der ländlichen Fallkommune angedeutet hat. Das Identifizieren von relevanten Akteur*innen, ihre Zuordnung zu zivilgesellschaftlichen oder kommunalen Institutionen, zu Programmen oder Projektklinien erwies sich als Herausforderung für uns und stellte sich in der Interpretation der problemzentrierten Interviews auch für die Akteur*innen im Handlungsfeld kommunaler Migrationsarbeit als Schwierigkeit heraus.

Wir haben bewusst provokativ unter dem Titel „Wenn Vielfalt zum Problem wird“ die strukturellen Veränderungen im Feld für die Schwerpunktausgabe „Vielfalt gestalten“ der Blätter der Wohlfahrtspflege aufbereitet (Alisch et al. 2020). In unserem Projekt übersetzt sich Vielfalt mit Diversität und nur zu gern hätten wir die üblichen Assoziationen von „Öffnung und Offenheit, Fülle, Reichtum, Auswahl ...“ (Effinger/Stövesand 2012: 11) mit unseren Ergebnissen bedient. Unübersichtlichkeit aber auch Unsicherheit ergeben eine Kehrseite, die in der kommunalen Migrationsarbeit zu beobachten ist. So zeigt unsere Analyse, dass es nicht nur eine Vielfalt bezogen auf die Zielgruppen in der Migrationsarbeit gibt, sondern sich mit dem Ankommen oder der Problematikisierung „neuer“ Zielgruppen von Migrant*innen in der lokalen Governance der Migrationsarbeit auch die Strukturen vervielfältigen und auch Unübersichtlichkeit und Verunsicherung erzeugen (Alisch et al. 2020: 177).

Die Vielfalt und Ausdifferenzierung von Angeboten, Initiativen, Projekten und institutionellen Akteur*innen (ziel-, themen- und problemlagenspezifisch) entstehen durch Förderprogramme der Kommunen, der Länder sowie des Bundes und durch Aushandlungsprozesse mit der Zivilgesellschaft. Darüber hinaus führt auch die oben skizzierte Arbeitsteilung zwischen professionell und zivilgesellschaftlich organisierter Sozialer Arbeit dazu, dass weitere, spezifische Angebote als Ergebnis eines Aushandlungsprozesses zwischen den verschiedenen Akteur*innen entstehen.

Die Analyse der Interviews in den beiden Fallkommunen hat gezeigt, dass ein Großteil der Akteur*innen in kommunal freiwilligen und zudem temporären Strukturen arbeitet, während Regeldienste der Migrationsarbeit eher die Ausnahme sind. Die Fallkommunen, also die Stadt- bzw. die Landkreisverwaltung haben im Handlungsfeld die „Systemverantwortung“ übernommen, indem sie bspw. die finanziellen Ressourcen bereitstellen oder bei der Antragsstellung in bestimmten Förderprogramme unterstützen. Auch die Entscheidungen darüber, mit welcher Priorität, wie und wo das Thema Zuwanderung bzw. Migration in der kommunalen Verwaltung verankert ist, wird in den Kommunen unterschiedlich gehandhabt. Diese Entscheidungen sind nicht Teil des Aushandlungsprozesses innerhalb der Governance kommunaler Migrationsarbeit, sondern obliegen der systemverantwortlichen Verwaltung.

In der dreieinhalbjährigen Projektlaufzeit von ProZiS war zu erkennen – quasi wie im Zeitraffer – dass die Aufgaben der Migrationsarbeit in der kommunalen Verwaltung immer wieder neu oder anders in das jeweilige Organigramm eingegliedert werden. Somit wird auch ein Wandel der kommunalpolitischen Prioritätensetzung deutlich. Damit offenbarte sich eine Ambivalenz: Einerseits wird versucht, Migration als wichtiges Querschnittsthema zu verankern. Dies birgt jedoch auch die Gefahr, Problematiken der Teilhabe von Zugewanderten unsichtbar in der kommunalen Verantwortungsstruktur zu verteilen. Andererseits führen die projektbezogenen Förderungen dazu, die Zielgruppe der „Migrant*innen“ immer weiter auszudifferenzieren, und sie so weniger als Teil des Gemeinwesens, sondern als jeweils an ein bestimmtes Problem oder Merkmal gebundenen Fall zu behandeln.

Die Strukturen im Handlungsfeld Migrationsarbeit wurden also durchaus *geschärft*, indem man sich deutlich häufiger persönlich austauscht über konkrete Situationen und ein angemessenes Handeln. Gleichzeitig sind Strukturen unklarer geworden, indem Zuschnitte von Zuständigkeiten oder Zielgruppen immer wieder verändert und an aktuelle Prioritäten, Regelungen oder Programme angepasst wurden.

Unsere Schlussfolgerung für diesen Wandel in der Organisation Sozialer Arbeit mit und von Migrant*innen ist, dass die breite Differenzierung von Akteur*innen und Zielgruppen, die Migrationsarbeit als kommunales Thema nicht gestärkt hat, sondern die Steuerung durch kurzfristige, differenzierende Projekte bei gleichzeitig mangelnder Transparenz der Governancestrukturen eher zum Vergessen von institutionellem Wissen und Handeln (Douglas 1991) beiträgt.

Zum Ende des Projektes im Herbst 2021 sind wir noch davon ausgegangen, dass durch diese sich stetig ändernden Strukturen auch Lernprozesse angestoßen werden, von denen die Forschungsbeteiligten in unseren Rückkopplungsveranstaltungen annahmen, dass es für solche Lernprozesse, die auch Änderung herbeiführen, noch zu früh sei und man sich in einem Übergangsprozess befinde. Die Fluchtbewegungen aus der Ukraine seit Februar 2022 und die

vollkommen anderen Umgangsweisen mit dieser Adressat*innengruppe, lässt die Idee eines ‚Übergangs‘ als obsolet erscheinen. Schließlich zeigt sich eher eine Reaktivierung von bis dahin runtergefahrenen Strukturen (vgl. Vogler 2022) bzw. die Aktivierung neuer Engagementformen (z.B. Aufnahme in privaten Häusern und Wohnungen).

Diversität wird mit Vernetzung begegnet, sie wird als wichtiger Anspruch formuliert und ist meistens auch in den Förderrichtlinien von Programmen und Projekten als Kriterium festgeschrieben. Da Projekte zeitlich begrenzt sind und nicht selten zwischen Projekten die personelle Zuständigkeit sich verändert, erweisen sich Akteursnetze als nicht sonderlich nachhaltig (vgl. Alisch et al. 2020). Positiver formuliert, ist hier eine wichtige Aufgabe entstanden, Anlässe und Orte der Vernetzung für Akteur*innen zu schaffen, für Übersichtlichkeit zu sorgen und Netzwerkstrukturen nachhaltiger zu gestalten. Schließlich gilt es, das Wissen zu erhalten, das durch den Wechsel Einzelner und in den sich verändernden Strukturen der Organisationen verloren gehen würde. In der Rückkopplung der Ergebnisse an die Praxisvertreter*innen wird deshalb auch von dem Managen der Vernetzung als Herausforderung gesprochen. Gleichzeitig gilt es, neben formalen Akteursnetzwerken auch informelle Netzwerke der Personen, die im Handlungsfeld beschäftigt sind, zu erhalten und auf diesem transversalen Weg Erfahrungs- und Handlungswissen zu erhalten und zu schnelleren Lösungen zu gelangen.

Trotz der Vervielfältigung von Vernetzungsangeboten, bleibt ein Defizit in der Ausgestaltung von Orten der gemeinsamen Aushandlung von Zielen und Strategien bestehen. Denn vervielfältigt haben sich eben auch die Vernetzungsansprüche, die dazu führen, dass die einzelnen Personen diese nicht mehr bedienen können. Stattdessen werden Austausch, Unterstützung und Lernprozesse in den „guten persönlichen Kontakt“ zu Kolleg*innen verlagert.

2.3 *Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten*

MSO sind Netzwerke, Vereine und Initiativen von und für Migrant*innen, die politische, soziale, kulturelle, sportliche oder religiöse Ziele verfolgen (Hunger 2005). Sie gelten als Vermittelnde zwischen Migrant*innen und der Politik. Ihre Arbeit und die Erwartungen an ihr Engagement sowie die Herausforderungen an MSO haben sich deutlich verändert. Unsere Erkenntnisse hierzu haben wir unter dem Titel *Migrantisches Engagement auf der politischen Agenda – kommunale Migrationsarbeit zwischen Handlungsspielräumen und Abhängigkeiten* in *Voluntaris – Zeitschrift für Freiwilligendienste und zivilgesellschaftliches Engagement* veröffentlicht (Freuwört et al. 2021). Datengrundlage waren die Interviews mit Vertreter*innen z.B. Gründungs- bzw. Vorstandsmitgliedern verschiedener MSO in unseren Fallkommunen. Anhand unseres Materials konnten wir zeigen, inwieweit Vertreter*innen von MSO sich in der

Auseinandersetzung mit ihrer Adressierung durch die Politik als Expert*innen, als Akteur*innen einer offenen und demokratischen Gesellschaft und als herausgefordert durch die Förderpraxen verstehen. Aus diesen Selbstverständnissen konnten das Verhältnis zwischen dieser politischen Adressierung und der Selbstorganisation von MSO diskutiert und die Bedeutung der politischen Adressierung von MSO und deren Folgen für die migrationsbezogene Arbeit herausgearbeitet werden.

Das Engagement der Selbstorganisationen von und für Migrant*innen hat sich nach 2015 auch und besonders auf die Zielgruppe geflüchteter Menschen gerichtet. Dies wurde durch die Migrations- und Integrationspolitik auf Bundesebene unterstützt. Veränderungen in diesem Politikfeld haben schon in der Vergangenheit jeweils zu Veränderungen in der Adressierung und Einbeziehung der Migrant*innenvertretungen geführt. Entsprechend hatte Thränhardt bereits 2013 die Entwicklung von MSO über die vergangenen Jahrzehnte „von ihrer Rolle der ‚Nicht-Beachtung‘ über eine ‚zu betreuende‘ Gruppe hin zu ‚Akteuren des Pluralismus‘ in Politik und Öffentlichkeit als äußerst langsam und bei Weitem nicht abgeschlossen“ resümiert (Thränhardt 2013). Und auch mit der im 11. Integrationsbericht 2016 proklamierten „Partizipationsförderung von Flüchtlingen“ (Die Integrationsbeauftragte 2016: 37) wurde die Einbindung und Aktivierung von MSO als Selbstverpflichtung aller relevanten gesellschaftlichen Akteur*innen zwar als Zielgröße formuliert, jedoch nicht mit einem Hinweis auf Förderung versehen (vgl. Freuwört et al. 2021: 87). In den Interviews hat sich gezeigt, wie das Engagement der MSO in der kommunalen Migrationsarbeit zwischen einer Erweiterung ihrer Handlungsspielräume und der Verfestigung ihrer Abhängigkeit von politischen Rahmensetzungen pendelt. Es konnten letztlich drei zentrale Selbstverständnisse rekonstruiert werden, die zeigen, wie diese freiwillig Engagierten mit der Problematik umgehen:

*Migrant*innenselbstorganisationen als Expert*innen:* MSO haben die Zuständigkeit für Integration und Teilhabe angenommen und begründen diese mit ihrer besonderen Expertise. Sie schaffen aufgrund ihrer (migrationsbiographischen) Erfahrungen und Nähe Angebote und weiten diese vielfältig aus. Teils erleben sie, dass ihre Expertise von der Mehrheitsgesellschaft nicht nur im Hinblick auf Integration, sondern auch in allgemeinen Fragen z.B. zur Internationalisierung von Bildung und Arbeit nachgefragt wird. Mit der Fluchtzuwanderung seit 2015 zeigt sich eine Neuausrichtung der Aufgaben und Hilfen. Dabei erkennen Vertreter*innen von MSO auch (erstmal) eine politische Anerkennung und Würdigung ihrer Arbeit (vgl. ebd.: 91).

*Migrant*innenselbstorganisationen als Akteure einer offenen und demokratischen Gesellschaft:* Die Repräsentation von MSO im öffentlichen Raum sowie von ihnen ausgehende neue Angebotsformate stehen in Zusammenhang mit konkreten gesellschaftlichen Ereignissen und Entwicklungen. So wurden MSO nach dem 11. September 2001 unter dem Aspekt der inneren Sicherheit

von der Politik als Mittler adressiert und starteten Aktivitäten der Verständigung und Aufklärung. Insgesamt konnten wir schlussfolgern, „dass konkrete gesellschaftliche Ereignisse und Entwicklungen MSO zu Kampagnen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Grau/Heitmeyer 2013), ethnisierte Gewalt und Terrorverdacht herausgefordert haben, die ihre Repräsentation im öffentlichen politischen Raum erhöht sowie neue Angebotsformate und eine Eigeninitiative zur Öffnung in die Gesellschaft hinein bewirkt haben“ (Freuwört et al. 2021: 92).

*Migrant*innenselbstorganisationen in der Ambivalenz der Förderpraxen:* Unter den MSO zeigt sich durchaus eine Konkurrenz um Ressourcen. Förderanträge zu stellen bzw. die Förderung an sich, sind für MSO notwendig, um bestehende Angebote aufrechtzuerhalten und neue zu entwickeln. Die Interviews beschreiben jedoch die Herausforderung, den Fördervorgaben und Antragslogiken gerecht zu werden und stellen heraus, dass sie sich einer „Gegenleistung“ die mit einer solchen Förderung einhergeht, bewusst sind (ebd.: 93).

In unserem Resümee sind wir kritisch geblieben in Bezug auf eine positive Auslegung der politischen Adressierung von MSO und der damit verbundenen Stärkung dieser Form der Selbstorganisation. Nach wie vor scheinen MSO in einer Bringschuld zu stehen, ihre Expertise und ihre Professionalität nachzuweisen und sich vor allem an den Kriterien von Förderlogiken messen zu lassen, an deren Entstehung sie nicht beteiligt waren. Auch haben die von uns nachgezeichneten „Bedeutungskonjunkturen“ von MSO schon mit der Pandemie und nochmals mit dem Ukrainekrieg neue Adressierungen und sich wandelnde politische Prioritäten gegenüber MSO gezeigt. Der Umgang mit beiden Krisenphänomenen hat die Anliegen und die Notwendigkeit der Selbstvertretung von Zugewanderten ebenso verdeckt wie die Offenlegung der offensichtlichen Konkurrenz um knapper werdende Ressourcen.

2.4 *Das Versprechen, dass aus Fremden Freund*innen werden*

Auf der analytischen Ebene des Persönlichen geht es um die sozialen Beziehungen zwischen Zugewanderten und nicht Zugewanderten. Diese Ebene wurde im ProZiS-Projekt vor allem anhand von 15 Tandeminterviews genauer untersucht. Voraussetzung unseres Interviewsamples war, dass die Beziehung als Freundschaft verstanden wird. Außerdem wurden nur solche Tandems befragt, die von sich angaben, dass nur eine der beiden Personen eine Zuwanderungsgeschichte hat.

Die Freundschaftspaare haben wir über verschiedene Feldzugänge gefunden: Über lokale zivilgesellschaftliche Initiativen der Flüchtlingshilfe, Emp-

fehlungen von Gesprächspartner*innen der problemzentrierten Interviews, private Vermittlung, MSO, der Gemeinwesenarbeit und anderen Trägern der Sozialen Arbeit.

Die Annahme, dass soziale Beziehungen zwischen Personen mit und ohne Einwanderungsgeschichte in Alltagskontakten, in der Nachbarschaft oder im freiwilligen Engagement wichtig für den Zusammenhalt in der Gesellschaft sind, ging dem Erkenntnisinteresse im Projekt voraus (vgl. Alisch/Westphal 2019: 99). Unter dem Titel „Das Versprechen, dass aus Fremden Freund*innen werden“ haben wir unsere Erkenntnisse darüber, wie sich entsprechende Beziehungen entwickeln und inwiefern sie dabei helfen könnten, Teilhabechancen zu erhöhen, in der Zeitschrift „Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit“ veröffentlicht (Vogler et al. 2021). Dabei haben wir uns auf Befunde der sozialwissenschaftlichen Freundschaftsforschung bezogen, um die Transition von Paten- zu Freundschaften nachzuvollziehen. Für die Analyse wurden Überlegungen aus der Paarforschung (Wimbauer/Motakef 2017) genutzt, um neben der Beschreibung der Beziehung auch die Art und Weise, *wie* sich Beziehungen in der konkreten Gesprächssituation zeigen, zu analysieren und so Schlussfolgerungen für die Soziale Arbeit zu ziehen.

Für die 15 Tandeminterviews wurden in der inhaltsanalytischen Auswertung (Kuckartz 2018) sechs Anlässe des Kennenlernens, die sich in angebahnte und alltägliche Situationen unterscheiden ließen, identifiziert: Beziehungen, die über Patenschaftsprojekte oder ähnliche Initiativen initiiert, von Dritten gezielt vermittelt oder im Deutschsprachunterricht zustande kamen, fassen wir als *angebahnte Beziehungen*. Im Studium, bei der Arbeit, bei Freizeitaktivitäten oder in der Nachbarschaft sind *alltägliche persönliche Beziehungen* entstanden.

Die Auswertung zeigte, dass alle Tandems die Interviewsituation dafür genutzt haben, über das eigene Verständnis ihrer Beziehung zueinander ins Gespräch zu kommen. Zum Teil fand eine Aushandlung darüber, was die Beziehung zueinander ausmache, im Interview offenbar zum ersten Mal statt. Diese Aushandlung unterscheidet sich zwischen Freund*innen, die sich zufällig in Alltagssituationen kennengelernt haben und solchen, deren Freundschaft angebahnt wurde. Die Freundschaftspaare, die sich im Alltag kennengelernt haben, konnotieren die Gelegenheit der Reflexion über die Beziehung in der Interviewsituation positiv. In den angebahnten Tandems wird diese Reflexionsgelegenheit hinterfragt bzw. kritisch bedacht. Sie konnten und/oder wollten sich nicht ohne weiteres auf die Möglichkeit der Beziehungsreflexion einlassen.

Ein weiterer Unterschied zwischen angebahntem und alltäglichem Beziehungsbeginn zeigt sich darin, wie die Beziehungen von den Betreffenden bezeichnet werden. Beziehungspartner*innen, die sich zufällig kennengelernt haben, beschreiben ihre Beziehung konsistent als Freundschaft. Die angebahnten

Konstellationen hingegen finden meist keine gemeinsame Beziehungsdefinition.

Die Analyse der Interviewsituation (Deppermann 2013; Birkner et al. 2020) zeigte uns, dass es auf der Ebene des Performativen einen Unterschied macht, über Freundschaft zu sprechen und Freundschaft im Interview zu zeigen und das unabhängig davon, wie sich das jeweilige Tandem kennengelernt hat. Wir haben vier Varianten der Gesprächsorganisation herausgearbeitet: Die nicht Zugewanderten (1) *reagierten* häufig zuerst auf den Erzählimpuls der Interviewenden und nahmen die größeren Gesprächsanteile in Anspruch. In angebahnten Beziehungen sind es ebenso die nicht Zugewanderten, die (2) die Rolle der *Moderation* übernahmen und dabei auch festlegten, worüber gesprochen wird. In der Variante (3) der *(Re-)Präsentierenden* erzählten die nicht-Zugewanderten stellvertretend die Geschichte der oder des zugewanderten Freundes. In der (4) *zurückhaltenden* Variante waren es sowohl die nicht Zugewanderten als auch die Zugewanderten, die Themen, die unter Umständen in Verbindung mit biografischen Ereignissen stehen und vermutlich die gemeinsame Beziehung betreffen, im Interview bzw. den Tandempartner*innen gegenüber nicht angesprochen werden sollten.

Beziehungen, die von ihrer Grundstruktur bzw. dem Anlass des Kennenlernens her nicht symmetrisch angelegt waren, weil die Hilfe der einen für die andere Person im Vordergrund stand, bleiben in dieser Struktur sprachlich verhaftet. Deshalb gilt es, insbesondere in arrangierten Beziehungen, die Bedingungen zu berücksichtigen, die zu der jeweiligen Beziehung geführt haben (Vogler et al. 2021: 227).

2.5 Soziale Beziehungen und ihr Potenzial für Solidarität

Bei der Rekonstruktion der Gesprächsorganisation konnten wir Hinweise finden, dass sich in angebahnten Beziehungen, z.B. über Patenschaftsprojekte vermittelt, nur wenige Momente einer migrationsgesellschaftlichen Solidarität zeigen. (Selbst)kritische Reflexionen von Gruppenzugehörigkeit waren selten und auf Ausgrenzungsmechanismen – auch in der Gesprächsorganisation selbst – wurde kaum eingegangen. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein: Bestehende Ungleichheiten werden aufgrund asymmetrischer sozialer und diskursiver Positionen performativ, im Sinne einer exklusiven Solidarität (vgl. Schwenken/Schwartz 2021: 167ff.) auch im Interview reproduziert (vgl. Vogler et al. 2022).

Wir haben dennoch genauer hingeschaut und neben der Analyse der Interaktionen die Narrationen inhaltlich ausgewertet. So deuteten sich sehr wohl solidarische Formen des Handelns an und es zeigte sich, dass Beziehungen zwischen Zugewanderten und nicht Zugewanderten – unabhängig davon, wie sie sich kennengelernt haben – ein Solidaritätspotenzial haben. Entsprechend

konnten wir diese Erkenntnisse unter dem Titel „Freundschaften als Solidaritätspotenzial für Migrationsgesellschaften“ im Österreichischen Jahrbuch für Soziale Arbeit veröffentlichen (Freuwört et al. 2023).

Wir schließen an den aktuell wieder sehr umfangreichen sozialwissenschaftlichen Diskurs zur Solidarität an und haben dieses soziale Konzept mit Migration und Freundschaft ins Verhältnis gesetzt (vgl. u. a. Broden/Mecheril 2014; Reimers 2018; Yildiz 2021).

Im Anschluss an Messerschmidt (2009) wurde in unserer Auswertung eine „involvierte Solidarität“ sichtbar, die auf das Erkennen gesellschaftlicher Schieflagen gerichtet ist (vgl. Mecheril et al. 2013). Wo angebaute Beziehungen eher Solidaritätsformen des Mit-Leidens (Castro Varela 2018) zeigten, erscheinen alltäglich entstandene Beziehungen reziproker aufgestellt.

Neben der solidarischen Haltung *gegenüber* zugewanderten Freund*innen, wie sie sich im Mit-Leiden der nicht Zugewanderten mit den Zugewanderten zeigte, konnte ein Solidarisieren *miteinander* identifiziert werden. Hier wird die kollektive Ebene verlassen und sich stärker auf die persönliche Beziehung bezogen. Grundlage für das Solidarisieren bilden gemeinsam geteilte Erlebnisse und politische Ansichten bzw. Moralvorstellungen (Freuwört et al. 2023). Für dieses Moment solidarischen Handelns konnten wir festhalten: „Das *Solidarisieren miteinander* zeigt sich darin, dass es sowohl formal als auch inhaltlich dialogisch gestaltet wird und damit eher im Sinne einer „politischen Freundschaft“ (Perko 2020: 7) aufzufassen ist“ (Freuwört et al. 2023: 238). Mit dieser Solidaritätsform beziehen auch die Zugewanderten Stellung und verleihen ihrer Verbundenheit Ausdruck. Diese Verbundenheit (Perko/Czollek 2014) „erlaubt den Freunden eine tiefergehende und kritische Auseinandersetzung mit jeglicher Form von Diskriminierung und der eigenen Rolle innerhalb der Gesellschaft sowie den damit verbundenen eigenen Privilegien“ (Freuwört et al. 2023: 238).

Solidarität als *Handlung* gegenüber Rassismus beschreibt die dritte Kategorie von Solidarität. So ließ sich rekonstruieren, wie geteilte Erfahrungen von Alltagsrassismus und „assoziierter Diskriminierung (Prasad 2020) die gemeinsame Auseinandersetzung auf persönlicher, gesellschaftskritischer und fachlicher Ebene zu konkretem Handeln führen (vom Lesen wissenschaftlicher Texte über Diskussionen in Seminaren bis zur Teilnahme an Demonstrationen) (vgl. Freuwört et al. 2023: 239). Ein solidarisches Handeln zeigte sich auch in transversalen Strategien. Damit sind im Anschluss an Kunstreich (2016) Handlungen gemeint, die ein aktives solidarisches Entstehen für das Gegenüber bedeuten und als restriktiv und benachteiligend empfundene politische und administrative Strukturen zu umgehen und zu unterlaufen versuchen.

Wir verstehen unsere Ergebnisse als Indiz dafür, dass in Freundschaften zwischen Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte durchaus ein Solidaritätspotenzial für die Migrationsgesellschaft angelegt ist. Im Fazit unseres Fachartikels haben wir die Soziale Arbeit adressiert und verdeutlicht, dass

freundschaftliche Beziehungen, die durch die Soziale Arbeit angebahnt wurden, neben Freiwilligkeit, Empathie und Vertrauen auch die Sensibilisierung für und reflexives Wissen über Antidiskriminierungspraxis brauchen. Deshalb reichen subtile, transversale Strategien nicht aus. Die Sensibilisierung für und die (kämpferische) Artikulation von assoziierter Diskriminierung aufgrund freundschaftlicher Beziehungen (Prasad et al. 2020: 106ff.) könnte ein Schritt in Richtung einer migrationsgesellschaftlich transformativen und inklusiven Solidarität sein (vgl. Freuwört et al. 2023: 241).

3. Kommunale Migrationsarbeit im Kontext von Professionalität und Raum

Quer zu den bisher erläuterten fünf „Säulen“, auf denen unsere Erkenntnisse fußen, sollen noch zwei weitere Aspekte erwähnt werden, die für Überlegungen zum Gelingen von Diversität eine Rolle spielen werden. Zum einen geht es um Fragen der *Professionalität* Sozialer Arbeit, die sich mit den Erkenntnissen zu „neuen“ Arbeitsteilungen zwischen Sozialarbeitenden und freiwillig Engagierten andeuten (Abschn. 3.1). Zum anderen wird aufgegriffen, dass wir nicht zufällig an zwei sozialräumlich sehr unterschiedlich strukturierten Orten geforscht haben, sondern auch Merkmale des *Raumes* zur Erklärung von Strukturen der Migrationsarbeit heranzuziehen sind (Abschn. 3.2).

3.1 *Unter Spannung: Erkenntnisse zur Professionalität Sozialer Arbeit*

Im Fachdiskurs um Professionalität in migrationsbezogenen Kontexten Sozialer Arbeit ist angestoßen durch die Fluchtmigration 2015 eine Auseinandersetzung darüber entstanden, unter welchen Spannungsverhältnissen professionelles Handeln in der Sozialen Arbeit in migrationsbezogenen Kontexten stattfindet (Gögercin 2016) und inwiefern gesellschaftliche Differenzverhältnisse (Berner et al. 2021) hierbei zu berücksichtigen sind. Mit unseren Forschungsergebnissen konnte insofern daran angeknüpft werden, als Spannungsverhältnisse in der Sozialen Arbeit sich sowohl im konkreten Handeln der Sozialarbeitenden als auch auf der Ebene der Institutionen, in denen die Arbeit für und mit Zugewanderten organisiert wird, zeigen. Professionelles Handeln heißt dann nicht unbedingt, diese Spannungsverhältnisse aufzulösen, sondern sie, genauso wie Differenzverhältnisse, in den Blick zu nehmen. Diese Spannungsverhältnisse haben wir in dem Artikel *Professionalität in der migrationsbezogenen Sozialen Arbeit* für die Zeitschrift *Soziale Arbeit* aufbereitet (Alisch et al. 2021). Es ging uns um einen Beitrag zur empirischen Klärung der Frage, ob

und wie es in der migrationsbezogenen Sozialen Arbeit gelingt, professionell zu handeln. Im Anschluss an die Diskussion um die Professionalität Sozialer Arbeit war davon auszugehen, dass in unseren problemzentrierten Interviews mit Akteur*innen der migrationsbezogenen Sozialen Arbeit implizites oder latentes Wissen und Können hervorgebracht und reflektiert wurde.

Es konnten Spannungsverhältnisse identifiziert werden, in denen die Befragten handeln, sich und ihre fachlichen Selbstverständnisse sowie Hilfekontexte positionieren. Sechs Spannungsverhältnisse erwiesen sich als besonders relevant:

Das Spannungsverhältnis zwischen *Kontrolle und ethischen Grundprinzipien*, das wir aus dem Material rekonstruiert haben, ist letztlich eine Konkretisierung des Doppel- und auch des Tripelmandats. Für die professionell Handelnden geht es um die Balance zwischen der Verpflichtung gegenüber den Adressat*innen und dem Druck rechtlicher und politischer Vorgaben, die einem Handeln nach ethischen oder menschlichen Gründen, wie interviewte Sozialarbeiter*innen es genannt haben, machtvoll entgegenstehen. Die Frage, wie Professionalität Sozialer Arbeit unter diesen Bedingungen noch hergestellt werden kann, wurde von den Forschungsbeteiligten zwar benannt und reflektiert, jedoch ohne Bezug auf die kritische Fachdiskussion dazu (vgl. u.a. Prasad 2018).

Das Spannungsverhältnis zwischen *Alltagshandeln und professioneller Aufgabe* bezieht sich auf Hilfe und Helfen als ebenso „elementarer Teil menschlichen Alltagshandelns“ (Bock/Thole 2011: 6) als auch als Kern des Selbstverständnisses Sozialer Arbeit. In einem Suchprozess zwischen dem Angemessenen beider Handlungsweisen, werden professionelle Tätigkeitsprofile teilweise unterlaufen (Transversalität), aber dadurch auch Entscheidungsräume erweitert.

Für das Spannungsverhältnis zwischen *Paternalismus und Solidarität* haben wir uns im Fachartikel zu unseren Ergebnissen auf Steckmann bezogen (2014), um Paternalismus als Eigenart des Helfens zu rahmen. Dabei erweist sich paternalistisches Handeln nicht nur als übergriffig, sondern auch als Akt der Fürsorge. Wir konnten zeigen, dass sich solches fürsorglich-paternalistisches Verhalten nicht immer trennen lässt von den Formen solidarischen Handelns, wie wir sie oben beschrieben haben, sondern eher eine situationsbezogene Gratwanderung bedeutet.

Für unser Erkenntnisinteresse am gelingenden Gestalten von Diversität besonders interessant ist die Spannung zwischen *Diversität und Normalisierung*: Professionelles Handeln zeigt sich im Anerkennen gesellschaftlicher Diversität einerseits und dem Ziel, die Zugewanderten „zu integrieren und in ihren Lebensentwürfen und Handlungsweisen anzupassen“ andererseits (Alish et al. 2021: 226). Maurer hatte solche Normalisierungsansprüche als „Normalisierungsmacht“ der Sozialen Arbeit bezeichnet (2001: 125).

Ein weiteres Spannungsverhältnis hat sich nicht erst mit der Pandemie entwickelt, trat dadurch aber stärker hervor: Die Spannung zwischen *digitaler und analoger Begegnung*. Dabei ist die Professionalität Sozialer Arbeit geprägt vom Abwägen der Angemessenheit des Einsatzes digitaler gegenüber analogen Hilfeangebote und Dienstleistungen. Unabhängig vom Digitalisierungsschub, der auch für dieses Handlungsfeld durch die Maßnahmen gegen die Pandemie ausgelöst wurde, bewegen sich die professionellen Sozialarbeiter*innen damit auch auf die digitalisierte Lebenswelt ihrer Adressat*innen zu und versuchen, die Möglichkeiten zu erweitern, die adressierten Migrant*innen zu erreichen. Gleichwohl ersetzen sie nicht die direkte und persönliche Ansprache als Grundlage für Hilfen.

Das letzte hier relevante Spannungsverhältnis beschreibt das Aushandeln zwischen den Zielen einer *Stärkung des Einzelnen und der Gemeinschaft*. Für eine sozialraumbezogene oder Gemeinwesenarbeit, ist es selbstverständlich, die Handlungsmöglichkeiten Einzelner dadurch zu stärken, dass die funktionale (Arbeit an bestimmten Problemlagen oder Themen), kategoriale (bestimmte Zielgruppen) oder auch lediglich die territoriale (geografisch, räumliche) Dimension des Gemeinschaftlichen gestärkt wird. Die kommunale Migrationsarbeit ist weitgehend adressat*innenbezogen und auf eine Zuständigkeit für Einzelne gerichtete. Die Standards einer Gemeinwesenarbeit, die die Bedingungen des sozialen Raumes einbezieht, um die Verwirklichung von Bedürfnissen und Interessen zu ermöglichen, werden durchaus erkannt, erscheinen jedoch oft als jenseits der eigenen Aufgaben und Zuständigkeiten. So bleibt es meist bei Ansätzen, zumindest eine Begegnung herzustellen.

Diese sechs Spannungsverhältnisse zeigten sich im Selbst-/Fremdverständnis zum konkreten Handeln der Sozialarbeiter*innen und der freiwillig Engagierten, aber auch auf institutioneller Ebene, in welcher die Migrationsarbeit organisiert wird. Die Interviewergebnisse verweisen darauf, dass die Akteur*innen „Lösungen“ gefunden haben und praktizieren, um in diesen Spannungsverhältnissen handlungsfähig zu sein. Auch die oben beschriebene Arbeitsteilung zwischen freiwillig Engagierten und Sozialarbeiter*innen kann als Lösung verstanden werden, denn viele Ziele der kommunalen Migrationssozialarbeit können ohne freiwillig Engagierte, deren Handeln nicht den gleichen Regeln folgt wie das der Sozialarbeiter*innen (bspw. hinsichtlich des Doppelmandats), nicht erreicht werden (Alisch et al. 2021).

3.2 *Diversität gestalten im sozialräumlichen Kontext*

Die sozialräumliche Perspektive im Forschungsprojekt war der Erkenntnis geschuldet, dass dem freiwilligen Engagement in Verknüpfung mit Sozialer Arbeit ein zentraler Stellenwert in Bezug auf das Gelingen von kultureller Vielfalt und Diversität im *Gemeinwesen* zugesprochen wird (s.a. Alisch/Westphal

2019). Für unser Projekt sind wir von Wendts grundlegender Fassung des Begriffs Gemeinwesen ausgegangen, das „erstens Menschen meint, zweitens das Gebiet wohin sie gehören, und drittens das Geschehen des Zusammenlebens vor Ort – das lebendige Gemeinwesen im Kleinen wie und im Großen“ (Wendt 1989: 1) – wohl wissend, dass hier nur sehr an der Oberfläche eines umfangreichen historisch wie fachlich ausführlichen Diskurses gekratzt wurde. Wir haben uns für die Ebene der institutionellen Akteure kommunaler Migrationsarbeit darauf beschränkt, die sozialräumlichen Rahmenbedingungen ihrer Arbeit zu erfassen, indem wir eine großstädtische und eine ländliche Fallkommune betrachtet haben. Dabei ging es uns weniger darum, beide Fallkommunen grundlegend zu vergleichen, sondern mit der sozialräumlichen Differenz ein weiteres Merkmal heranziehen zu können, um Veränderungen in der professionell oder ehrenamtlich geleisteten Migrationsarbeit zu erklären. Angenommen wurde u.a., dass freiwilliges Engagement in ländlichen Räumen eigenen Traditionen folgt und sich die Soziale Arbeit dort gegenüber (groß)städtischen Zusammenhängen unterscheidet. So ging das Land Hessen im Bericht des Modellprojekts zur Integration im ländlichen Raum im Jahr 2018 davon aus, „dass die geringere Ausstattung ländlicher Kommunen mit Personal und finanziellen Ressourcen zu Schwierigkeiten bei der Schaffung hauptamtlicher Integrationsstrukturen“ führe (Alisch/Ritter 2019: 183). Es wurde angenommen, dass sich in ländlichen Räumen eine besondere Stärke für die Integration von Zugewanderten ergebe: „Räumliche Nähe, die Intensität persönlicher Beziehungen und schlanke Verwaltungsstrukturen“ (Hessische Staatskanzlei 2018: 72), würden einen Dialog begünstigen. Das Thünen Institut für die Entwicklung ländlicher Räume kam 2017 zu dem Schluss, dass „die Potenziale ländlicher Räume zur Integration von Geflüchteten und die damit verbundenen Entwicklungschancen sich entsprechend der Heterogenität ländlicher Räume in Deutschland erheblich“ unterscheiden (Mehl et al. 2017: 23), deshalb wäre ein banaler Vergleich zwischen einer ländlichen und einer großstädtischen Fallkommune auch nur bedingt zielführend.

In drei Rückkopplungsveranstaltungen in Form von Gruppendiskussionen zu unseren Erkenntnissen mit den institutionellen Akteur*innen des breit angelegten Handlungsfeldes der Migrationsarbeit wurde deutlich, dass ein gewisser Vergleich zwischen den ländlich und kleinstädtischen sowie den großstädtischen Governancestrukturen der Migrations- und Integrationsarbeit eher Übereinstimmungen als raumstrukturell zu erklärende Unterschiede der Akteur*innen, Aufgaben oder Handlungsformen erkennen lassen. Die in Kapitel 2 erläuterte Problematik der Vernetzung erwies sich für beide Räume als schwierig. Die von uns rekonstruierte Intransparenz über die verschiedenen Akteur*innen, Aufgaben und Ressourcen im Feld zeigte sich ebenso im großstädtischen wie im ländlichen Kontext. Gefördert wird dies durch einen starken Druck durch finanzielle und strukturelle Beschränkungen, die sich auf Grund von Projektförderungen und damit verbundenen Abhängigkeiten ergeben. Die

schwankende politische Aufmerksamkeit für das Thema Migration zeigt sich mal in ungewissen Prozessen zur Formulierung und Veröffentlichung eines Integrationskonzeptes oder in wenig nachhaltigen steuerungspolitischen Instrumenten (z.B. durch sich schnell ändernde Zuständigkeiten und Organisationsstrukturen).

In den Gruppendiskussionen wurde deutlich, dass in ländlichen Räumen und Kleinstädten keineswegs die oft diesen Siedlungsformen zugeschriebene Überschaubarkeit der Strukturen und das einander kennens der Akteur*innen und Personen gegeben ist. Es zeigte sich im ländlich geprägten Untersuchungs-ort, dass Vernetzung als eine notwendige Zukunftsaufgabe formuliert wurde und gleichzeitig unsere Rückkopplungsveranstaltung selbst spontan als Ort einer neuen Vernetzung und Projektentwicklung genutzt wurde. Insofern sind Vernetzung und Transparenz auch in kleinen Städten als zu organisierende Aufgabe zu verstehen, die im Gegensatz zum Mythos der kleinstädtischen Überschaubarkeit steht.

4. Transfer des Wissens: Impulse für die Praxis der kommunalen Migrations(sozial)arbeit

In der dritten Projektphase stand der Transfer der Forschungserkenntnisse in die Praxis im Vordergrund. Es wurden allen Forschungsbeteiligten Räume eröffnet, das eigene sowie das kollektive Handeln (in den jeweiligen Institutionen) zu reflektieren und daraus Veränderungen ab- und bestenfalls auch einzuleiten. Die Zusammenführung dieses Forschungs-Praxis-Transfers mündete in eine Verdichtung zu praxisnahen *ProZiS-Transfer-Impulsen*.

Es wurden fünf Transfer-Impulse gesetzt, die im Folgenden skizziert, so dass Ergebnisse, Schlussfolgerungen und Impulse für Veränderung im Kontext zu erkennen sind.

4.1 Die Arbeitsteilung zwischen Fachkräften der Sozialen Arbeit und freiwillig Engagierten erfordert eine inhaltliche Aushandlung über Kompetenzen und Qualitäten des Handelns

Diese oben skizzierte Arbeitsteilung ist nicht selbstverständliche Voraussetzung der kommunalen Migrationsarbeit. Sie ist die gestaltete Reaktion auf migrationsbedingte Herausforderungen (zuletzt durch die Fluchtmigration 2015). Sozialarbeiter*innen sollten sich bewusstwerden, dass sie sich auf

Grund ihrer wissenschaftlich fundierten Ausbildung und ihren professionellen Kompetenzen vom freiwilligen Engagement unterscheiden.

Eine Unterscheidung ist – vor dem Hintergrund des Rückzugs wohlfahrtsstaatlicher Verantwortung und hinsichtlich des Ausbaus und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen Sozialer Arbeit – unbedingt geboten.

In der Praxis erfordert die Arbeitsteilung ein nachhaltiges Aushandeln über die Aufgaben, Anforderungen, Inhalte, Rollen, Qualitäten und Funktionen zwischen zivilgesellschaftlichen und professionellen Akteur*innen in der kommunalen Migrations(sozial)arbeit. Diese muss institutionell etabliert und verstetigt werden. Klare Informations- und Kommunikationswege und transparente Strukturen sowie Zuständigkeiten sind gleichermaßen zu schaffen bzw. zu gewährleisten, ohne dabei Abhängigkeiten der Angebotsstrukturen vom freiwilligen Engagement zu befördern.

4.2 *Um der Diversität in der Angebotsstruktur kommunaler Migrationsarbeit gerecht zu werden, sind Netzwerke dauerhaft und zielgerichtet zu etablieren*

Diversität lässt sich nicht allein mit den Begriffen ‚Öffnung‘, ‚Offenheit‘ oder ‚Auswahl‘ beschreiben, sondern sie bedeutet auch, Vielfalt in den Strukturen über Netzwerkbildung zu organisieren und Wissensmanagement zu gestalten. So entsteht ein weit verzweigtes Geflecht, das von Unübersichtlichkeit und Unsicherheit bestimmt ist.

Dieses Netz wird weitgehend *nicht* von Regelstrukturen getragen. Etliche Aufgaben werden über *projektgeförderte* Angebote bewältigt. Diese Angebote sind zeitlich befristet. Mit Projektförderungen ist das Demonstrieren von Förderfähigkeit verbunden, das zu Lasten der eigentlichen Migrations(sozial)arbeit geht. Für Übersichtlichkeit zu sorgen und nachhaltige Netzwerkstrukturen zu schaffen sowie zu pflegen und dabei Doppelstrukturen zu vermeiden, sind kommunale und migrationsbezogene Aufgaben. Durch Zuständigkeits- oder Personenwechsel und mit andauernden Veränderungen sind Netzwerke nur schwer abbildbar und nur eine Momentaufnahme.

Netzwerke dienen der Information über Angebote der unterschiedlichen Träger in der kommunalen Migrationsarbeit oder neue rechtliche Begebenheiten sowie dem kollegialen und persönlichen Austausch. Insbesondere informelle Netzwerke haben zu nachhaltigen Formen der Zusammenarbeit geführt. Sie sind daher zu pflegen und wertzuschätzen. Hier findet ein persönlicher Austausch über Erfahrungen zu sehr konkreten Situationen und das je angemessene Handeln statt.

Das Aushandeln in Netzwerken birgt Chancen der Innovation. Jedoch muss berücksichtigt werden, dass der Prozess der Vernetzung Klarheit und Über-

sicht braucht und nicht selbstläufig ist. Vernetzung ist stabil, wenn die Fluktuation der Netzwerkkoordination gering ist. Wissensmanagement darf nicht als temporäre, personengebundene Aufgabe verstanden werden. Vernetzung ist als dauerhafte Aufgabe zu etablieren, die nicht von der Aktivität *einer* verantwortlichen Person abhängig ist. Nachhaltige Netzwerke sind nicht unmittelbar an kommunalpolitische Entwicklungen zu knüpfen. Vernetzung braucht konkrete Themen und klare Ziele, damit sie für die Beteiligten einen Mehrwert hat.

4.3 *Migrant*innenselbstorganisationen sind in der kommunalen Migrationsarbeit gleichberechtigt zu beteiligen*

Migrant*innenselbstorganisationen (MSO) werden (vermehrt) von der Politik als Integrationsinstanz adressiert und als institutionelle Akteur*innen wahrgenommen. Sie werden als Vermittelnde zwischen Politik und Zugewanderten gesehen. Damit werden sie mit integrationsstrategischen Aktivitäten angesprochen und entsprechend eingebunden. Dieser politischen Adressierung sind sich die MSO bewusst. Jedoch zeigt sich auch, dass sie nicht per se als eigenständig Handelnde adressiert werden, sondern auch als Akteur*innen, die ihre Expertise auch unter Beweis stellen müssen. MSO haben in den letzten Jahren weitere Aufgaben übernommen und auch neue Angebote geschaffen. Gesellschaftliche Entwicklungen und Ereignisse haben die Repräsentation von MSO im öffentlichen Raum erhöht. Sowohl etablierte und als auch neue Vereine sind auf öffentliche Förderungen angewiesen, um ihre (neuen) Angebote aufrechtzuerhalten.

Förderungen sind so zu gestalten, dass Vereinsstrukturen und ihre Angebote mit Ende der Förderung nicht auslaufen, sondern idealerweise in angepasste Regelformate überführt und verstetigt werden können. Zu berücksichtigen ist, dass kleinere, lokale MSO kaum personelle Ressourcen haben, um Förderungen zu beantragen und diese für ihre Arbeit nutzen zu können. Hier sind vereinfachte Förderprozesse zu entwickeln und zu begleiten. In diesem Prozess ist zu prüfen, welche Interessen die Vereine haben und welche Eigenmittelverwendung in der Förderung realistisch sind. Hier können ggf. Best-Practice-Erfahrungen zusammengetragen und genutzt werden.

Mit der Förderung gilt es, die Selbstbestimmtheit, Unabhängigkeit sowie die Entscheidungsfreiheit der MSO zu wahren. MSO sind als eigenständig handelnde Akteur*innen der Zivilgesellschaft anzusprechen. Sie sind Expert*innen einer offenen und demokratischen Gesellschaft und deshalb in jeglichen Zusammenarbeitsprozessen auf Augenhöhe einzubinden. MSO sind an politischen Netzwerken und Gremien stärker zu beteiligen und ihre Arbeit in diesen Netzwerken und Gremien zu intensivieren. Es sind Räume zu schaffen, in denen diese diversen Arbeitslogiken, Kompetenzen und Qualitäten des Handelns

zusammengeführt werden können. Diese Räume können gleichzeitig dafür genutzt werden, für die Machtverhältnisse in der Zusammenarbeit und deren Folgen zu sensibilisieren.

4.4 In der Migrationsarbeit angebahte soziale Beziehungen müssen durch Reflexions- und Klärungsprozesse gestärkt werden

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass in einer Beziehung zwischen zwei Personen auf beiden Seiten Ressourcen, Fähigkeiten und Expertisen vorhanden sind, die es anzuerkennen und hervorzuheben gilt.

Jedoch sind die wechselseitigen Beziehungsbeschreibungen und -definitionen von Pat*innen und Mentees keineswegs immer gleich. Personen, die sich über eine Patenschaft oder andere helfende Kontexte (z. B. Sprachunterricht) kennengelernt haben, führen eine asymmetrische Beziehung. Die Gründe hierfür sind unterschiedlich und resultieren aus 1) der soziale Position der Beteiligten, 2) der Motivation der Pat*innen zu helfen, 3) der eigenommenen Nutzer*innen-Rolle der Zugewanderten bzw. 4) den gesellschaftlich geformten (Vor-)Urteilen gegenüber Migrantinnen und Migranten.

Die Motive und Inhalte von eher asymmetrischen sozialen Beziehungen zwischen zugewanderten und nicht Zugewanderten sind mit den tatsächlichen Bedarfen und Vorstellungen der beteiligten Personen – gemeinsam – abzustimmen. Es muss berücksichtigt werden, dass angebahte Beziehungen eine Funktion haben (z. B. Alltagsbegleitung oder Sprachvermittlung). Wenn dies beachtet wird, haben auch angebahte Beziehungen das Potenzial, zu dauerhaften persönlichen Beziehungen zu werden. Jedoch ist dieser Prozess als solcher anzusprechen und Konflikte und Krisen sind zu begleiten.

Das wechselseitige Beziehungsverständnis kann in angebahten Beziehungen nicht einfach vorausgesetzt werden. Im Vordergrund steht nicht, dass hier Freundschaften entstehen, sondern die (äußeren) Bedingungen der sozialen Beziehungen, die sozialen Positionen der Beziehungspartner*innen und der Entstehungszusammenhang. Für dialogische Beziehungs- und Gesprächskulturen braucht es eine Verständigung und eine Reflexion der Beteiligten über das Ziel der (angebahten) Beziehung. Daher sind Reflexionsformate sinnvoll, die über Inhalte, Funktion und Motive offenlegen. Auch Aspekte wie Paternalismus, die eine Beziehung prägen können, sind zu besprechen. Daher müssen nicht nur die Pat*innen, sondern auch die Mentees für die jeweiligen Motive, für den Umgang miteinander und das Sprechen übereinander sensibilisiert werden. Damit verbunden ist es, mögliche Exitstrategien für beide Seiten zu thematisieren bzw. aufzuzeigen.

4.5 Sozialer Zusammenhalt durch Solidarität in der Migrationsgesellschaft

Gesellschaftliche Teilhabe von Zugewanderten wird über professionelle (z. B. in der Sozialen Arbeit) und alltäglich hergestellte Beziehungen (z.B. in der Nachbarschaft) gefördert. Beide sind wichtige Ausgangspunkte des gesellschaftlichen Zusammenhalts. In allen Beziehungen zeigen sich Formen der Solidarität.

Solidarität zielt darauf, Rechte für alle fair und gleich zu organisieren. Solidarität so zu verstehen, setzt keine ähnliche oder gemeinsam geteilte Lebensweise voraus und lässt sich daher auf zivilgesellschaftlich und auf professionell organisierte Soziale Arbeit beziehen. Solidarisches Handeln adressiert in unterschiedlichen Kontexten die Menschen, die üblicherweise Klientel der Sozialen Arbeit sind und in migrationsbezogenen Praxisfeldern so angesprochen werden.

Mit einer migrationsgesellschaftlichen Solidarität ist gegen strukturelle Diskriminierung einzutreten und sich gegen soziale Ungleichheit zu positionieren. Damit können Konflikte einhergehen – etwa wenn das Anliegen sich gegen rechtlich normierte Vorgaben oder Entscheidungen richtet. Dieses Handeln bedeutet ein Involviert-sein mit benachteiligten Gruppen.

Um sozialen Zusammenhalt zu erreichen, müssen Benachteiligungen sichtbar gemacht und beseitigt werden. Das heißt, die Anliegen der/des Beziehungspartner*in sind stets mitzudenken bzw. zum eigenen Anliegen zu machen. Solidarität muss also mehr beinhalten, als Empathie den Mitmenschen gegenüber. Solidarität konstituiert sich in sozialen Beziehungen aus gemeinsamen Erfahrungen, Zugehörigkeiten und aus einer Haltung heraus. Solche Haltungen können das Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Gemeinwesen oder das politisch-moralische Bewusstsein gegenüber Fluchthintergründen und Migrationsgeschichten umfassen.

Soziale Arbeit sollte sich der eigenen Strategien, solidarisches Handeln zu fordern und zu fördern, bewusst sein – insb. wenn diskriminierende Praxen gegen vulnerable Gruppen sichtbar werden. Solidarität fördert damit *erstens* einen *Reflexionsprozess* (über die eigenen Privilegien). *Zweitens* sind *Handlungen*, wie der politische Protest, bedeutsam. *Drittens* sind *transversale Strategien* gefordert. Transversal meint das Überschreiten von Identitäten und gesellschaftlichen Positionen. Auf diese Weise können Professionelle der Sozialen Arbeit restriktiven, benachteiligenden politischen und administrativen Strukturen begegnen und diese verändern. Das Ziel ist es, gleiche Rechte für Alle wirklich werden zu lassen.

Solidarisches Handeln ist mehr als ein praktischer Zweck (in einer Beziehung). Solche Formen der Solidarität gilt es zu stärken. Sie sind für den sozialen Zusammenhalt in der Migrationsgesellschaft notwendig und zu fördern.

Literatur

- Alisch, Monika/May, Michael (2017a): Einleitung: Methoden partizipativer Sozialraumforschung. In: Alisch, M./ May, M. (Hrsg.) (2017): Methoden der Praxisforschung im Sozialraum. Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 15. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 7-30.
- Alisch, Monika/May, Michael (Hrsg.) (2017b): Methoden der Praxisforschung im Sozialraum. Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 15. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich.
- Alisch, Monika/Ritter, Martina (2019): DIWAN - Versammlungsorte für ein gelingendes Zusammenleben in der ländlichen Einwanderungsgesellschaft. In: Alisch, M. (Hrsg.) (2019): Zwischenräume - Sozialraumentwicklung in der Migrationsgesellschaft. 1. Aufl. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 179-202.
- Alisch, Monika/Westphal, Manuela (2019): Zwischenräume professionell und zivilgesellschaftlich organisierter Sozialer Arbeit mit Zugewanderten. In: Alisch, M. (Hrsg.) (2019): Zwischenräume - Sozialraumentwicklung in der Migrationsgesellschaft. 1. Aufl. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 99-114.
- Alisch, Monika/Westphal, Manuela/Freuwört, Anke/Vogler, Jens (2020): Wenn Vielfalt zum Problem wird: Strukturelle Veränderungen kommunaler Migrationsarbeit. In: Blätter der Wohlfahrtspflege - Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit 167, 5, S. 177-179.
- Alisch, Monika/Westphal, Manuela/Vogler, Jens (2020): Helfen im Kontext neuer Arbeitsteilungen!? Zur Veränderung der Sozialen Arbeit durch Zuwanderung. In: Migration und Soziale Arbeit 42, 3, S. 260-267.
- Alisch, Monika/Vogler, Jens/Freuwört, Anke/Westphal, Manuela (2021): Professionalität in der migrationsbezogenen Sozialen Arbeit. In: DZI 70, 6, S. 223-229.
- Baykara-Krumme, Helen et al. (2022): Einleitung. In: Unger, H. von/Baykara-Krumme, H./Karakayali, S./Schönwälder, K. (Hrsg.) (2022): Organisationaler Wandel durch Migration?, Band 7. Bielefeld, Germany: transcript Verlag, S. 9-32.
- Berner, Heiko/Böhler, Doris/Füchslbauer, Tina/Hofer, Manuela/Kühne, Anne/Messinger, Irene/Riegler, Anna/Tißberger, Martina (Hrsg.) (2021): Soziale Arbeit in der Postmigrationsgesellschaft. Kritische Perspektiven und Praxisbeispiele aus Österreich. 1. Aufl. Buchreihe der ogsa - Österreichischen Gesellschaft für Soziale Arbeit. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Birkner, Karin/Auer, Peter/Bauer, Angelika/Kotthoff, Helga (2020): Einführung in die Konversationsanalyse. De-Gruyter-Studium. Berlin, Boston: Walter De Gruyter.
- BMFSFJ (2021): Menschen stärken Menschen. Hintergrundmeldung.
- Bock, Karin/Thole, Werner (2011): Hilfe und Helfen. Einführung in den Schwerpunkt „Im Blickpunkt: Hilfe“. In: Soziale Passagen, 3, S. 5-10.
- Broden, Anne/Mecheril, Paul (Hrsg.) (2014): Solidarität in der Migrationsgesellschaft. Befragung einer normativen Grundlage. Bielefeld: transcript Verlag.
- Castro Varela, Maria do Mar/Heinemann, Alisha (2016): Mitleid, Paternalismus, Solidarität. In: Ziese, M. (Hrsg.) (2016): Geflüchtete und Kulturelle Bildung. Formate und Konzepte für ein neues Praxisfeld. 1st ed. Kultur und soziale Praxis. Bielefeld: transcript Verlag, S. 51-66.

- Castro Varela, María do Mar (2018): „Das Leiden der Anderen betrachten“. Flucht, Solidarität und Postkoloniale Soziale Arbeit. In: Bröse, J./Faas, S./Stauber, B. (Hrsg.) (2018): Flucht. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 3-20.
- Castro Varela, María do Mar/Wrampelmeyer, Sandra (2021): Diversity. In: Amthor, R.-C. et al. (Hrsg.) (2021): Krefit/Mielenz Wörterbuch Soziale Arbeit. Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Mit E-Book inside. 9., vollständig überarbeitete und aktualisierte Aufl. Edition sozial. Weinheim: Beltz, S. 201-205.
- Deppermann, Arnulf (2013): Interview als Text vs. Interview als Interaktion. In: FQS Forum: Qualitative Sozialforschung, 14.
- Deutscher Bundestag (2002): Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Drucksache des Deutschen Bundestages 14/8900 vom 03.06.2002.
- Die Integrationsbeauftragte (2016): 11. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration - Teilhabe, Chancengleichheit und Rechtsentwicklung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland.
- Douglas, Mary (1991): Wie Institutionen denken. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Effinger, Herbert/Stövesand, Sabine (2012): Einleitung. In: Effinger, H./Borrmann, S./Gahleitner, S./Köttig, M./Kraus, B./Stövesand, S. (Hrsg.) (2012): Diversität und soziale Ungleichheit. Analytische Zugänge und professionelles Handeln in der Sozialen Arbeit. Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit, Band 6. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 11-32.
- Freuwört, Anke/Westphal, Manuela/Alisch, Monika/Vogler, Jens (2021): Migrantisches Engagement auf der politischen Agenda - kommunale Migrationsarbeit zwischen Handlungsspielräumen und Abhängigkeiten. In: *Voluntaris* 9, 1, S. 86-98.
- Freuwört, Anke/Westphal, Manuela/Alisch, Monika/Vogler, Jens (2023): Freundschaften als Solidaritätspotenzial für Migrationsgesellschaften. In: *Österreichisches Jahrbuch für Soziale Arbeit*, 5, Weinheim: Beltz Juventa, S. 227-246.
- Gögercin, Süleyman (2016): Spannungsfelder in der Sozialen Arbeit mit geflüchteten Menschen. In: *Migration und Soziale Arbeit* 36, 4, S. 346-353.
- Grau, Andreas/ Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2013): Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden. 1. Aufl. Konflikt- und Gewaltforschung. Weinheim: Beltz Juventa.
- Hess, Sabine/Bernd Kasperek/Stefanie Kron/Mathias Rodatz/Maria Schwertl/Simon Sontowski (Hrsg.) (2017): Der lange Sommer der Migration. Grenzregime, Band 3. Berlin, Hamburg: Assoziation A.
- Hessische Staatskanzlei (2018): Modellvorhaben Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum. Abschlussdokumentation. Wiesbaden.
- Hunger, Uwe (2005): Ausländervereine in Deutschland. Eine Gesamterfassung auf der Basis des Bundesausländervereinsregisters. In: Weiss, K. (Hrsg.) (2005): Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen. Migration und Integration. Freiburg im Breisgau: Lambertus, S. 221-244.
- Justizministerium Hessen (Hrsg.) (2013): Landesprogramm Modellregionen Integration. Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung und Handlungsempfehlung. Wiesbaden.

- Kuckartz, Udo (2018): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 4. Auflage. Grundagentexte Methoden. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Kunstreich, Timm (2016): Pädagogik des Sozialen als transversale Selbstregulierung; Ein Versuch, lebendige Arbeit und Transversalität zusammen zu denken. In: Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, 36, 142, S. 35-44.
- Lietz, Roman (2020): Eine Systematik von Projekten der Integrationsbegleitung. In: Gesemann, F./Nentwig-Gesemann, I./Seidel, A./Walther, B. (Hrsg.) (2020): Engagement für Integration und Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 57-76.
- Maurer, Susanne (2001): Das Soziale und die Differenz. Zur (De-)Thematisierung von Differenz in der Sozialpädagogik. In: Lutz, H./Wenning N. (Hrsg.) (2001): Unterschiedlich verschieden. Differenz in der Erziehungswissenschaft. Opladen: Leske + Budrich, S. 125-142.
- Mecheril, Paul/Thomas-Olalde, Oscar/Melter, Claus/Arens, Susanne (2013): Migrationsforschung als Kritik? Erkundung eines epistemischen Anliegens in 57 Schritten. In: Mecheril, P./Thomas-Olalde, O./Melter, C./Arens, S./Romaner, E. (Hrsg.) (2013): Migrationsforschung als Kritik? Spielräume kritischer Migrationsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 7-55.
- Mehl, Peter/Meschter, Diana/Neumeier, Stefan/Osigus, Thorsten (2017): Aufnahme und Integration von Geflüchteten: Wo liegen die Spezifika und die größten Herausforderungen für ländliche Räume. In: Mehl, P. (Hrsg.) (2017): Aufnahme und Integration von Geflüchteten in ländliche Räume: Spezifika und (Forschungs-)herausforderungen Beiträge und Ergebnisse eines Workshops am 6. und 7. März 2017 in Braunschweig. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, Thünen Report 53, S. 5-24.
- Messerschmidt, Astrid (2009): Weltbilder und Selbstbilder. Bildungsprozesse im Umgang mit Globalisierung, Migration und Zeitgeschichte. 1. Aufl. Wissen & Praxis. Frankfurt am Main: Brandes Apsel Verlag.
- Mittelstraß, Jürgen (2005): Methodische Transdisziplinarität. In: Technikfolgenabschätzung. Theorie und Praxis 14, 2, S. 18-23.
- Moser, Heinz (1995): Grundlagen der Praxisforschung. Darmstädter Beiträge zu Studium und Praxis, Bd. 4. Freiburg im Breisgau: Lambertus.
- Neufeld, Max/Wehner, Theo (2016): Professionalisierung und Freiwilligenarbeit. In: Dick, M./Marotzki, W./Mieg, H. A. (Hrsg.) (2016): Handbuch Professionsentwicklung. UTB Erwachsenenbildung, Band 8622. Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt, S. 262-271.
- Perko, Gudrun/Czollek, Leah Carola (2014): Das Konzept des Verbündet-Seins im Social Justice als spezifische Form der Solidarität. In: Broden, A./ Mecheril, P. (Hrsg.) (2014): Solidarität in der Migrationsgesellschaft. Befragung einer normativen Grundlage. Bielefeld: transcript, S. 153-166.
- Perko, Gudrun (2020): Social Justice und Radical Diversity. Veränderungs- und Handlungsstrategien. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Prasad, Nivedita (Hrsg.) (2018): Soziale Arbeit mit Geflüchteten. Rassismuskritisch, professionell, menschenrechtsorientiert. Soziale Arbeit, Band 4851. Opladen, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

- Prasad, Nivedita (2020): Mit Recht gegen Rassismus. In: Prasad, N./ Muckenfuss, K./ Foitzik, A. (Hrsg.) (2020): Recht vor Gnade. Bedeutung von Menschenrechtsentscheidungen für eine diskriminierungskritische (Soziale) Arbeit. 1. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 20-24.
- Prasad, Nivedita/Muckenfuss, Katrin/Foitzik, Andreas (Hrsg.) (2020): Recht vor Gnade. Bedeutung von Menschenrechtsentscheidungen für eine diskriminierungskritische (Soziale) Arbeit. 1. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Reimers, Sophie (2018): Vernetzung und Solidarität gegen die Ohnmacht. Krisenmomente in der haupt- und ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten und deren Ursachen. In: Schiffauer, W./Eilert, A./Rudloff, M. (Hrsg.) (2018): So schaffen wir das - eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. Bedingungen für die nachhaltige Projektarbeit mit Geflüchteten. Eine Bilanz. Bielefeld: transcript, S. 33-59.
- Schwenken, Helen/Schwartz, Helge (2021): Transversale und inklusive Solidaritäten im Kontext politischer Mobilisierungen für sichere Fluchtwege und gegen Abschiebungen. In: Dinkelaker, S./Huke, N./Tietje, O. (Hrsg.) (2021): Nach der »Willkommenskultur«. Geflüchtete zwischen umkämpfter Teilhabe und zivilgesellschaftlicher Solidarität. Edition Politik. Bielefeld: transcript, S. 165-192.
- Steckmann, Ulrich (2014): Paternalismus und Soziale Arbeit. In: Soziale Passagen 6, 2, S. 191-203.
- Thränhardt, Dietrich (2013): Migrantenorganisationen. Engagement. Transnationalität und Integration. In: Schultze, G./Thränhardt, D. (Hrsg.) (2013): Migrantenorganisationen: Engagement, Transnationalität und Integration. Tagungsdokumentation im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 5-20.
- Vogler, Jens/Alisch, Monika/Westphal, Manuela/Freuwört, Anke (2021): Das Versprechen, dass aus Fremden Freund*innen werden. Analyse von Tandeminterviews zwischen Zugewanderten und nicht-Zugewanderten. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 72, 3, S. 220-227.
- Vogler, Jens/Alisch, Monika/Freuwört, Anke/ Westphal, Manuela (2022): Freund-schaftliche Beziehungen als Kohäsion in der Migrationsgesellschaft. In: Baier, F./Borrmann, S. /Hefel, J. (Hrsg.) (2022): Europäische Gesellschaften zwischen Kohäsion und Spaltung. Rolle, Herausforderungen und Perspektiven Sozialer Arbeit. 1. Auflage. Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit, Band 25. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 139-150.
- Vogler, Jens (2022): Was vorher prekär war, ist heute noch prekärer. Aktuelle Herausforderungen im Handlungsfeld Migration. In: Blätter der Wohlfahrtspflege - Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit 169, 6, S. 210-212.
- Wendt, Wolf-Rainer (1989): Gemeinwesenarbeit. Ein Kapitel zu ihrer Entwicklung und zu ihrem gegenwärtigen Stand. In: Ebbe, K./Friese, P. (Hrsg.) (1989): Milieuarbeit. Grundlage präventiver Sozialarbeit im lokalen Gemeinwesen. Stuttgart: Enke, S. 1-34.
- Wiesmann, Urs/Biber-Klemm, Susette/Grossenbacher-Mansuy, Walter/Hirsch Hadorn, Gertrude/Hoffmann-Riem, Holger/Joye, Dominique/Pohl, Christian/Zemp, Elisabeth (2008): Transdisziplinäre Forschung weiterentwickeln: Eine Synthese mit 15 Empfehlungen. In: Darbellay, F./Paulsen, T. (Hrsg.) (2008): Le défi de l'inter- et transdisciplinarité. Concepts, méthodes et pratiques innovantes dans l'enseignement et la recherche. Herausforderung Inter- und Transdisziplinarität: Konzepte,

- Methoden und innovative Umsetzung in Lehre und Forschung. Lausanne: Presses polytechniques et universitaires romandes, S. 169-196.
- Wimbauer, Christine/Motakef, Mona (2017): Das Paarinterview. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Witzel, Andreas (2000): Das problemzentrierte Interview. In: Forum Qualitative Sozialforschung 1, 1.
- Yildiz, Miriam (2021): Den Umständen zum Trotz - Solidarität und Freundschaft unter Frauen und Mädchen zweiter und dritter Generation. In: Hill, M./Schmitt, C. (Hrsg.) (2021): Solidarität in Bewegung: neue Felder für die Soziale Arbeit. Grundlagen der Sozialen Arbeit, Band 44. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren, S. 205-217.

„Das ist mehr die moderne Soziale Arbeit“ – Selbst- und Fremdverständnisse von freiwillig Engagierten und Sozialarbeiter*innen in der kommunalen Migrations(sozial)arbeit

Jens Vogler, Monika Alisch und Manuela Westphal

1. Einleitung

Mit der Fluchtzuwanderung ab 2015 zeigte sich, dass freiwillig Engagierte – oftmals wie selbstverständlich – Aufgaben wahrnahmen, die auch in das Portfolio von professionellen Angeboten der Migrationssozialarbeit fallen. Beispiele hier sind die Unterstützung bei der Wohnungssuche oder das Erlernen der deutschen Sprache. Beide Aufgaben könnten einerseits Beratungsschwerpunkte der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer flankieren (vgl. BMI 2022) und andererseits werden diese Tätigkeiten auch von freiwillig Engagierten selbst als Aspekte ihres Engagements benannt (vgl. Karakayali/Kleist 2016: 24). Filsinger fasst dieses Phänomen in einer Expertise als eine Entgrenzung in Bezug auf Zeit, Raum und Inhalt der Aufgabenbereiche zwischen freiwillig Engagierten und Sozialarbeitenden (vgl. 2017: 25). In unserem Forschungsprojekt haben wir das empirisch als *neue Arbeitsteilung* beschrieben (Westphal et al. 2020).

Hamann et al. argumentieren, dass in dieser Entgrenzung – oder Arbeitsteilung – freiwillig Engagierte Leistungen erbringen, die mit professionellen Strukturen nur bedingt umsetzbar wären. Sie nennen u. a. als Beispiel die Aufklärung über Rechte gegenüber Behörden (vgl. 2016: 9). Jedoch wird hier unseres Erachtens nicht berücksichtigt, dass insbesondere eine solche Aufklärung in einem menschenrechtsorientierten Verständnis (z. B. Prasad et al. 2020) genau eine Aufgabe der Sozialen Arbeit ist.

Es zeigt sich, dass eine inhaltliche Auseinandersetzung zu Selbst- und Fremdverständnissen zum Handeln von Sozialer Arbeit und freiwilligen Engagement notwendig und hinsichtlich der Warnung aus Theorie (Westphal et al. 2020) und Praxis (hfr/Der Paritätische Hessen 2022), dass freiwilliges Engagement Soziale Arbeit nicht ersetzen kann und darf, gut begründet ist.

Um die inhaltliche Auseinandersetzung weiterzuführen, wird in diesem Beitrag zunächst der Diskussions- und Forschungsstand zum Verhältnis freiwilligen Engagements und Sozialer Arbeit weiter aufgeklärt (Abschnitt 2), um darauf Bezüge zwischen Selbstverständnis und Sozialer Arbeit in der Migrationsgesellschaft herzustellen (Abschnitt 3). Nach einer knappen Skizze des Forschungsprojektes ProZiS (Abschnitt 4), präsentieren wir Ergebnisse, die sich auf die Selbstverständnisse der freiwillig Engagierten und Sozialarbeitenden und auf die wechselseitigen Zuschreibungen beziehen (Abschnitt 5). Der Beitrag schließt mit der Diskussion der empirischen Analyse und formuliert notwendige Konsequenzen, um die Praxis Sozialer Arbeit in der kommunalen Migrationsarbeit nachhaltig und empirisch gestützt weiterzuentwickeln (Abschnitt 6).

2. Sozialwissenschaftliche Auseinandersetzungen um das Verhältnis von freiwilligem Engagement und Sozialer Arbeit

Ab 2015 wird zunehmend die Problematik benannt, dass Tätigkeiten in der Migrations(sozial)arbeit, die von qualifizierten Personen geleistet werden (müssten), von Menschen übernommen werden, die nicht bezahlt (oder nur symbolisch entlohnt) werden und die meist nicht über ein Studium der Sozialen Arbeit oder vergleichbaren Ausbildungen – qualifiziert sind (vgl. Graf 2016: 94). Dass diese und ähnliche Auseinandersetzungen um eine „nützliche Arbeit zum Nulltarif“ (Müller/Rauschenbach 1992) eigentlich nicht neu sind, kann an den Beiträgen des zitierten Sammelbands von Müller und Rauschenbach abgelesen werden.

Empirisch untersuchte Han-Broich bereits vor über 10 Jahren die Bedeutung des freiwilligen Engagements „in der (Flüchtlings-)Sozialarbeit“ (2012) und arbeitete u.a. die besondere Relevanz des Engagements für gesellschaftliche Integrationsprozesse heraus.

Dennoch wurde nach dem sog. langen Sommer der Migration die „Flüchtlingshilfe als neues Engagementfeld“ (Zajak/Gottschalk 2018) benannt. Bhatti et al. warnen in diesem Feld davor, dass Grenzen überschritten werden, wenn freiwillig Engagierte „Arbeit aus den Kernbereichen der Sozialen Arbeit übernehmen, was zumindest teilweise zu erfolgen scheint“ (2020: 381). Die Autor*innen resümieren, dass Engagement im Kontext von Fluchtmigration Qualifikationen benötigt, dass Soziale Arbeit ihre Kernbereiche nicht an freiwilliges Engagement abtreten sollte und entsprechend, dass beide Akteur*innen ihre Profile schärfen müssten (vgl. ebd.).

In der Untersuchung von Vogler (2022) konnte rekonstruiert werden, dass „das Profil schärfen“ sich als schwierig erweist, weil freiwillig Engagierte und Sozialarbeitende in der alltäglichen Praxis ähnliche Arbeitsbeziehungen mit ihren Adressat*innen im Handlungsfeld Migration begründen. Daher folgert der Autor, dass sowohl im freiwilligen Engagement, als auch in der Sozialen Arbeit darauf insistiert werden müsste, den Adressat*innen transparent darzulegen, welche Anliegen von wem, „in welcher Funktion und im welchen Rahmen bearbeitet werden können“ (ebd.: 262).

Zur wechselseitigen Wahrnehmung von Sozialarbeitenden und freiwillig Engagierten im Kontext von Flucht und Asyl stellen Kubisch et al. (vgl. 2019: 102f.) in ihrer Forschung fest, dass beide Akteur*innen ihre Praxis aus unterschiedlichen Maximen, Prinzipien bzw. Wertorientierungen begründen und dadurch auch entschieden wird, wie die jeweils anderen Akteur*innen wahrgenommen werden – ohne zu explizieren, dass das Fundament dieser Wahrnehmung auf den jeweils eigenen Orientierungen ruht: „Insgesamt finden sich wenige Perspektivübernahmen im Hinblick auf die jeweils anderen Akteur_innen, so dass deren Motivationen, Perspektiven und Herangehensweisen überwiegend nicht verstanden bzw. plausibilisiert werden.“ (ebd.: 103).

Mit dieser Schlussfolgerung ist dann zu untersuchen, von welchen Selbstverständnissen die handelnden Personen im Feld der kommunalen Migrations(sozial)arbeit geleitet sind, die eine solche Perspektivübernahme erschweren.

3. Selbstverständnisse in der (migrationsbezogenen) Sozialen Arbeit

Das Selbstverständnis Sozialer Arbeit wird gerade im Kontext von Fluchtmigration mit der professionstheoretischen Auseinandersetzung Sozialer Arbeit als Menschenrechtsprofession (Staub-Bernasconi 2007) in Zusammenhang gebracht. Soziale Arbeit wird in diesem Sinne nicht als eine Arbeit „an den Klient*innen“ verstanden, sondern als eine Tätigkeit, die gesellschaftliche Veränderungen unterstützt (IFSW 2014). Doch dieses Selbstverständnis ist insbesondere in Bezug auf Fluchtmigration zu hinterfragen. So lassen sich die Bedingungen kritisch betrachten, unter denen Soziale Arbeit in diesem Feld stattfindet. Scherr und Yüksel problematisieren die nationalstaatliche Rahmung Sozialer Arbeit, verbunden mit der Migrationskontrolle an den (Außen-)Grenzen, die Einteilung in legitime und nicht-legitime Fluchtgründe und die Frage, wem Integrationsmaßnahmen zugestanden werden und bei wem die Ausreise forciert werden soll (vgl. 2016: 4f.). Mit einem transnationalen Selbstverständnis könnte entgegengehalten werden, dass soziale und politische Rechte nicht allein

aus nationalen wohlfahrtsstaatlichen Ansprüchen heraus zu begründen, sondern andere Fundamente, wie eben die Menschenrechte, heranzuziehen sind (vgl. Schirilla 2016: 227ff.).

Neben Fragestellungen, die die Menschenrechte betreffen, diskutiert Filsinger mit Bezug auf professions- und disziplintheoretische Auseinandersetzungen das Selbstverständnis Sozialer Arbeit vor dem Hintergrund der „Migrationstatsache“ (2017: 7). Er unterscheidet migrationsunabhängige Aspekte, etwa die (Wieder-)Herstellung der Autonomie von Lebenspraxis und damit die Erweiterung von Handlungsoptionen für die Adressat*innen und migrations-spezifische Aspekte, wie die Möglichkeit potenzieller Ausschluss- und Diskriminierungserfahrungen auf Seiten der Migrant*innen. Damit verbunden ist, dass „die Deutungsmacht über das, was eine moderne Gesellschaft ausmacht bzw. von den Migrant_innen einfordert, bei der Mehrheitsgesellschaft“ (2017: 7) liege. Als Beispiele nennt er hier Sprache, Ausbildung, soziale Kontakte.

Wevelsiep setzt sich in einem – wie er es nennt – philosophischen Rahmen mit migrationsbezogenen Konflikten auseinander, die das Selbstverständnis Sozialer Arbeit betreffen. Hier wird – durchaus anschlussfähig an die Problematisierung von Scherr und Yüksel – gefragt: „Wie kann sich die Profession in einem Raum behaupten und sinnvoll arbeiten, der im vorherein durch Mechanismen der Exklusion, durch Strukturen der Macht und die Instanzen der Kontrolle besetzt ist?“ (2019: 38). Einen Teil der Antwort begründet der Autor in der Tatsache, dass sich Sozialarbeitende und Adressierte, die sich in so einem „Raum“ begegnen, eine gemeinsame Verständigung schaffen müssen, in der sich auf die skizzierten Herausforderungen eingelassen werden kann.

Ein Blick in aktuelle Auseinandersetzungen in Sammelbänden zur Sozialen Arbeit in der (Post-) Migrationsgesellschaft (exemplarisch Berner et al. 2021) zeigt, dass die Vielzahl an theoretischen Diskursen auch als (geforderte) Selbstverständnisse diskutiert werden könnten. Denn neben einer Menschenrechtsorientierung werden u.a. noch rassismuskritische (Melter 2021), postkoloniale (Castro Varela/Jusuf 2021) oder diversitätsbewusste (Leiprecht 2018) Perspektiven diskutiert und an die Praxis Sozialer Arbeit herangetragen (vgl. Westphal i. E.).

Es fällt auf, dass es kaum empirische Arbeiten zu den Selbstverständnissen in der Praxis Sozialer Arbeit gibt (z.B. Heiner 2004) und noch weniger im Handlungsfeld Migration. Insofern nehmen wir hier die Feststellung von Ruttert, dass die Frage nach Selbstverständnissen von Sozialarbeiter*innen ein „nach wie vor [...] relativ unentdecktes Land darstellt“ (2021: 328), zum Anlass, nach einer kurzen Darstellung unseres Forschungsansatzes, zu zeigen, welche Selbstverständnisse in der Praxis der kommunalen Migrations(sozial)arbeit identifiziert werden konnten und wie sich diese zwischen freiwillig Engagierten und Sozialarbeitenden unterscheiden, und einen Ansatzpunkt für die strukturelle und inhaltliche Aufteilung zwischen beiden Akteursgruppen

bietet, um einer „schleichenden De-Professionalisierung Sozialer Arbeit“ (Westphal et al. 2020: 266) etwas entgegenzusetzen.

4. Zum Forschungsansatz

Die nachfolgend herausgearbeiteten Selbstverständnisse und wechselseitigen Zuschreibungen der handelnden freiwillig Engagierten und professionellen Sozialarbeiter*innen sind Analyseergebnisse leitfadengestützter, problemzentrierter Interviews mit Akteur*innen der kommunalen Migrations(sozial)arbeit. Die Interviews (I) wurden 2018 mit professionellen Sozialarbeiter*innen (13), mit Ehrenamtkoordinator*innen (8), mit Vertreter*innen von Migrant*innenselbstorganisationen (11) und mit freiwillig Engagierten (9) geführt. Über unsere zwei Praxispartner*innen, aus einer ländlich geprägten und einer städtischen Kommune, konnten vielfältige Kontakte vermittelt werden. Dabei haben wir nicht nur explizit mit Fluchtmigration befasste Angebote, wie z. B. Jugendmigrationsdienst, als Interviewpartner*innen angesprochen und gewonnen, sondern auch Angebote der Sozialen Arbeit, die keinen spezifischen Migrationsbezug haben, aber durchaus mit Zugewanderten zusammenarbeiten können, z. B. der Allgemeine Soziale Dienst.

Die 41 Interviews wurden 2019 in einer inhaltsanalytischen-orientierten Auswertung (vgl. Kuckartz 2018) vom Forschungsteam analysiert (s. auch Alish et al. In diesem Band). Die Kategorien, auch die zu den Selbstverständnissen, auf die wir uns im Folgenden beziehen, wurden sowohl materialgestützt als auch theoriebasiert gebildet.

5. Zwischen gegebenen Differenzen und Entgrenzungen

Das Forschungsprojekt „Zum Wandel professionell und zivilgesellschaftlich organisierter Sozialer Arbeit durch Zuwanderung – Gelingende Diversität im sozialräumlichen Kontext“ (ProZiS) hatte sich zum Ziel gesetzt, die Rolle der freiwillig Engagierten und der Professionellen der Sozialen Arbeit im Kontext von Diversität im Gemeinwesen zu untersuchen. Um diese Rollen klarer zu fassen und voneinander abgrenzen zu können, werden wir die Selbstverständnisse der Interviewten darlegen: Zunächst beschreiben wir Selbstverständnisse mit individuellen und institutionellen Bezügen der Akteur*innen die von erlebten Außenwahrnehmungen geprägt sind (Abschn. 5.1). Daneben zeigen sich Einstellungen und Erfahrungen zu Migration, Kultur und interkultureller Kom-

petenz, die das Selbstverständnis zu formen scheinen (Abschn. 5.2). Im Abschnitt 5.3 wird beschrieben, wie das Handeln in der face-to-face Arbeit anhand eines psychologischen Professionsverständnisses erklärt wird und auf der Makroebene als Vermittlungsarbeit verstanden wird. Abschließend wird die wechselseitige Be- und Zuschreibung von Sozialarbeiter*innen und freiwillig Engagierten erörtert (Abschn. 5.4).

5.1 Deutungsmacht, institutionelle Verortung und Außenwahrnehmung

Die von Filsinger problematisierte Deutungsmacht der Mehrheitsgesellschaft wird in den Interviews deutlich. Sie setzt außerhalb bzw. vor der Tätigkeit ein. Freiwillig Engagierte überlegen im Vorfeld genau, wen sie unterstützen möchten und wen nicht. Eine freiwillig Engagierte erzählt: „Ich [...] habe mir bewusst eine Familie ausgesucht“ (I28). Damit geht auch die Entscheidung einher, welche Angebote – oder mit Filsinger gesprochen – „Integrationsleistungen“ (2017: 24) aus Sicht der Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft überhaupt legitim sind:

„Bei der Eritreerin ist es so, die ist halt jetzt alleinerziehend. Da habe ich gesagt, sie kann das jetzt erstmal vergessen mit Sprachkurs“ (I4).

Mit dieser Relevanzsetzung (s. ausführlich Vogler 2022: 128ff.) wird deutlich, dass das Selbstverständnis zum eigenen Handeln, nicht unmittelbar mit dem abgeglichen wird, was die Person möchte, der das engagierte Handeln gewidmet ist.

Weiter lässt sich eine eindeutige institutionelle Legitimationsbasis für das eigene Handeln als Selbstverständnis identifizieren. Ein Interviewter, der sich freiwillig in einem Verein zum Interkulturellen Zusammenleben engagiert, beschreibt, dass er sich für dieses Engagement „bereitgestellt“ (I2) habe und aus seiner Sicht die Adressat*innen des Angebots dieses Engagement „konsumieren“ (ebd.). Damit wird verdeutlicht, dass das Handeln in der kommunalen Migrations(sozial)arbeit von einem kollektiven-institutionellen Verständnis geprägt ist: „wir als Verein“ (I6), „wir als Landkreis“ (I13), „wir als Gemeinde“ (I12), „wir als Stadt“ (I36) usw.

Differenziert nach Akteursgruppe, kann auf Seiten der Professionellen eine Tendenz herausgearbeitet werden, dass diese institutionelle Verortung auch im Interview gewahrt, oder zumindest kenntlich gemacht wird. Dies zeigt sich im Sample besonders deutlich in Bezug auf die Frage, ob Deutschland als Migrationsgesellschaft bezeichnet werden kann. Hier antwortet eine Person aus der Ehrenamtskoordination zunächst nicht auf die Frage, sondern steckt den Rahmen der Antwort ab, indem sie beschreibt, dass sie nicht wisse, wie sich ihr Arbeitgeber „offiziell zu so einer Aussage stellt“ (I24). Damit zeigt sich, dass

nicht nur das Handeln in der Berufspraxis der kommunalen Migrations(sozial)arbeit auf ein Selbstverständnis verweist, sondern auch das Sprechen darüber, im Interview. Dieses Sprechen kann als institutionell geprägt verstanden werden.

Trotz der beschriebenen Deutungsmacht und der institutionellen Verortung, die in den Aussagen markiert werden, wird deutlich, dass die Interviewten nicht immer und überall in dieser Weise über ihre Tätigkeit sprechen können oder wollen. Denn es wird eine Außenwahrnehmung von Dritten beschrieben, welche die Tätigkeiten der Interviewten kritisch beurteilen. Aus diesem Grund werden Strategien angedeutet, wie man dieser Kritik entgegenwirkt und so die eigene institutionelle Verortung und das entsprechende Selbstverständnis verklausuliert. Als Begründung führen die Sozialarbeitenden an, dass sie „keine Lust [...] auf irgendwelche Schwachsinnsdiskussionen und [...] Stammtischparolen“ (I38) haben und damit weitere Auseinandersetzungen umgehen:

„Dann sage ich, ich arbeite bei der Stadt [Name der Stadt], vielleicht sage ich noch Sozialamt und vielleicht dann noch kommunale Arbeitsförderung. Aber da das ja kaum jemand kennt und kaum sich jemand was drunter vorstellen kann, kann ich danach aufhören und werde nicht weiter gefragt.“ (ebd.)

Wenn in diesen Räumen die Auseinandersetzung nicht vermieden werden kann, können Konfrontation, z.B. im „Freundeskreis“ (I16) stattfinden und damit verbunden der Vorwurf, dass man in „der Asylindustrie beschäftigt“ (ebd.) sei und sie „auch ein großes Stück vom Kuchen“ (ebd.) abbekomme. Es finden sich in diesen Erzählungen keine Hinweise darauf, dass diesen Kritiken offensiv entgegengetreten wird.

5.2 *Migrationserfahrungen und weitere (interkulturellen) Kompetenzen*

Biografische Erlebnisse und Erfahrungen, die im Kontext von Migration stehen, haben Einfluss auf die Motivation zur Tätigkeit in der kommunalen Migrationsarbeit und formen das Selbstverständnis von freiwillig Engagierten und Professionellen der Sozialen Arbeit gleichermaßen. Vertreter*innen von Migrant*innenselbstorganisationen (MSO) argumentieren ihre Kompetenz für das Engagement über selbst gemachte Migrationserfahrungen. Denn sie wissen um die „Probleme“ (I6), die sich mit Migration und ihren Folgen ergeben, etwa die „Gänge zu den Behörden“ (ebd.). Neben der eigenen Einwanderungserfahrung nach Deutschland, werden auch von Engagierten jenseits der MSO auf eigene, z.T. längere, Auslandsaufenthalte verwiesen und damit eine gewisse Empathie beschrieben, die sich mit Migrationserfahrungen anderer Personen ergibt. Dadurch kann offenbar nachvollzogen werden, „was es bedeutet, in einem anderen Land zu leben“ (I28) (s. auch Freuwört et al. 2021: 89ff.).

Aber nicht nur die eigene Migrationserfahrung wird als förderlich für das freiwillige Engagement gesehen, sondern die adressierten Menschen im Engagement bzw. der Sozialen Arbeit selbst und ihre Kultur werden als „eine Bereicherung“ (I4) verstanden, denn – wohl im Gegensatz zu vielen anderen Personen im Lebensumfeld – seien diese Menschen herzlich und gastfreundlich. Diese Attribute stehen im Zusammenhang mit Essens- und Familieneinladungen oder Geschenken der Zielgruppe, die an die engagierten und professionell tätigen Personen gerichtet werden. Anhand dieser Beschlässt sich eine Dichotomie in den Selbstverständnissen der Interviewten erkennen: Es wird dargelegt, dass die Adressat*innen, einschließlich „ihrer Kulturen“, „anders“ (I28) seien und diese „Andersartigkeit“ (ebd.) drücke sich nicht nur in der Herzlich- und Gastfreundlichkeit aus, sondern ist im Handeln und im Kontakt auszuhalten.

Auf Seiten der Sozialarbeiter*innen werden noch migrationsbezogene Inhalte des Studiums der Sozialen Arbeit als wesentlich dafür benannt, im Handlungsfeld Migration tätig zu werden – entsprechend beeinflusst diese Position das Selbstverständnis, denn „Migration und Interkulturelles [war] ein sehr starker Schwerpunkt“ (I14) im Studium. Genauso lassen sich auch Praxiserfahrungen in den Interviews mit den Sozialarbeitenden identifizieren, die dazu beigetragen haben, in diesem Bereich zu arbeiten: „dann habe ich mit Migranten gearbeitet und dann bin ich einfach dageblieben“ (I40).

In diesen und weiteren Kontexten der Interviews wird ein Bezug zu *Interkultureller Kompetenz* hergestellt. Interkulturelle Kompetenz wird als selbstverständliche Kompetenz, auf die das Handeln der Professionellen der Sozialen Arbeit aufbaut, vorgetragen. Allerdings wird dabei weniger auf eine (sehr ausdifferenzierte) Diskussion (Gaitanides 2003; Hamburger 2009; Westphal 2009; Mecheril 2013), die in der disziplinären Auseinandersetzung Sozialer Arbeit geführt wurde, Bezug genommen oder diese in Relation zur Praxis gesetzt. Sondern die Sozialarbeitenden haben eher ein aus dem Alltag abgeleitetes Verständnis und pointieren mit dieser Kompetenz Differenzen zwischen sich und ihren Adressat*innen und verfestigen ein statisches Kulturverständnis. Diese Kompetenz helfe ihnen dann in der „Beschäftigung mit unterschiedlichen kulturellen Voraussetzungen“ (I37) und im Umgang mit ihren Adressat*innen.

Genauer nachgefragt, was für die Interviewten interkulturelle Kompetenz bedeute, wird diese mit Vielfalt übersetzt, die es in der Praxis und im Privatleben zu akzeptieren gelte:

„Letztendlich ist ja jeder Mensch unterschiedlich aufgewachsen, geprägt worden durch die Gesellschaft, durchs Umfeld und [...] für mich bedeutet interkulturelle Kompetenz einfach, ich muss den Gegenüber so akzeptieren wie er ist, ohne dass ich an seinem Wesen oder an seiner Art rumdoktern oder rumfuschen will oder versuchen will ihn zu ändern, sondern muss das akzeptieren, also die größtmögliche Freiheit für jeden. Das ist für mich eine interkulturelle Kompetenz.“ (I15)

An dieser Stelle – so lässt sich vermuten – setzt auch die Kritik eines interviewten Sozialarbeiters an. Diese Kritik zielt darauf, dass angehende Sozialarbeiter*innen mit interkultureller Kompetenz in seinen Augen „ziemlich wenig“ (I41) anfangen können.

Wenn weitere disziplinäre Diskussionen um Soziale Arbeit und Migration an das empirische Material als Reflexionsfolie angelegt werden, zeigt sich, dass auch diese eher mit einem Alltagsverständnis verhandelt werden. Zum Beispiel wird die Frage *Woher kommst du* nicht als Teil von Othering (Castro Varela/Mecheril 2010: 42) gesehen; sie wird auch nicht im Sinne einer rassistisch-kritischen Perspektive auf Kommunikation (Spindler 2022) problematisiert, sondern die Problematisierung selbst wird als „neuerliche Wendung“ (I20) bzw. als „Stilblüte“ (ebd.) identifiziert und ausschließlich aus der Fragenden-Perspektive begründet, wieso diese Frage berechtigt sei. Dass rassistisch-kritische Auseinandersetzungen nicht nur in Bezug auf Kommunikation in der Sozialen Arbeit unbedingt geboten sind, sondern viel unmittelbarer das Selbstverständnis formen, darauf verweisen Aussagen wie:

„Irak und Iran zum Beispiel ist genauso schwierig, die in Arbeit zu vermitteln“ (I16).

Solche Aussagen offenbaren, wie das Einteilen von legitimen und illegitimen Geflüchteten in der Praxis von statten gehen kann¹. In anderen Fällen führt eine solche Einteilung auch zur Aberkennung von Möglichkeiten oder zum Absprechen alltäglichen Haushaltsgeräten

„dann haben sie mal eine Geschirrspülmaschine gesehen und wollten sie auch haben. Dann habe ich gesagt, na ja, das ist aber doch schon auch Luxus“ (I28)

(s. Vogler in diesem Band).

5.3 *Psychologie auf der Mikro- und Architektur auf der Makroebene*

In den Interviews wird sich auf – vielfach als Bezugsdisziplin bezeichnet – Psychologie bezogen. Damit erweist sich das Handeln als von einem Selbstverständnis geleitet, das als Psychologisierung von Sozialer Arbeit bezeichnet werden kann. Exemplarisch dafür stehen Aussagen wie „ich komme aus der Psychologie“ (I42), „ich habe Psychologie studiert“ (I40) oder „ich bin von Beruf Psychologin, also das nur vielleicht nochmal vorweg“ (I28). Dieser berufliche Background wird als Einleitung für Gesprächsbeiträge im Interview genutzt, um damit die eigene Expertise zu begründen.

Dieses Selbstverständnis, das sich auf die Psychologie beruft, ist sowohl in den Interviews mit den Professionellen der Sozialen Arbeit als auch mit den

1 Mit der Fluchtmigration aus der Ukraine seit 2022 wird eine weitere Ungleichbehandlung deutlich (vgl. Gabbe 2022).

freiwillig Engagierten zu erkennen. Beide Akteursgruppen machen mit diesem Selbstverständnis auf eine besondere Kompetenz aufmerksam. Einerseits wird betont, dass diese Kompetenz im Hintergrund bleiben müsse, denn „ich will ja auch nicht da als Psychologin auftreten“ (I29) und andererseits wird sie doch aktiv für die Arbeit – „da ich Psychologin bin“ (I28) – genutzt: „Was ich da in Psychologie gelernt habe, hilft mir.“ (I24).

Diese psychologischen Kompetenzen werden als elementar in der Arbeit mit der Zielgruppe gesehen und so verwundert es nicht, wenn erläutert wird, dass in der kommunalen Migrations(sozial)arbeit nicht etwa viele Sozialarbeiter*innen fehlen, sondern aus Sicht einer Sozialarbeiterin

„viele, viele, viele [...] Traumatherapeuten, Psychologen [...] [und] Psychiater“ (I41)

Das Wissen, das im Studium der Sozialen Arbeit erworben wurde und im alltäglichen Selbstverständnis im Handeln angewendet wird, bezieht sich weniger auf den direkten Kontakt mit den Adressat*innen – wie die Psychologie – sondern eher als eine Arbeit auf der Makroebene. Soziale Arbeit wird als „Brückenbauen“ (I17) charakterisiert; zwischen den adressierten Menschen und der Politik bzw. Gesellschaft (ebd.). Dieses Brückenbauen wird durchaus als politische Arbeit für die Adressierten verstanden, da diese „sonst keine Lobby“ (I24) haben. Damit wird auch das Einbinden von freiwilligen Engagierten als politische Arbeit gefasst. Denn das freiwillige Engagement baut die Brücken (mit) (I24). Jedoch wird dieses Brückenbauen und damit der Bezug auf gesellschaftliche Verhältnisse, nicht von allen Engagierten wahrgenommen. Eine interviewte engagierte Person, die selbst in Feldern der Sozialen Arbeit gearbeitet hat, kritisiert „die moderne Soziale Arbeit“ (I28). Sie problematisiert, dass die Soziale Arbeit viel zu wenig gesellschaftliche Belange berücksichtigen würde.

5.4 *Zuschreibungen und Wahrnehmungen*

Es deutet sich also an, dass die gegenseitigen Zuschreibungen und damit wechselseitigen Wahrnehmungen von freiwillig Engagierten und professionellen der Sozialen Arbeit durchzogen sind von Kritiken und Vorbehalten. Die Professionellen der Sozialen Arbeit sehen die faktische Arbeitsteilung zwischen freiwillig Engagierten und Sozialer Arbeit darin begründet, dass

„es einfach keine [...] hauptamtliche Strukturen gibt“ (I14) und „die Behörde oder das Land oder die Verwaltung sagt: Okay, gut, dann brauchen wir dafür keinen Hauptamtlichen, wir haben ja sozusagen in Anführungszeichen ein paar Doofe, die das ehrenamtlich machen“ (I14).

Dagegen wird von freiwillig Engagierten argumentiert, dass sie es den Adressat*innen ermöglichen, alltägliche Erfahrungen zu machen – durchaus anschlussfähig an die Ergebnisse von Han-Broich (2012), die „Professionelle nicht leisten“ (I28) können.

Die Sozialarbeiter*innen grenzen ihre Arbeit vom freiwilligen Engagement aber auch inhaltlich ab, indem sie darstellen, dass ihre Arbeit nicht einfach so durch freiwillig Engagierte zu erledigen sei, weil sie – wie in Abschn. 5.3 dargestellt – mit psychosozialen Kompetenzen verbunden sei, anders als die Arbeit in einem „Karnickelzuchtverein“ (I38). Mit diesem plakativen Vergleich soll auf die, aus Sicht der interviewten Sozialarbeiter*innen, nicht ausreichende Qualifikation freiwillig Engagierter verwiesen werden. Es wird sogar vorgeschlagen, zu prüfen „wer kann Ehrenamt leisten“ (I39). Denn in dieser Argumentation benötigen freiwillig Engagierte in der kommunalen Migration(sozial)arbeit „Ressourcen“ (ebd.), um u. a. mit den psychosozialen Belastungen im Kontakt mit den Adressat*innen umzugehen.

Eine weitere Grenze ziehen die Professionellen der Sozialen Arbeit, wenn sie in den Interviews von Nähe-Distanz-Problematiken berichten. Sie erzählen, dass aus ihrer Sicht, freiwillig Engagierte mehr leisten als gefordert.

Jedoch muss festgehalten werden, dass freiwillig Engagierte und Sozialarbeiter*innen sich grundsätzlich gegenseitig wertschätzen. Die Beschreibungen der beiden Akteursgruppen sind durchaus von Respekt und Anerkennung der jeweiligen Tätigkeit geprägt. Allerdings verbunden mit dem Wunsch der Sozialarbeitenden, dass die freiwillig Engagierten gern unterstützend wirken können, aber die Grenzen zum Tätigkeitsbereich der Sozialen Arbeit erkennen und entsprechend nicht überschreiten sollen.

Die Frage, worin diese Grenzen liegen, kann – neben dem Nähe-und-Distanz-Verhältnis mit der Mandatierung der Sozialen Arbeit beantwortet werden.

„Sozialarbeiter müssen Forderungen stellen, müssen auch kontrollieren, sie müssen helfen“ (I28),

so die Aussage einer freiwillig Engagierten. „Forderungen stellen“ wird von den Sozialarbeiter*innen als öffentlichkeitswirksames Agieren gefasst. Dafür sei es förderlich, nicht gebunden an staatliche Interessen zu sein:

„da kann das Bundesamt [gemeint ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Autor*innen] mir gar nichts sagen (I19)“,

sondern, dass es möglich ist „frei [zu] agieren“ (I21), ohne von staatlichen Interessen gelenkt zu werden. Dieses freie Agieren scheint aber nicht in jeder Hinsicht von freiwillig Engagierten erkannt oder anerkannt zu werden:

„Es regt mich manchmal auf, wenn ich sehe, wie Sozialarbeiter ihre Arbeit angehen, wo ich denke: Menschenskind, du berufst dich hier nur auf das rein Faktische, Verwaltungstechnische, Organisatorische und du siehst gar nicht, warum hier jemand scheitert.“ (I27).

Auch in Interviews der Akteursgruppe der Professionellen der Sozialen Arbeit wird ähnlich argumentiert und eine Theorie-Praxis-Kluft beklagt. So berichtet ein Sozialarbeiter, dass in seinen Augen, viele Uni- und Hochschulabsolvent*innen „null Ahnung von [...] praktischer Sozialarbeit“ (I41) haben. Drastischer als es die freiwillig Engagierte im I27 mit Bezug auf Verwaltung und Organisation beschreibt, bringt es der Sozialarbeiter folgendermaßen auf dem Punkt und spricht von „Fachidioten“ (ebd.), die von den Hochschulen in die Praxis geschickt werden. Sie seien nicht in der Lage, adäquat in Beziehung mit ihren Adressat*innen zu treten. Eine Ehrenamtskoordinatorin illustriert dies am Prozess der Integration, der sich aus ihrer Sicht „im Privaten viel schneller und viel besser als am Schreibtisch“ (I24) vollziehe.

6. Diskussion: Diskrepanz zwischen Disziplin und Profession?

Die Grenzen zwischen Sozialer Arbeit und freiwilligem Engagement werden von beiden Akteursgruppen entlang der Mandate Sozialer Arbeit ausgemacht. Sozialarbeiter*innen müssen sich – im Gegensatz zu freiwillig Engagierten – nicht nur am Mandat der Adressat*innen orientieren. Die Konsequenz für die Soziale Arbeit wäre die diverse Mandatierung für alle Beteiligten und damit auch für die freiwillig Engagierten transparent zu machen. Diese Transparenz müsste es leisten, ein Gleichgewicht von Praxis und Theorie herzustellen. Das Herstellen von Transparenz kann als weiterer Ausgangspunkt für eine angemessene Klärung, welche Aufgaben in das Portfolio der Sozialen Arbeit gehören und welche sich durch freiwillig Engagierte erledigen lassen. Damit wäre auch der Weg frei für eine Perspektivübernahme der jeweils anderen Akteur*innen.

Eine Randbemerkung sei erlaubt: In dieser Auseinandersetzung um die Grenzen von Sozialer Arbeit und freiwilligen Engagement geht all zu leicht unter, dass Soziale Arbeit in der kommunalen Migrationsarbeit, obwohl Migration als konstituierend für Gesellschaft sowie Soziale Arbeit gesehen werden kann, unter prekären Rahmenbedingungen arbeitet, die von strukturellen Schiefen wie der Projektierung von Angeboten (vgl. Alisch et al. 2020) und befristeten Arbeitsverhältnissen gekennzeichnet ist. Insofern wäre zu fragen, ob die Diskussion um das Verhältnis von Sozialer Arbeit und freiwilliges Engagement zwar durchaus auf ein Problem verweist, jedoch unter den gegebenen Umständen zu prüfen ist, ob Soziale Arbeit überhaupt die Ressourcen hätte, alle Aufgaben wahrzunehmen, die sie im Grunde genuin wahrzunehmen hat und an das freiwillige Engagement ebenso freiwillig wie notgedrungen abgegeben hat. Genauso muss vor dem Eindruck gewarnt werden, dass Soziale Arbeit auf Dauer im freiwilligen Engagement stattfinden könne. Es reicht

nicht, das Handeln ausschließlich über eigene Erfahrungen, die in einem Zusammenhang mit Migration stehen, zu begründen. Damit ist eine Deutungsmacht verbunden, die sich nicht nur darin zeigt, zu bestimmen, welche Aufgaben umzusetzen sind, sondern es wird in diesem Selbstverständnis in Anspruch genommen, auf Grund eigener und persönlicher Erfahrungen entscheiden zu können, was die Adressat*innen benötigen oder nicht benötigen.

Wie wichtig eine wissenschaftliche Verortung Sozialer Arbeit für die Praxis ist, zeigt sich im Selbstverständnis zur Interkulturellen Kompetenz. Hier zeichnet sich eine Auseinandersetzung in der Praxis ab, welche in der Disziplin Sozialer Arbeit aus unserer Sicht als überwunden galt. An dieser Schnittstelle scheint eine Sensibilisierung und im Grunde auch ein Nachholbedarf notwendig – auch vor dem Hintergrund der sich andeutenden Tendenz einer Psychologisierung Sozialer Arbeit – „um unterschiedliche Erklärungsmuster zu entwickeln und Einseitigkeiten zu vermeiden“ (Motzek-Öz/Westphal 2019: 265). Motzek-Öz und Westphal schlagen eine Reflexion mit dem Schlüsselsituationsmodell vor, das sich vor dem Hintergrund Interkultureller Kompetenz und der sich abzeichnenden Psychologisierung Sozialer Arbeit eignet, um die Praxis mehrdimensional zu betrachten und eben nicht einfache und einseitige psychologisierende oder/und kulturalisierende Deutungsmuster anzulegen, die „eine zunehmende Entpolitisierung von Sozialer Arbeit zur Folge haben können“ (ebd.: 266).

Dass eine politische Positionierung, insbesondere im Kontext von Migration, geboten ist, darauf verweisen die rege geführten Auseinandersetzungen um Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft sowie die Forderung des IFSW, dass Soziale Arbeit bei gesellschaftlicher Veränderung unterstützen solle. Da Sozialarbeitende es vermeiden, über Ihre Tätigkeit in den (privaten) Austausch zu gehen, wie unser Datenmaterial zeigen konnte, ist eine politische und solidarische Soziale Arbeit notwendig, um gesellschaftliche Kohäsion zu verwirklichen und Spaltungsprozessen entgegenzutreten (s. a. Baier et al. 2022).

Die Frage, wie sich Soziale Arbeit unter Mechanismen der Exklusion und Strukturen der Macht behaupten kann, ist offensichtlich nicht nur in der Praxis zu stellen, sondern auch in privaten Räumen der Professionellen. Um dies zu ermöglichen, werden Studierende der Sozialen Arbeit dazu angeregt, sich intensiv mit den Themen und Fragen Sozialer Arbeit in der Migrationsgesellschaft auseinanderzusetzen. Entsprechende Kompetenzen werden aber kaum in den Interviews angesprochen. Insofern ist es geboten – neben dem individuellen Blick auf die Adressat*innen – die Perspektive für gesellschaftliche Entwicklungen, die sich mit der Metapher des Brückenbaus zeigt, weiter zu intensivieren. Denn auf Dauer wird es nicht ausreichen, Soziale Arbeit im psychologischen Sinne ausschließlich auf menschliches Erleben und Verhalten auszurichten, weil dies nicht von gesellschaftlichen Bedingungen abzukoppeln ist.

Literatur

- Alisch, Monika/Westphal, Manuela (2019): Zwischenräume professionell und zivilgesellschaftlich organisierter Sozialer Arbeit mit Zugewanderten. In: Alisch, M. (Hrsg.) (2019): *Zwischenräume - Sozialraumentwicklung und Sozialraumorganisation in der Einwanderungsgesellschaft*. 1. Aufl. Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 20. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, S. 99-114.
- Alisch, Monika/Westphal, Manuela/Freuwört, Anke/Vogler, Jens (2020): Wenn Vielfalt zum Problem wird: Strukturelle Veränderungen kommunaler Migrationsarbeit. In: *Blätter der Wohlfahrtspflege - Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit* 167, 5, S. 177-179.
- Baier, Florian/Borrmann, Stefan/Hefel, Johanna/Thiessen, Barbara (Hrsg.) (2022): *Europäische Gesellschaften zwischen Kohäsion und Spaltung. Rolle, Herausforderungen und Perspektiven Sozialer Arbeit*. 1. Auflage. Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit, Band 25. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Berner, Heiko/Böhler, Doris/Füchslbauer, Tina/Hofer, Manuela/Kühne, Anne/Messinger, Irene/Riegler, Anna/Tißberger, Martina (2021): Editorial / Einleitung. In: Berner, H./Böhler, D./Füchslbauer, T./Hofer, M./Kühne, A./Messinger, I./Riegler, A./Tißberger, M. (Hrsg.) (2021): *Soziale Arbeit in der Postmigrationsgesellschaft. Kritische Perspektiven und Praxisbeispiele aus Österreich*. 1. Aufl. Buchreihe der oösa - Österreichischen Gesellschaft für Soziale Arbeit. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 11-22.
- Bhatti, Carina/Jepkens, Katja/Hauprich, Kai (2020): Arbeitsbeziehungen Ehrenamtlicher im Bereich (Flucht-)Migration. In: Jepkens, K./Scholten, L./van Rieën, A. (Hrsg.) (2020): *Integration im Sozialraum. Theoretische Konzepte und empirische Bewertungen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 371-383.
- BMI (2022): Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer. Die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) ist ein spezielles Integrationsangebot für erwachsene Zuwanderer über 27 Jahre. Artikel - Heimat & Integration. <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/integration/migrationsberatung/migrationsberatung-node.html> [Letzter Zugriff: 04.01.2023]
- Castro Varela, María do Mar/Mecheril, Paul (2010): Grenze und Bewegung. Migrationswissenschaftliche Klärungen. In: Mecheril, P./Kourabas, V./Rangger, M. (Hrsg.): *Migrationspädagogik*. Weinheim, Basel: Beltz, S. 23-53.
- Castro Varela, María do Mar/Jusuf, Julian Ibrahim (2021): Postkoloniale Theorie und soziale Ausschließung. In: Anhorn, R./Stehr, J. (Hrsg.) (2021): *Handbuch Soziale Ausschließung und Soziale Arbeit*, Band 26. Wiesbaden: Springer VS, S. 333-348.
- Filsinger, Dieter (2017): *Soziale Arbeit mit Flüchtlingen. Strukturen, Konzepte und Perspektiven*. WISO Diskurs 14 /2017. Bonn.
- Freuwört, Anke/Westphal, Manuela/Alisch, Monika (2021): Migrantisches Engagement auf der politischen Agenda – kommunale Migrationsarbeit zwischen Handlungsspielräumen und Abhängigkeiten. In: *Voluntaris - Zeitschrift für Freiwilligendienste und zivilgesellschaftliches Engagement* 9, 1, S. 86-98.
- Gabbe, Bettina (2022): Flüchtlingsrat beklagt Ungleichbehandlung bei Ankommenden aus Ukraine. <https://www.migazin.de/2022/03/08/zwei-klassen-gesellschaft-fluechtlingsrat-ungleichbehandlung/> [Letzter Zugriff: 04.07.2023]

- Gaitanides, Stefan (2003): Interkulturelle Kompetenz als Anforderungsprofil in der Jugend- und Sozialarbeit. In: Sozialmagazin, 3, S. 42-48.
- Graf, Laura (2016): Freiwillig im Ausnahmezustand. Die ambivalente Rolle ehrenamtlichen Engagements in der Transformation des Asylregimes. In: Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich 36, 3, S. 87-96.
- Hamann, Ulrike/Karakayali, Serhat /Wallis, Mira /Höfler, Leif Jannis (2016): Koordinationsmodelle und Herausforderungen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in den Kommunen. Qualitative Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung. Berlin.
- Hamburger, Franz (2009): Abschied von der interkulturellen Pädagogik. Plädoyer für einen Wandel sozialpädagogischer Konzepte. 1. Aufl. Weinheim: Juventa.
- Han-Broich, Misun (2012): Ehrenamt und Integration. Wiesbaden: Springer VS.
- Heiner, Maja (2004): Professionalität in der sozialen Arbeit. Theoretische Konzepte, Modelle und empirische Perspektiven. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.
- hfr/Der Paritätische Hessen (2022): Gemeinsame Pressemitteilung.
- IFSW (2014): Global Definition of Social Work.
- Karakayali, Serhat/Kleist, Olaf (2016): EFA-Studie 2 Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. 2. Forschungsbericht Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2015. Berlin.
- Kubisch, Sonja/Ottersbach, Markus/Citak, Selma/Ertik, Serpil/Wiedemann, Petra/Eick, Johannes (2019): Soziale Arbeit und Engagement von Menschen mit und ohne Fluchthintergrund im Kontext von Flucht und Asyl. Eine rekonstruktiv-praxeologische Studie am Beispiel von NRW. Abschlussbericht. Köln.
- Kuckartz, Udo (2018): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 4. Auflage. Grundlagentexte Methoden. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Leiprecht, Rudolf (2018): Diversitätsbewusste Perspektiven für eine Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft. In: Blank, B./Gögercin, S./Sauer, K./Schramkowski, B. (Hrsg.) (2018): Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft. Grundlagen - Konzepte - Handlungsfelder. Wiesbaden: Springer VS, S. 209-220.
- Mecheril, Paul (2013): „Kompetenzlosigkeitskompetenz“. Pädagogisches Handeln unter Einwanderungsbedingungen. In: Auernheimer, G. (Hrsg.) (2013): Interkulturelle Kompetenz und pädagogische Professionalität. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 15-35.
- Melter, Claus (Hrsg.) (2021): Diskriminierungs- und Rassismuskritische Soziale Arbeit und Bildung. Praktische Herausforderungen, Rahmungen und Reflexionen. 2., erweiterte Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Motzek-Öz, Sina/Westphal, Manuela (2019): Die Theorie-Praxis Reflexion am Übergang Studium - Beruf. In: Migration und Soziale Arbeit 41, 3, S. 259-268.
- Müller, Siegfried/Rauschenbach, Thomas (Hrsg.) (1992): Das soziale Ehrenamt. Nützliche Arbeit zum Nulltarif. 2. Aufl. Edition soziale Arbeit. Weinheim, München: Juventa.
- Prasad, Nivedita/Muckenfuss, Katrin/Foitzik, Andreas (Hrsg.) (2020): Recht vor Gnade. Bedeutung von Menschenrechtsentscheidungen für eine diskriminierungskritische (Soziale) Arbeit. 1. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

- Ruttert, Tobias (2021): Die professionelle Identität in der Sozialen Arbeit. Eine qualitative Studie über professionelle Selbstverständnisse sozialpädagogischer Fachkräfte. 1st ed. 2021. Springer eBook Collection, Band 23. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Scherr, Albert/Yüksel, Gökçen (2016): Vorwort. In: Scherr, A./Yüksel, G. (Hrsg.) (2016): Flucht, Sozialstaat und Soziale Arbeit. Neue Praxis Sonderheft, Band 13. Lahnstein: Verlag neue praxi GmbH, S. 3-8.
- Schirilla, Nausikaa (2016): Migration und Flucht. Orientierungswissen für die Soziale Arbeit. 1. Aufl. Stuttgart: W. Kohlhammer.
- Spindler, Susanne (2022): Rassismuskritische Reflexion zu Kommunikation. In: Behrmann, A./Rickenbrauk, K./Stahlke, I./Temme, G. (Hrsg.) (2022): Handbuch Psychosoziale Prozessbegleitung. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 521-534.
- Staub-Bernasconi, Silvia (2007): Soziale Arbeit Dienstleistung oder Menschenrechtsprofession? Zum Selbstverständnis Sozialer Arbeit in Deutschland mit einem Seitenblick auf die internationale Diskussionslandschaft. In: Lob-Hüdepohl, A./Lesch, W. (Hrsg.) (2007): Ethik Sozialer Arbeit - Ein Handbuch: Einführung in die Ethik der Sozialen Arbeit: Schöningh, S. 20-54.
- Vogler, Jens (2022): Arbeitsbeziehungen im Handlungsfeld Migration. Eine empirische Untersuchung zum vielschichtigen Handeln von Sozialarbeiter*innen und freiwillig Engagierten. Wiesbaden: Springer VS.
- Westphal, Manuela (i. E.): Migration, Interkulturelle Pädagogik und Soziale Arbeit. In: Thole, W. (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit. 5. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Westphal, Manuela (2009): Interkulturelle Kompetenzen als Konzept der Zusammenarbeit mit Eltern. In: Fürstenau, S./Gomolla, M. (Hrsg.) (2009): Migration und schulischer Wandel: Elternbeteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 89-106.
- Westphal, Manuela/Alish, Monika/Vogler, Jens (2020): Helfen im Kontext neuer Arbeitsteilungen!? Zur Veränderung der Sozialen Arbeit durch Zuwanderung. In: Migration und Soziale Arbeit 42, 3, S. 260-267.
- Wevelsiep, Christian (2019): Migration und Soziale Arbeit. Ein philosophischer Rahmen sozialpädagogischer Kompetenz. In: Wartenpfful, B. (Hrsg.) (2019): Soziale Arbeit und Migration. Konzepte und Lösungen im Vergleich. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 29-40.
- Zajak, Sabrina/Gottschalk, Ines (Hrsg.) (2018): Flüchtlingshilfe als neues Engagementfeld. Chancen und Herausforderungen des Engagements für Geflüchtete. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.

Zwischen Fürsorge und sozialer Dienstleitung – Hilfe aus der Perspektive von Zugewanderten

Jens Vogler, Manuela Westphal und Monika Alisch

1. Zwei Annahmen

Hilfe für zugewanderte Menschen ist eine Tätigkeit, der nicht nur die Fachkräfte der Sozialen Arbeit in der kommunalen Migrationsarbeit nachgehen. So ist die Bedeutung von Hilfeleistungen von freiwillig Engagierten für geflüchteten Menschen seit langem bekannt (exemplarisch: Fritz 2004), wurde in verschiedenen Studien in den Fokus gerückt (z. B. Vogler 2022) und fand mit der Formulierung „Wir schaffen das“¹ eine große öffentliche Resonanz. Die Konsequenz dieser – wenn man so will – Diversität der Hilfe(n) im Kontext von (Flucht)Migration wurde im Forschungsprojekt ProZiS untersucht und die Etablierung einer neuen Arbeitsteilung zwischen professionell und zivilgesellschaftlich organisierter Sozialer Arbeit erkannt (Westphal et al. 2020 und Alisch et al. in diesem Band). Hilfe verstehen wir als einen sozialen und gesellschaftlichen Vorgang, in dem gesellschaftliche und kommunale Aufgaben, wie z.B. Integration oder Teilhabe, an freiwillig Engagierte vermittelt und durch diese zu leisten versucht werden. Hilfe lässt sich in der kommunalen Migrationsarbeit höchst unterschiedlich konzeptualisieren – z.B. partizipativ, exklusiv oder eher paternalistisch, um nur einige zu nennen und ist zugleich nur schwierig zu systematisieren (vgl. Alisch et al. 2021: 225).

Die meisten Forschungen, die sich mit Hilfen für Zugewanderte beschäftigen, sind auf die Perspektive der helfenden freiwillig Engagierten, die Fachkräfte in den Verwaltungen, die Sozialarbeitenden usw. gerichtet. Die Perspektive derjenigen, die die Hilfe erhalten, tritt – wenn überhaupt – randständig in Erscheinung.

Gleichzeitig verweisen die ProZiS-Ergebnisse darauf, dass die Zugewanderten selbst stark nachgefragte Akteur*innen in der kommunalen Migrationsarbeit sind und mit ihrem Engagement – z.B. in Migrant*innenselbstorganisationen (MSO) – einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für gelingende Diversität leisten (Freuwört et al. 2021 und Alisch et al. in diesem Band).

1 Angela Merkel, Bundeskanzlerin a. D., 31.08.2015

Im ProZiS-Forschungsprojekt haben wir Hilfeeindrungen von Zugewanderten über *zwei* Wege zu rekonstruieren versucht. *Erstens* haben wir Zugewanderte als Freund*innen von nicht zugewanderten, zum Teil freiwillig engagierten Personen adressiert. *Zweitens* haben wir Vertreter*innen von MSO angesprochen und in unsere Forschung einbezogen.

Über diese Zugänge werden wir im Folgenden den Aspekt der Hilfe aus Sicht der Zugewanderten unter *zwei* Annahmen untersuchen: Mit Schobin (2013) gehen wir *erstens* davon aus, dass Freundschaft und Fürsorge eng zusammenhängen und fragen nach der Bedeutung von Hilfe zwischen Zugewanderten und nicht-Zugewanderten. Mit dem wachsenden Interesse an MSO und ihren sozialen Dienstleistungen (vgl. Halm et al. 2020), fragen wir *zweitens* nach der besonderen Relevanz ihrer Hilfen.

Nach einer Skizzierung des sozialwissenschaftlichen Diskurses um Freundschaft (Kap. 2) und zur Funktion von MSO in der Daseinsvorsorge (Kap. 3), zeigen wir anhand unseres empirischen Materials (Kap. 4), inwiefern Freundschaften fürsorglich ausgestaltet sein können und welche Rolle das Konstrukt Hilfe hierbei spielt. Zudem werden wir anhand der Interviews mit Vertreter*innen von Migrant*innenselbstorganisationen zeigen, welche Aufgaben die MSO in der kommunalen Migrationsarbeit übernommen haben (Kap. 5). Abschließend werden die Konsequenzen dieser beiden Aspekte für soziale Beziehungen in der Migrationsgesellschaft und die Rolle Sozialer Arbeit diskutiert (Kap. 6).

2. Freundschaft: Eine unbestimmte Beziehungsform zwischen Freiwilligkeit und Instrumentalisierung²

In Deutschland haben sich Freundschaften im Zuge gesellschaftlicher Differenzierungen verändert: Eine berufliche Differenzierung, räumliche und soziale Mobilität sowie der Bedeutungsverlust traditioneller Bindungen, haben dazu beigetragen, dass soziale Kontakte zwischen Menschen unterschiedlicher sozialer Positionen häufiger wurden (vgl. Tenbruck 1964). Freundschaften, die im Gegensatz zu Familien als egalitäre und freiwillige Beziehungsform bezeichnet werden können, ergänzen, im Sinne einer Wahlverwandtschaft, fortan bisherige Beziehungsbilder.

Freundschaften sind damit ein wichtiges Element von Vergesellschaftung, das nicht der Institution Familie zugeordnet ist und sich auch raum-zeitlich, nicht eindeutig verorten lässt. Freundschaften können als Ergänzung oder Sub-

2 Wir bedanken uns bei Anke Freuwört (wissenschaftliche Mitarbeit im ProZiS-Projekt) für die Mitarbeit an diesem Kapitel.

stitut von Familienbeziehungen gesehen werden (vgl. Schinkel 2003). In aktuellen Diskursen werden Freundschaften gar als Alternative für Familie diskutiert, die es nach de Lagasnerie in ähnlicher Weise zu fördern gilt, wie Ehen (Zeit.de 2023).

Freundschaften zeichnen sich gemeinhin durch Freiwilligkeit, ihre Unterstützungspotenziale und durch Reziprozität aus. Sie können auch als positive Beziehungen bezeichnet werden, die im Alltag von Liebesbeziehungen, Verwandtschaftsbeziehungen und professionellen Beziehungen abgegrenzt werden und durch fehlende Erotik, fehlende Verwandtschaft oder fehlendem Zwang gekennzeichnet sind (vgl. Matt/Stüttgen 2014).

Empirisch zeigen sich Freundschaften kontextabhängig. Es gilt, die sozialen Positionen der Freund*innen zu berücksichtigen und ebenso den Umstand, dass sich der spezielle Charakter einer Freundschaft im Umgang der Freund*innen miteinander, im Sinne eines „doing friendship“, konstituiert (vgl. Vogler et al. 2021: 221f.).

Mit dieser groben Skizze der Möglichkeiten, Freundschaften zu thematisieren wird vielleicht auch das deutlich, was Bude als „Rätsel der Freundschaft“ (2017: 554) oder Stiehler als die „Unbestimmtheiten von Freundschaft“ (2019: 12) bezeichnet haben. Diese Unbestimmtheiten liegen dann irgendwo zwischen den Polen der Idealisierung von Freundschaften einerseits, in der „die Freundschaft eine persönliche Beziehungsressource“ (2019: 9) ist, „um die komplexen Anforderungen des modernen Lebens bewältigen zu können“ (2019: 9) und der Freundschaft als „Vergewisserung des Selbst“ andererseits (ebd.: 10).

In dieser Unbestimmtheit gehen wir mit Schobin von einer Verfürsorglichkeit von Freundschaft aus, in der eine Instrumentalisierung von Freundschaften nicht geleugnet werden kann (vgl. 2013: 11) und auch auf initiierte Freundschaften, wie Patenschaften zwischen Zugewanderten und länger in Deutschland lebenden Personen zutrifft – insbesondere, wenn festgestellt wird, dass aus Patenschaften Freundschaften werden können (vgl. BMFSFJ 2017: 9). Patenschaften werden vom Bund – auch vor dem Hintergrund der Fluchtmigration 2015/2016 – als sog. Chancenpatenschaften im Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“ (s. a. Kalb-Müller et al. in diesem Band) gefördert und können mit Schobin als „öffentliches Ideal“ (2013: 12) verstanden werden, verbunden mit der Gefahr, dass Patenschaften, die zu Freundschaften werden, sich organisatorischen Grenzen entziehen und damit enttäuschten Hilferwartungen eigentlich nicht begegnet werden kann (vgl. ebd.: 250).

3. MSO: Soziale Dienstleistungen zwischen Expertise und wohlfahrtsstaatlicher Normen

Migration verändert Gesellschaft, so die Ausgangsthese des ProZiS-Forschungsprojekts. In Verbindung mit dem „Wandel des Wohlfahrtssystems in Richtung eines „aktivierenden Wohlfahrtsstaates“ (Lessenich 2012) lässt sich vermuten, dass Migrantenorganisationen als zivile Akteurinnen zunehmend adressiert werden“ (Günzel et al. 2022: 138). Diese Adressierung konnten wir deutlich rekonstruieren und darstellen, in welchen Spannungsverhältnissen diese Adressierung von den MSO selbst wahrgenommen werden (Freuwört et al. 2021 und Alisch et al. in diesem Band).

Als Stärken von MSO gelten die „Flexibilität und ihre Nähe zu den Zielgruppen, die Möglichkeit zur Mobilisierung von Ehrenamt und die Ansprache sich wandelnder Adressat*innen, gepaart mit einem Verständnis für die Biografien und die Lebenssituation ihrer Klientel“ (Halm et al. 2020: 120). Sie gelten als Expertinnen, u. a. in Fragen der Integration und in der Mitgestaltung einer pluralen und demokratischen Gesellschaft (vgl. Freuwört et al. 2021: 91f.).

In Forschungen wird das „Zusammenspiel aus eigenen Leistungen und dem vereinfachten Zugang zu wohlfahrtsstaatlichen Angeboten“ (Bonfert et al. 2022: 14) der Zielgruppen der MSO hervorgehoben. Gleichzeitig wird gefragt, „wie sich diese besonderen Qualitäten mit Anforderungen der Verstetigung der Angebote und Organisationsstrukturen sowie der Professionalisierung vereinbaren lassen“ (Halm et al. 2020: 120). Denn neben der Abhängigkeit von befristeten Projektmitteln und der Fluktuation von Mitarbeiter*innen, Mitgliedern und freiwillig Engagierten (vgl. ebd.: 121), wird auch die Konkurrenz um Fördermittel – nicht nur mit anderen MSOs (vgl. Freuwört et al. 2021: 95f.), sondern auch mit anderen Trägern der Wohlfahrtspflege (vgl. Bonfert et al. 2022: 13) eine Herausforderung.

Zwar trifft dies MSO nicht exklusiv (vgl. Alisch et al. 2020), aber auf Grund ihres meist ehrenamtlichen Fundaments in besonderem Ausmaß. Dieses Fundament zwingt sie immer wieder, ihre Expertise und ihre Professionalität nachzuweisen, um als gleichberechtigte Kooperationspartnerinnen in der Migrations- und Integrationsarbeit überhaupt in Frage zu kommen (vgl. Freuwört et al. 2021: 95f. und Mesgina/Cortés Núñez in diesem Band).

Begleitet sind diese Herausforderungen mit der integrationspolitischen Vorstellung, dass die erbrachten sozialen Dienstleistungen „an bereits herausgebildeten Standards und Normen des deutschen Systems der Wohlfahrtspflege Anschluss finden sollen“ (Halm et al. 2020: 9).

4. Zugewanderte in Freundschaften und als Vertreter*innen in MSO

Um die Sicht von Zugewanderten auf Hilfe zu entfalten, werden wir uns auf *zwei* methodische Zugänge beziehen (s. a. Alisch et al in diesem Band).

Erstens werden problemzentrierte und leitfadengestützte Interviews (I) mit Vertreter*innen von MSO (n=11) genutzt. Der Zugang zu den interviewten Personen wurde durch die Praxispartner*innen des ProZiS-Forschungsprojekts vermittelt, über Besuche öffentlicher Veranstaltungen und über Empfehlungen bereits interviewter Personen geschaffen. Die Interviews wurden mit dem Erkenntnisinteresse der Rekonstruktion der Wechselwirkung von zivilgesellschaftlich und professionell organisierter Sozialer Arbeit geführt.

Zweitens werden narrativ-angelegte Tandeminterviews (T) aus dem Projekt berücksichtigt. Die Interviewpaare konnten ebenfalls über die Praxispartner*innen des ProZiS-Forschungsprojekts, aber auch über Vertreter*innen von MSO, als auch über persönliche Empfehlungen akquiriert werden. Mit der Analyse war das Ziel verbunden, die Motive, Kompetenzen, Bildungs- und Beziehungserfahrungen innerhalb der Freundschaften zu rekonstruieren. Die Freundschaftstandems (n=15) lassen sich grob nach dem Moment des Kennenlernens unterscheiden: Acht Tandems haben sich eher *zufällig* kennengelernt, z. B. über die gemeinsame Arbeitsstelle und sieben Tandems sind über gezielte oder organisierte Hilfe, z. B. im Rahmen von Patenschaftsprojekten, *angebahnt* worden (vgl. Alisch et al. in diesem Band).

Beide Erhebungen haben wir inhaltsanalytisch-orientiert (Kuckartz 2018) ausgewertet. In der folgenden Darstellung werden entsprechend des in Kap. 1 geschilderten Erkenntnisinteresse ausschließlich Interviewaussagen herangezogen und diskutiert, die von zugewanderten Freunden bzw. Vertreter*innen von MSO getätigt wurden.

5. Hilfe in Freundschaften und als Soziale Dienstleistung

Im empirischen Material lassen sich verschiedene Hinweise identifizieren, wie der Aspekt der Hilfe aus Sicht der Zugewanderten verhandelt wird. Im Folgenden wird gezeigt, wie Hilfe in den freundschaftlichen Beziehungen und in den Tätigkeiten der MSO mit Familie in Zusammenhang gebracht wird. (Abschn. 5.1). Danach werden unterschiedliche Typen von Hilfe erläutert und beschrieben, welche Relevanzsetzungen damit einhergehen (Abschn. 5.2).

5.1 *Hilfe als Zeichen von Freundschaft und familiäres Commitment*

Die interviewten Zugewanderten machen in den angebahnten Freundschaften deutlich, dass sie Hilfeleistungen, die sie erfahren, nicht als selbstverständlich ansehen:

„Das hat mich gewundert, dass jemand hilft anderen, die noch nicht gesehen, noch nicht kennengelernt, verhält sich sympathisch und hilft gerne ohne Erwartung und immer, wenn wir brauchten, [Vorname] war da und egal, Mitternacht oder morgen früh und so, er war immer für uns da und hat immer uns geholfen“ (T13).

Einerseits werden solche Unterstützungsleistungen aus ihrer Sicht als Zeichen der Freundschaft gedeutet. Denn:

„obwohl [Vorname] viel zu viel zu tun hat, aber trotzdem ist immer zu uns gekommen, ist immer über unsere Probleme uns gefragt: Was kann ich für euch tun? Welches Problem habt Ihr? [...] wegen diesen Sachen unsere Freundschaft ist stärker“ (T11).

Und andererseits zeigt sich, dass diese Hilfen auch als Substitute zu verstehen sind, die – in der Auffassung der Interviewten – eigentlich in der Familie zu erbringen sind:

„Die Deutschen studieren hier, die merken das nicht, aber er hat seinen Vater, er hat seine Mutter, er hat seine Oma, die unterstützen ihn alle, bis er fertig mit dem Studium ist. Ich habe nicht diese Leute, die mich unterstützen“ (T1).

Es wird sehr deutlich, dass die Zugewanderten die Beziehung zu ihrem*ihrer Freund*in vielfach mit Familienanalogien in Verbindung bringen (vgl. Vogler et al. 2022). So werden auf die Frage, wie sie ihre*n Freund*in sehen, familiäre Bezeichnungen für die Beschreibungen genutzt. Diese Vergleiche zeigen sich in angebahnten Beziehungen, in denen Hilfe der Ausgangspunkt der Freundschaft war, z. B. in einem Tandem, das sich über einen Deutschsprachkurs gefunden hat. Die zugewanderte Person vergleicht seine (ehemalige) Lehrerin mit seiner „Schwester, meine große Schwester“ (T2). Diese Vergleiche finden sich allerdings auch in Konstellationen, die sich zufällig kennenlernten, in der Hilfe zunächst nicht der Ausgangspunkt war. In einer solchen Freundschaft sieht die zugewanderte Person in ihrer Freundin die „Mutter im Herzen“ (T3).

Diese Familienanalogien werden mit fürsorglichen Momenten in Verbindung gebracht, denn Familienangehörige sorgen füreinander, wenn sie „einander brauchen“ (T13), denn sie „sind immer dabei“ (ebd.) und dass ist unabhängig, ob das ein trauriger, schwieriger oder glücklicher Moment ist.

Auch in den Interviews mit Vertreter*innen der MSO werden familiäre Vergleiche bemüht und die Vereine und Organisationen, als „eine Art Ersatzfamilie“ (I34) gesehen. Teilweise wird der Verein, die Organisation oder ihre Mitglieder mit Familie gleichgesetzt (I33). Ein Vertreter berichtet, dass im

Wirken die „Brüderlichkeit [...] im Vordergrund“ (ebd.) stehe. In einem Gespräch sieht die interviewte Person in der Arbeit des Vereins sogar mehr als Familie,

„weil manchmal kann auch die Familie einen gleich abstoßen, aber in einer Gemeinschaft ist es nicht der Fall. Da wird es immer einen geben oder zwei geben, die einen unterstützen“ (I34).

Es wird deutlich, dass familiäre Bezüge offenbar notwendig sind, um das besondere Moment der Beziehung bzw. die Charakteristik der Organisation oder des Vereins zu erfassen. Die Motivationen solcher Familienanalogien scheinen ebenso identisch. So beschreibt ein Vertreter einer MSO, dass er den Verein, für den er sich engagiert als einen „Familienverein“ (I33) begreift, und begründet diese Charakterisierung in der Tatsache, dass sie „wissen, dass Familie sehr, sehr wichtig“ (ebd.) ist. Gleichzeitig legt die Person dar, dass für viele Menschen, die im Verein aktiv sind, die Familie nicht unmittelbar greifbar ist, „weil man ist so weit entfernt von zu Hause“ (ebd.) und weiter „wir brauchen einander“ (ebd.).

Ähnliche Erklärungen formulieren die Zugewanderten in den Tandeminterviews. In einer Beziehung, bei der sich die Freunde über das gemeinsame Studium kennengelernt haben, wird von der zugewanderten Person beschrieben, dass sein

„familiärer Hintergrund [...] hier in Deutschland“ (T14) nicht vorhanden ist. Aus diesem Grund können „Freundschaften irgendwo Kompensation sein“ (ebd.).

Freundschaften und die sozialen Beziehungen in den MSO können als Ersatz oder als Erweiterung für Familienbeziehungen verstanden werden. Aus diesem Grund wird in den Freundschaften zwischen Zugewanderten und nicht-Zugewanderten, unabhängig davon, ob Hilfe der Ausgangspunkt war, „schon ein bisschen mehr als Freundschaft“ (T14) gesehen. Die nicht-zugewanderten Personen sind dann, wie aus der Sicht der zugewanderten Person, die ihre Freundin auf der Arbeit kennenlernte, ein „Teil von [...] Familie“ (T6). Fast identisch zur oben dargestellten Argumentation der MSO wird in den Freundschaften das „einander brauchen“ (T13) angeführt, um die gefühlte familiäre Bindung zu begründen.

Solche familiären Bezeichnungen wie „brudermäßig“ (T12) oder eine „Beziehung wie Geschwister“ (T13) werden überwiegend von den zugewanderten Personen genutzt. Die nicht-Zugewanderten halten sich mit solchen Vergleichen zurück. Es sei denn, die nicht-zugewanderten Personen sind (deutlich) älter als die zugewanderten Personen. Hier werden dann von beiden Seiten Eltern-Kind Analogien bemüht, um die Beziehungen zu beschreiben oder zu legitimieren: „also ich sage Mama und sie sagt Sohn“ (T1). Den helfenden Beziehungen wird eine generationale Ordnung (Eltern-Kind) gegeben, um die

entstehende Nähe und Vertrautheit trotz oder gerade wegen bestehender Unterschiede im Alter und Geschlecht in alltäglichen, institutionellen sowie sozialräumlichen Kontexten (z. B. Nachbarschaft) zu vermitteln.

5.2 „A friend in need is a friend indeed“ ...

... antwortet ein Interviewpartner (T12), der seinen Freund über eine Patenschaft kennengelernt hat, auf die Frage, was für ihn Freundschaft bedeutet. Er begründet, dass sein Freund ihm immer geholfen habe, wenn er Probleme hatte. Hilfe wird in solchen und ähnlichen angebahnten Konstellationen von den zugewanderten Personen aktiv gesucht:

„And then we were trying to find someone like a volunteer teacher to teach us in German language. And then, we found Mrs [Vorname]. And then she came and she said, she is going to teach us, that was the beginning.“ (T4)

Solche Unterstützungsleistungen bilden dann den Anfang der Freundschaft. Freundschaften können somit als Ressource verstanden werden den komplexen Anforderungen des Lebens gerecht zu werden und das hat insbesondere für angebahnte Freundschaften, in denen Hilfe der Ausgangspunkt war, einen besonderen Stellenwert. Denn diese Ressource wird von den freiwillig Engagierten in Patenschaften, im Sprachunterricht oder auch im Engagement in MSO angeboten. So sind „Bildung“, „Integration“ oder „Integrationshilfe“, „Begegnung“, „interkulturelle Verständigung“, „soziale Dienste“ oder „Wohltätigkeit“ Tätigkeiten, die man gut und gerne im Angebotsportfolio Sozialer Arbeit (im Handlungsfeld Migration) findet, aber eigentlich eine Auswahl der Aktivitäten aus verschiedenen Kurzprofilen von Migrant*innenorganisationen und Vereinen im Landkreis Hersfeld-Rotenburg (vgl. Kreisausschuss des Landkreises Hersfeld-Rotenburg Fachdienst Migration Asyl 2020) sind. Diese Aktivitäten dokumentieren nicht nur „die Vielfältigkeit der im Landkreis Hersfeld-Rotenburg ansässigen Migrant*innenorganisationen“ (ebd.: 5), wie es die erste Kreisbeigeordnete des Landkreises beschreibt, sondern können als Indiz dafür gesehen werden, dass MSO unverzichtbare Partner in der kommunalen Migrationsarbeit sind.

Aus diesen und den Aktivitäten der Freundschaftsstandards lassen sich unterschiedliche Typen von Hilfe beschreiben:

(1) Begleitende Hilfe

Neben dem Erwartbaren, dass die Vertreter*innen der MSO sich, als erfahren in Migrationsfragen sehen (I32 und vgl. Freuwört et al. 2021), ist die Begleitung zu allen möglichen Institutionen wichtiger Ausdruck von Hilfe. Es werden Gänge zum „Amt und Krankenhaus, Arzt, Rechtsanwalt“ (I32) oder zur Schule (I6) begleitet. Es wird mit Behörden gesprochen, „Schwierigkeiten mit

Krankenkassen, mit Ärzten“ (I7) geklärt oder Unterlagen ausgefüllt und übersetzt.

Auch in den Interviews mit den Freundschaftstandems finden sich begleitende Hilfeformen. Die nicht zugewanderten begleiten formale Termine bei öffentlichen Institutionen oder Ämtern. Sie begleiten aber auch non-formale Aktivitäten wie das Autofahren („we were driving to the Verkehrsübungsplatz“, T4), um die deutschen Verkehrsregeln näher zu bringen.

(2) Unbürokratische Hilfe

Vertreter*innen der MSO nutzen ihre Kontakte zu anderen Vereinen und Institutionen, um „unbürokratisch“ (I31) zu helfen. Durch solche Kontakte hört man „viele Sachen“ (I32) und kann Anliegen ohne Umweg „direkt an den Abteilungsleiter der Verwaltung“ (I31) tragen. In gewisser Weise deckt sich diese Art der Hilfe mit den transversalen Handlungen, die wir bei Sozialarbeiter*innen rekonstruieren konnten. Formale Abläufe werden bewusst umgangen oder abgekürzt und damit Spielräume der Hilfe erweitert (vgl. Alisch et al. 2021). Jedoch sind sich die MSO Vertreter*innen bewusst, dass sie „keine hochgebildeten geschliffenen Pädagogen“ (I34) sind und entsprechend kein „Allheilmittel für all das, was [...] an Problemen“ (ebd.) mitgebracht wird, vorhalten können. Dennoch, „wenn jemand [...] Unterstützung oder Hilfe braucht [...], dann hilft man einander“ (ebd.).

Die angedeuteten transversalen Momente lassen sich auch in den Tandeminterviews finden. Zum einen als eine solidarische Handlungsform (s. Freuwört et al 2023) und zum anderen als Funktionalisierung der nicht-zugewanderten Personen, um überhaupt Hilfe oder Unterstützung erhalten zu können. Eine zugewanderte Person aus einem angebahnten Tandem beschreibt, dass sie ihren Freund als „Betreuer“ (T13) in der Schule vorstellt, denn „unter Name Betreuer die konnten über meine Sachen sprechen, sonst die durften das nicht.“ (ebd.).

Insofern verwundert es nicht, wenn die nicht-zugewanderten Personen von zugewanderten Personen in angebahnten Freundschaften, metaphorisch als „key of our problems“ (T4) gefasst werden.

(3) Monetäre Hilfe

Auch finanzielle Hilfen können in den Interviewbeiträgen der Tandems („we needed to buy more things for the house that we needed“, T4) und in den Gesprächen mit den Vertreter*innen der MSO identifiziert werden.

Wenn freiwillig Engagierte in den MSO „mitbekommen, dass er halt finanziell nicht gut dasteht“ (I34) wird „auch [...] mit Geld geholfen“ (I33). So wird einerseits Geld gesammelt, „zum Beispiel, wenn jemand den Vater verloren hat, oder jemand muss nach Afrika fliegen, weil die Mutter sehr krank ist, können wir als Verein Geld sammeln“ (I33). Zusätzlich zu diesen punktuellen finanziellen Mitteln, unterstützen einzelne Personen über einen längeren Zeit-

raum, z. B. über eine „Verpflichtungserklärung“ (I10), mit der sich Vereinsmitglieder „ein Jahr, zwei Jahre“ (ebd.) dazu verpflichten, für eine Person zu „sorgen“ (ebd.).

(4) Beratende Hilfe

Neben der begleitenden und monetären Hilfe wird in den MSO auch kommunikative Unterstützung angeboten, die sich als Rechtsberatung umschreiben lässt. Ein Vertreter einer MSO erzählt:

„Ich habe [...] Arbeitsrecht studiert, Rentenversicherung studiert, Rentensachen, Arbeitsrecht, das waren meine Hauptstudienfächer“ (I6) und nutzt dies aktiv für die Vereinsarbeit „meine Ausbildung hat mir auch dabei die Stärke gegeben, weil ich kaufe mir die Gesetze selbst, ich lerne sie, ich suche das, was gebraucht wird und dann lerne ich erst selbst, bevor ich eine Beratung geben kann.“ (ebd.)

Andere berichten in ähnlicher Weise, dass sie über Fragen des Asyls bzw. über den Umgang mit Ablehnungsbescheiden informieren und dann beraten „welche gute Wege“ (I8) zu gehen sind, „dass sie hier in Deutschland bleiben“ (ebd.) können. Die Personen aus den MSO sagen von sich, dass sie „richtig beraten“ (I33) können „und sagen kann man Widerspruch machen, und kann man einen guten Rechtsanwalt holen“ (ebd.).

In den Tandeminterviews zeigt sich ebenfalls eine beratende Hilfe, z. B. im Umgang mit öffentlichen Institutionen wie dem Jobcenter. In einem angebahnten Tandem wird beschrieben, dass der nicht zugewanderte Freund gebeten wird, zu „helfen und erklären, worum geht es [in Schriftstücken vom Jobcenter, Anm. die Autor*innen] und danach raten, was sollen wir tun“ (T13).

(5) Integrative Hilfe

In Patenschaften und anderen Freundschaften, in denen Hilfe der Ausgangspunkt der Beziehung war, sind Sprache und Kultur wesentliche Aspekte, die die Interviewpartner*innen als Lernprozess hervorheben, den sie durch die jeweilige Freundschaft erfahren haben:

„[Vorname] hat uns wirklich so viel geholfen über deutsche Sprache und Leben und die Kultur.“ (T11) bzw. einfordern: „ich möchte auch die Kultur und die Leute kennenlernen“ (T15).

Dies kann im Einklang mit der politisch angestrebten Wirkung von Patenschaften gesehen werden und mit der Verbesserung von individueller Teilhabe gefasst wird (vgl. Gesemann et al. 2021: 155ff.). Ein Interviewpartner füllt dies inhaltlich so:

„Für mich ganz Deutschland auch [Vorname] und [Vorname] sind wie eine neue Welt. Ich entdecke jeden Tag was Neues, deutsche Mentalität, wie man denkt, alles in Ordnung. Ich kann das nicht beschreiben. Ich habe viel gelernt.“ (T9).

Auch die Integrationschancen, die der Bund intendiert (vgl. Gesemann et al. 2021: 11) lassen sich in den Interviews erkennen, denn die Beziehung zur nicht zugewanderten Person „hat mich richtig in die Gesellschaft reingebracht“ (T1).

Auch die MSO erfüllen im Grunde integrationspolitische Ideale – nicht nur des Bundes – mit ihren sozialen Dienstleistungen, welche mit Rechtsgrundlagen oder Integration (vgl. I7), „Demokratie lernen, Frauenrechte, Kindererziehen“ (ebd.) sowie Themen, wie deutsche Geschichte (vgl. I32) an Inhalte des Integrationskurses erinnern (vgl. bamf.de o. J.). Die formulierten Ziele weisen Ähnlichkeiten auf:

„unsere Verein, die wollen beibringen für diese Leute und die wollen unterstützen, die wollen, dass diese Leute würden hier richtige und erfolgreiche zukünftige Deutsche sein.“ (I7) bzw. den „richtigen Weg in Deutschland“ (I32).

6. Professionalisierung freundschaftlicher/familiärer Strukturen!?

Von den Annahmen ausgehend, dass Freundschaft und Fürsorge eng zusammenhängen und MSO vermehrt soziale Dienstleistungen erbringen, wurde in diesem Beitrag gezeigt, wie Hilfe aus Sicht von Zugewanderten erfahren *und* gestaltet wird.

Hilfe wird in den hier untersuchten Konstellationen familiär verortet und mit der (migrationsbedingten) Abwesenheit der eigenen Familie argumentiert. Die beschriebene Unterstützung zeigt sich in unterschiedlichen Ausprägungen: von begleitender, über integrative bis zur beratenden Hilfe und weist Ähnlichkeiten zu professionellen Angeboten auf.

Mit der Analyse kann grundsätzlich festgehalten werden, dass sowohl Freundschaften zwischen Zugewanderten und nicht-Zugewanderten, als auch die Aktivitäten der MSO integrationspolitischen Zielen und Forderungen entsprechen und Zu- bzw. Zusammengehörigkeitsgefühle (be-)stärken. Sie ergänzen und entlasten durch ihre Beziehungen und Aktivitäten die allgemeinen wohlfahrtsstaatlichen Strukturen der Daseinsvorsorge enorm. Sie befördern auf diese Weise eine gelingende Diversität in gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen der kommunalen Migrationsarbeit.

Zudem kann argumentiert werden, dass MSO bzw. Freundschaften zwischen Zugewanderten und nicht-Zugewanderten nicht nur staatliche Aufgaben übernehmen (Integration, Spracherwerb, Kultur usw.), sondern auch familiäre Aufgaben kompensieren und damit Familienfunktionen besetzen, um auf diese Weise den Sozialstaat zu entlasten. Die Freundschaften und die sozialen Dienstleistungen der MSO sind dabei keine Alternative für Familien, sondern sie sind ein Ersatz bzw. eine Erweiterung.

Abschließend wollen wir nach der *Nachhaltigkeit* dieses Handelns und – für unseren Zusammenhang – den Konsequenzen für *Soziale Arbeit* fragen. Wir wissen über zwei nicht zugewanderte Interviewpartner*innen aus zwei angebahnten Freundschaften, dass die Beziehungen nicht mehr in der gleichen Intensität, wie zum Zeitpunkt des Interviews gelebt werden. Es liegen enttäuschte Helfer*innenerwartung vor. Sie hätten – nach eigenen Angaben – gerne den Kontakt weiter intensiv gepflegt. Das lässt selbstverständlich keine Rückschlüsse auf alle anderen Beziehungen zu, deutet aber die Ambivalenz von Hilfe in den von uns untersuchten sozialen Beziehungen in der Migrationsgesellschaft an. *Einerseits* sind diese Beziehungen wichtig. Durch die Aktivierung zivilgesellschaftlicher Strukturen (auch durch Soziale Arbeit) können Staat und Familie als helfende Institutionen ein Stückweit in den Hintergrund treten. In den Freundschaften und den engagierten Tätigkeiten der MSO werden familiäre und sozialstaatliche Aufgaben übernommen, kompensiert und erweitert. *Andererseits* sind diese Hilfen in den Freundschaften und den Tätigkeiten der MSO nicht abgesichert. Sie sind vielfach an freiwilliges Engagement gebunden und in wenig nachhaltigen Strukturen verortet. Die freiwillig Engagierten und auch die Empfänger*innen des freiwilligen Engagements bestimmen über die Art, die Intensität, den Umfang und die Dauer der Hilfe.

Soziale Beziehungen in der Migrationsgesellschaft brauchen daher eine Kompetenz, die „Ambivalenzen und Einseitigkeiten zu tolerieren“ (Schobin 2013: 249) vermag. Denn solche sozialen Beziehungen entziehen sich einer professionellen Steuerung und machen es notwendig, dass Soziale Arbeit, die solche Beziehungen stiftet, sich *erstens* ebenfalls mit solchen Ambivalenzen auseinandersetzt, *zweitens* sich fragt, inwiefern es überhaupt realisierbar und professionsethisch begründbar ist, Freundschaften bzw. familienähnliche Bindungen steuern zu wollen und *drittens* prüft, wie die jeweiligen Akteur*innen zu solchen Prozessen stehen.

Literatur

- Alisch, Monika/Westphal, Manuela/Freuwört, Anke/Vogler, Jens (2020): Wenn Vielfalt zum Problem wird: Strukturelle Veränderungen kommunaler Migrationsarbeit. In: Blätter der Wohlfahrtspflege - Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit 167, 5, S. 177-179.
- Alisch, Monika/Vogler, Jens/Freuwört, Anke/Westphal, Manuela (2021): Professionalität in der migrationsbezogenen Sozialen Arbeit. In: Soziale Arbeit 70, 6, S. 223-229.
- bamf.de (o. J.): Integrationskurse. <https://www.bamf.de/DE/Themen/Integration/ZugewanderteTeilnehmende/Integrationskurse/integrationskurse-node.html> [Letzter Zugriff: 23.03.2023]
- BMFSFJ (2017): Wirkungsanalyse des Patenschaftsprogramms im Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“. Bericht. <https://www.bmfsfj.de/blob/117596/->

- ed5f189dae3bf142645cb4b87db14f0e/wirkungsanalyse-des-patenschaftsprogramms-menschen-staerken-menschen-data.pdf [Letzter Zugriff: 15.01.2021]
- Bonfert, Lisa/Günzel, Eva/Kellmer, Ariana/Barglowski, Karolina/Klammer, Ute/Petermann, Sören/Pries, Ludger/Schlee, Thorsten (2022): Migrantenorganisationen und soziale Sicherung. IQA Report.
- Bude, Heinz (2017): Soziologie der Freundschaft. In: Berliner Journal für Soziologie 27, 3-4, S. 547-557.
- Freuwört, Anke/Westphal, Manuela/Alisch, Monika/Vogler, Jens (2021): Migrantisches Engagement auf der politischen Agenda - kommunale Migrationsarbeit zwischen Handlungsspielräumen und Abhängigkeiten. In: Voluntaris - Zeitschrift für Freiwilligendienste und zivilgesellschaftliches Engagement 9, 1, S. 86-98.
- Fritz, Florian (2004): Von ganzen Herzen - ehrenamtliche Arbeit mit Flüchtlingen. In: Fritz, F./Groner, F. (Hrsg.) (2004): Wartesaal Deutschland. Ein Handbuch für die Soziale Arbeit mit Flüchtlingen. Stuttgart: Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft mbH, S. 224-234.
- Gesemann, Frank/Höfler, Leif Jannis/Schwarze, Kristin (2021): Wirkungsanalyse zum Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“ - Abschlussbericht. Berlin.
- Günzel, Eva/Huber, Daniel/Kellmer, Ariana (2022): Migrantenorganisationen und die Ko-Produktion sozialer Sicherung. In: Breuer, M./Herrlein, J. (Hrsg.) (2022): Religiöse Migrantengemeinden und ihre Dienstleistungen für ältere Menschen. Zwischen offener Altenarbeit und Altenpflege. 1. Auflage 2022. Altern & Gesellschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, S. 137-156.
- Halm, Dirk/Sauer, Martina/Naqshband, Saboura/Nowicka, Magdalena (2020): Wohlfahrtspflegerische Leistungen von säkularen Migrantenorganisationen in Deutschland, unter Berücksichtigung der Leistungen für Geflüchtete. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Kreisausschuss des Landkreises Hersfeld-Rotenburg Fachdienst Migration Asyl (2020): Dabei statt allein! 6. Aufl.
- Kuckartz, Udo (2018): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 4. Auflage. Grundlagentexte Methoden. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Matt, Iris/Stüttgen, Malte (2014): Gleich und gleich gesellt sich gern? Homophilie und Freundschaft. Marburg: Tectum Verlag.
- Schinkel, Andreas (2003): Freundschaft. Von der gemeinsamen Selbstverwirklichung zum Beziehungsmanagement - die Verwandlungen einer sozialen Ordnung. Orig.-Ausg. Fermenta philosophica. Freiburg: Verlag Karl Alber.
- Schobin, Janosch (2013): Freundschaft und Fürsorge. Bericht über eine Sozialform im Wandel. Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH.
- Stiehler, Steve (2019): Einleitung. In: Stiehler, S. (Hrsg.) (2019): Zur Zukunft der Freundschaft. Freundschaft zwischen Idealisierung und Auflösung. Transposition - Ostschweizer Beiträge zu Lehre, Forschung und Entwicklung in der Sozialen Arbeit. Berlin: Frank & Timme, S. 9-18.
- Tenbruck, Friedrich H. (1964): Freundschaft. Ein Betrag zu einer Soziologie der persönlichen Beziehung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 16, S. 431-456.
- Vogler, Jens/Alisch, Monika/Westphal, Manuela/Freuwört, Anke (2021): Das Versprechen, dass aus Fremden Freunde werden. Analyse von Tandeminterviews zwischen Zugewanderten und Nicht-Zugewanderten. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 72, 3, S. 220-227.

- Vogler, Jens (2022): Arbeitsbeziehungen im Handlungsfeld Migration. Eine empirische Untersuchung zum vielschichtigen Handeln von Sozialarbeiter*innen und freiwillig Engagierten. Wiesbaden: Springer VS.
- Vogler, Jens/Alisch, Monika/Freuwört, Anke/ Westphal, Manuela (2022): Freundschaftliche Beziehungen als Kohäsion in der Migrationsgesellschaft. In: Baier, F./Borrmann, S. /Hefel, J. (Hrsg.) (2022): Europäische Gesellschaften zwischen Kohäsion und Spaltung. Rolle, Herausforderungen und Perspektiven Sozialer Arbeit. 1. Auflage. Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit, Band 25. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 139-150.
- Westphal, Manuela/Alisch, Monika/Vogler, Jens (2020): Helfen im Kontext neuer Arbeitsteilungen!? Zur Veränderung der Sozialen Arbeit durch Zuwanderung. In: Migration und Soziale Arbeit 42, 3, S. 260-267.
- Zeit.de (2023): „Der Staat sollte Freundschaften so fördern wie Ehen“. Interview mit Geoffroy de Lagasnerie. Interview von Annika Joeres. In: Zeit Online.

Die dunkle Seite des freiwilligen Engagements – Vom Benennen einer paternalistischen Praxis zur Notwendigkeit einer rassismuskritischen Thematisierung

Jens Vogler

1. „Deutschland hat ein Rassismusproblem“ ...

... formuliert die Antidiskriminierungsbeauftragte Ataman knapp drei Jahre nach dem rassistischen Anschlag von Hanau¹. Entsprechend verwundert es nicht, dass das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) ihre Auftaktstudie zum nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa) ein Jahr zuvor mit „Rassistische Realitäten“ (2022) betitelt und damit darauf verweist, dass Rassismus ein zentrales gesellschaftliches Thema ist. Insofern ist es auch nicht erstaunlich, wenn Heite et al. formulieren, dass Soziale Arbeit „kein Ort außerhalb von Rassismus ist oder sein könnte“ (2022: 40). Und dass sich Soziale Arbeit unbedingt mit Rassismus beschäftigen sollte, daraus lässt der Lagebericht „Rassismus in Deutschland“ der Integrationsbeauftragten Alabali-Radovan (2023) schließen, denn Rassismus verhindere die Entfaltung von Menschen und das Schaffen von Zugehörigkeitsgefühle und steht „dem grundgesetzlich festgelegten Gedanken einer gleichwertigen und vielfältigen Gesellschaft entgegen“ (ebd.: 9).

Eine rassismuskritische Perspektive, die „Rassismus in der Gegenwart und in der Normalität des gesellschaftlichen Alltags verortet“ (Kourabas 2019: 9) sieht, ist in der Sozialen Arbeit also gut begründet und notwendig. In der disziplinären Auseinandersetzung um Soziale Arbeit in migrationsgesellschaftlichen Kontexten ist Rassismuskritik, verstanden als das Sprechen über Rassismus (Kourabas/Mecheril 2022: 23) im Grunde auch nicht mehr wegzudenken und scheint gut ausgeleuchtet.

Wenn aber davon auszugehen ist, dass in der kommunalen Migrationsarbeit die Soziale Arbeit nun nicht mehr die alleinige Akteurin ist und hier eine

1 Ferda Ataman auf Zeit.de am 18.02.2023; <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-02/ferda-ataman-hanau-anschlag-rassismus-deutschland> [Letzter Zugriff: 23.05.2023]

neue Arbeitsteilung zwischen professionell und zivilgesellschaftlich organisierter Sozialer Arbeit beschrieben werden kann (s. Alisch et al. in diesem Band und Westphal et al. 2020) und durch Soziale Arbeit auch gezielt Beziehungen zwischen freiwillig Engagierten und Zugewanderten – z. B. über sog. Patenschaftsprojekte – gestiftet werden (s. Kalb-Müller et al. in diesem Band und Vogler et al. 2021), ist es notwendig, nicht nur die Soziale Arbeit rassistisch in den Fokus zu rücken, sondern auch das freiwillige Engagement, das in Tätigkeitsfeldern der Sozialen Arbeit agiert.

Die Bedeutung des freiwilligen Engagements – z.B. in der (Flüchtlings-) Sozialarbeit – ist seit langem unbestritten (vgl. Aumüller 2016). Es wird davon ausgegangen – zumeist auf Grund von Selbstaussagen der freiwillig Engagierten, dass freiwilliges Engagement in diesem Feld Gesellschaft gestalten will (vgl. Karakayali/Kleist 2015: 33). Gleichzeitig rückten mit der Fluchtmigration der Jahre 2015 und 2016 die paternalistischen Tendenzen von freiwilligem Engagement für geflüchtete Menschen in den Fokus (Freuwört 2022). In dieser Diskussion kann gefragt werden, ob solche Tendenzen nicht nur von einer „fürsorgliche Entmündigung“ – wie Pötter et al. (2021: 27) es nennen – bestimmt, sondern im Sinne einer rassistisch-kritischen Perspektive „durch Rassismus vermittelt sind und Rassismen stärken“ (Mecheril/Melter 2010: 172).

Mein Beitrag fokussiert *personenbezogene Hilfe* von freiwillig Engagierten in Kontexten der kommunalen Migrationsarbeit. Im Sinne einer rassistisch-kritischen Perspektive geht es um die empirische Auseinandersetzung mit dem „Rassismus des Helfens“ (Byakuleka 2016: 18 in: van Dyk/Misbach 2016: 215).

Zunächst wird der sozialwissenschaftliche Diskurs um Soziale Arbeit und Rassismus(kritik) skizziert (Kap. 2), welcher als Grundlage der Auseinandersetzung mit dem Datenmaterial (Kap. 3) dient, um das Handeln von freiwillig Engagierten und das Sprechen darüber, mit einer rassistisch-kritischen Auseinandersetzung konstruktiv zum Thema zu machen, ohne das kohäsive Moment des Engagements in Abrede zu stellen (Kap. 4) und Konsequenzen zu formulieren (Kap. 5).

2. Rassismus(kritik) als Kernkompetenz Sozialer Arbeit

Rassismus wird seit längerem in den Fachdebatten Sozialer Arbeit aufgegriffen und ist in der FluchtMigrationsForschung eng mit Sozialer Arbeit verknüpft (Bach et. al. 2021; Kalpaka/Räthzel 2022). So ist das Thema in den Sammelbänden, um Soziale Arbeit und Flucht oder Migration auch nicht mehr wegzudenken (u.a. in Bröse et al. 2018).

Rassistische Routinen lassen sich in der Praxis Sozialer Arbeit vielfach und „auf alltäglicher, institutioneller, struktureller und diskursiver Ebene“

(Prasad 2021: 220) finden. Aus verschiedenen Studien wissen wir um die rassistischen bzw. sekundärrassistischen Erfahrungen der Adressat*innen. Melter (2005) zeigte, dass der Alltag von Jugendlichen mit „Immigrationshintergrund“ in der ambulanten Jugendhilfe „massiv durch Erfahrungen des alltäglichen und institutionellen Rassismus und von Zugehörigkeitsfragen beeinflusst“ (ebd.: 281) ist und von den Sozialarbeitenden aufgrund individuell verschiedener Gründe kaum bzw. keine Unterstützung erhalten. Auch im Schulalltag lässt sich mit Blick auf Antisemitismus ausbleibende Unterstützung gegenüber betroffenen Schüler*innen feststellen (Bernstein/Diddens 2021). Ebenso wird vermehrt Rassismus und Diskriminierung gegenüber Fachkräften der Sozialen Arbeit empirische Aufmerksamkeit geschenkt (Mai 2020).

Damit ist festzuhalten: Die Forschung um Rassismus – auch in der Sozialen Arbeit – gerät in Bewegung (Sinanoğlu/Polat 2023). Genauso sind die vielfältigen theoretischen Auseinandersetzungen um Rassismus bzw. Rassismuskritik in der Sozialen Arbeit in Bewegung. In diesen wird „Rassismuskritik als Kernkompetenz Sozialer Arbeit“ (Baumbach 2022: 81) gefasst. Diese Kompetenz zeichnet sich durch eine Analyse- und Reflexionsfähigkeit aus, die deutlich zu machen versucht, „wie unterschiedlich konstruierte Gruppen in einem hierarchischen Gesellschaftsgefüge unterschiedlich positioniert sind und dass Zugänge zu Ressourcen wie Bildung, Status, Partizipation und Identifikationsmöglichkeiten ungleich verteilt sind“ (Schirilla 2023: 105). Auch wenn Rassismus in Institutionen und Alltag Sozialer Arbeit immer stärker thematisiert wird (Demirtaş et al. 2021) und Rassismuskritik in den Literaturbestsellerlisten vertreten ist (Ogette 2021), ist der Erwerb einer sozialarbeiterischen „Kernkompetenz Rassismuskritik“ im Studium nicht garantiert, da immer noch in vielen Studiengängen der Sozialen Arbeit bzw. in deren Curricula eine institutionalisierte Verpflichtung zur Auseinandersetzung mit Rassismus(kritik) fehlt (vgl. Prasad 2021: 220).

Diese Diskrepanz kann an dieser Stelle nicht aufgelöst und nicht alle Nuancen rassismuskritischer Auseinandersetzungen im Detail gezeigt werden. Weil der Diskurs bereits breit abgesteckt ist und eine allumfassende rassismuskritische Perspektive scheitern muss – zumal durch die Thematisierung von Rassismus, Rassismus reproduziert wird (vgl. El-Mafaalani 2021: 143) – soll im Folgenden rassismuskritischen Prämissen gefolgt werden. Damit geht einher anzuerkennen, dass Rassismus in Kultur und Gesellschaft strukturell verankert ist, dass Rassismus – trotz der o. g. Einschränkung – thematisiert werden muss und dass eine Perspektivenerweiterung nötig ist, die verdeutlicht, dass es in der Rassismuskritik „nicht mehr nur um die Benachteiligung der Benachteiligten, sondern auch um die Privilegien der Privilegierten“ (ebd.: 143) geht.

3. Drei Erhebungen in einer rassismuskritischen Auseinandersetzung

Um personenbezogene Hilfe von freiwillig Engagierten in eine rassismuskritische Auseinandersetzung zu bringen und damit diskutieren zu können, beziehe ich mich im Folgenden auf *drei* Erhebungen, die im Kontext des ProZiS-Forschungsprojekts entstanden sind.

Erstens werden problemzentrierte Interviews (I) mit freiwillig Engagierten (n=7) im Feld der kommunalen Migrationssozialarbeit genutzt, die im ProZiS Projekt die Grundlage zur Rekonstruktion der Wechselwirkungen von professionell und zivilgesellschaftlich organisierter Sozialer Arbeit waren (zum Projektrahmen s. Alisch et al. in diesem Band).

Zweitens beziehe ich mich auf narrativ angelegte Tandeminterviews (n=15) mit Zugewanderten und nicht-Zugewanderten (T) aus dem ProZiS-Projekt, über die Beziehungserfahrungen und Momente der migrationsgesellschaftlichen Solidarität herausgearbeitet wurden (s. ebd.).

Drittens werden Gesprächsaufnahmen von beratungsähnlichen Situationen (B) zwischen freiwillig Engagierten und Zugewanderten (n=8) berücksichtigt. Diese Gespräche wurden unter der Fragestellung „Wie handeln die freiwillig Engagierten in der Praxis“ aufgezeichnet und analysiert (Vogler 2022).

Das vorliegende Datenmaterial wurde in den verschiedenen Kontexten mit unterschiedlichen Forschungsmethoden und vor dem Hintergrund der jeweiligen Fragestellungen und Erkenntnisinteressen ausgewertet. Der Fokus in diesen drei Erhebungen lag auf dem freiwilligen Engagement im Kontext von Zuwanderung. In allen drei Erhebungen wird deutlich, dass Rassismus – verstanden als „eine Ideologie der Ungleichheit“ (Aschenbrenner-Wellmann/Geldner 2022: 158) – ein nicht zu unterschätzendes Moment in den Narrationen bzw. den Gesprächspraktiken der freiwillig Engagierten darstellt und sich z. T. „aus spezifischen Vorurteilen und Klischees speist“ (ebd.). Das heißt, die Thematisierung von Rassismen im Datenmaterial, war nicht das primäre Ziel der Auswertung, wurde aber in der Analyse der Erzählungen und Handlungsweisen der freiwillig Engagierten derart auffällig, dass mit einer rassismuskritischen Perspektive dieses Sprechen und Handeln nachfolgend zum Thema gemacht wird.

4. (Anti-)Rassismus im freiwilligen Engagement

Es lassen sich aus den Gesprächen verschiedene Handlungen und Aussagen identifizieren, die durchaus als Paternalismus oder als Ergebnis einer struktu-

rellen Asymmetrie gefasst werden können, aber zugleich als Aspekte und Formen von Rassismus verhandelt werden können: Es wird dargestellt, dass primärer Rassismus (vgl. Kupfer 2018: 74f.) als Unterscheidungspraxis und zur Zuteilung ungleicher Möglichkeiten sich insbesondere in den beratungsähnlichen Situationen und den problemzentrierten Interviews zeigt (Abschn. 4.1). Die problemzentrierten und die Tandeminterviews verdeutlichen wie Kultur als Platzhalter für Rassismus (vgl. Kalpaka 2006: 393) fungiert (Abschn. 4.2) und Integration als Schuldverhältnis (vgl. Reis 2020: 25) verstanden wird (Abschn. 4.3). Allerdings zeigen sich in diesen beiden Erhebungen auch Momente, die im Sinne der in Kap. 1 eingeführten Auftaktstudie zum NaDiRa als anti-rassistisches Potenzial (Abschn. 4.4) verstanden werden können.

4.1 Primärer Rassismus als Unterscheidungspraxis und zur Zuteilung ungleicher Möglichkeiten

Melter sieht eine „migrationsgesellschaftliche Differenzkonstruktion des Ein-teilens in „die Deutschen“ und „die Anderen“ (2018: 225), systematisch in der Praxis Sozialer Arbeit realisiert. Solche Differenzkonstruktionen, die als primär produzierter Rassismus gefasst werden können, spiegeln sich in den empirischen Daten relativ trivial in nationalgefärbten Kategorisierungen wider: „er hat eine Syrerin bei sich zu Hause aufgenommen“ (I28), oder wenn Adressat*innen aufgrund ihrer Herkunft von den freiwillig Engagierten bestimmte Handlungsweisen unterstellt werden. So schreibt eine freiwillig Engagierte der zugewanderten Person, die sie unterstützt, eine mangelnde Mitwirkung bzw. Motivation zu, denn: „bei euch ist immer nur schlafen, wegfahren, einkaufen“ (B11). Im selben Gespräch wird später das Schließen von Türen zur Sprache gebracht und eingefordert:

„nicht immer die Türen auflassen [...] kannst du im Zelt machen, wenn du in der Wüste bist irgendwo“ (B11).

Auch wenn nicht herausgearbeitet werden kann, wie diese Verbindung vom Schließen einer Tür zum Zelt in der Wüste zustande kommt, können aus einer rassismuskritischen Perspektive (ähnlich auch in der Aussage „bei euch ist immer nur schlafen, wegfahren, einkaufen“) Vorstellungen von Zugehörigkeitsordnungen problematisiert werden.

Mit solchen Unterscheidungspraxen gehen auch Entscheidungspraxen einher. Nämlich wem mit dem freiwilligen Engagement geholfen wird und wem nicht:

„Ich [...] habe mir bewusst eine Familie ausgesucht, die aus dem gebildeten Umkreis kommt. Sie sprechen beide gut Englisch, haben beide einen Masterabschluss, weil es mir wichtig war, ihnen nicht nur Deutsch beizubringen [...]“ (I28)

Die interviewte freiwillig engagierte Person beschreibt einen Prozess des Aus-suchens, der vermuten lässt, dass sie eine Wahl hat, wen sie unterstützt bzw. diesen Wahlanspruch für sich formuliert. Ferner zeigt sich, dass auch darüber entschieden wird, welche Ansprüche wem zustehen:

„[...] dann haben sie mal eine Geschirrspülmaschine gesehen und wollten sie auch haben. Dann habe ich gesagt, na ja, das ist aber doch schon auch Luxus.“ (ebd.)

Die hier beschriebenen Menschen werden von der freiwillig engagierten Person als nicht anspruchsberechtigt für eine Geschirrspülmaschine beschrieben. Durch die Hilfe der freiwillig Engagierten findet eine Hierarchisierung sowie ein Unterscheidungsprozess statt, der implizit unterschiedliche (ethnischen) Gruppen unterscheidet und mit der Verteilung verschiedener Möglichkeiten einhergeht. Auch hier lassen sich Zugehörigkeitsordnungen problematisieren, bei gleichzeitiger Selbstaufwertung der freiwillig engagierten Person – mit einem rassismuskritischen Blick verbunden mit der Intention „sich in der rassistischen Hierarchie ganz oben zu positionieren“ (Batur 2021: 56).

4.2 *Kultur als Unterscheidungspraxis und Platzhalter für Rassismus*

Praxen der Unterscheidung werden vielfach unter dem Label des Kulturellen getätigt und begründet:

„Normen und Werte, die selbstverständlich scheinen in unserer Kultur, dass die in anderen Kulturen dann eben unterschiedlich sind und dann die miteinander auskommen müssen, was übrigens nicht immer Deutsch/Ausländer oder Zugewanderter ist, sondern ganz oft gerade in letzter Zeit zum Beispiel Menschen mit türkischen Wurzeln gegenüber Menschen mit rumänischen oder bulgarischen Wurzeln.“ (142)

Solche Aussagen lassen sich im Kontext einer „Imagination des natio-ethno-kulturellen »Wir« [...] das Differenz nach außen projiziert“ (Mecheril 2010: 14) diskutieren. Damit verbunden ist, dass „das »Nicht-Wir« [...] nicht hierher, an diesen Ort gehört“ (ebd.).

In einer rassismuskritischen Perspektive ist Rassismus nicht an biologistische Verständnisse geknüpft. Beobachtet „wird seit geraumer Zeit eine Verschiebung [...] hin zu einem kulturell begründeten Rassismus“ (DeZIM 2022: 17). Auf diese Weise lassen sich Rassismen mit dem Deckmantel des Kulturellen weitertragen. Der Begriff Kultur nimmt die gleiche Funktion ein, wie vormals der Begriff der Rasse und kann somit als Platzhalter für diesen gesehen werden (vgl. ebd.).

Im empirischen Material werden (vermeintliche) Differenzen zwischen freiwillig Engagierten und Zugewanderten kulturell begründet:

„Aber das, was er gelernt hat in seiner Kultur, das steckt eben noch in ihm drin. Das ist einfach so, das kann man nicht auch einfach beiseiteschieben.“ (T15)

Mit Tißberger muss an solchen Aussagen problematisiert werden, dass mit einem derart homogenisierten Verständnis von Kulturen, selbige als „als statische Entitäten begriffen“ (2020: 97) werden und ebenfalls, wie in Abschn. 4.1 beschrieben, in einer hierarchischen Anordnung münden können.

Die Gefahr der Kulturalisierungsfalle, die Kalpaka (2006) formuliert, zeigt sich dann in der kulturellen Begründung und Argumentation von Unterschieden, ohne andere Aspekte in Erwägung zu ziehen. Hier wird dann in Rückgriff auf Kultur zwar nicht das Problem gelöst, aber eine Hilfe – hier für die freiwillig Engagierte – dargestellt, die eigene Wahrnehmung zu begründen bzw. zu erklären (vgl. ebd.: 388):

„dass waren einfach kulturelle so gravierende Unterschiede [...]. Ich habe mich dann ein bisschen daran orientiert, das, was sie, denke ich, lernen müssen, hier das soziale Miteinander, ein bisschen zu verstehen, und das habe ich ihnen versucht zu vermitteln, dass man also, wenn man einen Termin hat, dass man dann auch pünktlich ist und nicht habe ich vergessen oder komme irgendwann. [...] in Deutschland erwartet man, dass man, wenn man einen Termin von der Behörde bekommt, dass man dann auch hingeh.“ (I27)

Durch diese Differenzierung, entlang des vermeintlichen und nicht näher spezifizierten Kulturellen, übernimmt die freiwillig engagierte Person dann die Funktion über diesen Unterschied aufzuklären und auf diese Weise vermittelnd bzw. integrierend zu wirken. Wobei Integration dann als Schuldverhältnis verstanden wird, denn das wird „in Deutschland erwartet“,

4.3 *Integration als Schuldverhältnis*

Freiwillig Engagierte setzen – in *aufklärerischer* Weise – Maßstäbe, wie Integration in Gesellschaft funktionieren kann bzw. zu funktionieren hat.

„[Name der zugewanderten Person] kriegen wir jetzt auch noch hin und dann ist alles wunderbar. Dann können wir irgendwann Kant lesen, da steht dann drin, warum wir das alles machen“ (T13)

Dabei wird meistens Integration mit einer Bringschuld verbunden und es wird deutlich, dass

„die Menschen aber auch bereit sein müssen, da selber auch was dafür zu tun. Nur zu konsumieren, funktioniert nicht. [...] Da muss jeder im Rahmen der Möglichkeiten selber was dafür tun, und wenn es eben halt auch nur ist, sich mal auf Fremde einzulassen, genauso wie wir das ja auch machen. Wir lassen uns ja auch auf die Fremden ein.“ (I2).

Mit dieser Ausführung wird nicht nur ein Schuldverhältnis formuliert, eingefordert und gleichzeitig unterstellt, dass „die fremden Menschen“ „nur konsumieren“, sondern auch eine Differenzierung deutlich: Denn es wird etwas

„Fremdes“, welches nicht näher definiert wird als normativ gesetzt und vorausgesetzt, dass sowohl die freiwillig Engagierten etwas Fremdem gegenüberstehen als auch die Adressat*innen des freiwilligen Engagements.

Dieses Schuldverhältnis wird den Adressat*innen auch „klar“ kommuniziert:

„[...] auf jeden Fall mal denen klar begreiflich machen: So läuft das hier, so kann es laufen, das wäre gut, da hast du die Freiheiten, das ist aber zu beachten, das ist für uns genauso wichtig wie dein Glauben oder sowas. Das irgendwie halt rauszuarbeiten und die Leute als sinnvolles Teil der Gesellschaft hinzubekommen. [...] einfach, dass ein funktionierender Gesellschaftsverband da ist, wo jeder nach seiner Fassung eine Aufgabe erfüllen kann.“ (I5)

Es zeigt sich hier, dass Integration nicht als „Befähigung zur Teilhabe“ (Reis 2020: 25) verstanden oder gar angestrebt wird, sondern die Adressat*innen des Engagements müssen zu einem Teil der Gesellschaft „geformt“ werden und sich auch als „sinnvoll“ erweisen.

Ferner wird deutlich, dass freiwillig Engagierte neben diesem Begreiflich machen von vermeintlichen gesellschaftlichen Funktionsweisen, auch über weitere („deutsche“) Sachverhalte aufklären wollen:

„[...] ich versuche zum Beispiel den Leuten zu erklären, dass das Geld in Deutschland auch nicht auf der Straße liegt. Also dass es nicht, wenn sie dann irgendwo sagen, sie brauchen noch das oder jenes oder sie wollen jetzt unbedingt einen 80-Zentimeter-Fernseher haben [...], wo ich sage: Leute, das sind deutsche Steuerzahler, die dafür aufkommen. Es ist eine Hilfe, dass ihr später mal arbeiten könnt, das ist unser Sozialstaat. Also ich denke, das muss auch so ein bisschen in die Köpfe rein – und nicht nur bei Flüchtlingen.“ (I4)

Die engagierte Person macht hier mit einer nationalen Färbung metaphorisch deutlich, dass finanzielle Hilfen für zugewanderte Personen limitiert sind und gleichzeitig Transferleistungen darstellen. Es wird eine migrationsgesellschaftliche Differenzkonstruktion kommuniziert, die mit der Betonung „in Deutschland“, „deutsche Steuerzahler“ oder „unser Sozialstaat“ auch als primärer Rassismus gedeutet werden kann. Ferner ist ein sozialer oder gemeinschaftlicher Zusammenhang erzeugt, dem die Adressat*innen des freiwilligen Engagements nicht einfach so zugehören (vgl. Mecheril 2010: 14). Jedoch wird diese natio-ethno-kulturelle Zugehörigkeit, wie Mecheril sie nennt, in gewisser Weise entschärft, wenn dieses Wissen um Hilfe und Transferleistungen „nicht nur bei Flüchtlingen“ vermittelt werden muss.

4.4 *Antirassistisches Potenzial*

Zuletzt möchte ich antirassistische Potenziale herausstellen, die zwar nicht die kritische Auseinandersetzung mit den Fallstricken des Helfens (van Dyk/Misbach 2016: 215) überflüssig machen, aber das bislang „wenig gesicherte[s]

Wissen über die Determinanten antirassistischen Engagements in Deutschland“ (DeZIM 2022: 92) bereichern können. Die DeZIM-Studie erfasst „vier Formen eines antirassistischen Handlungsrepertoires [...]: (1) die Teilnahme an einer Demonstration gegen Rassismus; (2) das persönliche Widersprechen gegenüber rassistischer Sprache oder rassistischen Aussagen im Alltag; (3) die Unterzeichnung einer Unterschriftenaktion gegen Rassismus sowie (4) die Bereitschaft, eine antirassistische Organisation mit Spenden zu unterstützen“ (ebd.: 93).

Mit dem vorliegenden Material deutet sich noch eine weitere Form des antirassistischen Handlungsrepertoires an, die dann konkrete Handlungen begründen. Diese Handlungen verdeutlichen, dass „der Kontakt zu [von Rassismus, J.V.] betroffenen Personen einen deutlichen Einfluss auf das antirassistische Engagement“ (ebd.: 96) hat.

In den Interviews werden solche Potenziale, zum Beispiel im Umgang mit dem Jobcenter, erkennbar,

„weil dann sagen die vom Jobcenter: Wieso wollen Sie denn studieren? Meine Kinder studieren auch nicht. Ihr Syrer wollt alle studieren, das reicht doch, wenn Ihr eine ordentliche Ausbildung habt. Das ist so dieses typische Denken hier und das sind aber oft Jungs, die haben schon in Aleppo oder Damaskus angefangen zu studieren, die haben Abi, die sind total fit, die haben C1 jetzt, also Voraussetzung zum Studium sprachlich [...] Dann muss man die eben unterstützen: Wenn du studieren willst, mach das, geh dahin, egal was die vom Amt sagen.“ (I5)

Dieser Freiwillige macht – vom Einzelfall abstrahiert – deutlich, inwieweit seine Adressat*innen bzw. die Kund*innen des Jobcenters auf Grund nation-ethno-kultureller Zuschreibungen kategorisiert werden und ihnen – wie oben beschrieben – Handlungsmöglichkeiten aberkannt bzw. diesen Personen „vermeintlich legitimerweise [...] weniger Rechte“ (Mecheril 2010: 14) zuerkannt werden. Die interviewte Person zeigt, dass sie diese kategorisierende Zuschreibung erkennt, dieser begründet entgegentritt und sich für den Wunsch der Adressat*innen einsetzt bzw. sie unterstützt.

Auch in den Tandeminterviews zeigen sich antirassistische Potenziale. Sie reichen von einer reflektierten Auseinandersetzung mit Rassismus, über „undercover“ (T5) Tätigkeiten, um Menschen zu helfen, die von öffentlichen Institutionen als „verlorener Fall“ (ebd.) abgestempelt wurden, bis hin zu Handlungen, die aus der Überzeugung „das kann man so nicht lassen, da müssen wir was machen, da muss man gegensteuern.“ (T1) getätigt werden. Die rassistisch Handelnden werden dann in die Kritik gestellt, denn „es war der Zeitpunkt, wo ich gedacht habe, jetzt müssen wir handeln und nicht noch länger warten“ (ebd.) und darüber hinaus werden Räume eröffnet, in dem alle Beteiligten und Betroffene ins Gespräch gehen (ebd.). Auf diese Weise scheint es zu gelingen Personen „für ihr diskriminierendes Verhalten gegenüber Geflüch-

teten zu sensibilisieren“ (Freuwört et al. 2023: 239) und die „Betroffenenperspektive“ (Melter 2018: 222) nicht runter fallen zu lassen, sondern mit einzu-beziehen. Solche „Haltungen des Verbündet-Seins“ (Freuwört et al. 2023: 239) können daher zu solidarischen Handlungen gegenüber Diskriminierungen motivieren (vgl. ebd.).

5. Konsequenzen – keine Orte außerhalb von Rassismus

Rassismuskritik ist „eine kontinuierliche Praxis der Selbstreflexion“ (El-Mafaalani 2021: 152) und eine Querschnittsaufgabe (Hunner-Kreisel/Wetzel 2018). Insofern sind auch Wissenschaft, Forschen, Schreiben usw. keine Orte außerhalb von Rassismus oder könnten es sein. In all diesen Bereichen kommen „gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten, die Machtasymmetrien und Ungleichheiten in sich tragen“ (Behrensen 2019: 55), zum Vorschein. So könnte problematisiert werden, dass in diesem Beitrag der Fokus auf den freiwillig Engagierten liegt und nicht – wie es aktuell im Sinne einer partizipativen oder solidarischen Forschung diskutiert wird (vgl. Motzek-Öz et al. 2021) – auf den Adressat*innen des Engagements. Teilweise ist dies im Forschungsdesign der Forschungen begründet (s. Alisch et al. in diesem Band; Vogler 2022) und, dass die freiwillig Engagierten in der Gesprächsorganisationen der Tandeminterviews selbst für diese Fokussierung sorgen (Vogler et al. 2022: 148).

In Sinne von Ogette (vgl. 2021: 121ff.) möchte ich abschließend meine *weißen* Privilegien nutzen, um Rassismus zu thematisieren und soziale Ordnungen und ihrer Legitimität reflektieren. Auf diesem Weg ist es möglich einen – wenn auch kleinen – Beitrag zu leisten, Zugehörigkeitsordnungen und Rassismus im freiwilligen Engagement zu problematisieren.

Auch freiwilliges Engagement ist kein Ort außerhalb von Rassismus oder könnte es sein. Im Beitrag wurden primärer Rassismus sowie Kulturalisierungspraktiken als Möglichkeiten der Unterscheidungspraxis und assimilierende Integrationsverständnisse der freiwillig Engagierten im empirischen Material dargestellt. Von dieser Darstellung ausgehend muss die Diskussion um Paternalismus im freiwilligen Engagement in Fluchtkontexten sowie die stigmatisierende Einteilung in „gute“ und „schlechte Flüchtlinge“ durch freiwillig Engagierte, die mit dem Ukrainekrieg wieder nach oben auf die Agenda rücken, ausgeweitet und eine rassismuskritische Auseinandersetzung einbezogen werden.

Und hier sollten Diskurse, die in der Disziplin Soziale Arbeit geführt werden, genutzt werden. Es stimmt positiv, dass die überwiegende Mehrheit von freiwillig Engagierten Gesellschaft gestalten „und ein Zeichen gegen Rassis-

mus setzen“ (Karakayali/Kleist 2016: 5) wollen. Damit wäre ja eine wesentliche Voraussetzung einer rassismuskritischen Auseinandersetzung im freiwilligen Engagement erfüllt. Denn Rassismuskritik ist von der „fundamentalen Fähigkeit, moralisch zu empfinden und sich in einem Verantwortungs-Verhältnis zu anderen Subjekten stehend zu begreifen“ (Kourabas/Mecheril 2022: 27), getragen.

Mit Blick auf das ProZiS Forschungsprojekt gilt es aber, dieses „Verantwortungs-Verhältnis“ auch als ein Spannungsverhältnis zwischen Solidarität und Paternalismus (vgl. Alisch et al. 2021: 226) zu verstehen. In dieser Spannung müssen freiwillig Engagierte eine Balance finden, in der ihre *personenbezogene Hilfe* nicht „in die Selbstbestimmungsdomäne“ (Steckmann 2014: 202) der adressierten Personen eingreift. Solche Balancen lassen sich in „Räume zur Thematisierung und Reflexion der Wirkung rassistischer Ordnungen und Praktiken“ (Kourabas/Mecheril 2022: 27) austarieren. Die Verantwortung, solche Räume zu schaffen und zu pflegen liegt bei der Sozialen Arbeit, wenn davon auszugehen ist, dass personenbezogene Hilfe an freiwilliges Engagement ausgelagert und durch Soziale Arbeit nur noch koordiniert wird (vgl. Westphal et al. 2020: 266). Eine Schlussfolgerung des ProZiS-Projekts war, dass es erforderlich sei, nachhaltige Aushandlungsprozesse zwischen freiwilligem Engagement und Sozialer Arbeit zu initiieren (s. Alisch et al. in diesem Band). Insofern sind rassismuskritische Auseinandersetzungen – insbesondere vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen und rechtspopulistischer Tendenzen – notwendigerweise zu inkludieren. Außerdem müssen diejenigen, die Rassismus erleben, mit in solche Aushandlungen einbezogen werden (s. Mesgina/Cortés Núñez in diesem Band).

Die Thematisierung von Rassismus(kritik) im freiwilligen Engagement ist eine wesentliche Voraussetzung, „weil ein Problem nicht gelöst werden kann, wenn es jenseits der Empörung, die auf rassistisch motivierte Attentate folgt, nur die Betroffenen interessiert“ (El-Mafaalani 2021: 141). Mit dieser Voraussetzung erscheint es möglich das Tun von Menschen – in den vorliegenden Untersuchungen die Adressat*innen des freiwilligen Engagements, als ein „Tun der Menschen unter bestimmten Lebensbedingungen“ (Kalpaka 2006: 397) zu verstehen, das es zu kontextualisieren gilt und dieses Tun als Antwort bzw. Strategien der Menschen mit bestimmten Situationen umzugehen zu begreifen (vgl. ebd.). Mit einer solchen Sensibilisierung gemeinsam mit den Erkenntnissen aus ProZiS, dass mit einem reflexiven Wissen über Antidiskriminierungspraxen sich durchaus die voraussetzungsvollen Potenziale einer migrationsgesellschaftlichen Solidarität aktivieren lassen (Freuwört et al. 2023: 241ff.), kann eine rassismuskritische Auseinandersetzung im freiwilligen Engagement angestoßen werden.

Literatur

- Alisch, Monika/Vogler, Jens/Freuwört, Anke/Westphal, Manuela (2021): Professionalität in der migrationsbezogenen Sozialen Arbeit. In: *Soziale Arbeit* 70, 6, S. 223-229.
- Aschenbrenner-Wellmann, Beate/Geldner, Lea (2022): Migration und Integration in der Sozialen Arbeit. 1. Auflage. Kompendien der Sozialen Arbeit. Baden-Baden: Nomos.
- Aumüller, Jutta (2016): Flüchtlingszuwanderung und bürgerschaftliches Engagement. In: *Betrifft: Bürgergesellschaft*, 42, S. 1-18.
- Bach, Miriam/Schroeder, Joachim /Westphal, Manuela (2021): ‚Flüchtlingsforschung‘ - ein (ent)politisiertes Wissenschaftsgebiet? Reflexionen zur Geschichte des Forschungsfelds in Deutschland. In: Bach M./Narowitz, L./Schroeder, J./Thielen, M./Thönneßen, N. (Hrsg.) (2021): *FluchtMigrationsForschung im Widerstreit. Über Ausschlüsse und Integration*. Münster und New York: Waxmann, S. 157-174.
- Batur, Sertan (2021): Rassismus und Soziale Arbeit. In: Berner, H./Böhler, D./Füchslbauer, T./Hofer, M./Kühne, A./Messinger, I./Riegler, A./Tißberger, M. (Hrsg.) (2021): *Soziale Arbeit in der Postmigrationsgesellschaft. Kritische Perspektiven und Praxisbeispiele aus Österreich*. 1. Aufl. Buchreihe der ogsa - Österreichischen Gesellschaft für Soziale Arbeit. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 52-65.
- Baumbach, Franziska (2022): Rassismuskritische Soziale Arbeit als Verbündete. In: *Migration und Soziale Arbeit* 44, 1, S. 79-84.
- Behrensen, Birgit (2019): Umrisse einer ungleichheitsreflektierenden Sozialforschung. In: Behrensen, B./Westphal, M. (Hrsg.) (2019): *Fluchtmigrationsforschung im Aufbruch. Methodologische und methodische Reflexionen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 51-63.
- Bernstein, Julia/Diddens, Florian (2021): Antisemitismus an Schulen. Erfahrungen und Perspektiven Betroffener im Schulalltag. In: *Loccumer Pelikan. Fachmagazin des religionspädagogischen Instituts Loccum*, 1, S. 31-6.
- Bröse, Johanna/Faas, Stefan/Stauber, Barbara (Hrsg.) (2018): *Flucht*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Demirtaş, Birgül/Schmitz, Adelheid/Wagner, Constantin (Hrsg.) (2021): *Rassismus in Institutionen und Alltag der Sozialen Arbeit. Ein Theorie-Praxis-Dialog*. Mit einem Vorwort von Maisha M. Auma. 1. Auflage. Weinheim: Beltz Juventa.
- Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) (2022): *Rassistische Realitäten: Wie setzt sich Deutschland mit Rassismus auseinander? Auftaktstudie zum Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa)*. Berlin.
- Die Intergrationsbeauftragte (2023): *Rassismus in Deutschland. Ausgangslage, Handlungsfelder, Maßnahmen. Lagebericht*. Berlin.
- El-Mafaalani, Aladin (2021): *Wozu Rassismus? Von der Erfindung der Menschenrassen bis zum rassismuskritischen Widerstand*. 2. Aufl. KiWi, Band 1796. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Freuwört, Anke (2022): Ehrenamtliche Arbeit mit Geflüchteten - Ein Spannungs- und Abhängigkeitsverhältnis zwischen Paternalismus und Empowerment. In: Stock,

- M./Hodaie N./Immerfall, S./Menz, M. (Hrsg.) (2022): Arbeitstitel: Migrationsgesellschaft. Pädagogik - Profession - Praktik. Migration - Gesellschaft - Schule. Wiesbaden: Springer VS, S. 265-281.
- Freuwört, Anke/Westphal, Manuela/Alisch, Monika/Vogler, Jens (2023): Freundschaften als Solidaritätspotenzial für Migrationsgesellschaften. In: Österreichisches Jahrbuch für Soziale Arbeit, 5, S. 227-246.
- Heite, Catrin/Textor, Markus/Tischhauser, Annina (2022): Rassismus und Rassismuskritik in Sozialer Arbeit. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziale Arbeit / Revue suisse de travail social Heft 29.2022, 29, S. 36-50.
- Hunner-Kreisel, Christine/Wetzel, Jana (Hrsg.) (2018): Rassismus in der Sozialen Arbeit und Rassismuskritik als Querschnittsaufgabe. Perspektiven für Wissenschaft und Praxis. Sonderheft, Band 15. Lahnstein: Verlag neue praxi GmbH.
- Kalpaka, Annita (2006): Pädagogische Professionalität in der Kulturalisierungsfalle. Über den Umgang mit ‚Kultur‘ in Verhältnissen von Differenz und Dominanz. In: Leiprecht, R./Kerber, A. (Hrsg.) (2006): Schule in der Einwanderungsgesellschaft. Ein Handbuch. 3. Aufl. Reihe Politik und Bildung, Band 38. Schwalbach am Taunus: Wochenschau-Verlag, S. 387-405.
- Kalpaka, Annita/Räthzel, Nora (2022): Wirkungsweisen von Rassismus und Ethnozentrismus. In: Kalpaka, A./ Räthzel, N./Weber, K. (Hrsg.) (2022): Rassismus - Die Schwierigkeit nicht rassistisch zu sein. Hamburg: Argument Verlag, S. 40-156.
- Karakayali, Serhat/Kleist, Olaf (2015): EFA- Studie. Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA). 1. Forschungsbericht. Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/ Dezember 2014. Berlin.
- Karakayali, Serhat/Kleist, Olaf (2016): EFA-Studie 2 Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. 2. Forschungsbericht Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2015. Berlin.
- Kourabas, Veronika (2019): Grundlegende Darstellung zu Rassismuskritik. Was ist Rassismus und was heißt Rassismuskritik? In: Bezirksregierung Arnsberg (Hrsg.): Arbeitspapier Denkanstöße für eine rassismuskritische Perspektive auf kommunale Integrationsarbeit in den Kommunalen Integrationszentren. Ein Querschnittsthema, S. 5-18.
- Kourabas, Veronika/Mecheril, Paul (2022): Über Rassismus sprechen. Auf dem Weg zu einer rassismuskritischen Professionalität. In: Stock, M./Hodaie N./Immerfall, S./Menz, M. (Hrsg.) (2022): Arbeitstitel: Migrationsgesellschaft. Pädagogik - Profession - Praktik. Migration - Gesellschaft - Schule. Wiesbaden: Springer VS, S. 13-34.
- Kupfer, Annett (2018): Rassismus in Beratung. In: Schulze, H./Höblich, D./Mayer, M. (Hrsg.) (2018): Macht - Diversität - Ethik in der Beratung. Wie Beratung Gesellschaft macht. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich, S. 74-93.
- Mai, Hanna Hoa Anh (2020): Pädagog*innen of Color. Professionalität im Kontext rassistischer Normalität. 1. Auflage. Diversität in der Sozialen Arbeit. Weinheim: Beltz Juventa.
- Mecheril, Paul (2010): Migrationspädagogik. Hinführung zu einer Perspektive. In: Mecheril, P. (Hrsg.) (2010): Migrationspädagogik. Weinheim, Basel: Beltz, S. 7-22.
- Mecheril, Paul/Melter, Claus (2010): Gewöhnliche Unterscheidungen. Wege aus dem Rassismus. In: Mecheril, P. et al. (Hrsg.) (2010): Migrationspädagogik. Weinheim, Basel: Beltz, S. 150-178.

- Melter, Claus (2005): „Wenn du mich gefragt hättest, hätte ich es dir erzählt.“ Über die (fehlende) Thematisierung von Rassismuserfahrungen und Zugehörigkeitsfragen in der ambulanten Jugendhilfe. In: Migration und Soziale Arbeit, S. 278-282.
- Melter, Claus (2018): Soziale Arbeit zwischen zuschreibenden Kulturalisierungen und einer diskriminierungs- und rassismuskritischen Migrationspädagogik sowie der Orientierung an der Integrität jedes Menschen. In: Prasad, N. (Hrsg.) (2018): Soziale Arbeit mit Geflüchteten. Rassismuskritisch, professionell, menschenrechtsorientiert. Soziale Arbeit. Opladen, Toronto: Barbara Budrich, S. 221-246.
- Motzek-Öz, Sina/Westphal, Manuela/Aden, Samia (2021): Forschen als solidarische Praxis? In: Sozialmagazin - Die Zeitschrift für Soziale Arbeit 46, 7-8, S. 66-72.
- Ogette, Tupoka (2021): exit RACISM. Rassismuskritisch denken lernen. 10. Aufl. Münster: Unrast.
- Pötter, Nicole/Hammerschmidt, Peter/Stecklina, Gerd (2021): Einführung: „Der lange Sommer der Migration“ und die Soziale Arbeit. In: Hammerschmidt, P./Pötter, N./Stecklina, G. (Hrsg.) (2021): Der lange Sommer der Migration. Die Teilhabechancen der Geflüchteten und die Praxis der Sozialen Arbeit. Aktuelle Themen und Grundsatzfragen der Sozialen Arbeit. Weinheim: Beltz Juventa, S. 8-40.
- Prasad, Nivedita (2021): Rassismus, Migration und Flucht als Themen im Kontext menschenrechtsbasierter Sozialer Arbeit. In: Berner, H./Böhler, D./Füchslbauer, T./Hofer, M./Kühne, A./Messinger, I./Riegler, A./Tißberger, M. (Hrsg.) (2021): Soziale Arbeit in der Postmigrationsgesellschaft. Kritische Perspektiven und Praxisbeispiele aus Österreich. 1. Aufl. Buchreihe der oga - Österreichischen Gesellschaft für Soziale Arbeit. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 220-233.
- Reis, Claus (2020): Kommunales Integrationsmanagement. Leitfaden für die Praxis. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos.
- Schirilla, Nausikaa (2023): Migration in Deutschland - soziologisch erklärt. 1. Auflage. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.
- Sinanoğlu, Cihan/Polat, Serpil (2023): Rassismusforschung in Bewegung: Rassismus - ein neues altes Thema? In: Nationaler Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (Hrsg.) (2023): Rassismusforschung I. Theoretische und interdisziplinäre Perspektiven. 1. Auflage. Gesellschaft der Unterschiede, Band 74. Bielefeld: transcript, S. 7-22.
- Steckmann, Ulrich (2014): Paternalismus und Soziale Arbeit. In: Soziale Passagen 6, 2, S. 191-203.
- Tißberger, Martina (2020): Soziale Arbeit als weißer* Raum - eine Critical Whiteness Perspektive auf die Soziale Arbeit in der postmigrantischen Gesellschaft. In: Soziale Passagen 12, 1, S. 95-114.
- van Dyk, Silke/Misbach, Elène (2016): Zur politischen Ökonomie des Helfens. Flüchtlingspolitik und Engagement im flexiblen Kapitalismus. In: PROKLA. Zeitschrift Für Kritische Sozialwissenschaft 46, 183, S. 205-227.
- Vogler, Jens/Alisch, Monika/Westphal, Manuela/Freuwört, Anke (2021): Das Versprechen, dass aus Fremden Freunde werden. Analyse von Tandeminterviews zwischen Zugewanderten und Nicht-Zugewanderten. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 72, 3, S. 220-227.
- Vogler, Jens (2022): Arbeitsbeziehungen im Handlungsfeld Migration. Eine empirische Untersuchung zum vielschichtigen Handeln von Sozialarbeiter*innen und freiwillig Engagierten. Wiesbaden: Springer VS.

- Vogler, Jens/Alisch, Monika/Freuwört, Anke/ Westphal, Manuela (2022): Freundschaftliche Beziehungen als Kohäsion in der Migrationsgesellschaft. In: Baier F. /Borrmann, S. /Hefel, J. (Hrsg.) (2022): Europäische Gesellschaften zwischen Kohäsion und Spaltung - Rolle, Herausforderungen und Perspektiven Sozialer Arbeit. Opladen, Berlin und Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 139-150.
- Westphal, Manuela/Alisch, Monika/Vogler, Jens (2020): Helfen im Kontext neuer Arbeitsteilungen!? Zur Veränderung der Sozialen Arbeit durch Zuwanderung. In: Migration und Soziale Arbeit 42, 3, S. 260-267.
- Zeit.de (2023): Antidiskriminierungsbeauftragte: Rassismus-Problem. Extremismus. https://www.zeit.de/news/2023-02/18/antidiskriminierungsbeauftragte-rassismus-problem?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F [Letzter Zugriff: 20.02.2023]

Diversität im Engagement: Die Relevanz des Sozialraums

Katja Jepkens, Lisa Scholten und Anne van Rießen

1. Einleitung

Die gesellschaftliche und politische Relevanz von zivilgesellschaftlichem Engagement ist unumstritten. In öffentlichen und wissenschaftlichen Diskursen wird seine Bedeutung bei der Bewältigung von Krisen und zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes unterstrichen. Daher existieren vielerlei Ansätze und Bemühungen, Engagement nachhaltig zu fördern (u.a. Simonson et al. 2021a; Bundesregierung 2022: 4; Bundesregierung 2021: 117ff.). Entsprechend positiv wird vielfach bewertet, dass der Anteil der Engagierten in Deutschland in den vergangenen rund zwanzig Jahren gestiegen ist (Simonson et al. 2021b: 58f.). Sichtbar ist, dass Menschen auch außerhalb akuter Krisensituationen wie der Coronapandemie oder Umweltkatastrophen solidarisch handeln und einander unterstützen (Sprengel 2022). Doch nicht nur die Gemeinschaft profitiert von Engagement: Auch für die Engagierten kann ein Engagement positive Auswirkungen haben. So wird Engagement nicht selten als Form der gesellschaftlichen Teilhabe verstanden (Enquete-Kommission 2002: 38).

Teilhabe lässt sich als „eine positiv bewertete Form der Beteiligung an einem sozialen Geschehen bzw. eine positive Norm gesellschaftlicher Zugehörigkeit“ (Bartelheimer et al. 2020: 43) und als „Gegenbegriff zu Ausgrenzung oder Ausschluss“ (ebd.: 19) bestimmen. Die konkreten Teilhabechancen werden durch „gesellschaftliche Bedingungen“, die vorhandenen „Ressourcen“ und „persönliche Bedingungen“ bestimmt (ebd.: 32). Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen werden anhand der Möglichkeiten beurteilt, die sie dem Individuum in seiner selbstbestimmten Lebensführung eröffnen oder verschließen (ebd.: 44). Engagement als Teilhabemöglichkeit setzt folglich zwar einerseits Ressourcen voraus, kann aber auch beispielsweise durch den Auf- oder Ausbau sozialer Kontakte den Zugang zu weiteren Ressourcen schaffen und somit Teilhabe ermöglichen oder erweitern (Jepkens et al. 2022). Insofern ist es mindestens bedenklich, dass nicht alle Menschen gleichermaßen Zugang zu Engagement haben. Denn Menschen, die strukturell benachteiligt werden,

engagieren sich (scheinbar) weniger häufig, so wird es unter anderem im Deutschen Freiwilligensurvey deutlich: Menschen mit Migrationsgeschichte, ohne Erwerbsarbeit oder mit einem niedrigen formellen Bildungsniveau sind im Engagement unterrepräsentiert (Simonson et al. 2021c: 69ff.).

Die damit zutage tretende mangelnde Diversität im Engagement lässt sich mit Zugangsbarrieren und institutionellen Blockierungen vor allem formalisierten Engagements in Verbindung bringen. Hierzu ist festzuhalten, dass das Gros der wissenschaftlichen Analysen und der öffentlichen Auseinandersetzung jene Personen als Engagierte erfasst, die einem *formalisierten* Engagement nachgehen, sich also in einem formalen Rahmen und in Anbindung an Dritte (Vereine, Wohlfahrtsverbände, Gemeinden etc.) engagieren. Weniger fokussiert werden hingegen jene Personen, die sich selbstorganisiert, ohne Anbindung an Dritte und somit *informell* engagieren (Kausmann et al 2022).

Im vorliegenden Beitrag wird anhand der empirischen Ergebnisse zweier Forschungsprojekte die Diversität jener Menschen, die sich engagieren, abgebildet. Vorangestellt wird ein Überblick über die theoretischen und methodischen Zugänge beider Projekte. Sowohl für formalisiertes als auch für informelles Engagement werden deren Befunde zu den engagierten Personen(gruppen), Inhalten sowie zum Nutzen und den Motiven von Engagement dargestellt. Abschließend richten wir den Blick auf die Bedeutung des Sozialraums für Diversität im Engagement.

2. Theoretische und methodische Grundlagen: Die Projekte IZESO und EZuFöSt

Das Forschungsprojekt „Informelles zivilgesellschaftliches Engagement im Sozialraum. Eine qualitative Studie zu Barrieren der Teilhabe an gemeinwohlstärkendem Engagement mit spezifischem Blick auf die Ursachen der Nicht-Nutzung“¹ (IZESO), gefördert vom BMBF (12/2019 bis 11/2022), nähert sich mit einem ethnografischen Ansatz dem informellen Engagement und bestehenden Formen des Engagements im Alltag von Menschen, die strukturell sozial benachteiligt werden. Im Projekt wurden erstens bestehende Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements im Alltag, die von gängigen Definitionen nicht als Engagement erfasst werden, zweitens Gründe für das (ausbleibende) zivilgesellschaftliche Engagement von Menschen, die strukturell sozial benachteiligt werden, sowie drittens institutionelle Blockierungen und Barrieren, die den Zugang zu formalisiertem Engagement be- und/oder verhindern, erforscht.

1 Siehe zum Projekt und den Ergebnissen ausführlich: Scholten et al. (2023).

Das Praxisforschungsprojekt „Ehrenamt der Zukunft: Förderung der Selbstbestimmung und Teilhabe Älterer im Quartier“² (EZuFöST) wurde in Kooperation mit dem Caritasverband der Stadt Köln e.V. durchgeführt und von der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW gefördert (03/2019 bis 02/2022). Es untersucht formalisiertes Engagement für Ältere im Feld der institutionalisierten Nachbarschaftshilfen. Im Fokus des Projektes stand die Erforschung erstens von subjektivem Nutzen von Engagement, zweitens der Möglichkeiten für die Gewinnung Engagierter und drittens von Zugangsbarrieren für potenzielle Engagierte. Das Ziel war, ein nachhaltiges und übertragbares Modellkonzept zu entwickeln, das aufzeigt, wie auch zukünftig ein flexibles und zugleich verlässliches zivilgesellschaftliches Engagement ältere Menschen bei ihrer selbstbestimmten gesellschaftlichen Teilhabe unterstützen kann.

Im Folgenden erfolgt eine Übersicht über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede hinsichtlich der theoretischen und methodischen Zugänge der Projekte IZESO und EZuFöST.

Die Projekte fokussieren unterschiedliche Formen zivilgesellschaftlichen Engagements. Dabei orientiert sich das Verständnis, was als Engagement gefasst wird, zunächst an gängigen Definitionen, wie beispielsweise der des Deutschen Freiwilligensurveys oder der der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Simonson et al. 2021a; Enquete-Kommission 2002). Hiernach sind solche Tätigkeiten als Engagement zu verstehen, „die freiwillig und gemeinschaftsbezogen ausgeübt werden, im öffentlichen Raum stattfinden und nicht auf materiellen Gewinn gerichtet sind“ (Simonson et al. 2021a: 11). Rund vierzig Prozent der Menschen ab vierzehn Jahren in Deutschland engagieren sich laut Deutschem Freiwilligensurvey gemäß diesen Kriterien (Simonson et al. 2021b: 58). Einbezogen werden dabei Menschen ab vierzehn Jahren in Deutschland, deren Tätigkeitsschwerpunkt sich primär auf Engagement in formalisierten Kontexten (Vereine, Verbände, Kommunen etc.) konzentriert (ebd.). Denn auch wenn eine institutionelle Anbindung nicht Voraussetzung für die Einordnung einer Tätigkeit als Engagement ist, so legen die Fragen des Freiwilligensurveys eine solche doch nahe (siehe ausführlich zu den Erhebungsmethoden Simonson et al. 2021d). Instrumentelle Hilfen, Kinderbetreuung oder die Pflege oder Betreuung von Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen im außerfamilialen sozialen Nahraum (Vogel/Römer 2017: 253) beispielsweise werden als informelle Unterstützung explizit *nicht* als Engagement gefasst, sondern von diesem abgegrenzt, sofern sie „ohne zivilgesellschaftliche Formalisierung“ (ebd.: 255), also nicht formalisiert stattfinden.

Abweichend davon wurden im Rahmen des Projektes IZESO auch selbstorganisierte Tätigkeiten ohne Anbindung an Dritte als Engagement erfasst und somit insbesondere informelles Engagement fokussiert. Im Projekt EZuFöST

2 Siehe zum Projekt und den Ergebnissen ausführlich: Jepkens et al. 2022.

hingegen steht klassisches, formalisiertes Engagement in Anbindung an einen Wohlfahrtsträger im Zentrum.

In beiden Projekten wird Engagement im Sozialraum untersucht, denn der Sozialraum ist bei der Engagementausübung ein zentraler Handlungsraum (Klatt/Walter 2011: 31; van Dyk/Haubner 2021: 76f.). Der Sozialraum³ wird dabei hier in Anlehnung u.a. an Deinet (2007), Spatscheck (2009) sowie Günzel (2017) als Nahraum definiert, der durch materiell-objektive Bedingungen bestimmt und zugleich subjektiver Lebens- wie Aktionsraum ist (Deinet 2007: 115). Somit beeinflusst der Sozialraum auch das Engagement: Er beinhaltet sowohl institutionelle Bedingungen – z.B. das Vorhandensein sozialer Einrichtungen vor Ort, an denen sich Menschen engagieren können bzw. Unterstützung bekommen – als auch die Infrastruktur wie z.B., welche Mobilität vor Ort möglich ist. Während bei IZESO im Rahmen einer sozialräumlichen ethnografischen Forschung in zwei Untersuchungsgebieten mit (sehr) hohem sozialen Handlungsbedarf⁴ im Düsseldorfer Stadtgebiet geforscht wurde, erfasste EZuFöST die sozialräumlichen Dimensionen des untersuchten Engagements, indem im Projekt vier Standorte der Nachbarschaftshilfen maximal kontrastierend (Kelle/Kluge 2010: 48) als Untersuchungseinheiten ausgewählt wurden. Dabei wurden zum Beispiel „langjährig bestehende und erst kürzlich eröffnete Standorte einbezogen, Standorte mit sehr vielen und mit sehr wenigen Engagierten, eher innerstädtische Standorte und solche, die sich in Außenbezirken befinden, links- und rechtsrheinische Standorte sowie solche, die hinsichtlich der Sozialstruktur der zugehörigen Stadtteile große Differenzen aufweisen“ (Jepkens et al. 2022: 69).

In beiden hier vorgestellten Projekten wurde zudem eine subjektorientierte Forschungsperspektive als Ausgangspunkt der Betrachtung gewählt, also Engagement aus Sicht der (Nicht-)Engagierten untersucht. Bei der Erforschung informellen sozialräumlichen Engagements, wie es im Projekt IZESO fokussiert wird, bietet es sich an, einen Zugang „from below“ (konkret die Alltagsforschung, die sich mit dem Alltagshandeln der Leute befasst; Steinert/Pilgram 2003; Bareis/Cremer-Schäfer 2013) zu wählen, der auf der sozialräumlichen Ebene verankert ist (Löw 2001), um einen Zugang zu dem Forschungsfeld zu erlangen. So können die im Fokus stehenden Personengruppen, die strukturell sozial benachteiligt werden, im Alltag erreicht werden. Im Projekt EZuFöST standen die Engagierten und die älteren Menschen, die von ihnen unterstützt werden, im Fokus des Forschungsinteresses. Beide Gruppen wurden im Rahmen der Sozialpädagogischen Nutzer*innenforschung (Oelerich/Schaarschuch

3 Vertiefend zum Begriff Sozialraum im Kontext der Forschungsprojekte: Jepkens et al. 2022: 55-63; Scholten et al. 2023.

4 Die Sozialraumtypisierung erfolgt im Rahmen der Sozialräumlichen Gliederung der Stadt Düsseldorf durch die Zuordnung der Sozialräume zu fünf Gruppen mit unterschiedlichem sozialem Handlungsbedarf auf Basis einer Clusteranalyse, welche die Merkmale SGB II-Quote, Arbeitslosenanteil, SGB XII-Quote und Wohnflächenstandard einbezieht.

2005) als Inanspruchnehmende sozialer Dienstleistungen bzw. Nutzer*innen des Angebots der hauptamtlich über einen Wohlfahrtsverband organisierten Nachbarschaftshilfen verstanden.

In EZuFöST dienten die „Kölsch Hätz Nachbarschaftshilfen“ als Untersuchungsfeld. Kölsch Hätz organisiert die Unterstützung älterer Menschen im Rahmen von nachbarschaftlichen Besuchsdiensten. Die Daten der multiperspektivischen und multimethodischen Erhebungen wurden mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse (Mayring 2016) ausgewertet. Auf Basis der Ergebnisse dieser Analysen wurden praktische Projektideen für die Weiterentwicklung der bestehenden ehrenamtlichen Unterstützung Älterer entwickelt, vor Ort umgesetzt und formativ evaluiert (Kuckartz et al. 2008) sowie die Ergebnisse kommunikativ validiert (Mayring 2016; vgl. ausführlich dazu Jepkens et al. 2022). Auf Basis aller Daten entstand das Modellkonzept „Zivilgesellschaftliches Engagement mit Zukunft“ (ebd.).

Untersuchungsgrundlage von IZESO waren Sozialräume in den Düsseldorfer Stadtteilen Rath und Eller. In beiden Sozialräumen fand eine dreimonatige Feldphase statt, die einem ethnologischen Forschungsvorgehen folgte (Beer/König 2020; Thomas 2019), deren Ankerpunkt ein temporär angemieteter Pop-up-Befragungsladen vor Ort war. Dieser diente als Ausgangspunkt der Erhebungen und Anlaufstelle für interessierte Bewohner*innen wie Akteur*innen. Damit rückte er in die Funktion eines Reallabors (Schneidewind 2014). Das multimethodische Forschungsdesign umfasste primär teilnehmende Beobachtung und ethnografische Gespräche und Interviews. Zudem fanden Sekundäranalysen (z.B. Kurzinterviews) statt. Die Daten wurden mithilfe der Qualitativen Inhaltsanalyse (Kuckartz et al. 2008) und der Grounded Theory (Strauss/Corbin 1996) ausgewertet und mittels eines paradigmatischen Modells sozialräumlichen Engagements analysiert.

Anhand der nun folgenden Zusammenführung der Ergebnisse beider Projekte lässt sich zeigen, welche Bedingungen welche Art von Engagement ermöglichen oder verhindern können.

3. Empirische Befunde

Im Folgenden werden die empirischen Ergebnisse beider Projekte in Hinblick auf Diversität im Engagement analysiert. Anhand der Daten wird deutlich, dass sozialräumliches Engagement mit Blick auf seine Inhalte und Ausgestaltung ebenso unterschiedlich sein kann wie die Menschen, die sich für einzelne Andere, die Gemeinschaft oder den öffentlichen Raum einsetzen. Ebenso lassen sich intervenierende Bedingungen (Strauss/Corbin 1996: 81ff.), die sich förderlich bzw. hinderlich darauf auswirken, dass Personen sich engagieren, und

Zugänge zu sowie Ausschließungen vom Engagement feststellen. Dabei zeigen sich Gemeinsamkeiten und Spezifika formalisierter und informeller Engagementformen.

3.1 Engagementformen und -ausprägungen

Die Engagierten, die im Rahmen von EZuFöST befragt wurden, sind im Bereich der institutionalisierten Nachbarschaftshilfen für Ältere engagiert. Es handelt sich dabei eindeutig um formalisiertes Engagement. Sie bezeichnen das eigene Engagement durchgängig als Ehrenamt. Durch dessen Spezifika – vorgegebene und regelmäßig wiederkehrende Form – wird es von ihnen als alltagsstrukturierend empfunden und geschätzt.

Die Untersuchungsgruppe von IZESO sind sowohl in formalisiertem als auch in informellen Kontexten engagiert. Dabei zeigt sich, dass es zwischen diesen beiden Engagementformen eine Vielzahl an Abstufungen gibt. Die Tätigkeiten unterscheiden sich zudem hinsichtlich ihrer Alltagseinbindung (zwischen ad hoc und geplant), des Verantwortungsgrads (zwischen gering und hoch) und des Beziehungsgefüges zwischen den Beteiligten (Scholten et al. 2023). Aus den Kombinationen der Ausprägungen dieser drei Aspekte ergeben sich Engagementprofile (siehe Tabelle 1), die sich u.a. hinsichtlich der (Zugangs-)Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und Inhalte des Engagements unterscheiden

Tabelle 1: Systematisierung empirischer Beispiele von Engagementtätigkeiten

Formen und Settings		informell	formalisiert
Alltagseinbindung	ad-hoc	Fahrradreparatur (Bike-Park)	Einkaufshilfe (offene Altenhilfe)
	geplant	Fest organisieren (Nachbarschaft)	Trainer*in (Sportverein)
Verantwortungsgrad	gering	Teilnahme an Aufräumaktionen (Nachbarschaft)	Kuchenbacken (Schule)
	hoch	Kinderbetreuung (Nachbarschaft)	Vorstandsvorsitz (Förderverein)
Beziehungsgefüge	bekannt	Krankenpflege (Nachbarschaft)	Geburtstagsdienst (Gemeinde)
	unbekannt	Einsatz für ein Bürgerzentrum (Stadtteil)	Spielplatzwart*in (Stadtteil)

Quelle: eigene Darstellung

Mit Blick auf die Benennung und Bewertung des Engagements wird dabei eine Hierarchie deutlich: Während formalisiertes Engagement auch als solches benannt und als „sehr gut“⁵ sowie „wichtig“, beurteilt wird, bezeichnen sich informell Engagierte nur punktuell als engagiert. In der Regel sagen sie, was sie machten, sei „alltäglich“ oder „ganz normale“ „Alltagshilfe“, die demensprechend oft als „selbstverständlich“ bewertet wird.

3.2 Engagierte

Bei EZuFöST stellen die befragten Engagierten eine eher homogene Gruppe dar: In der Regel sind sie überdurchschnittlich gebildet, überwiegend wohnen sie in Bezirken mit hohen Mietpreisen und niedriger Arbeitslosenquote (van Rießen/Henke 2020a: 210f.) und sind bzw. waren vor der Verrentung in Berufen tätig, die hohe Qualifikation und überdurchschnittliches Einkommen implizieren (van Rießen/Henke 2020b). Darüber hinaus verfügen diese Engagierten über Vorkenntnisse, Kontakte und Netzwerke, die den Zugang zu den Nachbarschaftshilfen Kölsch Hätz erleichtern oder ermöglichen, und über eine hohe Zeitsouveränität, können also die ihnen verfügbare Zeit recht autonom gestalten (Willke 1999: 113). Die Engagierten bei EZuFöST können damit hinsichtlich ihrer ökonomischen, kulturellen und sozialen Ressourcen überwiegend als privilegiert bezeichnet werden.

Ebenso können die formalisiert Engagierten bei IZESO⁶ häufig als privilegiert – mit Blick auf Bildung, Wohnort, Erwerbstätigkeit – beschrieben werden. Demgegenüber zeigen die empirischen Analysen zum informellen Engagement ein heterogeneres Bild von denjenigen, die sich einbringen. Hier ist, z.B. hinsichtlich des Alters, des Migrationsstatus, der Wohndauer im Sozialraum, des Erwerbstatus oder des formellen Bildungsabschlusses, mehr Vielfalt gegeben. Eine Gemeinsamkeit der engagierten Personen ist, dass sie häufig Kontakte vor Ort haben und in soziale Netzwerke eingebunden sind.

Die Ergebnisse beider Projekte zeigen, dass soziale Kontakte und Netzwerke der Engagierten einen Einfluss darauf haben, ob diese sich engagieren. In diesem Kontext erweist sich auch ein Zugehörigkeits- bzw. Gemeinschaftsgefühl als relevant. Kurz gesagt erfolgt der Zugang zu Engagement vor allem über bestehende Kontakte und/oder das Zugehörigkeitsgefühl zu Gemeinschaft(en), sprich über „konjunktive Erfahrungsräume“ (Bohnsack 2014: 64f.). So berichten im Forschungsprojekt EZuFöST Fachkräfte der Sozialen Arbeit,

5 Im Folgenden sind Begriffe und Texte, welche in Anführungszeichen gesetzt sind, Originalzitate aus den Gesprächen mit den Menschen vor Ort (Quellen: Feldnotizen).

6 Das empirische Datenmaterial aus IZESO lässt qualitative Aussagen über die Personen(gruppen) zu, die in den Feldphasen Kontakt mit dem Projektteam hatten bzw. die in diesem Kontext thematisiert wurden.

die bei „Kölsch Hätz“ tätig sind, dass es kaum gelingt, Mitglieder weniger privilegierter Personengruppen für ein Engagement zu gewinnen. Das bringen sie in Zusammenhang mit der homogenen Teamstruktur und den Spezifika der bestehenden Engagement-Netzwerke (Jepkens et al. 2022: 108; 158ff.). Beides könnte eine Barriere darstellen, da dadurch Kontakte oder Gemeinsamkeiten fehlen, die Interessierten den Zugang erleichtern könnten. Ebenso verdeutlichen Erzählungen in IZESO, dass im informellen, sozialräumlichen Engagement geteilte Erfahrungen und Gemeinsamkeiten wie z.B. Wohndauer im Viertel oder Armutsbetroffenheit eine Rolle spielen bei der Entscheidung, sich zu engagieren. Während sich durch solche Gemeinschaften Zugänge zu Engagement ergeben, können gleichermaßen durch sie Ausschlüsse für Außenstehende entstehen.

3.3 *Anlässe, Motive und Nutzen des Engagements*

Im Folgenden werden Bedingungen fokussiert, welche die Aufnahme und/oder die Weiterführung eines Engagements begünstigen können. Dazu gehören konkrete Engagementanlässe, Motive und Nutzen(erwartungen) der Engagierten.

Das formalisierte Engagement, das EZuFöST untersuchte, wurde von den Engagierten häufig in Situationen des Umbruchs oder der Veränderung der persönlichen Lebenssituation begonnen (Eintritt in den Ruhestand, Beginn des Studiums, Ausbruch der Coronapandemie). Die Engagierten können so durch ihr Engagement kompensieren, was an anderer Stelle wegfällt (z.B. Sozialkontakte, eine sinnvolle Beschäftigung).

Bei IZESO sind aufgrund der Vielfalt des betrachteten Engagements unterschiedliche Ausgangssituationen des informellen Engagements auszumachen. Häufig entsteht Engagement ad hoc in Situationen, die dies einfordern. Für informelle Settings gilt dabei, dass die Sichtbarkeit des Bedarfs und/oder das Wissen um den Bedarf eine Voraussetzung für Engagement ist. Demgegenüber kann im formalisierten Engagement fehlendes Wissen durch eine Organisation ausgeglichen werden, die Bedarfe kennt und/oder Kontakte vermittelt.

Bei der Aufnahme eines Engagements zeigt sich, dass die Engagierten nicht ausschließlich aus altruistischen Beweggründen tätig werden, sondern sich auch einen Nutzen von ihrem Engagement versprechen. Im Rahmen der Analysen bei EZuFöST bestätigte sich, dass der subjektive Nutzen, den Engagierte in ihrem Engagement erleben bzw. den sie von diesem erwarten, ein zentraler förderlicher Faktor für Engagement ist. Dabei reicht der (erwartete) Nutzen von der Strukturierung des eigenen Alltags über das Gefühl, im Engagement herausgefordert und gebraucht zu werden, bis zum Entstehen von

Freundschaften. Im Kontext des Engagements, welches zu Beginn der Coronapandemie aufgenommen wurde, zeigt sich darüber hinaus, dass die Engagierten in der für sie verunsichernden Situation durch ihr Engagement Selbstwirksamkeit und Handlungsfähigkeit erfuhren. Für die Nachbarschaftshilfen wurden zudem als Nutzenaspekte Freude an der Tätigkeit und die im Engagementkontext erfahrene Anerkennung durch andere Engagierte, hauptamtliche Fachkräfte und die Unterstützten herausgestellt. Auch die empirischen Daten bei IZESO lassen erahnen, was Menschen antreibt bzw. daran hindert, sich zu engagieren. So stufen die Engagierten die eigene Werteorientierung, die Erziehung sowie die Vorbildfunktion, die sie für andere einnehmen wollen, als relevant ein. Aber auch externe (soziale) Erwartungen spielen eine Rolle. Ein antizipierter Nutzen ist demnach neben der Zufriedenheit mit sich selbst auch die Anerkennung durch andere. Darüber hinaus ist die Vergemeinschaftung – im Sinne eines Auf- und Ausbaus von Kontakten – auch beim informellen Engagement von Bedeutung. Zudem scheint (erwartete) Reziprozität ein relevanter Nutzungsaspekt zu sein, insbesondere für informelles Engagement im Nahraum. Erkennbar wird dies insbesondere in den empirischen Analysen, in denen es um wechselseitige Unterstützung geht, aber auch in der Motivlage, sich als selbst ‚Betroffene*r‘ für bestimmte Zielgruppen einzusetzen. Dies steht im Kontrast zu formalisiertem Engagement, bei dem es häufig explizit darum geht, andere, vor allem auch ‚schwächere‘ Personen zu unterstützen.

4. Die Relevanz des Sozialraums

Bis hierher wurden neben den Ausprägungen und Formen des Engagements, die in den Projekten EZuFöST und IZESO untersucht wurden, Merkmale der Engagierten und die Umstände, unter denen diese sich für ein Engagement entschieden, betrachtet. Dabei standen vor allem Aspekte im Fokus, die die Mikroebene betreffen (Motive, Erwartungen, Fähigkeiten, Merkmale der Personen). Die Forschungsergebnisse der Projekte EZuFöST und IZESO zeigen darüber hinaus, dass Aspekte der Mesoebene, also den Sozialraum betreffend, bei der Betrachtung des Themas Engagement relevant sind. Primär geht es hierbei um Teilhabe und Ausschlüsse im Engagement.

Wie eingangs angesprochen, zeigen die Daten einschlägiger quantitativer Erhebungen zu zivilgesellschaftlichem Engagement große, teils zunehmende Ungleichheit in der Engagementbeteiligung. Das legt nahe, dass Engagement nicht allen gleichermaßen zugänglich ist. Dass Engagement nicht nur Teilhabe ermöglichen, sondern auch Ausschlüsse (re-)produzieren kann, zeigen neben den Projektdaten der beiden hier thematisierten Projekte auch zahlreiche andere Arbeiten (siehe u.a. Kleiner 2022; Ilgün-Birhimeoğlu 2022; Merl 2022; Voigtländer 2015; Klatt/Walter 2011; Munsch 2005).

Welche sozialräumlichen Faktoren aber entscheiden – den Forschungsergebnissen der beiden Projekte zufolge – über Ausschlüsse und Teilhabemöglichkeiten? Bei der Analyse der empirischen Daten zeigte sich, dass insbesondere der *sozialen Einbindung vor Ort* (Gemeinschaft, Vernetzung) und der *sozialräumlichen Infrastruktur* (informelle und formalisierte Begegnungsorte) Relevanz zukommt.

Bei der *sozialen Einbindung* entscheidet ein ganzes Bündel an Faktoren über Ausschlüsse von oder Teilhabechancen zu Engagement: So zeigt sich, dass vorhandene soziale Kontakte und ein solidarisches Miteinander vor Ort sowie das damit einhergehende Gefühl der Zugehörigkeit und Verbundenheit bedeutsam sind. Bestehende Kontakte eröffnen Zugang zu formalisiertem und informellem Engagement im Sozialraum; dies gilt unabhängig von der Engagementform. Während jedoch beim formalisierten Engagement soziale Netzwerke und Kontakte zu oder über Institutionen als förderlich gelten (Jepkens et al. 2022: 161ff.), spielen beim informellen Engagement vor allem nicht-institutionelle soziale Netzwerke und Bekanntschaften im Sozialraum eine Rolle. Engagement kann also nicht nur gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, die Teilhabe an Gemeinschaften kann auch eine Voraussetzung von Engagement sein: Wenn Menschen sich in ihrem Sozialraum zugehörig fühlen, eröffnet ihnen dies Zugänge und somit Teilhabemöglichkeiten.

Ein weiterer zentraler Einflussfaktor ist die *sozialräumliche Infrastruktur*, die sowohl formelle wie informelle Engagementgelegenheiten schaffen oder behindern kann. Hierbei spielen niederschwellige, offene Begegnungsorte als Orte der Vergemeinschaftung eine förderliche Rolle. Entscheidend sind die Spezifika dieser Orte, also, ob es gut oder allgemein zugängliche Möglichkeiten bzw. Orte gibt, an denen sich Menschen begegnen, austauschen und engagieren können. Neben öffentlichen, privaten und halb-öffentlichen zählen dazu auch institutionelle Orte der Vergemeinschaftung. Letztere können mit spezifischen Blockierungen und Zugangsbarrieren einhergehen. Die zentralen Barrieren hinsichtlich des Zugangs zu Institutionen im Sozialraum bestehen primär darin, dass diese gänzlich unbekannt sind, nicht zu den eigenen Interessen passen oder keinen niederschweligen Zugang haben. Auch starre Vorgaben hinsichtlich der Zeiten sowie der Inhalte und (bürokratische) Voraussetzungen eines formellen Engagements wurden als hinderlich für dieses genannt. Zudem wenden sich mögliche Engagierte nicht an Institutionen, weil sie sich nicht als Zielgruppe von deren Aktivitäten adressiert fühlen oder nicht adressiert sind. Dementsprechend spielen auch hier das Zugehörigkeitsgefühl und bestehende Kontakte im Nahraum eine Rolle bezüglich Teilhabemöglichkeiten und Ausschlüssen, da sie die Wahrscheinlichkeit erhöhen, (passende) Informationen zu erhalten.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Engagementgelegenheiten relevante Voraussetzungen darstellen und eben diese Bedingungen lassen sich vor allem auf sozialräumlicher Ebene herstellen. Dabei zeigt sich, dass sich

sozialräumliche Diversität im Engagement widerspiegelt und unterschiedliche Engagementformen positiv sowie negativ beeinflussen kann.

5. Zusammenfassung und Herausforderungen

Letztlich gilt als Voraussetzung für Diversität im sozialräumlichen Engagement, dass die Bedarfe der (potenziellen) Engagierten kontinuierlich in den Blick genommen werden und die Menschen an der Ausgestaltung der Engagementstrukturen partizipieren und diese nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten können. Dabei sind sowohl Menschen einzubeziehen, die sich informell sowie formalisiert engagieren als auch diejenigen, die gerne ein Engagement aufnehmen wollen, dies jedoch bisher nicht konnten (Jepkens et al. 2022: 119ff.). Mit Blick auf formalisiertes Engagement sind im Sozialraum institutionelle Anlaufstellen zu etablieren, die sichtbar und erreichbar, möglichst zielgruppenoffen bei der Adressierung und der Konzeption sowie hinreichend flexibel bei den Öffnungszeiten aufgestellt sind und die sich bei der Engagementtauggestaltung an den Ideen und Bedürfnissen der Engagierten orientieren. Beim informellen Engagement geht es ebenso darum, zentrale Austauschorte im öffentlichen Raum vorzuhalten, an denen sich (unterschiedliche) Menschen begegnen können und sich auch über gemeinsame bzw. geteilte Erfahrungen bewusstwerden bzw. diese sammeln können. So kann ein Zugehörigkeits- bzw. Gemeinschaftsgefühl befördert werden. Zentral ist es, dass auf der Basis der Ideen, Bedürfnisse und bisherigen Tätigkeiten der Menschen Engagement unterstützt wird (bspw.: durch die Bereitstellung von Räumen oder finanziellen Ressourcen).

Es sind zuletzt, neben Faktoren auf der Mikro- und Mesoebene, auch gesellschaftliche Bedingungen (Makroebene) bei der Ermöglichung von Diversität im sozialräumlichen Engagement entscheidend. Hier spielen strukturelle Bedingungen individueller Lebenslagen eine Rolle, wie an den Beispielen Mobilität, Gesundheit und Zeit deutlich wird. So können durch die Ausübung eines Engagements beispielsweise Mobilitätskosten entstehen, welche privilegierte Menschen eher begleichen können oder welche Menschen mit hohen Einkommensklassen im Rahmen eines formalisierten Engagements steuerlich absetzen können (ehrenamt24: 2022). Auch besteht ein enger Zusammenhang zwischen gesundheitlichen Ressourcen (u.a. erhöhtes Risiko für bestimmte Krankheiten, geringere Lebenserwartungen) und Armutslagen (Kohler-Gehrig 2019: 74ff). Ferner spielt Zeitsouveränität – also selbstbestimmt über Zeit als Ressource verfügen zu können – eine herausragende Bedeutung. Vor allem für die Aufnahme eines formalisierten Engagements ist kontinuierlich verfügbare Zeit notwendig. Wenn sich strukturell sozial benachteiligte Menschen enga-

gieren können, dann tun sie dies folglich eher möglichst selbstbestimmt außerhalb formalisierter Settings. Folglich findet ihr überwiegend informelles Engagement häufig spontan im Alltag statt, quasi nebenbei, und erfordert so weniger (kontinuierliche) zeitliche Ressourcen. Für sie bietet ein informelles Engagement eher Zugänge und Teilhabemöglichkeiten als ein formalisiertes. Doch nicht nur verhindern fehlende Ressourcen den Zugang zu formalisiertem Engagement: Umgekehrt bietet nur formalisiertes Engagement Zugang zu bestimmten Ressourcen wie z.B. zu Aufwandsentschädigungen, der Übernahme von Mobilitätskosten oder dem Erhalt von Fördergeldern, sodass hier neue Benachteiligungen und Ausschlüsse entstehen und Teilhabemöglichkeiten verwehrt bleiben.

Somit sind für die Ermöglichung von Diversität im Sozialraum nicht vornehmlich individuelle Faktoren entscheidend, sondern vielmehr jene strukturellen Bedingungen des Sozialraums sowie der Gesellschaft, die die individuellen Lebensbedingungen rahmen und beeinflussen. Aus den bis hier dargestellten empirischen Analysen lässt sich ableiten, dass Diversität im Engagement nicht erreicht werden kann, indem Menschen akquiriert werden oder aktiviert werden, ihre Potenziale auszuschöpfen. Vielmehr sind die strukturellen Bedingungen entscheidend für die Möglichkeiten eines Engagements und müssten deshalb bearbeitet und verändert werden, um auch strukturell Benachteiligten Engagementbeteiligung zu ermöglichen bzw. zu erleichtern.

Literatur

- Bareis, Ellen/Cremer-Schäfer, Helga (2013): Empirische Alltagsforschung als Kritik. Grundlagen der Forschungsperspektive der „Wohlfahrtsproduktion von unten“. In: Graßhoff, G. (Hrsg.) (2013): Adressaten, Nutzer, Agency. Akteursbezogene Forschungsperspektiven in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: Springer VS, S. 139-159.
- Bartelheimer, Peter/Behrisch, Birgit/Daßler, Henning/Dobslaw, Gudrun/Henke, Jutta/Schäfers, Markus (2020): Teilhabe - eine Begriffsbestimmung. Wiesbaden: Springer VS.
- Beer, Bettina/König, Anika (Hrsg.) (2020): Methoden ethnologischer Feldforschung. 3. überarb. Auflage. Berlin: Reimer.
- Bohnsack, Ralf (2014): Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden. Opladen, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Bundesregierung (2021): Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021 bis 2025 zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/04221173eef9a6720059cc353d759a2b/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1> [Letzter Zugriff: 15.06.2022]
- Bundesregierung (2022): Bulletin der Bundesregierung, Nr. 76-2 vom 10. Juni 2022: Rede von Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier zur Ordensverleihung

- während der „Ortszeit Rottweil“ am 9. Juni 2022. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975954/2050750/8e0504c72200b0fca0a6aa2119487757/76-2-bpr-ortszeit-data.pdf?download=1> [Letzter Zugriff: 15.06.2022]
- Deinet, Ulrich (2007): Sozialräumliche Konzeptentwicklung und Kooperation im Stadtteil. In: Sturzenhecker, B./Deinet, U. (Hrsg.) (2007): Konzeptentwicklung in der Kinder- und Jugendarbeit. Weinheim/Basel: Juventa, S. 111-137.
- ehrenamt24 Benefits GmbH & Co (2022): Die Ehrenamtspauschale im Verein. Steuerfreie Einnahme für ehrenamtliche Tätigkeiten. <https://www.ehrenamt24.de/wissen-fuer-vereine/vereinswiki/ehrenamtspauschale/#c26786> [Letzter Zugriff: 14.11.2022]
- Enquete-Kommission (Hrsg.) (2002): Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Funk, Christian/Scholten, Lisa (2022): Engagementprofile in formalisierten und informellen Settings. Ergebnisse des ethnografischen Forschungsprojektes IZESO – Informelles Engagement im Sozialraum. In: Gille, C./Jepkens, K. (Hrsg.) (2022): Teilhabe und Ausschlüsse im Engagement. Ergebnisse empirischer Forschungsprojekte zu formellem und informellem Engagement. Sonderband Voluntaris, S. 123-138.
- Günzel, Stephan (2017): Raum: Eine kulturwissenschaftliche Einführung. Bielefeld: Transcript.
- Ilgün-Birhimeoğlu, Emra (2022): Migrationsgesellschaftliche Anforderungen für Organisationen des zivilgesellschaftlichen Engagements mit Fokus auf die Teilhabe Geflüchteter. In: Gille, C./Jepkens, K. (Hrsg.) (2022): Teilhabe und Ausschlüsse im Engagement. Ergebnisse empirischer Forschungsprojekte zu formellem und informellem Engagement. Sonderband Voluntaris, S. 34-50.
- Jepkens, Katja/Sehnert, Liska/van Rieën, Anne (2022): Engagement mit Zukunft. Förderung der Selbstbestimmung und Teilhabe Älterer im Sozialraum. Baden-Baden: Nomos.
- Kausmann, Corinna/Kelle, Nadiya/Simonson, Julia (2022): In welchen Formen engagieren sich Menschen? Typisierung des freiwilligen Engagements in Deutschland. In: Voluntaris 9, 2, S. 263-279.
- Kelle, Udo/Kluge, Susann (2010): Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung. Wiesbaden: VS Verlag.
- Klatt, Johanna/Walter, Franz (2011): Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement. Bielefeld: Transcript.
- Kleiner, Tuuli-Marja (2022): Engagement und Klasse. Die Entwicklung klassenspezifischer Unterschiede im Engagement zwischen 1992 und 2017. In: Gille, C./Jepkens, K. (Hrsg.) (2022): Teilhabe und Ausschlüsse im Engagement. Ergebnisse empirischer Forschungsprojekte zu formellem und informellem Engagement. Sonderband Voluntaris, S. 15-33.
- Kohler-Gehrig, Eleonora (2019): Armut heute. Stuttgart: W. Kohlhammer.
- Kuckartz, Udo/Dresing, Thorsten/Rädiker, Stefan/Stefer, Claus (2008): Qualitative Evaluation. Der Einstieg in die Praxis. 2. aktual. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Löw, Martina (2001): Raumsoziologie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mayring, Philipp (2016): Einführung in die qualitative Sozialforschung. Weinheim: Beltz Juventa.

- Merl, Thorsten (2022): Organisationsentwicklung zur Teilhabe an Freiwilligendiensten. In: Gille, C./Jepkens, K. (Hrsg.) (2022): Teilhabe und Ausschlüsse im Engagement. Ergebnisse empirischer Forschungsprojekte zu formellem und informellem Engagement. Sonderband *Voluntaris*, S. 51-66.
- Munsch, Chantal (2005): Wie Engagement soziale Ausgrenzung reproduziert. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 18, 3, S. 108-114.
- Oelerich, Gertrud/Schaarschuch, Andreas (2005): Der Nutzen Sozialer Arbeit. In: Oelerich, G./Schaarschuch, A. (Hrsg.) (2005): Soziale Dienstleistungen aus Nutzersicht. Zum Gebrauchswert Sozialer Arbeit. München: Ernst Reinhard, S. 80-98.
- Schneidewind, Uwe (2014): Urbane Reallabore - ein Blick in die aktuelle Forschungswerkstatt. In: *Planung neu denken*. https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/5706/file/5706_Schneidewind.pdf [Letzter Zugriff: 17.08.2022]
- Scholten, Lisa/Jepkens, Katja/van Rieën, Anne (2023): Informelles zivilgesellschaftliches Engagement im Sozialraum. Eine qualitative Studie zu Barrieren der Teilhabe an gemeinwohltärendem Engagement mit spezifischem Blick auf die Ursachen der Nicht-Nutzung (IZESO). Abschlussbericht. Düsseldorf.
- Simonson, Julia/Kelle, Nadiya/Kausmann, Corinna/Tesch-Römer, Clemens (2021a): Einleitung: Zwanzig Jahre Deutscher Freiwilligensurvey. In: Dies. (Hrsg.) (2021): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Wiesbaden: Springer VS, S. 11-28.
- Simonson, Julia/Kelle, Nadiya/Kausmann, Corinna/Tesch-Römer, Clemens (2021b): *Freiwilliges Engagement im Zeitvergleich*. In: Dies. (Hrsg.) (2021): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Wiesbaden: Springer VS, S. 53-65.
- Simonson, Julia/Kelle, Nadiya/Kausmann, Corinna/Tesch-Römer, Clemens (2021c): Unterschiede und Ungleichheiten im freiwilligen Engagement. In: Dies. (Hrsg.) (2021): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Wiesbaden: Springer VS, S. 67-94.
- Simonson, Julia/Karnick, Nora/Kelle, Nadiya/Hameister Nicole (2021d): Daten und Methoden des Deutschen Freiwilligensurveys. In: Simonson, J./Kelle, N./Kausmann, C./Tesch-Römer, C. (Hrsg.) (2021): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Wiesbaden: Springer VS, S. 29-50.
- Sprengel, Rainer (2022): Zivilgesellschaft: Engagement, das zusammenhält. <https://www.boell.de/de/2022/03/02/zivilgesellschaft-engagement-das-zusammenhaelt> [Letzter Zugriff: 19.07.2022]
- Spatscheck, Christian (2009): Theorien- und Methodendiskussion. In: Deinet, U. (Hrsg.) (2009): *Methodenbuch Sozialraum*. Wiesbaden: Springer VS, S. 33-43.
- Steinert, Heinz/Pilgram, Arno (Hrsg.) (2003): *Welfare Policy from Below. Struggles Against Social Exclusion in Europe*. London: Routledge.
- Strauss, Anselm; Corbin, Juliet (1996): *Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Beltz.
- Thomas, Stefan (2019): *Ethnologie. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- van Dyk, Silke/Haubner, Tine (2021): *Community-Kapitalismus*. Hamburg: Hamburger Edition.
- van Rieën, Anne/Henke, Stefanie (2020a): Der Nutzen zivilgesellschaftlichen Engagements aus der Perspektive der Engagierten vor und während der Pandemicsituation. Eine Studie im Mixed-Method-Design. In: *Voluntaris. Zeitschrift für Freiwilligendienst und zivilgesellschaftliches Engagement* 8, 2, S. 205-225.

- van Rießen, Anne/Henke, Stefanie (2020b): Selbstbestimmte Teilhabe älterer Menschen durch ehrenamtliches Engagement: Chancen und Herausforderungen. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 167, 5, S. 173-176.
- Voigtländer, Leiv Eirik (2015): Armut und Engagement. Zur zivilgesellschaftlichen Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen. Bielefeld: Transcript.
- Willke, Gerhard (1999): Die Zukunft unserer Arbeit. Frankfurt (u.a.): Campus.

Die demokratische Legitimität und politische Pluralität von Ausländerbeiräten – Aufgaben der politischen Bildung?

Anke Freuwört

1. Informelle politische Partizipation – der Ausländerbeirat

10,1 Millionen Menschen galten in Deutschland im Jahr 2019 aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft als Ausländer*innen (Bundeszentrale für politische Bildung 2020). Ausländer*innen genießen in Deutschland kein volles Wahlrecht, unabhängig davon, wie lange sie in Deutschland leben oder ob sie im Land aufgewachsen sind. Das Wahlrecht ist an die Staatsbürgerschaft gebunden. Nur wer deutsche*r Staatsbürger*in ist, darf an Kommunal-, Landes- und Bundestagswahl teilnehmen. Mit einer ersten und einzigen Änderung des Wahlrechts dürfen seit 1994 zudem EU-Bürger*innen an der Kommunalwahl partizipieren. Seit Jahrzehnten fördert und unterstützt die deutsche Bundesregierung die Einbürgerung der ausländischen Bevölkerung. Über die Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes im Jahr 2000 und die erleichterte Einbürgerung für in Deutschland lebende Ausländer*innen werden über die Erlangung der Staatsbürgerschaft volle politische Partizipationsrechte garantiert. Allerdings schwanken die Einbürgerungszahlen erheblich. 2015 lag die Einbürgerungsquote unter dem vorangegangenen zehnjährigen Durchschnitt (Die Integrationsbeauftragte 2019: 323f.) und nach einem kurzen Anstieg war die Einbürgerungsquote 2018 rückläufig. Im Jahr 2019 war eine erhöhte Einbürgerungsquote um 15 Prozent u.a. aufgrund des Brexits zu verzeichnen (Statistisches Bundesamt 2020). Im internationalen Vergleich wird die Einbürgerung in Deutschland jedoch nur wenig in Anspruch genommen (Fick 2017). Deutschland liegt bei Einbürgerungen unterhalb des EU-Durchschnitts (Eurostat 2021). Unabhängig von der formalen politischen Beteiligung, stehen Ausländer*innen Wege der Interessenvertretung als informelle politische Beteiligung offen. Als institutionalisierte Form der politischen Interessenvertretung stellen Ausländerbeiräte den Untersuchungsgegenstand dieses Beitrages dar. Nach ei-

nem historischen Abriss und der Beschreibung der Tätigkeitsfelder von Ausländerbeiräten, werde ich die Veränderungen in den Partizipationsmöglichkeiten der ausländischen Bevölkerung an einem ausgewählten Beispiel darstellen und Rückschlüsse auf die Aufgaben politischer Bildung ziehen.

2. Entstehungsgeschichte und institutionelle Verankerung

Kommunale Arbeits- und Koordinierungskreise sowie Ausländerparlamente stellten in den frühen 1970er Jahren Vorläufermodelle der Ausländerbeiräte dar und wurden erstmals von Kevenhörster (1974) untersucht. Ihre Mitglieder wurden aus Behörden, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und migrantisches Organisationen als *sachkundige Bürger* benannt. Ihnen fiel die Aufgabe des Informationsaustausches und der Koordinierung von migrationsbezogenen Maßnahmen zu, z.B. der Unterbringung von Ausländer*innen und die Freizeitgestaltung (ebd.). Die ersten Vorläufermodelle fungierten nicht als Interessenvertretungsorgane, sondern als beratende Gremien, da in den 1960er und 1970er Jahren nur von einer vorübergehenden Aufenthaltsdauer der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik ausgegangen wurde. Ihre Gremienmitglieder und Vorsitzenden waren zumeist Deutsche, welche erst im Laufe der 2000er Jahren durch Ausländer*innen und Menschen mit Migrationshintergrund¹ abgelöst wurden (Wagner 2000: 46f.).

Die Gründung von Ausländerbeiräten, wie sie heute bestehen, geht auf die Empfehlungen der europäischen Gemeindekonferenz zurück (1976: 87). Das erste Gremium – betitelt als Ausländerbeirat – zur Vertretung der Belange der ausländischen Bevölkerung, Beratung in migrationsspezifischen Fragen und der Förderung des Zusammenlebens der Bevölkerung wurde 1972 in Wiesbaden gegründet (Landeshauptstadt Wiesbaden 2021). Die Aufgabe der politischen Interessenvertretung fiel den Beiräten jedoch offiziell erst nach einer Veränderung des politischen Diskurses in Deutschland, hervorgerufen durch das 1979 veröffentlichte Memorandum *Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der BRD* (sog. Kühn Memorandum) zu (Bundeszentrale für politische Bildung 2009). Die Erweiterung des Aufgabenfeldes zog einen Bedeutungszuwachs und ein erhöhtes Mitspracherecht von Ausländer*innen in den Kommunen nach sich.

- 1 Je nach rechtlicher, politischer etc. Definition umschreiben die Begriffe Ausländer*innen und Menschen mit Migrationshintergrund unterschiedliche Gruppen mit heterogenen staatsbürgerrechtlichen Rechten. Im Kontext des Beitrages wird keine engere Definition der umschriebenen Gruppe(n) festgelegt, da z.B. auch die Wahlregularien, wer sich zu Beiratswahlen aufstellen lassen darf oder wer wahlberechtigt ist, unterscheiden. Hier können Mitglieder rechtlich betrachtet Ausländer*innen aber auch Menschen mit Migrationshintergrund sein, je nachdem ob ein aktives oder passives Wahlrecht besteht.

Die Beiräte ermöglichten allmählich in Form der „partizipatorischen Demokratie“ (Kaufman 1960) Zugang zur politischen Teilhabe, die im allgemeinen Wahlsystem aufgrund der Staatsbürgerschaftsrechte exklusiv wirkt. Ziel ihrer Arbeit ist es, die Adressat*innengruppen in Entscheidungen zu migrationsbezogenen Themen (z.B. zum Schulbesuch, zur Familienzusammenführung) mit einzubeziehen, zu fördern und die Interessen der ausländischen Bevölkerung gegenüber der Kommunalpolitik zu vertreten.

Eine gesetzliche Verankerung der Beiräte erfolgte erstmalig 1992 in der hessischen Gemeindeordnung (HGO). Gemeinden und Städte ab 1.000 ausländischen Einwohner*innen wurden verpflichtet, einen Ausländerbeirat einzurichten (Vgl. § 84 HGO). Eine gesetzliche Regelung auf Bundesebene bestand und besteht jedoch nicht, sodass Ausländerbeiräte bundesweit unterschiedlich aufgestellt sind und den Bundesländern die Einrichtung von Ausländerbeiräten freiwillig überlassen bleibt (Die Integrationsbeauftragte 2019: 313). Auf städtischer, kommunaler, Landes- und Bundesebene haben sich die Beiräte divers ausgestaltet. Beiräte aus 13 Bundesländern, ausgenommen Berlin, Hamburg und Schleswig-Holstein, haben sich über ihre Landesvereinigungen 1998 zum Bundesausländerbeirat zusammengeschlossen, welcher fast zehn Jahre später zum Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat umbenannt wurde (Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat 2021).

Ausländerbeiräte werden zumeist in Explorationsstudien oder Qualifikationsarbeiten untersucht. Otten et al. beschreiben in ihrer Studie zu Ausländerbeiräten in Rheinland-Pfalz, dass die Mitglieder der Beiräte einen deutlichen Willen zur Mitgestaltung der deutschen Aufnahmegesellschaft aufzeigen, ein pluralistisches Meinungsbild haben und unter den Mitgliedern eine Unabhängigkeit von kulturellen Zugehörigkeiten herrsche (wie zunächst in der Forschung angenommen), trotz teilweise ethnisch konstruierter Listen (2007: 65ff.). Die Zugangsvoraussetzung zu den Beiräten problematisiert Bausch (2014). Sie erklärt, dass die Mitwirkung in den Beiräten einen von außen zugeschriebenen partiell exkludierenden Status – als Ausländer*in – voraussetzt (ebd.: 88ff.) und dadurch eine Form des *Otherings* benötigt, um wiederum politische Teilhabe zu ermöglichen. Sie rekurriert mittels eines „Sprechens für Andere“ auf Spivak (1990), wodurch die politische Repräsentation zu einem Akt der stellvertretenden Darstellung wird. Bausch untersucht diese Darstellung als eine *symbolische Repräsentanz* (Bausch 2014). Die Beiratsmitglieder werden von ausländischen Einwohner*innen gewählt und können – durch die Direktwahl nicht deutscher Mitglieder – selbstbestimmend agieren.

3. Das Wahlrecht als politische (Heraus)Forderung

Da Nicht-EU-Bürger*innen in Deutschland die Beteiligung an formellen Wahlen nicht zusteht, erfolgt ihre politische Interessenvertretung über Ausländerbeiräte. Über Themen wie Antidiskriminierung, Toleranz und der gesellschaftlichen Öffnung arbeiten die Ausländerbeiräte heute für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zu den frühen und zentralen Forderungen der Beiräte zählt seit Jahrzehnten das *Wahlrecht für alle*. Sozialwissenschaftliche Begründungen zur Öffnung des allgemeinen politischen Systems wurden dazu bereits in den 1990er Jahren angeführt. Castles und Davidson (2000) stellten Staatsbürgerschaftsrechte (*citizenship*) den Bewohnerrechten (*denizenship*) gegenüber. Die Bewohnerrechte würden ein Wahlrecht aufgrund des Wohnortes ermöglichen und nicht an die Staatsbürgerschaft gebunden sein. Eine rechtliche Grundlage dieses Ansatzes findet sich in der durch den Europäischen Rat eingeführte Richtlinie '94/80/EG' wieder, welche die Ausübung des aktiven und passiven Kommunalwahlrechts von Unionsbürger*innen festlegt, wodurch EU-Bürger*innen in den Mitgliedsstaaten der EU wählen dürfen. Die Wahlrechtsreform war ein erster großer Schritt für Migrant*innen in Deutschland hin zu mehr politischer Teilhabe. Sie stellt eine Form der Öffnung hin zu *denizenship-Rechten* im Sinne Castles und Davidsons dar, jedoch fordern Ausländerbeiräte weiterhin eine Öffnung des *Wahlrechts für alle* Einwohner*innen, denn Drittstaatsangehörige sind von der EU-Regelung ausgeschlossen. Damit zählt Deutschland zu den 13 EU-Ländern, die Drittstaatsangehörigen eine formelle politische Teilhabe verwehren (Groenendijk 2014).

Deutsche Staatsbürger*innen betrachten die Frage, ob EU-Bürger und andere Ausländer bei Kommunalwahlen stimmberechtigt sein sollten, ambivalent. 34 Prozent der Befragten sprachen sich im Rahmen der Studie von 2009 „Demokratie und Integration in Deutschland“ für ein *Wahlrecht für alle* bei der Kommunalwahl aus und 28 Prozent gegen die Wahlbeteiligung von Ausländern (Kornelius 2009: 112).

Aufgrund der geringen Abbildung der Diversität der Bevölkerung in der formellen Politik, stagnierender Einbürgerungszahlen und unter Berücksichtigung und der Funktion von Ausländerbeiräten in der politischen Willensbildung empfiehlt der *Sachverständigenrat für Integration und Migration* in seinem Jahresgutachten die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige zu erwägen (SVR 2021: 12).

Neben der Forderung nach einer Öffnung des Wahlrechts für Ausländer*innen erfuhren die Zugangsbedingungen von ausländischen Bürger*innen in die Beiräte selbst sowie die Wahlbeteiligung an den Wahlen zu den Ausländerbeiräten in der Vergangenheit politisch mehr Beachtung. Im Fokus steht

schon lange die niedrige Wahlbeteiligung und die geringe Ausstattung politischer Mitbestimmungsrechte (Hoffmann 2002), die Ausländerbeiräte immer wieder vor Existenzfragen stellen.

Diesbezüglich unternahm das Land Hessen Reformbestrebungen. Um der geringen Wahlbeteiligung entgegenzuwirken, beschloss man bereits nach der Ausländerbeiratswahl 2015 die Beirats- und Kommunalwahl im März 2021 zusammenzulegen. Die Zielgruppenerreichbarkeit wird hierdurch erhöht und die Kosten für Wahlen reduziert. In vielen Bundesländern wurden bereits unter anderen Reformbestrebungen Integrations- und Migrationsräte gebildet. Diese bestehen zur Hälfte aus deutschen Staatsbürger*innen aus den Stadtparlamenten und zur anderen Hälfte ausgewählten Vertreter*innen der ausländischen Bevölkerung. Ähnliche Bemühungen wurden ebenfalls im Sommer 2020 mit der Reform der hessischen Gemeindeordnung und der Einführung des *Optionsmodells* im Gesetz zur *Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahl-rechtlicher Vorschriften* (GVBL 2020) durchgesetzt. Dieses tritt in Kraft, sofern sich nicht genügend Vertreter*innen der ausländischen Bevölkerung zur Wahl der Beiräte aufstellen lassen. Eine Umbenennung zur Integrationskommission kann erfolgen, wenn sich diese zur Hälfte aus gewählten Repräsentant*innen der ausländischen Bevölkerung sowie benannter Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zusammensetzt.

Während die Änderung insbesondere kleinen Kommunen zugutekommen soll, kritisiert die *Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen* (AGAH) den Verlust ihrer demokratischen Legitimation und politischen Mitsprache-rechte (AGAH Ausländerbeirat 2020: 2f.). Dahingegen wird die Einführung des Antragsrechts in Gemeindegremien begrüßt (ebd.), welche ebenfalls Teil der HGO Reform ist und durch die AGAH als Stärkung der Beiräte aufgefasst wird. Mit der Reform bilden sich polarisierende Debatten bezüglich der Ausgestaltung und der Reichweite von Ausländerbeiräten in ganz Hessen heraus. Das Antragsrecht für Ausländerbeiräte in den Stadtverordnetenversammlungen geht einigen Oberbürgermeister*innen unter der Argumentation, dass das Antragsrecht den „gewählten Repräsentanten, den Stadtverordneten, vorbehalten bleiben“ (Hessischer Städtetag 2020) müsse, „entschieden zu weit“ (ebd.). Dass die Mitglieder der Ausländerbeiräte ebenfalls gewählte Vertreter*innen der ausländischen Bevölkerung sind, bleibt dabei unberücksichtigt.

Die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Hessen lehnte das Optionsmodell des Ausländerbeirats ab und sieht die Ausländerbeiräte als „große Verlierer“ in Bezug auf ihre demokratische Legitimität. Sie unterstützen die Forderungen der AGAH, den Ausbau der Beteiligungsrechte der Ausländerbeiräte voranzutreiben, da auch „bei anderen Wahlen die Wahlbeteiligung zurück [gehe], [und] trotzdem käme niemand auf die Idee, diese Wahlen abzuschaffen“ (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft 2019). Eine zurückgehende Wahlbeteiligung ist niemals die Ursache, sondern vielmehr der

Effekt eines Problems, das zu wenig Aufmerksamkeit erfährt und auch in der Forschung (Hoffmann 2002, Wagner 2000, Kevenhörster 1974) bisher nur unter einer Defizit-Perspektive verhandelt wird.

Zudem stimmen 72 Prozent der Befragten in einem Online-Voting der Piratenpartei Hessen der Aussage zu, aufgrund der konstruktiven Zusammenarbeit von Ausländerbeiräten und Städten bzw. kommunalen Verwaltungen, dass der Gesetzesentwurf (Drucksache 20/1644) die „demokratische Mitbestimmung der ausländischen Mitbürger schwächen“ würde und sich der Hessische Landtag

„für die Stärkung von demokratisch gewählten, mit ausreichenden Ressourcen ausgestatteten kommunalen Ausländervertretungen zur Artikulation der eigenen Interessen einsetzen [solle]. Er soll sich außerdem für das Ziel des gleichen kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Bürger wie für EU-Bürger aussprechen, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit“ (Piratenpartei Offenbach 2020).

Dies wird zudem durch die Fachkommission Integrationsfähigkeit in ihrem Abschlussbericht 2020 unterstützt: „Zugleich muss darüber nachgedacht werden, wie ab einer bestimmten Dauerhaftigkeit des Aufenthalts politische Teilhabe für Eingewanderte erweitert werden kann und wie erreicht wird, dass bestehende Teilhabeoptionen wahrgenommen werden“ (Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit 2020: 147). Die Fachkommission ist ein durch das Bundeskabinett berufenes unabhängiges Expertengremium aus Wissenschaft und Praxis, um Impulse für die Integrationspolitik auf Bundes- und Länderebene zu setzen. Die Mitglieder der Fachkommission erkennen die jahrelangen Forderungen der Ausländerbeiräte nach mehr politische Mitsprache über die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige an.

4. Demokratische Legitimation und die Aufgaben politischer Bildung

Die angeführte Diskussion um die Reform der hessischen Gemeindeordnung zeigt deutlich, dass Ausländerbeiräte und das allgemeine Wahlsystem in Deutschland aufgrund der demographischen Zusammensetzung und zunehmender Pluralität intern wie extern unter Veränderungsdruck geraten.

„Als Grundelement des demokratischen Gesellschaftssystems kommt der politischen Partizipation und Mitbestimmung eine besondere Bedeutung zu. [...] Die Beauftragte [hält es] für erforderlich, dass größere Anstrengungen unternommen werden, um die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund zu unterstützen. Dazu gehört insb., durch

nachhaltige politische Bildung eine gute Basis zu schaffen, gleichzeitig aber Partizipationsmöglichkeiten vor Ort zu fördern sowie Engagement in politischen Parteien zu ermöglichen“ (Die Integrationsbeauftragte 2019: 325).

Hier wird zwar an die politische Bildung appelliert, doch es bleibt zu klären, wie politische Bildung zukünftig und nachhaltig zu einer Verbesserung der Konstituierung und den Arbeitsweisen von Ausländerbeiräten bundesweit beitragen kann. Der Diskurs in der politischen Bildung ist durch die Frage geprägt, ob Lehrende Neutralität wahren oder Stellung beziehen sollten, um Kritik- und Urteilsfähigkeit zu vermitteln (sog. Beutelsbacher Konsens). Der Tradition des Sozialwissenschaftlers Nonnenmacher folgend kann Bildung nach Wahnig per se jedoch nicht wertneutral sein, da sie auf verschiedene Meinungen, Überzeugungen und Vorstellungen rekurriert und Analysen bestehender Verhältnisse anstrebt (Wahnig 2020: 6). Ihr gehe es um „das Urteilen und Handeln für eine bessere Einrichtung der gesellschaftlichen Verhältnisse, etwa für mehr Gleichheit im Sinne ökonomischer, sozialer, kultureller Gleichheit“ (ebd.).

Eine Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse wird vielfältig – z.B. über Bildungsangebote und Antirassismusbearbeitung im zivilgesellschaftlichen Engagement von Migran*innenselbstorganisationen – angestrebt (Freuwört et al. 2021) und aktiv durch Ausländerbeiräte gefördert. Die Beiräte befähigen die ausländische Bevölkerung darüber hinaus am politischen Leben teilzunehmen, ihre Interessen zu artikulieren und Forderungen nach Anerkennung auf die Agenden zu setzen, bspw. über Einbürgerungskampagnen, interkulturelle Wochen der Vielfalt etc.

Zu den Aufgaben der politischen Bildung zählt daher *erstens* den Bekanntheitsgrad von Ausländerbeiräten im Zuge der Demokratielehre zu erhöhen. Dazu gehört es, gezielt Gruppen anzusprechen, über ihre Teilhabe- und Wahlmöglichkeiten zu informieren und nachhaltige Informationen bereitzustellen. Auch muss verstärkt über die Arbeit, Themen und Beschäftigungsfelder der Ausländerbeiräte und deren Einbindung in kommunale Strukturen aufgeklärt werden. Die Beiräte verkörpern offizielle Programme wie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BFSFJ 2021). Diese Programme können jedoch auch nur umgesetzt werden, wenn Zugänge der ausländischen Bevölkerung zur Demokratie und ihrer strukturellen Ausdifferenzierung gefördert werden.

Aus eigenen Beobachtungen im Rahmen meiner Qualifikationsarbeit heraus lässt sich befürchten, dass Ausländerbeiräte zu sehr als homogene Gremien für Ausländer*innen aus nicht demokratischen Ländern betrachtet werden. Daher kann die politische Bildung *zweitens* verstärkt dazu beitragen, Zuwanderung in Deutschland differenzierter zu betrachten. Ausländer*innen, die zwar von den formellen Wahlen in Deutschland ausgeschlossen, jedoch bei den Ausländerbeiratswahlen wahlberechtigt sind, stammen sowohl aus demokratischen als auch nicht demokratischen Ländern. Hierbei fördern die Beiräte einerseits das Verständnis für demokratische politische und gesellschaftliche

Strukturen bei Zugewanderten, die aus nicht-demokratischen Ländern stammen und bereiten sie so auf die Teilnahme im allgemeinen politischen System vor. Andererseits kann das politische Potenzial von jenen Wähler*innen temporär verloren gehen, die mit Wahlsystemen vertraut sind und von dem formellen Wahlsystem ausgeschlossen sind.

Somit lässt sich *drittens* die Forderung der ausländischen Bevölkerung nach einem *Wahlrecht für alle* in der heterogenen und pluraler werdenden Gesellschaft stützen. Im Nationalen Integrationsplan von 2007 schrieb die Bundesregierung man werde die politischen Handlungsmöglichkeiten für das kommunale Wahlrecht für Ausländer*innen ohne Zeitdruck abwägen (Die Bundesregierung 2007: 176). In nachfolgenden Berichten und Konzepten werden Reformbemühungen bezüglich des Wahlrechts nicht erneut aufgegriffen. Dennoch hebt die Integrationsbeauftragte jüngst hervor, dass die Beteiligung im Ausländerbeirat als Form „politischer Teilhabe für Migrantinnen und Migranten eine besondere Bedeutung [habe], da für sie die deutsche Staatsbürgerschaft keine Voraussetzung ist“ (Die Integrationsbeauftragte 2019: 313). Demnach gilt es das *Wahlrecht für alle* seitens der politischen Bildung erneut auf die politische Agenda zu bringen, denn es dauert weiterhin an, Ausländerbeiräte in die kommunale Politik adäquat zu integrieren.

Daran schließt sich *viertens* an, dass die politische Bildung dazu beitragen kann, bestehende Strukturen für Ausländerbeiräte zu hinterfragen und ein Umdenken bspw. in der Ressourcenausstattung anzustreben. Die Beiräte sind im Vergleich zu anderen Wahlgremien strukturell kaum mit finanziellen Mitteln ausgestattet, welchen teilweise finanzielle Förderungen aus Landes- oder Bundesmitteln zur Verfügung stehen. Wahlwerbung kann somit nur sehr eingeschränkt betrieben werden. Auch sollte in der Wahlvorbereitung die Vielfältigkeit der angesprochenen Wähler*innen, alte sowie neue Migrationsgruppen eingeschlossen, stärkere Berücksichtigung finden, bspw. in Form von mehrsprachigen Wahlinformation, wie es mancherorts für die Beiratswahl in Hessen 2021 angeboten wurde.

5. Resümee

Der Beitrag hebt die Abbildung der gesellschaftlichen und politischen Pluralität durch die Ausländerbeiräte hervor, die sich inhaltlich, strukturell sowie in ihren Zugangswegen zur politischen Teilhabe widerspiegeln. Die Beiräte verleihen als demokratisch legitimierte Gremien ausländischen Mitbürger*innen eine Stimme, welche ihnen in der politischen Teilhabe über das allgemeine Wahlsystem Deutschlands nicht gegeben ist. Mit einer zahlenmäßig größer werdenden ausländischen Bevölkerung in Deutschland (Statista 2021) haben

die Ausländerbeiräte im Zeitverlauf mehr Aufgaben erhalten und wurden teilweise strukturell verankert. In dem Beitrag wurde jedoch unter aktuellen Reformbemühungen auf die fragile politische Situation von Ausländerbeiräten am Beispiel der Reformen der hessischen Gemeindeordnung hingewiesen. Hierbei zeichnete sich eine polarisierende Debatte ab, die zwischen Forderungen nach mehr Rechten für Ausländerbeiräte und der Umwandlung von Beiräten in gemischte Integrationskommissionen aus deutschen und ausländischen Staatsbürger*innen verläuft. Mit der Annahme der Änderungen der Hessischen Gemeindeordnung 2020 haben sich aktive Ausländerbeiräte jedoch nicht entmutigen lassen, ihre Arbeit verstärkt beworben und weitere Ressourcen akquiriert. Zur Ausländerbeiratswahl 2021 konnten bspw. in Kassel daraufhin zwei weitere Wahllisten aufgestellt werden, darunter eine reine Frauenliste *Democratic Women Power* (Hessische Niedersächsische Allgemeine 2021). Sie wollen auch in Zukunft verstärkt über die Arbeit der Ausländerbeiräte informieren und aktiv zur politischen Bildung beitragen.

Literatur

- AGAH Ausländerbeirat (2020): Stellungnahme zum Gesetz zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahlrechtlicher Vorschriften. Drucks.20/1644. Wiesbaden.
- Ausländerzentralregister (2021): Anzahl der Ausländer in Deutschland (gemäß AZR¹) von 1990 bis 2020. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/5062/umfrage/entwicklung-der-auslaendischen-bevoelkerung-in-deutschland/> [Letzter Zugriff: 02.08.2021]
- Bausch, Christiane (2014): Inklusion durch politische Selbstvertretung? Die Repräsentationsleistung von Ausländer- und Integrations(bei)räten. Baden-Baden: Nomos.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BFSFJ) 2021: Bundesprogramm Demokratie leben! <https://www.demokratie-leben.de/das-programm/ueber-demokratie-leben> [Letzter Zugriff: 31.05.2021]
- Bundeszentrale für politische Bildung (2009): Rückblick: 30 Jahre Kühn-Memorandum. <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/newsletter/57143/rueckblick-30-jahre-kuehn-memorandum>. Bundeszentrale für politische Bildung [Letzter Zugriff: 31.05.2021]
- Bundeszentrale für politische Bildung (2020): Bevölkerung mit Migrationshintergrund. <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/migrationshintergrund-i>. Bundeszentrale für politische Bildung, [Letzter Zugriff: 31.05.2021]
- Bundeszuwanderung- und Integrationsrat (BZI) (2021): Über uns. <https://bzi-bundesintegrationsrat.de/ueber-uns/> [Letzter Zugriff: 31.05.2021]
- Castles, Stephen/Alastair Davidson (2000): Citizenship and Migration: Globalization and the Politics of Belonging. NY: Routledge.
- Die Bundesregierung (2007): Nationaler Integrationsplan, Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Berlin.

- Die Integrationsbeauftragte (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration) (2019): 12. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Berlin.
- Die Integrationsbeauftragte. Startschuss für den Nationalen Aktionsplan Integration: Integrationsangebote bündeln, ergänzen und weiterentwickeln. <https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-und-person/aktionsplan-integration> [Letzter Zugriff: 19.02.2021]
- Eurostat (2021): EU Member States granted citizenship to over 700 thousand people in 2019. Eurostat. 15. März 2021.
- Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit (2020): Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten. Bericht der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit, Hrsg. Bundeskanzleramt. Berlin.
- Fick, Patrick (2017): Vom Ausländer zum Staatsbürger: Empirische Erkenntnisse zu Determinanten und Konsequenzen der Einbürgerung in Deutschland. Dissertation, Universität Konstanz, Konstanz. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-0-389506> [Letzter Zugriff: 07.06.2021]
- Freuwört, Anke/Manuela Westphal/Monika Alisch/Jens Vogler (2021): Migrantisches Engagement auf der politischen Agenda-neue Handlungsspielräume? *Voluntaris, Zeitschrift für Freiwilligendienste und zivilgesellschaftliches Engagement* 9 (1), S. 84-96.
- Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) (2019): Geplantes „Optionsmodell“ Ausländerbeirat | Wir lehnen dies ab. https://www.gew-hessen.de/veroeffentlichungen/archiv-pressemittelungen/pressemittelungen-2019/details/geplantes-optionsmodell-auslaenderbeirat-wir-lehnen-dies-ab/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=57f0a01d3c3cfa13bd770cb050e65c6 [Letzter Zugriff: 06.05.2021]
- Groenendijk, Kees (2014): Wahlrecht für Drittstaatsangehörige. <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/184440/wahlrecht-fuer-drittstaatsangehoerige> [Letzter Zugriff: 31.05.2021]
- Hein, Christina (2021): Ausländerbeirat Kassel: 100 Kandidaten stellen sich auf sieben Listen zur Wahl, Hrsg. Hessische Niedersächsische Allgemeine.
- Hessischer Städtetag (2020): Klartext zu den geplanten Änderungen der Gemeindeordnung: Hessens Städte wehren Angriff auf die Kommunalverfassung ab. <https://www.hess-staedtetag.de/aktuelles/arbeitsfelder/artikelansicht/article/klartext-zu-den-geplanten-aenderungen-der-gemeindeordnung-hessens-staedte-wehren-angriff-auf-die-ko/> [Letzter Zugriff: 06.05.2021]
- Hoffmann, Lutz (2002): Ausländerbeiräte in der Krise. *Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik* 22. S. 63-70.
- Kaufman, Arnold S. (1960): Human Nature and Participatory Democracy. *Nomos: American Society for Political and Legal Philosophy* 3, S. 266-289.
- Kevenhörster, Paul (1974): Ausländische Arbeitnehmer im politischen System der BRD: Ausländer-Interessenvertretung im politischen Entscheidungsprozess. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas (1976): Bericht zum Thema: Die Situation der Wanderarbeitnehmer in Europa. Rüsselsheim.

- Kornelius, Bernhard (2009): Demokratie und Integration in Deutschland - Politische Führung und Partizipation aus Sicht von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund: Ergebnisse einer repräsentativen Befragung in Deutschland. In Demokratie und Integration in Deutschland - Politische Führung und Partizipation aus Sicht von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 11-130.
- Landeshauptstadt Wiesbaden (2021): Historie. Ausländerbeirat. <https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/migration-integration/content/historie.php> [Letzter Zugriff: 06.05.2021]
- Otten, Matthias/Reich, Hans H./Schöning-Kalender, Claudia (2007): Die Partizipation und Positionierung von Migrantinnen und Migranten und ihre Organisationen in Rheinland-Pfalz. Forschungsbericht zum Projekt, Hrsg. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz.
- Piratenpartei Offenbach (2020): Teilhabe für alle nicht nur als Option, sondern als Recht: PIRATEN Hessen fordern direkte Wahl der Ausländerbeiräte. <https://www.piraten-offenbach.de/2020/02/05/teilhabe-fuer-alle/> [Letzter Zugriff: 06.05.2021]
- Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) (2021): Jahresgutachten 2021. Normalfall Diversität? Wie das Einwanderungsland Deutschland mit Vielfalt umgeht. Berlin. <https://www.svr-migration.de/publikationen/jahresgutachten-2021/> [Letzter Zugriff: 31.05.2021]
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1990): The post-colonial critic: Interviews, strategies, dialogues. NY: Routledge.
- Statistisches Bundesamt (2020): 15 % mehr Einbürgerungen im Jahr 2019. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/06/PD20_197_12511.html [Letzter Zugriff: 31.05.2021]
- Wagner, Marc (2000): Der Ausländerbeirat. Frankfurt am Main: Lang.
- Wohnig, Alexander (2020): Überzeugungen entwickeln, sich einmischen, Flagge zeigen - Politische Bildung als politisches Engagement - Einleitung. In: Wohnig, A. (2020): Politische Bildung als politisches Engagement: Überzeugungen entwickeln, sich einmischen, Flagge zeigen. Frankfurt am Main: Wochenschau Wissenschaft, S. 5-13.

Über Profilbildung und Abgrenzung – Zum produktiven Ineinandergreifen von Profession und freiwilligem Engagement

Karin Mackevics

Dieser Beitrag ist der Versuch einer *Antwort* auf die in den ProZiS-Transfer-Impulsen (HS-Fulda 2022) aufgeworfene Frage, was die inhaltliche Aushandlung von Kompetenzen und Qualitäten des Handelns zwischen Sozialarbeitenden und freiwillig Engagierten für die Praxis bedeuten kann.

Die praktischen Erfahrungen, aus denen sich dieser Beitrag speist, stammen insbesondere aus meinem beruflichen Kontext als Geschäftsführerin des Vereins zur pädagogischen Arbeit mit Kindern aus Zuwandererfamilien (VPAK) e. V. in Osnabrück – und damit aus dem Bildungsbereich der Migrationsarbeit – und werden durch Erfahrungen und Reflexionen ergänzt, die ich im Rahmen meines Engagements als Mitglied im Migrationsbeirat der Stadt Osnabrück und als Mitglied des Beirats des Paritätischen Jugendwerks mit vielfältigen Menschen und verschiedenen Trägern machen durfte.

1. Was bedeutet die inhaltliche Aushandlung von Kompetenzen und Qualitäten des Handelns zwischen Sozialarbeitenden und freiwillig Engagierten für die Praxis?

Die Frage der Arbeitsteilung zwischen Fachkräften und freiwillig Engagierten verweist direkt auf die Frage nach Professionen und deren Abgrenzungen. Wofür ist und fühlt sich die Profession der Sozialen Arbeit zuständig, wofür nicht, nicht zwingend oder nur unter bestimmten Voraussetzungen? Wo fühlen sich andere Professionen zuständig und wo ist das Engagement von Freiwilligen genau das Richtige?

Wodurch sich Professionalität im Bereich der Sozialen Arbeit auszeichnet – und damit auch worin sie sich nicht nur von anderen professionellen Aufgabenfeldern, sondern auch vom freiwilligen Engagement unterscheidet – ist eine

Diskussion, die in der Praxis und Wissenschaft schon seit vielen Jahren bearbeitet wird, sich weiterentwickelt und noch lange nicht abgeschlossen ist.

Als Geschäftsführerin unseres Vereins VPAK (Verein zur pädagogischen Arbeit mit Kindern aus Zuwandererfamilien e.V.) beschäftigt mich vor allem die Tatsache, dass diese Frage (der Profession) diejenige ist, die unsere Fachkräfte täglich für sich und ihre Arbeit beantworten müssen – in der Reflexion über ihr Handeln, in der Auseinandersetzung mit Kooperationspartner*innen, in der Methodenauswahl und der Beziehungsgestaltung mit ihren Zielgruppen, in der situativen Gestaltung von Nähe und Distanz sowie dem täglichen Umgang mit Überlappungen oder Widersprüchlichkeiten zwischen den eigenen Bedürfnissen und denen ihrer Adressaten und Adressatinnen. Aber auch bei der Projekt- und Konzeptentwicklung, bei der Personalplanung und bei Finanzierungsfragen steht diese Frage immer im Raum – ob explizit oder implizit. Denn es geht bei der Migrationsarbeit wie auch in anderen Feldern nicht nur um Kompetenzen und Qualitäten, wie es im ProZiS Praxis-Impuls richtigerweise heißt, sondern auch um Ressourcen; meist zeitliche, aber das bedeutet immer auch finanzielle – denn Professionalität kostet immer Geld. „Können *das* nicht Ehrenamtliche machen? Mit einer halben Stelle Koordinierung?“ ist die schnelle Lösungsidee, die mir in den letzten Jahren in allen Zusammenhängen begegnet, wenn es um bestehende oder gar neue Bedarfe geht. „Ja, klar können das Ehrenamtliche machen!“ ist meine Antwort darauf. Aber dann sprechen wir doch nochmal genauer darüber, was „das“ ist

2. Der Versuch einer Antwort

Die Diskussion und Aushandlung dreht sich um die Unterscheidung, was einerseits das freiwillige Engagement und andererseits die Profession leisten kann und sollte. Worin liegen Stärken und Schwächen von Professions- und Alltagswissen, von professionellem und nicht professionellem Handeln, von beruflicher Tätigkeit und privatem Engagement – und wie können diese bestmöglich kombiniert werden?

So sachlich die Fragestellung an dieser Stelle erscheinen mag, sie bleibt kritisch, denn ihr Kern – die Stärken und Schwächen von freiwilligem Engagement und Profession – verweist nur vermeintlich auf sachliche Beobachtungen oder Beschreibungen. Tatsächlich geht es dabei um eine Bewertung, die auf der Grundlage mehr oder weniger bewusster Kriterien sowie expliziter oder auch impliziter Prioritäten vorgenommen wird.

Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass alle Beteiligten und Beobachter*innen eine Bewertung über die Zusammenarbeit und Zusammensetzung der sozialarbeitenden Kräfte vornehmen werden: Adressaten und Adressatinnen, freiwillig Engagierte, Fachkräfte, Geldgeber*innen, Politik und

selbst die Öffentlichkeit haben eine Meinung darüber, ob Soziale Arbeit gut oder schlecht organisiert, zielführend oder vergebens umgesetzt wird. Entsprechend werden die Kriterien und deren Priorisierung aus Sicht der bewertenden Gruppe angesetzt: Was sieht die Zielgruppe als Stärke oder Schwäche an? Was die Organisation/die Initiative oder die einzelne Kraft in Bezug auf sich oder die Zielgruppe? Was die Geldgeber*innen, die ihrerseits den finanziellen Einsatz zu tragen, zu rechtfertigen und zu verantworten haben? Was einerseits als Stärke und daher wünschenswert erscheint, mag andererseits als Schwäche eingeordnet und vermieden werden. Was an einer Stelle als Priorität gilt, mag woanders als nachrangig eingestuft werden. Bei der Beantwortung unserer zentralen Frage, wie Profession und Ehrenamt zu kombinieren sind, ist also ein kritisches Bewusstsein darüber nötig, aus welchem Blickwinkel heraus die Antwort entwickelt wird.

Als Organisation und Fachkräfte in der Migrationsarbeit beantworten wir diese Frage in der Arbeitspraxis aus unserer eigenen fachlichen und organisatorischen Perspektive. Das bedeutet, wir legen (1) unsere Werte zugrunde, haben (2) unsere Zielsetzungen vor Augen und schauen (3) auf die Aufgabe, die wir uns in diesem Kontext gestellt haben. Diese drei Dimensionen zeichnen die Kriterien vor, die wir ansetzen werden, um unsere Rolle zu definieren, unsere Erwartungen zu formulieren und damit auch zu unserer Einschätzung über Stärken, Schwächen und die bestmögliche Kombination in der Zusammenarbeit zu kommen. Ein*e andere*r Betrachter*in wird eigene Kriterien ansetzen und ggf. auch zu anderen Ergebnissen kommen, je nach Erwartung, Rolle und Motivation.

Im Folgenden werde ich am Beispiel konkreter Arbeitsfelder des „Vereins zur pädagogischen Arbeit mit Kindern aus Zuwandererfamilien – VPAK e.V.“ beschreiben, welche Fragestellungen uns in der Praxis im Einzelnen begegnen und wie wir versuchen, die „inhaltliche Aushandlung über Kompetenzen und Qualitäten des Handelns“ zu bearbeiten.

3. Der Weg, den unser Verein geht

Der VPAK e.V. wurde 1981 gegründet und engagiert sich seitdem für bessere Bildungschancen von Kindern aus zugewanderten Familien. Der Verein hat ca. 90 Einzel- und Familienmitgliedschaften und beschäftigt rund 130 Mitarbeiter*innen. Neben der kommunalen Regelförderung für den Betrieb von Grundschulhorten erhält der VPAK e.V. auch für seine lang- und kurzfristigen Projekte öffentliche Zuschüsse. Ein wesentlicher Teil der Projektfinanzierung erfolgt durch Eltern- bzw. Teilnahmebeiträgen, zusätzlich durch Spenden und weitere Drittmittel (insbesondere Stiftungsgelder).

Von Beginn an war der VPAK e.V. ein universitätsnaher Verein, der sich aus gesellschaftswissenschaftlicher Sicht mit einer ausgeprägten sprachwissenschaftlichen Expertise um die Bildungswege und -karrieren von zugewanderten Kindern und die Unterstützung ihrer Eltern sorgte. Die Gründer*innen und mit bzw. nach ihnen die nachfolgenden Generationen der Fachkräfte im Verein richten den Fokus auf das Auseinanderklaffen der Bedarfe, die diese Kinder und Jugendlichen zur erfolgreichen Bewältigung ihrer schulischen Laufbahn haben, und des Angebots, das die Schulen ihnen machen können.

Die entstehende Lücke versucht der Verein durch seine außerschulischen Angebote zu schließen, oder zumindest zu verringern. Herzstück der Arbeit ist die Förderung der deutschen Sprache. Denn Sprache ist Mittel der Interaktion und der Selbstrealisierung – damit auch Voraussetzung für die Entwicklung der Persönlichkeit und für die Teilhabe an der Gesellschaft. Mit einem integrierten Ansatz nehmen unsere Mitarbeiter*innen das Zusammenspiel und Ineinandergreifen von sprachlicher, persönlicher und sozialer Entwicklung auf. Die Kinder und Jugendlichen sollen im Vertrauen auf gerechte Chancen leben können, Selbstwirksamkeit und Selbstbestimmung entfalten. Der Blick auf die Zielgruppe in der Bedarfsermittlung, bei der Entwicklung, der Durchführung und in der Auswertung unserer Angebote hat den VPAK e.V. von Beginn an geprägt. „Unser Anspruch ist zielorientierte und wirkungsvolle Arbeit im Sinne unserer Zielgruppen und gemeinsam mit unseren Zielgruppen. Darauf sollen sich Kinder und Eltern jederzeit verlassen können: Uns geht es um sie!“¹

Dabei greift der Verein nicht nur auf wissenschaftliche Expertise und auf das Netzwerk von Vorstand und Beirat zurück, die über die gesamte Geschichte des Vereins zu einem großen Teil aus Universitätsangehörigen besteht, sondern geht auch in der praktischen Arbeit langfristige wie projektbezogene Kooperationen mit den Hochschulen vor Ort ein. So hat sich einerseits im Verein eine wissenschaftlich fundierte und an Wissenschaft orientierte Herangehensweise in der konkreten Arbeitspraxis entwickelt. Andererseits wird der Verein von Fach- und Hochschulen als qualitativ wertvoller Partner bei der Ergänzung der Hochschulausbildung von Fachkräften angesehen, da er sich selbst als ein Teil davon begreift und Studierenden neben der Gelegenheit zu Praxiserfahrungen auch gezielt Reflexions- und Entwicklungsmöglichkeiten hinsichtlich ihrer zukünftigen Berufsfelder bietet.

3.1 Teil 1 der Aushandlung

Vereinfacht könnte die praktische Herangehensweise an die Arbeitsplanung folgendermaßen beschrieben werden: Es wird ein spezifischer Bedarf identifiziert, dem derzeit nicht oder nicht ausreichend begegnet wird. Dieser wird entweder durch die Fachkräfte selbst festgestellt oder beispielsweise durch die

1 <https://www.vpak.de/vpak/wofuer-wir-stehen.html> [Letzter Zugriff: 23.01.2023]

Kommune, Kooperations- oder Netzwerkpartnern oder auch die Zielgruppe selbst an den Verein herangetragen. Wird der Bedarf als Aufgabe für die Organisation angenommen, folgt aus dessen genaueren Beobachtung eine oder mehrere bestimmte Aufgaben für die einzusetzende Person, also ein spezifisches Aufgaben-, Persönlichkeits- und Kompetenzprofil. Am Schluss steht die Frage: Wer bringt diese Voraussetzungen mit und kann diese Aufgabe ganz oder in Zusammenarbeit mit wem erfüllen?

Als Antwort ist dann vieles denkbar: Ein*e Sozialarbeiter*in, eine Sprachförderkraft, ein*e ehrenamtliche*r Lesehelfer*in oder anderweitig Engagierte, die Eltern, Kooperationspartner*innen oder andere Personen, ggf. auch ganz bestimmte Persönlichkeiten oder ein Team mit verschiedenen Qualifikationsprofilen.

Die Bearbeitung dieser Frage sehe ich als ersten Teil der inhaltlichen Ausarbeitung von Kompetenzen und Qualitäten. Er vollzieht sich in der Organisation und aus fachlicher Perspektive. Die obige Aufzählung wirkt an und für sich banal und ist im Grunde Teil jedes Personalmanagements, jeder Konzeptionierung, jeder Personalplanung und jedes Projektes oder Initiative. Und trotzdem sind hier getroffene Entscheidungen wegweisend für alle weiteren Schritte.

Ein Zeichen von Zielgruppenorientierung ist, diesen Schritt zunächst theoretisch vorzunehmen und nicht an den vorhandenen Ressourcen oder Strukturen zu orientieren. Das erfordert zuallererst eine genaue Analyse des vorhandenen Bedarfes. Im Weiteren erfordert es eine genaue und selbstkritische Vorstellung über die Zielsetzung und eine kritische Überprüfung der Erfolgsaussichten der entwickelten Lösung. Trifft die Lösungsidee den vorhandenen Bedarf und gibt es Aussichten auf eine Verbesserung der Situation für die Zielgruppe? Trifft das Ziel auch den selbst formulierten Bedarf der anvisierten Zielgruppe? An welcher Stelle hat der Adressat oder die Adressatin für sich kurzfristig ggf. einen anderen Bedarf, der zu berücksichtigen ist, um den fachlich definierten Bedarf mittel- oder langfristig decken zu können? Und schließlich: Sind wir überhaupt die Richtigen, um diesem Bedarf zu entsprechen oder gibt es ggf. bessere Lösungen, die extern zu suchen oder zu entwickeln sind?

In den letzten Jahren hat sich das sogenannte Wirkungsmanagement als Instrument für die Bearbeitung und Lösungen dieser Fragestellungen verbreitet. Gleichzeitig hat der partizipative Aspekt enorm an Bedeutung gewonnen und hinterfragt fachliche Einschätzungen und Zielsetzungen kritisch auf ihre paternalistische Perspektive hin.

In den nächsten Abschnitten soll erläutert werden, wie der VPAK e.V. den oben gestellten Fragen in zwei seiner Bildungsprojekte begegnet: Das Projekt FünfSechs² (seit 2006) und das Projekt SiebenPlus³ (seit 1986).

2 <https://www.vpak.de/projekte/projekt-fuenfsechs.html> [Letzter Zugriff: 27.01.2023]

3 <https://www.vpak.de/projekte/projekt-siebenplus.html> [Letzter Zugriff: 27.01.2023]

3.1.1 Die Projekte FünfSechs und SiebenPlus

Bei *FünfSechs* und *SiebenPlus* handelt es sich um Nachhilfe- und Deutschlernprojekte. Schüler*innen erhalten Unterstützung bei ihren Hausaufgaben, dem Lernen auf Klausuren und bei der Erfüllung ihrer sonstigen schulischen Aufgaben. Soweit es dem Bedarf entspricht, erhalten sie auch Unterstützung in der deutschen Sprache. Soweit so üblich. Es gibt viele solcher Nachhilfeprojekte, die oftmals auf ehrenamtlicher oder vordergründig ehrenamtlicher Basis erfolgen.

Das Kernangebot unserer Projekte wird jedoch bewusst nicht auf ehrenamtlicher Basis geleistet, allenfalls Zusatzangebote werden flankierend von Ehrenamtlichen durchgeführt. Wir arbeiten vor allem mit Studierenden, aber auch nicht mit allen. Warum? Unsere Projekte wenden sich an eine spezifische Zielgruppe mit bestimmten Bedarfen: an Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien. Wesentlich sind dabei zwei Dinge: die nicht deutsche Familiensprache (also Deutsch als Zweitsprache) und ihre Markierung als „nicht deutsch“ oder „mit Migrationshintergrund“ durch das Umfeld/die Schule. Es kann sich hierbei um Kinder der zweiten oder dritten Generation handeln oder um vor kurzem Zugewanderte. Unsere Angebote stellen auf die Weiterentwicklung der Bildungssprache⁴ ab – in und für alle Schulfächer. Die Bildungssprache ist der Schlüssel für einen erfolgreichen Bildungsabschluss, bleibt aber auch auf dem weiteren beruflichen Werdegang relevant.

Bedarf und Bedürfnisse

Unsere Sensibilität richtet sich auf die Unterscheidung zwischen kognitiven und sprachlichen Hürden. Verständnisprobleme oder schlechte Zensuren haben in vielen Fällen ihren Ursprung in der Schwierigkeit, Texte zu erfassen, zu verstehen und zu produzieren – auch in den Naturwissenschaften. Fehler in der Grammatik oder Rechtschreibung, und selbst in der Kommasetzung, offenbaren in den meisten Fällen ein fehlendes Verständnis von der Systematik und dem Aufbau der deutschen Sprache.

Ein paar einfache Beispiele:

- „Er fleht – er flehte, er geht – er geht.“ Warum ist diese Form nicht einfach falsch? Sie zeugt davon, dass die Regel zur Vergangenheitsbildung verstanden ist – der Ausnahmefall „gehen“ allerdings noch nicht bekannt.

4 „Der Begriff Bildungssprache bezeichnet ein spezielles sprachliches Register, das im Kontext der schulischen Bildung eine besondere Rolle spielt. Ein Register ist eine Art und Weise des Sprachgebrauchs, die für einen bestimmten Kontext charakteristisch ist. [...] Bildungssprache gilt als Schlüssel für Schulerfolg, wird als Grundvoraussetzung für erfolgreiches Lernen in Bildungsstandards und Lehrplänen erwähnt, und die Förderung bildungssprachlicher Kompetenz zählt zu den Kernaufgaben von pädagogischem Personal und Lehrkräften“ (Gogolin 2022).

- „Er legt das Buch auf dem Tisch.“ Wie erklärt man, wann es „den“ und wann es „dem“ heißt, damit der Schüler oder die Schülerin es zukünftig selbst richtig schreiben kann?
- „Nachdem er gegessen hat, ging er spazieren.“ An welchem Thema muss hier gearbeitet werden?
- „Sie hat ein Hund.“ Warum ist dies ein typischer Fehler?

Das unmittelbare Bedürfnis der Schüler*innen ist, ihre Zensuren zu verbessern. Dies lässt sich z. B. durch das Korrigieren lassen schulischer Aufgaben zu Hause oder in der Nachhilfe und durch lexikalisches oder Auswendiglernen erreichen.

Mittel- und langfristig ist jedoch das Bedürfnis jedes Schülers und jeder Schülerin sicherlich, die schulischen Aufgaben alleine und mit möglichst geringem Aufwand erledigen zu können – was sich positiv auf ihr Selbstbewusstsein, ihr selbstbestimmtes Freizeitkontingent, ihre Selbstwirksamkeit und damit insgesamt auf ihre Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit auswirkt.

Aufgaben und Stellenprofil

Eine Unterstützung, die auf die Selbstständigkeit und Selbstermächtigung der Schüler*innen hinausläuft, muss erreichen, dass sie den Lernstoff und Zusammenhänge verstehen. Dazu bedarf es Erklärungen, die ihrerseits fachliches Wissen – theoretisch wie methodisch – erfordern.

Eine Unterstützung, die darauf hinausläuft, dass sich Kinder und Jugendliche der Sprache ermächtigen, bewusst mit ihr umgehen und sie für sich und ihr Weiterkommen nutzen lernen, muss ihnen das entsprechende Handwerkszeug anbieten, mit dem sie selbst ihr Bildungssprachniveau ausbauen und vertiefen können.

Um Handwerkszeug anbieten zu können, muss man die theoretischen Kenntnisse darüber haben, welche Werkzeuge es gibt und an welcher Stelle welches effektiv eingesetzt werden kann (Fachwissen und Wissen über Sprache). Man muss das methodische (didaktische) Wissen haben, wie die Nutzung des Werkzeugs gut vermittelt werden kann, damit es tatsächlich eingesetzt wird und auch nicht an der falschen Stelle hervorgeholt wird. Und natürlich muss man darüber hinaus die Kompetenz zur Vermittlung haben, die ihre Motivation auch aus dem Vertrauen speist, dass die Schüler*innen, unabhängig von dem Verhalten, das sie ggf. an den Tag legen, ihr Bestes tun. Über die genannten Anforderungen hinaus sollte die Unterstützung die Möglichkeit zur begleiteten Wiederholung bieten, damit das einmal erlernte Handwerkszeug geübt eingesetzt werden kann.

Die hier formulierten Kenntnisse und Kompetenzen stellen hohe Anforderungen im Stellenprofil dar. Selbst Lehrer*innen sind von ihrer Ausbildung her in aller Regel nicht so gut aufgestellt, dass sie diese Anforderungen erfüllen könnten.

Weitere Anforderungen und Rahmenbedingungen

Zudem hat der Verein das Ziel, möglichst vielen Kindern und Jugendlichen eine Unterstützung und Begleitung anbieten zu können. Gleichzeitig muss das Angebot finanzierbar bleiben.

Ein zentraler Anspruch unserer Projekte ist die Zuverlässigkeit und Verbindlichkeit unserer Angebote. Für Mitarbeiter*innen bedeutet dies, dass feste Einsatzpläne einzuhalten sind. Auch die Lernentwicklung der Schüler*innen soll im Blick bleiben, so dass jede*r die bestmögliche Begleitung erhält.

Die Zusammenstellung der Teams

Das Fachwissen zu Sprache und zu Pädagogik spiegelt sich in der Qualifikation der Projektleitungen wider, die den qualitativen Rahmen setzen, die Mitarbeiter*innen eng begleiten und regelmäßig in arbeitsrelevanten Themen schulen. Dies schließt Wissen über die deutsche Sprache (insbesondere Deutsch als Zweitsprache und Deutsch als Fremdsprache), Diversitätssensibilität und Haltung bzw. Beziehungsgestaltung mit Schüler*innen ein.

Als Mitarbeiter*innen werden ausschließlich Lehramtsstudierende – zu einem großen Anteil der Germanistik – eingesetzt, die ihrerseits sowohl das fachliche Wissen zum jeweiligen Schulfach mitbringen als auch aktuelles didaktisches Wissen und Methoden einfließen lassen können. Die Studierenden sind nicht nur als Mitarbeiter*innen unseren Leitlinien, sondern auch zum Besuch der o. g. Schulungen verpflichtet. So sammeln sie nicht nur Erfahrungen mit der Begleitung von Schülern und Schülerinnen (aus Zuwandererfamilien), sondern erweitern auch ihr Fachwissen und bereiten sich theoretisch wie praktisch besser auf ihre berufliche Tätigkeit vor. Der Perspektivwechsel von aktueller Nachhilkraft zu zukünftigem Lehrer/ zukünftiger Lehrerin wird regelmäßig angestoßen und ist besonders wertvoll.

Die projektinterne Dokumentation der Arbeit mit den Schüler*innen, die täglich durch die Mitarbeiter*innen erfolgt, wird als weiterer Reflexionsmoment genutzt – zum einen zur Eigenreflexion der Mitarbeiter*innen, zum anderen zur gemeinsamen Reflexion über Weiterentwicklungsbedarfe mit den Leitungen, zuallererst jedoch zur Entwicklung geeigneterer Maßnahmen für den/die jeweilige*n Schüler*in (z. B. Einzeltermine, zusätzliche Gruppenangebote, Gespräche, etc.).

3.1.2 „Klar können das Ehrenamtliche machen!“

Die Anforderungen, die der Verein in seinen beiden Nachhilfeprojekten stellt, sind unvereinbar mit dem Grundsatz und dem Kerngedanken des freiwilligen Engagements.

Selbstverständlich gibt es in den Nachhilfeprojekten Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement – so finden immer wieder Konversationskurse statt,

es werden Vokabeln gelernt, zeitintensive Übungen begleitet oder Freizeitangebote organisiert, bei entsprechender Qualifikation können auch andere Zusatzangebote stattfinden. Und in dem Fall, dass die qualitativen und zeitlichen Anforderungen auch von freiwillig Engagierten eingehalten werden würden, würde auch ein Einsatz in der regulären Arbeit möglich werden. Doch das Kernangebot auf diese Grundlage zu stellen, wäre utopisch und wenig nachhaltig.

Könnten diese Schülerhilfen nicht auch von Ehrenamtlichen umgesetzt werden? Ja, klar könnten Ehrenamtliche das machen! Ob das daraus resultierende Angebot allerdings den Bedarf treffen wird, den wir feststellen, muss angezweifelt werden. Das Studium an sich – selbst das Germanistikstudium – ist kein Garant für eine *Lernförderung*.

Mit den letzten Abschnitten sollen die VPAK-Angebote nicht über andere, ehrenamtlich oder anders organisierte, Angebote gestellt werden. Je nach Struktur und Zusammensetzung des Personals stellen diese spezifische Lösungen für Menschen bereit und sind erfolgreich. Worin aber das einzelne Angebot tatsächlich erfolgreich ist, muss stets selbstkritisch beantwortet werden. So wird an diesem Beispiel hoffentlich deutlich, dass die Zielsetzung eines Angebots oder Dienstes wesentlich dafür ist, wie Profession, Semi-Profession und freiwilliges Engagement ineinandergreifen können oder sollten.

3.2 *Teil 2 der Aushandlung*

Gleichzeitig werden auch die stetige Arbeit und Aushandlung deutlich, die in der Praxis erfolgen muss. Auf drei Aspekte, die mir in der Praxis besonders auffallen, möchte ich hier eingehen: Motivation, Zielsetzung und Beziehungsgestaltung. Die Motivation zur Tätigkeit hat stets unmittelbare Auswirkung auf die Beziehungsgestaltung zu anderen Beteiligten, auf das Selbstverständnis der eigenen Rolle und damit auch auf die Zielsetzung des Engagements.

3.2.1 Die berufliche Perspektive

Im Arbeitsverhältnis findet der wesentliche Austausch bzw. Befriedigung der/des Sozialarbeitenden in der Beziehung zum Arbeitgeber statt. Für professionelle Arbeit und Leistung erhalten Mitarbeiter*innen Geld und im besten Fall Wertschätzung. Grundlage des Arbeitsverhältnisses bildet der Arbeitsvertrag, hinter dem beiderseitige Rechte und Pflichten stehen, die vornehmlich durch das Arbeitsrecht geregelt sind. Daneben wirken sich karrierebezogene Motivatoren wie berufliche Weiterentwicklung oder Aufstiegspläne positiv auf die Arbeitsmotivation aus.

Die Ziele der Arbeit sind entsprechend beruflich-fachlichen Standards unterworfen: Es geht um die Verselbstständigung des Adressaten/der Adressatin

mit Hilfe des professionellen Handelns. Entwickelte Maßnahmen zielen auf (das Lernen und Üben von) Strategien und Techniken ab, damit die Adressierten künftig selbst zurechtzukommen. Die von den Fachkräften vorgenommenen Interventionen werden stets von Reflexionsanstößen begleitet, damit sich der*die Adressat*in z. B. unbewusster Reaktionsmuster mit nachteiligen Auswirkungen bewusst wird und diese durchbrechen kann. Die angebotenen Beratungen bauen Wissen auf, damit die Adressat*innen eigene Entscheidungen treffen können. Für die professionelle Arbeit ist in der Regel die stabile Aufgabendefinition kennzeichnend, verbunden mit dem Ziel, dass Adressat*innen (möglichst bald oder nach Ablauf eines bestimmten Programmes) eigenständig ihren Weg weitergehen.

Die Beziehung und Bindung zu den Adressierten werden professionell aufgebaut. Sie entwickelt keine emotionale noch Dankbarkeitserwartungen. Die Trennung von beruflich und privat zieht sich im professionellen Handeln als roter Faden durch die alltäglichen Erlebnisse und Reflexionen über Nähe und Distanz zur Zielgruppe. Hier wirkt Soziale Arbeit als dienstleistender Beruf für den Adressaten bzw. die Adressatin.

3.2.2 Die ehrenamtliche Perspektive

Als Motivation für freiwilliges Engagement werden sehr oft Kategorien wie „helfen“, „eine sinnvolle Aufgabe haben“, „lernen“, „Menschen kennenlernen“ und „Freunde finden“ genannt. Auch politische Gründe scheinen im freiwilligen Engagement in den Arbeitsbereichen der Sozialen Arbeit zunehmendes Gewicht zu gewinnen.

Dabei können vielfältige Ziele verfolgt werden: Die Motivationen „helfen“ und „eine sinnvolle Aufgabe haben“ kann z. B. auf den Wunsch verweisen, sich besser oder auch wertvoll zu fühlen, oder auch Dankbarkeit zu erleben. „Menschen kennenlernen“ und „Freunde finden“ entspringt dem Bedürfnis, das private/ emotionale Umfeld zu vergrößern oder gar der Einsamkeit zu entkommen. Im Vergleich zum Arbeitsverhältnis verlagert sich hier der wesentliche Austausch bzw. die Befriedigung der/des Sozialarbeitenden tendenziell auf die Beziehung zwischen freiwillig engagierter Person und Adressat*in. Befriedigung würde dann eintreten, wenn die angebotene Hilfe angenommen und ggf. auch Dankbarkeit gezeigt wird, die Menschen sich öffnen und Freundschaften entstehen oder das politische Ziel näher rückt. Die genannten Motivationen können also auf eine Verselbstständigung der Adressaten/Adressatinnen zielen, tun dies aber ggf. nur am Rande oder gar nicht. Reflexionsprozesse über Erlebtes werden damit auch nachrangig beruflich/professionell, sondern eher in Auseinandersetzung mit dem privaten Engagement, der persönlichen Motivation und den persönlichen Bedürfnissen vollzogen.

Freiwillig Engagierte dürfen und sollen privat sein, die Beziehungsgestaltung verläuft in der Regel entsprechend: Es entstehen eher private und emotionale Bindungen mit entsprechenden Erwartungen (vgl. z.B. BMFSFJ 2017). Hier wirken freiwillig Engagierte als Privatpersonen.

3.2.3 Aushandlungsmomente

Die Aushandlung in der Praxis besteht darin, in der Antwort auf einen Bedarf die Möglichkeiten und Grenzen dieser beiden Perspektiven zu beachten.

Ein freiwillig Engagierter aus einem Projekt zur Begleitung geflüchteter junger Menschen sagt in einem persönlichen Gespräch: „Ich freue mich, bei meinem ehrenamtlichen Engagement endlich auch eine persönliche (private) Beziehung zum Jungen aufbauen zu können, das darf ich als Sozialarbeiterin nicht“. Soll man sich nun für den Jungen freuen oder sich sorgen?

In welcher Hinsicht der professionelle und der private Beziehungsaufbau jeweils für den Jungen Chancen oder Risiken birgt, hängt von seiner Situation und Verfassung ab. Und es hängt auch von der freiwillig engagierten Person und ihrer Form der Beziehungsgestaltung ab.

Freiwillig Engagierte sind stets eine Bereicherung. Insbesondere bringen sie Zeit mit, die im beruflichen Alltag oftmals fehlt. In vielen Fällen zeichnen sie sich durch ein Denken außerhalb der Strukturen aus, das erfrischend und strukturüberwindend wirken kann. Sie bringen neue Impulse und Ideen, ihre eigene Motivation und sich selbst als private Persönlichkeit mit. Auch in der Sache qualifizierte Engagierte sind in ihrem Ehrenamt nicht an organisatorische Richtlinien, fachliche Standards oder einem beruflichen Ethos gebunden und handeln eher aus ihrer Alltagsexpertise und Lebenserfahrung heraus.

Freiwilliges Engagement unterscheidet sich also in vielen Facetten von einem beruflichen Engagement. Beide haben ihre Vorteile, aber auch ihre Nachteile, ihre Möglichkeiten, aber auch ihre Grenzen, ihre Trümpfe, aber auch ihre Verführungen. All dies muss in der täglichen Zusammenarbeit reflektiert, kommuniziert und transparent bearbeitet werden, Kompetenzbereiche abgesteckt und immer wieder neu mit Blick auf die Zielsetzungen verhandelt werden, damit sie im Sinne der Belange der Adressaten und Adressatinnen wirken können.

Je größer die Einbindung freiwillig engagierter Menschen daher in ein Angebot ist, desto intensiver muss aus professioneller Perspektive eine selbstkritische Auseinandersetzung über Ziele, Bedarfe, Kompetenzen und Aufgabenverteilung erfolgen.

4. Schlusswort

Aufgabe der Migrationssozialarbeit ist es, die Bedarfe der zugewanderten Menschen zu identifizieren und bedarfsgerechte Lösungen zu entwickeln. Von großer Bedeutung sind die Bedarfe, die in ihren Auswirkungen relevant für die spätere Einbindung des Menschen in die Gesellschaft sind. Eine gute Analyse und eine bedarfsorientierte und selbstkritische Lösungsentwicklung hinsichtlich der Aushandlung über Qualitäten und Kompetenzen im Handeln sind gerade in diesem Bereich von höchster Relevanz. In ihrer anwaltschaftlichen (Urban-Stahl 2018) Funktion ist die Migrationssozialarbeit den zugewanderten Menschen gegenüber verpflichtet, sich für ihre Belange einzusetzen – auch in kritischer Auseinandersetzung mit institutionellen Strukturen oder politisch formulierten Erfordernissen.

Welche Ergebnisse das gesellschaftliche und politische Ausruhen auf das begrüßenswerte freiwillige Engagement im Bereich Sprachanbahnung und Deutschförderung in den letzten Jahren insbesondere bei Kindern und Jugendlichen hatte, sehen Lehrer*innen heute in den Schulen. Es ist festzustellen: Ohne ausreichendes Fachwissen (hier über die Sprache) bleibt die sogenannte Deutschförderung einfach auf Hobbyniveau. Die Kinder haben gegebenenfalls gelernt, Deutsch zu sprechen, die strukturellen Lücken im Sprachgebrauch zeigen sich dann insbesondere in der Schriftsprache. Diese Feststellung aus meinem persönlichen Arbeitsbereich lässt sich mit Sicherheit auf andere Felder übertragen. Die größte Verführung des freiwilligen Engagements ist dessen zeitliche Verfügbarkeit.

Als Schlusswort möchte ich daher zu mehr Mut und Hartnäckigkeit aufrufen, auch Qualitäts- und Ressourcenfragen mit Vehemenz zu vertreten. Damit die Perspektive und die Rechte der Adressaten und Adressatinnen Sozialer Arbeit gewahrt werden, braucht es nicht nur das persönliche Engagement von Freiwilligen, sondern auch das anwaltschaftliche Handeln der Fachkräfte.

Literatur

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): Wirkungsanalyse zeigt: aus Paten werden Freunde. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/wirkungsanalyse-zeigt-aus-paten-werden-freunde-117604> [Letzter Zugriff: 27.01.2023]
- Gogolin, Ingrid (2022): Bildungssprache. <https://www.mehrsprachigkeit.uni-hamburg.de/oeffentlichkeit/grundwissen/bildungssprache.html> [Letzter Zugriff: 27.01.2023]

- Hochschule Fulda (2023): ProZiS-Transfer-Impulse zur Gestaltung von Diversität in der kommunalen Migrations(sozial)arbeit. https://www.hs-fulda.de/fileadmin/user_upload/FB_Sozialwesen/Forschungsprojekte/Sozialer_Raum_Sozialstruktur-analyse/Prozis/ProZiS-Transfer-Impulse.pdf [Letzter Zugriff: 27.01.2023]
- Urban-Stahl, Ulrike (2018): Anwaltschaft. In: Otto, H.-U./Thiersch, H./Treptow, R./Ziegler, H. (Hrsg.) (2018): Handbuch Soziale Arbeit. 6., überarbeitete Aufl. München: Ernst Reinhardt Verlag, S. 78-87.

Vernetzt euch! Netzwerke in der Migrationsarbeit – Potenziale, Herausforderungen und Chancen

Antonia Rösner

1. Ausgangslage

Unsere gesellschaftlichen Strukturen werden diverser – somit auch die Angebotsstrukturen kommunaler Migrationsarbeit. Um dieser Diversität gerecht werden zu können, ist die Etablierung von Netzwerken in der Migrationsarbeit auf unterschiedlichen Ebenen von Vorteil. Jene Vielfältigkeit wird nicht nur in Hinblick auf die Adressat*innen der Sozialen Arbeit immer deutlicher, sondern auch in den Angebotsstrukturen verschiedener Träger, Institutionen und Organisationen. Zudem existieren zahlreiche Bundes- und Landesprogramme, die explizit zugewanderte Menschen oder migrantische Organisationen adressieren. Insbesondere im Rahmen des sogenannten „langen Sommers der Migration“ im Jahr 2015 wurde die Landschaft unterschiedlicher Akteur*innen in der Migrationsarbeit vielfältiger. Diese Diversität brachte teils neue Strukturen hervor, um den Bedürfnissen jener „neuen Zielgruppe“ gerecht zu werden und können teilweise als Antwort auf Förderprogramme von Kommunen, Ländern und Bund angesehen werden (s. Alisch et al 2020 und in diesem Band).

Seit 2001 verfolgt der Landkreis Hersfeld-Rotenburg eine gezielte Entwicklung zur sozialen Migrationsverwaltung durch die Implementierung des Fachdienstes Migration. Im Jahr 2016 wurde der Fachdienst (FD) in zwei eigenständige Organisationseinheiten aufgeteilt: FD Migration Asyl und FD Migration SGB II. Beide Fachdienste sind Leistung gewährende Stellen für die Rechtskreise SGB II, SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz. Die Beratung und Betreuung der dem Landkreis zugewiesenen Asylbewerber*innen wird durch staatlich anerkannte Sozialarbeiter*innen übernommen. Diese sogenannten „Integrationsassistent*innen“ beraten im Rahmen der Sozialgesetzgebung, bieten Hilfe im Umgang mit Behörden und anderen Institutionen, unterstützen beim Schriftverkehr, beraten zum Aufenthalt nach dem Migrationsrecht (keine Rechtsberatung), vermitteln und helfen bei gesundheitlichen Problemen, beraten im Bereich Arbeit und Beruf, beraten bei Fragen zum Erziehungs- und Bildungssystem und vermitteln in Sprachkurse. Der Fachdienst

Migration Asyl ist Anbieter und Steuerungsstelle bzw. Koordination von Integrationsmaßnahmen wie z. B. Deutsch4U-Sprachkurse im Rahmen des hessischen Landesprogramms WIR – Wegweisende Integrationsansätze Realisieren, Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, ESF-Plus-Programm (Europäischer Sozialfond) „WIR – Netzwerke integrieren Geflüchtete in den regionalen Arbeitsmarkt“, im Rahmen des Projektes „ONFiT – Ost- und Nordhessen für nachhaltige Förderung individueller Teilhabe“ und das ESF-Plus-Programm „MY TURN – Frauen mit Migrationserfahrung starten durch“, im Rahmen des Projektes „LIMEA – Langfristige Integration von Migrantinnen durch Empowerment und Aktivierung“ sowie das WIR-Vielfaltszentrum im Rahmen von zwei WIR-Koordinationen im hessischen Landesprogramm WIR.

Das Hauptarbeitsgebiet des WIR-Vielfaltszentrums ist die (Weiter-)Entwicklung der interkulturellen und vielfaltsorientierten Öffnung kommunaler Regelangebote sowie von Vereinen bzw. Verbänden, von Konzepten einer sozialräumlichen Willkommens- und Anerkennungskultur bzw. von Vielfalt und Teilhabe, der Förderung der Vernetzung zwischen Regelstrukturen sowie dem Haupt- und Ehrenamt. Das WIR-Vielfaltszentrum fungiert somit als Vermittlungs- und Vernetzungsstelle zwischen hauptamtlichen Akteur*innen der kommunalen Migrations(sozial)arbeit und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, ist Anbieter analoger und digitaler Informationsplattformen wie der IntegreatApp¹ sowie Initiator und Motor von Netzwerken und Netzwerkarbeit.

Durch die Etablierung des WIR-Vielfaltszentrums im Landkreis Hersfeld-Rotenburg werden durch die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Land und der Kommune nachhaltige Strukturen und eine bessere Sichtbarkeit der Arbeit vor Ort geschaffen. Synergien und Netzwerke können auf diese Weise effektiver genutzt werden, impulsgebende Konzepte besser in die Fläche getragen werden.

2. Netzwerke im Landkreis Hersfeld-Rotenburg

Die kommunale Migrations(sozial)arbeit verläuft auf institutioneller sowie auf zivilgesellschaftlicher Ebene, in denen verschiedene Akteur*innen wie bspw. Sozialarbeiter*innen des Landkreises, freie und kirchliche Träger, migrantisches Vereine, Akteur*innen der Gemeinwesenarbeit etc. involviert sind. Diese

1 Die IntegreatApp ist beispielsweise eine lokale und mehrsprachige Integrations-Plattform für Zugewanderte und Zugezogene. Kommunale Integrationsarbeit ist ein komplexes Feld und Informationen ändern sich häufig. Die App dient dabei als zentrale Informationssammlung, die regelmäßig aktualisiert und ergänzt wird (vgl. <https://integreat-app.de/>, Letzter Zugriff: 26.04.2023).

sind in unterschiedlichem Maße miteinander vernetzt, wobei sich die Quantität und Qualität dieser Netzwerkstrukturen recht unübersichtlich gestaltet.

Auf institutioneller Ebene nimmt der Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Fachdienst Migration Asyl eine zentrale Rolle in Hinblick auf Vernetzungsstrukturen ein. Neben Beratungsangeboten, Leistungsgewährung und Migrations(sozial)arbeit werden verschiedene Projekte, Programmen und Maßnahmen gesteuert und koordiniert. Im Rahmen des WIR-Vielfaltszentrums ist der Aufbau von Vernetzungsstrukturen auf unterschiedlichen Ebenen explizites Aufgabenfeld.

Als Beispiele können hier der Aufbau von Netzwerkstrukturen zwischen freiwillig Engagierten bzw. zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Kontext der Fluchtbewegung von 2015 genannt werden. Durch eine flächendeckende Etablierung von Unterstützungsstrukturen für Ankommende im Rahmen von sog. Runden Tischen in Gemeinden und Städten des Landkreises konnte die Vernetzung zwischen Hauptamtlichen der Sozialen Arbeit und freiwillig Engagierten gestärkt und weiter ausgebaut werden. Jene Unterstützungsstrukturen wurden von der WIR-Koordination initiiert und begleitet und orientierten sich an den Bedarfen vor Ort sowie dem dezentralen Unterbringungskonzept des Landkreises. Die Unterbringung von geflüchteten Menschen erfolgt vorrangig in durch den Landkreis angemieteten Wohnungen, die im gesamten Kreis verteilt sind. Bei den wenigen Gemeinschaftsunterkünften, in denen Geflüchtete untergebracht sind, handelt es sich um größere Wohnhäuser mit einzelnen Apartments, darunter auch eine Unterkunft für Frauen.

Nachdem der Bedarf der Ankommenden immer weiter nachzulassen schien, wurden Unterstützungsnetzwerke z.T. in selbsttragende Strukturen überführt, andere Strukturen lösten sich auf. Im Zuge des Ukraine-Krieges konnten Unterstützungsstrukturen reaktiviert werden. In diesem Kontext fielen insbesondere die hohe Motivation und Unterstützungsbereitschaft kirchlicher (christlicher) Akteur*innen auf. Zu vermuten ist, dass religiöse Hintergründe eine Rolle spielen, beispielsweise die Nähe zur Orthodoxen Kirche als eine der drei großen christlichen Konfessionen sowie das sogenannte „Gebot zur Nächstenliebe“ als Element des christlichen Glaubens. Dies lässt vermuten, dass neue Migrationsprozesse oder Fluchtbewegungen auch neue lokale Akteur*innen in der Migrations(sozial)arbeit hervorbringen, die es zu identifizieren gilt. Beispielsweise engagierten sich im Jahr 2015 sowie in den Jahren danach insbesondere migrantische Vereine und Migrant*innen(selbst)organisationen sowie muslimische Gemeinden. Die Herkunft und Religion der Geflüchteten beeinflusst offensichtlich maßgeblich, welche Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft im Zuge von Fluchtmigrationsprozessen aktiv werden.

Ein weiteres Beispiel bzgl. Aufbau von Netzwerken insbesondere im sozialräumlichen Kontext stellt die „AG Sozialraum Hohe Luft“ dar. Diese Arbeitsgemeinschaft wurde durch die WIR-Koordination im Februar 2015 im Bad Hersfelder Stadtteil Hohe Luft gegründet, um verschiedene Akteur*innen

sozialer und kirchlicher Einrichtungen, Bildungsinstitutionen, Ortsbeirat und migrantische Vereine miteinander zu vernetzen und Projekte zu initiieren. In diesem Rahmen und gemeinsam mit der Stadt Bad Hersfeld wurde durch Förderung im Landesprogramm „Gemeinwesenarbeit“ das Projekt „Treffpunkt Vielfalt“ realisiert, um sozialraumbezogene Arbeit leisten zu können. Hier zeigen sich Synergieeffekte der vorangegangenen Netzwerkarbeit. Die Akteur*innen des Projektes „Treffpunkt Vielfalt“ konnten auf vorhandene Strukturen im Sozialraum, z.B. die „AG Sozialraum Hohe Luft“, zurückgreifen. Je vielfältiger das Netzwerk aufgestellt ist und je kontinuierlicher die Kommunikation gestaltet wird, desto effektiver scheinen Netzwerkstrukturen greifen zu können. Dennoch stellt sich die Frage, welche konkreten Handlungsoptionen und Funktionen Netzwerke haben können und auf welchen Ebenen diese wirken, insbesondere im Kontext der Migrationsarbeit. Dabei kann eine Analyse der Akteur*innen hilfreich sein, um potenzielle Handlungsoptionen sichtbar zu gestalten. Im Rahmen des oben genannten sozialräumlichen Netzwerks sind beispielsweise Mitglieder von Ortsbeirat und Integrationskommission vertreten, die Anliegen in politische Gremien transportieren können.

Damit Netzwerke in der Migrationsarbeit effektiv arbeiten können, bedarf es neben Kommunikation und Kontinuität auch eine Transparenz über Informationen über die kommunalen Angebotsstrukturen. Durch die Nutzung der „IntegreatApp“ im Landkreis Hersfeld-Rotenburg konnte die Angebotslandschaft transparenter und mehrsprachig gestaltet werden. Eine solche digitale Informationsplattform bündelt kommunale Informationen, Angebote und Ansprechpersonen und verdeutlicht die Vielfalt und gleichzeitige Unübersichtlichkeit der Akteur*innen- und Angebotslandschaft in der Migrationsarbeit im Landkreis.

Der Aufbau sowie die Pflege von analogen sowie digitalen Netzwerken erfolgt weitgehend über projektbezogene Stellen und weniger über Akteur*innen der Migrations(sozial)arbeit, etwa über das bereits genannte WIR-Vielfaltszentrum im Rahmen des hessischen Landesprogramms WIR, der DEXT-Fachstelle für Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention im Rahmen des Landesprogramms „Hessen aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ oder im Kontext des hessischen Förderprogramms „Gemeinwesenarbeit“. Häufig finden sich unterschiedliche Projektlaufzeiten von Förderprogrammen, Fluktuationen in der Besetzung von Stellen sowie die Etablierung von Angeboten, die nicht auf Dauer angelegt sind (vgl. Alisch et al. 2020). Einerseits überschneiden sich Laufzeiten verschiedener Projekte wie z.B. im Landesprogramm WIR oder im Förderprogramm „Gemeinwesenarbeit“ (Laufzeit: 5 Jahre). Andererseits enden Projekte innerhalb der Laufzeit eines anderen Projekts oder laufen bereits nach einem kurzen Zeitraum aus. Insbesondere Projekte, bei denen der Aufbau von Netzwerken im Fokus steht, ist eine längere Projektlaufzeit von Nöten, um nachhaltige Strukturen etablieren zu können.

Auf zivilgesellschaftlicher Ebene spielen migrantische Vereine und Migrant*innen(selbst)organisationen in der Migrations(sozial)arbeit seit jeher eine wichtige Rolle. In den letzten Jahren ist das Interesse der Politik und der Wissenschaft an migrantischen Vereinen und ihrer Arbeit gestiegen. So wurden Migrant*innenorganisationen (MSO) zu Adressat*innen von Programmen und Projekten von Bund und Ländern (s. a. Freuwört et al. 2021). Im Landkreis Hersfeld-Rotenburg werden MSO im Rahmen des WIR-Programms explizit adressiert, gefördert und vernetzt. Das Netzwerk wurde bspw. über die eine gemeinsame MSO-Broschüre², gestaltet. Es finden regelmäßige Netzwerktreffen statt und die Aktivitäten werden in die jährliche „Interkulturelle Woche“ oder Stadtteilstefen eingebunden. Um eine Vernetzung auch der MSO zu stärken, sind Zugänge zu migrantischen Vereinen notwendig. Erfahrungsgemäß scheint der persönliche Kontakt bzw. die persönliche Ansprache sowie die Zusammenarbeit auf Augenhöhe, solche Zugänge zu erleichtern. Das Einbeziehen in aktuelle Projekte und Formate sowie eine Hinwendung zu den Bedarfen und Interessen der MSO stellen weitere Faktoren dar, um Netzwerkarbeit mit migrantischen Vereinen erfolgreich zu gestalten.

3. Potenziale der Netzwerkarbeit

Die Etablierung von Netzwerken in der Migrations(sozial)arbeit, die nachhaltig und zielgerichtet arbeiten sollen, hängt stark davon ab, von wem das Netzwerk initiiert und getragen wird. Insbesondere im Rahmen der Etablierung der Unterstützungsstrukturen von Geflüchteten, die zunächst durch die WIR-Koordination initiiert und koordiniert wurden, konnten sich teilweise selbsttragende Strukturen herausbilden. Hohes Motivationspotenzial der Akteur*innen vor Ort, persönliche Beziehungen der Netzwerkteilnehmenden, übersichtliche Strukturen insbesondere in kleineren Gemeinden, die Formulierung eines gemeinsamen Zieles und das Verteilen der Verantwortung für die Netzwerkstruktur auf verschiedene Akteur*innen schienen maßgeblich zum Erfolg beigetragen zu haben. Dies zeigte sich beispielsweise im Kontext der Fluchtbewegungen 2015/2016 im Rahmen der Runden Tische in kleineren Gemeinden. Die freiwillig Engagierten kannten sich teilweise aus der Nachbarschaft, Vereinen oder aus dem Engagement in der Kirchengemeinde und waren hoch motiviert, die geflüchteten Menschen, die im Ort untergebracht wurden, zu unterstützen. Häufig beteiligten sich die jeweiligen Bürgermeister an den Runden Tischen und förderten die Netzwerkstrukturen auf politischer Ebene. Aus den Reihen der freiwillig Engagierten kristallisierte sich häufig eine Person heraus, die die

2 https://www.hef-rof.de/images/auslaender-migration/Migrantenorganisationen_HEF_ROF_6.0.pdf [Letzter Zugriff: 06.01.2023]

Koordination des Netzwerks übernahm und somit selbstorganisierte und nachhaltige Netzwerkstrukturen vor Ort förderte.

In der Netzwerkarbeit spielt es eine wesentliche Rolle, wer diese initiiert und koordiniert und somit als Motor für diese fungiert. Institutionelle Akteur*innen besitzen in der Regel eher Zugang zu Ressourcen wie Räumlichkeiten, Informationen über Angebote oder finanzielle Fördermöglichkeiten. Zudem entscheiden diese – zumindest zu Beginn – wer dem Netzwerk angehören sollte.

Machtgefälle können sich auch in Interessenkonflikten zeigen, sei es hinsichtlich des Zugangs zu relevanten Informationen, sei es in Bezug auf zentrale bzw. randständige Positionen im Netzwerk bei Prozessen der Entscheidungsfindung oder Ressourcenverteilung. Trotz dieses Machtgefälles können Netzwerke funktionieren, wenn die Kommunikation transparent gestaltet wird und auf Augenhöhe geschieht, gemeinsame Ziele definiert werden und die Teilnahme auf Freiwilligkeit beruht. Somit können sich „win-win Strukturen“ zwischen Initiator*innen und Teilnehmenden herausbilden, in denen der wechselseitige Nutzen unverzichtbare Bedingung ist. Synergieeffekte können in Netzwerken daraus entstehen, dass die Wechselseitigkeit des Nutzens nicht mehr bilateral verläuft, sondern dass nun das Prinzip des „Ringtauschs“ eine strukturelle Basis bietet. Jede*r Beteiligte erhält Vorteile des Netzwerks und gibt sie gleichzeitig an andere im Netz weiter, ohne dass unmittelbare Verpflichtungen oder Abhängigkeiten entstehen müssen (Schäffter 2004: 24).

Generell kann die Etablierung und Nutzung interner sowie externer Vernetzungsstrukturen zu verschiedenen Akteur*innen in der Migrations(sozial)arbeit positive Synergieeffekte besitzen und bei der Umsetzung von Strategien oder Projekten von Vorteil sein. Öffentlichkeitsarbeit wird gebündelt und verbessert, die politische Einflussnahme kann in Netzwerken effektiver gestaltet werden, der Zugang zu Informationen und Wissen wird erleichtert und die Akteur*innen erfahren gegenseitige Unterstützung und Solidarität. In Netzwerken der Migrations(sozial)arbeit partizipieren häufig Beratungsstellen, Verbände, Selbstorganisationen, Initiativen und institutionelle Akteur*innen.

Netzwerkstrukturen in der Migrationsarbeit sind nicht selten von Akteur*innen besetzt, die gleichzeitig in mehreren Netzwerken aktiv sind, teilweise mit ähnlichen Themen und Zielen. Die Herausbildung von parallelen Netzwerkstrukturen ist problematisch, wenn die Zielsetzung gleich oder ähnlich ist, die Besetzung der Teilnehmenden sich ähnelt oder Ziele nicht klar definiert sind. Um Parallelstrukturen zu vermeiden, bedarf es einer Übersicht bestehender Netzwerke und Akteur*innen im Kontext der Migrations(sozial)arbeit sowie die Bereitschaft zur Kommunikation und Kooperation. Das „Netzwerk Integration“ im Landkreis Hersfeld-Rotenburg wurde beispielsweise von der Stadt Bad Hersfeld und dem Landkreis initiiert und umfasst eine Vielzahl von Akteur*innen, die im Bereich der Migrationsarbeit in Stadt und Kreis aktiv

sind. Somit konnten personelle wie zeitliche Ressourcen geschont und Synergieeffekte geschaffen werden.

4. Herausforderungen in der Vernetzung

Netzwerke sind in der Regel wenig oder gar nicht hierarchisch organisiert, ein formales Entscheidungszentrum, das Autorität ausüben kann, existiert nicht. Wichtige Entscheidungen werden von den Netzwerkpartner*innen gemeinsam getroffen – dies kann eine besondere Herausforderung für die Netzwerkkoordination bedeuten. Fühlen sich einzelne Mitglieder übergangen oder von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, kann dies dazu führen, dass sie sich aus den Netzwerken zurückziehen. Dies hat zur Folge, dass Verantwortung und die Übernahme von Aufgaben auf die Netzwerkmitglieder verteilt werden. Angesichts knapper Ressourcen können das gegenseitige Einbringen und die gemeinsam getragene Verantwortung für bestehenden Aufgaben und Verpflichtungen schwierig werden. Hier besteht die Gefahr, dass die Netzwerkmitglieder schnell überfordert sind.

Projekt- und Programmlaufzeiten sind sehr häufig begrenzt, wodurch Netzwerke, die im Rahmen von Projekten initiiert werden, häufig fragil sind. Netzwerkstrukturen im Kontext der Migrationsarbeit stehen vor der Herausforderung, selbsttragende, nachhaltige Strukturen herauszubilden und diese zu bewahren. Personelle Fluktuation kann die Kontinuität, aber auch die Effektivität von Netzwerken erschweren. Zudem fließt ein nicht zu unterschätzender Teil der Arbeitszeit in administrative Aufgaben, insbesondere bei Projektstätigkeit, wie beispielsweise Berichtswesen oder Dokumentation von Finanzen.

Werden Netzwerke „von außen“ initiiert, häufig von institutioneller Seite, sollte die Perspektive der Adressat*innen des Netzwerks berücksichtigt werden. Welche Erwartungen, Bedarfe und Ziele haben diese, welche Motivationen und Interessen bestehen, welche Ressourcen bringen die Teilnehmenden mit – diese Fragen sollten zu Beginn der Netzwerkarbeit geklärt werden, um transparente Strukturen zu gewährleisten. Zudem sollten Rollen und Funktionen im Netzwerk von Anfang an geklärt werden. Dabei können einzelne Personen auch in mehreren Funktionen oder Rollen agieren, beispielsweise als Initiator*in und Multiplikator*in. Zudem stellt sich die Frage, wer Bestandteil von Netzwerken ist, wer nicht und warum dies der Fall ist. In der Zusammensetzung von Netzwerken spiegelt sich teilweise die Sichtbarkeit bzw. Nicht-Sichtbarkeit von Akteur*innen in der Migrationsarbeit wieder.

Vernetzungsarbeit bzw. das Engagement in Netzwerkstrukturen ist im Rahmen der Migrations(sozial)arbeit bislang nur selten im Fokus. Die Tätigkeit der Akteur*innen begrenzt sich in der Regel auf beratende und unterstützende, aber auch zum Teil auf administrative Tätigkeitsbereiche und weniger

auf Partizipieren in Netzwerkstrukturen. Dass dies jedoch einen positiven Effekt auf die eigene Arbeit mit Migrant*innen und geflüchteten Menschen haben kann, zeigte sich im Rahmen der Netzwerkstrukturen ehrenamtlich Engagierter zur Zeit der Fluchtbewegung im Jahr 2015. Die Integrations-assistent*innen des Landkreises nahmen regelmäßig an den Runden Tischen zusammen mit freiwillig Engagierten teil, die Kommunikation zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen wurde transparenter, offener und hatte einen positiven Effekt auf die Arbeit mit geflüchteten Menschen. In diesem Rahmen konnten Informationen über Beratungsangebote, Sprachkurse, rechtliche Fragen etc. geteilt werden, die Übersicht über die Angebotslandschaft vor Ort sowie die Kooperation zwischen freiwillig Engagierten und hauptamtlich Tätigen verbesserte sich. Jene Unterstützungsstrukturen blieben teilweise auch dann bestehen, wenn diese nicht mehr institutionell begleitet wurden. Dies lässt eine hohe Motivation seitens der freiwillig Engagierten vermuten, zudem wurden die geflüchteten Menschen vor Ort mit in Planung und Organisation eingebunden.

Der Aufbau selbsttragender Netzwerkstrukturen stellt eine große Herausforderung dar. Hauptamtliche und freiwillig Engagierte verfügen meist über begrenzte Ressourcen, viele Programme und Projekte haben unterschiedliche Laufzeiten, oder Ziele werden zu Beginn nicht klar formuliert – all dies kann dazu führen, dass sich Netzwerkstrukturen auflösen, die Zahl der Teilnehmenden immer geringer wird oder der „Motor“ gänzlich fehlt. Jene Funktion eines Motors bzw. einer Netzwerkkoordination kann für alle Teilnehmer*innen eines funktionierenden Netzwerks eine Organisationsstruktur schaffen, die von allen genutzt werden kann. Im Kontext der Migrations(sozial)arbeit übernehmen diese Funktionen häufig Hauptamtliche, die im Rahmen ihres Projektes oder Programmes explizit im Bereich der Netzwerkarbeit tätig sind.

5. Diskussion und Ausblick

In der Migrations(sozial)arbeit sollte der Zusammenarbeit in Netzwerkstrukturen eine größere Priorität zugesprochen und Wertschätzung entgegengebracht werden. Die Erfahrungen im Landkreis Hersfeld-Rotenburg haben gezeigt, dass die Nutzung von Netzwerken einen Mehrwert für alle Beteiligten sowie für Migrant*innen hat. Jedoch bedarf es Klarheit und Übersichtlichkeit im Vernetzungsprozess sowie eine offene und transparente Kommunikation bzw. Kommunikationswege. Die Fluktuation der Netzwerkkoordination sollte so gering wie möglich gehalten werden, zudem sollte die Etablierung einer Vernetzungsstruktur als konstante Aufgabe verstanden werden, die nicht von der Aktivität einer verantwortlichen Person (im Rahmen eines Projektes) abhängig ist. Somit können wir an die ProZiS-Transfer-Impulse zur Gestaltung von Diversität in der kommunalen Migrations(sozial)arbeit (HS Fulda 2023; s.

auch den Beitrag von Alisch et al. in diesem Band) anknüpfen, insbesondere hinsichtlich struktureller Vielfalt von Netzwerken und deren Unübersichtlichkeit, Förderung von Netzwerken über projektgeförderte Angebote sowie Verantwortlichkeiten von Netzwerken und dahingehende Problematiken.

Literatur

- Alisch, Monika/Westphal, Manuela/Freuwört, Anke/Vogler, Jens (2020): Wenn Vielfalt zum Problem wird: Strukturelle Veränderungen kommunaler Migrationsarbeit. In: *Blätter der Wohlfahrtspflege - Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit* 167, 5, S. 177-179.
- Freuwört, Anke/Westphal, Manuela/Alisch, Monika/Vogler, Jens (2021): Migrantisches Engagement auf der politischen Agenda - kommunale Migrationsarbeit zwischen Handlungsspielräumen und Abhängigkeiten. In: *Voluntaris - Zeitschrift für Freiwilligendienste und zivilgesellschaftliches Engagement* 9, 1, S. 86-98.
- Hochschule Fulda (2023): ProZiS-Transfer-Impulse zur Gestaltung von Diversität in der kommunalen Migrations(sozial)arbeit. https://www.hs-fulda.de/fileadmin/user_upload/FB_Sozialwesen/Forschungsprojekte/Sozialer_Raum_Sozialstruktur-analyse/Prozis/ProZiS-Transfer-Impulse.pdf [Letzter Zugriff: 27.01.2023]
- Schäffter, Ortfried (2004): Auf dem Weg zum Lernen in Netzwerken. Institutionelle Voraussetzungen für lebensbegleitendes Lernen. In: Brödel, Rainer (Hrsg.) (2004): *Weiterbildung als Netzwerk des Lernens. Differenzierung der Erwachsenenbildung. Reihe: Erwachsenenbildung und lebensbegleitendes Lernen*. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag, S. 29-48.
- Schubert, Herbert (2008): *Netzwerkmanagement. Koordination von professionellen Vernetzungen - Grundlagen und Praxisbeispiele*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Thränhardt, Dietrich (2010): Engagement und Integration. In: Olk, T./Klein, A./Hartnuß, B. (Hrsg.) (2010): *Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 510-524.

Netzwerke im Wandel

Peggy Niering, Teslihan Ayalp und Jan Benedix

1. Einleitung

Die Migrationssozialarbeit und die Integrationsförderung fußen in der Stadt Kassel auf einer engen und vernetzten Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Fachbereichen der Stadtverwaltung und einer professionell, ausdifferenzierten Trägerlandschaft. Hier sind zum einen bundesweit aufgestellte kirchliche und weltanschaulich neutrale Träger zu nennen (Diakonie, Caritas, Internationaler Bund und Deutsche Angestellten Akademie), aber auch kleinere regionale oder lokale Einrichtungen, die zum Teil aus zivilgesellschaftlichen Initiativen hervorgegangen sind und sich mit einem kompetenten, hochprofessionellen Angebot auf der Ebene der Stadtteile (z.B. Kulturzentrum Schlachthof gGmbH, Frauentreff Brückenhof e.V. oder BENGI¹ e.V.), in bestimmten Themenbereichen stadtweit (z.B. JAFKA gGmbH² im Bereich der Ausbildungsförderung junger zugewanderter Menschen) oder sogar überregional (Indimaj e.V. / I.GBS gGmbH³ im Bereich der südosteuropäischen Zuwanderung) engagieren.

In den letzten knapp 15 Jahren hat die kommunal strategisch koordinierte Integrationsförderung in der Stadt Kassel einen kontinuierlichen Wandel durchlaufen. Die Schwerpunkte, die Netzwerkarbeit sowie die Ausrichtung standen und stehen dabei in einem Spannungsverhältnis zwischen der Verortung des Aufgabenfeldes innerhalb der Stadtverwaltung und gesamtgesellschaftlichen bzw. globalen Geschehnissen. Das kann sich zum Beispiel in Zielkonflikten und inhaltlichen Verschiebungen äußern: War es erklärtes Ziel bis 2015 den Stadtfrieden zu sichern, Bildungschancen zu eröffnen und zugewanderte Personen innerhalb des städtischen Arbeitsmarktes primär in ausbildungsadäquate Beschäftigung zu integrieren (Stichwort Fachkräftemangel), wurde dieses Ziel mit der verstärkten Zuwanderung von Kriegsgeflüchteten ab 2015 weiter ausdifferenziert. Denn mit der verstärkten Zuwanderung rückte

1 <http://bengi-ks.de/> [Letzter Zugriff: 17.05.2023]

2 <https://www.jafka.de/> [Letzter Zugriff: 17.05.2023]

3 <https://www.i-gbs.de/> [Letzter Zugriff: 17.05.2023]

zunächst die niedrigschwellige Qualifizierung zugewanderter Menschen in den Vordergrund – z.B. als Pflegehilfskraft in der Senior*innenpflege, obwohl stellenweise höhere Bildungsabschlüsse vorlagen, z. B. ein syrischer Abschluss als Lehrkraft⁴.

Im Folgenden sollen der Wandel sowie das Zusammenspiel kommunal gesteuerter Integrations- und Engagementförderung anhand der Genese einzelner thematisch relevanter Netzwerk- und Kooperationsstrukturen, der damit verbundenen Zielsetzungen und vor dem Hintergrund der angedeuteten Spannungsverhältnisse nachgezeichnet werden. Hierfür wird zunächst die Integrationsförderung (in) der Stadt Kassel beschrieben (Abschn. 2) und anschließend die Bedeutung von Migrant*innenselbstorganisationen (MSO) für die Stadtgesellschaft herausgearbeitet (Abschn. 3). In Abschnitt 4 wird gezeigt, wie Engagement – insbesondere in der Flüchtlingshilfe – gestärkt wird und offengelegt, welche Herausforderungen damit einhergehen. In Abschnitt 5 werden aktuelle Entwicklungen, anhand der Engagementfelder, die in der Zeit der Corona-Pandemie entstanden sind und die Netzwerke der Stadtteilakteure thematisiert.

2. Integrationsförderung (in) der Stadt Kassel

Waren Netzwerke und Arbeitskreise in den 2000er Jahren noch oft geprägt von einer Kultur des gegenseitigen Informierens, trat in den 2010er Jahren mehr und mehr der Bedarf nach wechselseitiger Abstimmung in den Vordergrund. Unterschiedliche Akteure der Stadtgesellschaft identifizierten zunehmend selbst Angebotslücken in der öffentlichen Daseinsvorsorge und stellten Anforderungen an Kommunalpolitik und Verwaltung. Veränderte Rahmenbedingungen von Förderprogrammen, wie z.B. der einzusetzende Eigenmittelanteil oder die Eingrenzung förderfähiger Positionen zog darüber hinaus den Wunsch nach Absprachen und Schnittstellenkoordination seitens der Träger mit sich. Diese Rahmenbedingungen bilden seitdem auch die Basis zum Ausloten von Kooperationen, um Expertise wechselseitig zu ergänzen und um Chancen zur Einwerbung von Fördermitteln zu erhöhen.

Im Jahr 2004 wurde das Kommunale Integrationsprogramm der Stadt Kassel von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Um den demografischen Wandel und die damit einhergehenden Herausforderungen hinsichtlich Altersstruktur, Zusammensetzung der Bevölkerung und kommunaler Sorgein-

4 Die Erlangung der Lehrbefähigung für zugewanderte Menschen aus Drittstaaten in Hessen bzw. der Erwerb einer Berufserlaubnis kann nach konservativen Schätzungen 10 Jahre oder mehr in Anspruch nehmen.

frastruktur zu meistern, wurden zwischen 2006 und 2008 drei Zukunftskonferenzen mit Beteiligten aus allen Bereichen (Politik, Verwaltung, Träger, Migrant*innenselbstorganisation, Arbeitsverwaltung, Kammern, Vereine und Initiativen u.a.) der Stadtgesellschaft durchgeführt.

2008 fand der erste Kasseler Integrationsgipfel mit etwa 250 Teilnehmenden statt. Die Stelle eines Integrationsbeauftragten wurde im gleichen Jahr eingerichtet. Die integrationspolitische Aufbruchstimmung innerhalb der Stadt Kassel in dieser Zeit verdankt ihren Schwung der Tatsache, dass die Lokalpolitik das Feld „der Integration“ für sich entdeckte und dieses mit einem optimistischen Gestaltungsimperativ verband. Das galt auch für die Gemeinden der Zugewanderten, deren Institutionen der Selbstorganisation (u.a. Moschee-, Kultur-, Bildungs- und Sportvereine, Ausländerbeirat) stärkere Präsenz in den kommunalen Fachöffentlichkeiten und nachhaltigeren Einfluss auf die Diskurse um Integration erlangten. Immer öfter wurde von diesen Akteuren eingefordert, die Teilhabe und Einbindung von Menschen mit Migrationsgeschichte – etwa bei kommunalen Planungsvorhaben zur Integration – verbindlich umzusetzen.

Parallel wurde für einen Zeitraum von rund zehn Jahren⁵ stadtverwaltungsintern die Organisationseinheit „Zukunftsbüro“ eingerichtet, in der die Querschnittsthemen Demografischer Wandel, Integration, Bürgerschaftliches Engagement zusammengefasst waren, ab 2012 ergänzt um die Geschäftsstelle der Beiräte. Dabei fungierte das Zukunftsbüro als Scharnier zwischen Stadtverwaltung, Politik und Stadtgesellschaft, um partizipativ Perspektiven zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen zu entwickeln. Die sich verändernde Steuerungsrolle der Kommune wurde durch die Beteiligungen der Stadt Kassel an verschiedenen EU-, Bundes- und Landesprogrammen, die oft auch einen horizontalen (mit anderen Kommunen und Landkreisen) wie vertikalen Erfahrungsaustausch (mit Bund, Land, EU) und Lernen an Guten-Praxis-Beispielen umfassten, deutlich. Beispielhaft kann die Teilnahme der Stadt Kassel am Hessischen Landesprogramm „Modellregion Integration“ in den Jahren 2009 bis 2012 genannt werden. Ziel des Landesprogramms war, über Projektförderungen und interkommunale Fachkonferenzen, den Austausch zu fördern, verschiedene Akteure zu vernetzen, gemeinsame Leitbilder zu erarbeiten, Bedarfe zu erkennen und Zuständigkeiten für die Umsetzung von Zielvorgaben in der Kommune festzulegen.

Die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen in den Handlungsfeldern Interkulturelle Öffnung, Stärkung einer Willkommens- und Anerkennungskulturen sowie Aufbau und Verankerung eines Integrationsmonitorings wurden im hessischen Folgeprogramm „WIR“⁶ fortgesetzt. Die Stadtverwaltung konnte hier

5 Die verschiedenen Themenbereiche inklusive der Personalstellen wurden ab Herbst 2018 in andere Organisationseinheiten verlagert.

6 <https://integrationskompass.hessen.de/vielf%C3%A4ltige-f%C3%B6rderung%C3%B6glichkeiten-im-landesprogramm-wir> [Letzter Zugriff: 17.05.2023]

ein Integrationsmonitoring aufbauen, das seitdem kontinuierlich fortgeschrieben wird, inzwischen im integrierten Berichtswesen der Stadt eingebunden ist und als Planungsgrundlage in vielfältigen städtischen Maßnahmen berücksichtigt wird.

Seit Juni 2012 liegt das Kasseler Integrationskonzept⁷ vor. Kern des Konzeptes sind sechs definierte Handlungsfelder (Leben im Stadtteil, Zugang zu Sprachförderung und Bildung, Teilhabe am Arbeitsmarkt, Gesundheitsförderung, -versorgung und Pflege, Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung, Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens) in denen Empfehlungen zum Ausbau und zur Abstimmung von Fördermaßnahmen und Handlungsschwerpunkten getroffen werden. Innerhalb dieser Handlungsfelder werden bereits bestehende Maßnahmen als Beispiele herangezogen und Unterziele für ergänzende oder neue Maßnahmen formuliert. So wurde etwa im Handlungsfeld „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ postuliert, dass die Herstellung von Transparenz über die berufliche Qualifikation von zugewanderten Menschen, die im Herkunftsland erworben wurde, das Einstellungsverhalten regionaler Arbeitgeber positiv beeinflussen könnte. Als Maßnahmen wurde die Einrichtung eines Fachberatungsdienstes zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen und die Einführung eines lokalen „Qualifizierungspasses“ (bzw. „Bildungsordner“) angeregt, welcher Auskunft über mitgebrachte und im Ankunftsland erworbene Qualifikationen geben soll. Beide Maßnahmen sind von der Stadt Kassel in Kooperationen mit dem „Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt“, dem Offenbacher Institut INBAS⁸ und der Volkshochschule (Region Kassel) umgesetzt. Das Integrationskonzept der Stadt Kassel wurde von einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe und mit Organisationen der bestehenden Integrationsarbeit erstellt und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Für die Steuerung und Umsetzung des Konzeptes wurden ein Integrationsmonitoring und ein Berichtswesen genutzt. Die Abstimmung zwischen den beteiligten Ämtern⁹ wird von der fachübergreifenden Arbeitsgruppe Integration gesteuert. Neben internen Steuerungsmodellen wirkt die Stadtverwaltung sozialräumlich aktiv in vielen Arbeitskreisen mit, so dass zwischen Verwaltung,

7 Die überarbeitete Fassung „Integrationskonzept der Stadt Kassel – neue Akzente“ aus dem Jahr 2019 ist abrufbar unter: https://www.kassel.de/familie-und-soziales/Integrationskonzept_2019_barrierefrei.pdf [Letzter Zugriff: 17.05.2023]

8 <https://www.offenbach.de/microsite/kreativwirtschaft/modulinhalte/verzeichnisse/kreativwirtschaft/INBAS.php>, [Letzter Zugriff: 22.05.2023]

9 Die Stadt Kassel hat Stand Juli 2023 27 Ämter, zwei Eigenbetriebe und das Jobcenter als gemeinsame Einrichtung der Kommunal- und Bundesverwaltung. In der Arbeitsgruppe Integration ist ein kontinuierlicher Kern von Ämtern vertreten, deren Zuständigkeiten für Themen der Integration, Migration, Interkulturellen Öffnung und Herstellung von Chancengleichheit aufgrund der Aufgabenverteilung offensichtlich ist (z.B. Sozialamt, Amt für Schule und Bildung, Bauverwaltungsamt, Personalamt u.a.). Anlassbezogen werden andere Ämter oder ggf. Eigenbetriebe hinzugezogen (z.B. Die Stadtreiniger)

freien Trägern und Initiativen eine zielgerichtete Abstimmung erfolgt. Die zentralen Gremien sind hierfür der 1981 erstmalig gewählte Ausländerbeirat der Stadt Kassel, sowie der Arbeitskreis Integration Stadt und Landkreis Kassel. 2022 wurden die Stelle der Integrationsbeauftragten und die damit verknüpfte Steuerung der kommunalen Integrationsförderung in die Stabsstelle Amt für Chancengleichheit überführt. Das holistische Verständnis und die Förderung von Vielfalt im Spannungsfeld mit der Abwendung von Diskriminierung erhalten dadurch eine herausgehobene Position im allgemeinen Verwaltungshandeln.

2.1 *Ausländerbeirat*

Um den Kasseler*innen mit ausländischem Pass Mitgestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen, fanden bereits ab 1969 regelmäßige Treffen zwischen deutschen und ausländischen Einwohner*innen statt.

Ein erster „Bericht zur Lage der Ausländer“ in Kassel wurde erarbeitet. Daraufhin wurde vom Magistrat der Stadt Kassel im Jahr 1971 ein offizieller Arbeitskreis unter Vorsitz des Bürgermeisters mit dem Auftrag, Probleme der ausländischen Arbeitnehmer*innen und ihrer Familien zu erfassen und zu bearbeiten, gegründet.

1980 erfolgte der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Einrichtung eines Ausländerbeirates, dessen erste Wahl im Jahr 1981 erfolgte. Der Beirat ist seitdem die – durch eine demokratische Wahl – legitimierte Interessensvertretung, welche politische Entscheidungsprozesse begleitet, aber auch Einzelpersonen berät sowie Vereine von Migrant*innen unterstützt. Als politisches Gremium und Interessensvertretung besitzt er eine Stimme innerhalb der politischen Landschaft und den Entscheidungsprozessen. So hat der Ausländerbeirat Rede- und „Initiativrecht“ in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung, kann also eigene Beschlussanträge einbringen. Der Ausländerbeirat ist zudem über alle Vorhaben der Stadt Kassel, welche die Belange der ausländischen Bürgerinnen und Bürger tangieren im Vorfeld zu informieren und es ist ihm Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Um diesen Auftrag gemäß Hessischer Gemeindeordnung und stadteigener Satzung als ehrenamtlichen Gremium nachzukommen, bedient sich der Ausländerbeirat einer hauptamtlichen Geschäftsstelle, die er mittels Beschlussfassung in der Ausländerbeiratsitzung mit der Umsetzung von Vorhaben, dem Stellen von Anfragen, der Einberufung von Sitzungen, der Einholung von Stellungnahmen bei Beschwerden etc. beauftragen kann. Die gewählten Mitglieder des Ausländerbeirats sind Brückenbauer*innen und Multiplikator*innen zugleich. Viele setzen sich zusätzlich in migrantischen Vereinen oder innerhalb einzelner Communities für die Belange und Interessen der zugewanderten Menschen ein. Die gewählten Mitglieder des Ausländerbeirats – insbesondere der Vorsitzende und seine

Stellvertreterinnen und Stellvertreter – sind als sachverständige Bürgerinnen und Bürger in diverse Ortsbeiräte, Kommissionen, Arbeitsgruppen und Ausschüsse innerhalb der Stadtverwaltung und der politischen Gremien eingebunden. Ein wesentlicher, auch dem Ausländerbeirat zuzuschreibendes Faktum ist die Stärkung der Migrant*innenorganisationen ihrer Rolle als Interessenvertreter*innen der zugewanderten Communities und der Unterstützung einzelner Vereine und Initiativen bis hin zu deren Professionalisierung (s. a. Abschn. 3 und Freuwört in diesem Band).

2.2 *Arbeitskreis Integration – Stadt und Landkreis Kassel (AK Integration)*

Ursprünglich als Arbeitsgruppe der lokalen Integrationskursträger gegründet, hat sich der AK Integration seit seinem nunmehr gut 30-jährigen Bestehen als wichtige Konstante des regelmäßigen Austausches zwischen den unterschiedlichen Akteuren der lokalen Integrationsförderung etabliert. Organisiert und moderiert wird er durch einen gewählten Sprecher*innenkreis, der sich traditionell aus vier Personen mit unterschiedlicher Trägerzugehörigkeit zusammensetzt. In diesem Kreis beraten sich mittlerweile ca. 50 meist hauptamtliche Akteure von Bildungs- und Sprachkursträgern, von Organisationen und Institutionen der Sozialwirtschaft, aus dem Bereich Arbeitsmarktintegration und Quartiersarbeit mit Vertreter*innen unterschiedlicher Fachämter der Stadt Kassel sowie dem Regionalkoordinator des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Die Mitglieder nutzen den Arbeitskreis zum Austausch und für die Bearbeitung umfassender Fragestellungen. Im AK Integration werden alle Fragen der regionalen Integrations- und Flüchtlingsarbeit thematisiert. Im Vordergrund stehen neben der Information über Angebote der Träger, Ämter und Einrichtungen sowie rechtlichen Neuerungen, auch der fachlich-kollektive Austausch zu Entwicklungen im Bereich Migration und Integration. Die Durchführung gemeinsamer Fachveranstaltungen, die Entwicklung von Positionspapieren oder die Abstimmung möglicher Beteiligungen an Förderprogrammen gehören ebenfalls zu Aktivitäten des Arbeitskreises.

Auch während der Corona-Pandemie hat sich der AK-Integration bewährt. Über digitale Treffen konnten die Akteure auf die vulnerable Situation der Zielgruppen aufmerksam machen. Einige der Akteure konnten während der Pandemie auf unterschiedlichsten Wegen die wichtigsten Informationen an ihre Zielgruppen weitertragen (s. a. Alisch et al. in diesem Band).

3. Migrant*innenselbstorganisationen

Die Migrant*innenorganisationen, also mehrheitlich von zugewanderten Menschen gegründete und betriebene Vereine, engagieren sich wie viele andere zivilgesellschaftliche Akteure nicht erst seit 2015 im Bereich Integration. Viele Vereine unterstützen und begleiten Neuzugewanderten bei allen Herausforderungen des Alltags, die mit einem neuen Lebensumfeld in Deutschland verbunden sind. Mit der Flüchtlingsaufnahme sind seit 2015/2016 zusätzliche Aktivitäten einiger ausländischer Vereine zu verzeichnen. Vor allem im Bereich Beratung, Dolmetscherdienste, Behördenbegleitung, Sport-, Kultur-, Lern- und Geselligkeitsangebote engagieren sich die ehemals selbst zugewanderten oder geflüchteten Menschen als „Brückenbauer*innen“ für die „Neuen“ mit „frischer“ Zuwanderungserfahrung. Deutlich wird dabei, dass die Brückenbauer*innen nicht nur die Neuzugewanderten begleiten und unterstützen, sondern mit ihrem Wissen und Erfahrungsschätzen in ihren Communities immer wieder als Ratgeber*innen gefragt sind. Sie stehen an der Seite derer, die bei ihren Alltagsproblemen und Nöten Unterstützung bedürfen. Als Muttersprachler*innen sind sie auch Vermittler der Anforderungen, die die Mehrheitsgesellschaft an die Neuzugewanderten stellt.

Sehr früh fiel auf, dass die aktiven Vereine sich von den ehemals sogenannten „Gastarbeiter“-Vereinen in der Hinsicht unterschieden, dass sie über keine oder nur temporäre Räume verfügten. Mit Unterstützung des Landesprogramms WIR und in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates konnte für einige der engagierten Vereine eine Broschüre mit den Tätigkeitsfeldern der Vereine erstellt werden. Darüber hinaus versuchten Akteure der Verwaltung in Kooperation mit dem Freiwilligenzentrum der Region Kassel geeignete Büroräume für die Vereine zu organisieren. Nach einer kurzen Zeit in einem Raum der Stadt konnten mit Fördermitteln des BAMFs der Grundstein für zwei vollausgestattete Büroräume mit einer Koordinationsstelle gelegt werden. Seit Ende 2018 sind zehn MSO mit unterschiedlichen Bürozeiten im Haus der Sozialwirtschaft mitten in Zentrum der Stadt Kassel unter dem Projekttitel „ALL-IN“ (etwa „alle unter einem Dach“) zu Hause. Nach Auslauf der Projektmittel vom BAMF konnten in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen (BV-NeMO e.V.) des Landesprogramms WIR und Mitteln aus dem städtischen Haushalt zwei vollausgestattete Büroräume und eine Projektkoordinationsstelle weiterhin finanziert werden.

Migrantenorganisationen sind unter dem Dach von ALL-IN mittlerweile bei vielen Fragen der Integration und Migration eine häufig frequentierte Anlaufstelle von ratsuchenden Einzelpersonen aber auch Institutionen der „Mehrheitsgesellschaft“. Es bestehen Kooperationen mit einer Reihe von hauptamtlichen Hilfe- und Beratungseinrichtungen (z.B. den Jugendmigrationsdienst

und der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer). Die Vertreterinnen und Vertreter von ALL-IN sind gefragte Expert*innen in verschiedenen Themenbereichen wie etwa der Bildungswegeplanung der Bildungsberatung HES-SENCAMPUS¹⁰.

4. Engagement stärken

Im Herbst 2009 wurde eine stadtverwaltungsinterne Projektgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“ eingerichtet, die binnen eines Jahres die bis dahin von der Stadtverwaltung geleistete Unterstützung zur Förderung Bürgerschaftlichen Engagements analysieren sollte, um daraus Empfehlungen für zukünftiges Handeln zu entwickeln. Die offene Diskussion der Ergebnisse mit Vertreter*innen der Liga der freien Wohlfahrtspflege sowie dem Freiwilligenzentrum Region Kassel markierte den Beginn einer aktiven Rolle zur Förderung Bürgerschaftlichen Engagements seitens der Stadtverwaltung, die nicht an eine Sparte oder Altersgruppe gebunden war. Während das Freiwilligenzentrum der engste Partner in der operativen Förderung von Engagement und Ehrenamt ist, nimmt die Stadtverwaltung eine koordinierende Rolle ein.

2010 wurde die Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement gegründet. Die mittlerweile 20 Mitglieder vertreten als Koordinationsstellen und Ansprechpartner*innen für Engagement unterschiedliche Formen und Bereiche des Ehrenamtes in Kassel. Die gemeinsame Zielsetzung ist, bestehende Engagementstrukturen miteinander zu vernetzen, sowie aktuelle Themen, Fragestellungen und Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements zu bearbeiten. Ein Ergebnis dieser Arbeit ist das seit 2015 erscheinendes Fortbildungsprogramm „Pro Ehrenamt“. Darüber werden organisationsübergreifend, kostenfreie Schulungs-, Qualifikations- und Austauschformate für in Kassel ehrenamtlich Aktive angeboten.

4.1 *Engagement und Herausforderungen in der Flüchtlingshilfe*

Die Bereitschaft innerhalb der Bevölkerung Hilfestellungen und Unterstützung für Geflüchtete zu leisten, war mit Beginn der verstärkten Fluchtmigration ab Sommer 2015 sehr groß. In den ersten Monaten befanden sich die kommunalen als auch die Strukturen auf Landesebene in einem organisatorischen Ausnahmezustand. Es galt für die stetig wachsende Zahl an ankommenden Menschen ad hoc Unterkünfte zu akquirieren, Verpflegung sicherzustellen und Betreuung zu gewährleisten. Verwaltungsintern wurde ein Krisenstab eingerichtet, über

10 <http://www.hessencampus-kassel.net/> [Letzter Zugriff: 22.05.2023]

den die Fachämtern miteinander verbunden, Aktivitäten aufeinander abgestimmt und Handlungsnotwendigkeiten priorisiert wurden. Unterstützer*innenkreise, Vereine und die einzelnen Koordinationsstellen der Wohlfahrtsverbände und Glaubensgemeinden für Ehrenamtliche wirkten mit ihrem Engagement zu Beginn meist unverbunden nebeneinander und standen in der Auseinandersetzung mit einer ungeduldgigen, hochmotivierten Erwartungshaltung seitens einer Vielzahl hilfsbereiter Bürgerinnen und Bürger. Der Bedarf für eine zentrale Ansprechperson zur Vermittlung in bestehende sowie sich im Aufbau befindenden Angebotsstrukturen stieg.

Im Spätsommer/Herbst 2015 wurde die Koordinationsstelle für Bürgerengagement und Ehrenamt im Profil und im Stundendeputat ausgeweitet, um die Aktivitäten in der ehrenamtlich getragenen Flüchtlingshilfe zu koordinieren und als zentrale Ansprechperson zu fungieren. Parallel wurde das Freiwilligenzentrum Region Kassel mit der Einrichtung einer Clearingstelle unter dem Namen „Willkommen in Nordhessen“ beauftragt, um Interessierte in Engagementfelder zu vermitteln, Möglichkeiten des Austauschs zu bieten, hauptamtliche Strukturen der Sozialen Arbeit im Bereich Freiwilligenmanagement zu unterstützen und bedarfsgerecht zu qualifizieren. Der Caritasverband Nordhessen, der auf kommunaler Ebene mit der Sozialbetreuung und Asylverfahrensbegleitung der Ankommenden beauftragt wurde, richtete ebenfalls eine Koordinationsstelle für die Flüchtlingshilfe ein, welche u.a. als Schnittstelle zu den Bedarfen in den Unterkünften fungierte. Ebenso das Regierungspräsidium Kassel, in dessen Verantwortung sich zu dieser Zeit die hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen befanden. Über die kommunale Engagementkoordination der Flüchtlingshilfe im Zukunftsbüro der Stadt Kassel wurden die Aktivitäten zusammengeführt, aufeinander abgestimmt und über einen festen Tagesordnungspunkt in den Krisenstab der Stadt Kassel hineingetragen.

Rahmen, Möglichkeiten und Herausforderungen gestalteten sich für die professionellen Strukturen sowie für das Ehrenamt je nach Einrichtung unterschiedlich. Hintergrundinformationen fehlten und führten teilweise zu Missverständnissen und Frustration auf beiden Seiten. So ist z.B. allein das Thema Zuwanderungsbeschäftigungsrecht so umfangreich und einem permanenten gesetzgeberischen Wandel unterworfen, dass die Arbeitsmarktintegration geflüchteter Menschen in vielen Einzelfällen in ihrer Komplexität gar nicht mehr von einzelnen Institutionen – geschweige denn ehrenamtlich engagierten Menschen – überblickt werden kann.

Erwartungshaltungen Ehrenamtlicher und tatsächliche Leistungsfähigkeit von Verwaltungseinheiten galt es aus – in fachlicher, aber auch in „emotionaler“ Hinsicht – auszutarieren, um einerseits Akzeptanz für die jeweils andere Seite herzustellen, ohne andererseits berechnigte, konstruktive Kritik und v.a. das so wichtige Engagement der Ehrenamtlichen „zurückzudrängen“.

Die Moderation der Netzwerkarbeit und die Gewährleistung des professionellen und zivilgesellschaftlichen Austauschs gehörten daher zum A und O

der kommunalen Koordinationstätigkeit, um Teilhabe, Steuerung und Ressourcen zu gewährleisten bzw. zu aktivieren.

4.2 *Rolle der Ehrenamtskoordination*

Die Ehrenamtskoordination der Stadt Kassel sollte neue Formen der Unterstützung und Hilfsbereitschaft mit den klassischen Strukturen des Ehrenamtes (Sport, Kultur, Stadtteilarbeit, Soziales, Bildung) verbinden und gezielt Kooperationen und Partnerschaften zwischen unterschiedlichen Akteuren initiieren. Bestehende Strukturen der Unterstützung sollten gestärkt und durch gezielte Beratung und Vernetzung bei der Umsetzung von Ideen und Angeboten begleitet werden. Die Ehrenamtskoordination sollte gleichzeitig zentraler Ansprechpartner für die städtischen Fachämter, Unternehmen und Akteure der Integrationsförderung (z.B. Jugend- und Erwachsenenmigrationsdienste) zur Unterstützung von Geflüchteten durch das Ehrenamt sein.

Um diesen Aufgabenkanon inmitten einer dynamischen Zuwanderungs- und Rechtslage zu bewältigen, wurden drei zentrale und nach außen hin sichtbare Instrumente eingeführt. Eine eigene Themenseite „Flüchtlingshilfe“ im Webauftritt der Stadt Kassel informierte über Möglichkeiten für Kleider- und Sachspenden, Flüchtlingscafés, den Erwerb der deutschen Sprache oder auch Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt und stellte breitgefächert Informationen bereit. Über die Verknüpfung mit der Freiwilligensuchmaschine des Freiwilligenzentrums wurde Einzelengagement in ehrenamtliche Tätigkeitsfelder gelenkt, die noch Unterstützung brauchten.

In räumlicher Nähe zu Gemeinschaftsunterkünften, Kleinstunterkünften und den Hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen entstanden Unterstützernetze. Diese waren an Kirchengemeinden und Wohlfahrtsverbänden (Caritas, Diakonisches Werk, Deutsches Rotes Kreuz, Internationaler Bund, Arbeiterwohlfahrt) angebunden oder organisierten sich über die lokalen Vereinsstrukturen sowie privat innerhalb der Nachbarschaft. Der Landessportbund, verschiedene Glaubensgemeinschaften, Kulturakteure und Bildungseinrichtungen organisierten parallel eigene Angebote. Über den „Runden Tisch Flüchtlingshilfe“ als offenes Informations- und Austauschformat und zweites Instrument zur Koordination, wurden diese in ihren Aktivitäten miteinander verbunden und tauschten sich mit Vertreter*innen der Stadt über die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen aus. An den Beratungen nahmen regelhaft zwischen 35 und 50 unterschiedliche Akteure teil, welche die Informationen und bereit gestellten Materialien, wie den „Refugee Guide“ oder das Kurzbilderbuch „Zeig mal!“ als Hilfestellung zur Überwindung von Sprachbarrieren, ihrerseits in die unterschiedlichsten Netzwerke weitertrugen. Als drittes Instrument wurde ein umfangreicher Newsletter eingerichtet, der verlässlich über

rechtliche Neuerungen informierte, Hilfestellung für Engagierte bot sowie Angebote und Aktivitäten der Teilhabe und Unterstützungsbedarfe der einzelnen Akteure bündelte. Adressat waren hierbei hauptamtliche Strukturen genauso wie der einzelne Engagierte. Durch Weiterleitungen oder Aushänge der Newsletter wurden konservativ geschätzt regelmäßig ca. 1.000 Personen erreicht.

Die dezentrale Unterbringung der Geflüchteten in Gemeinschafts- und einer Vielzahl an Kleinstunterkünften haben in Verbindung mit den entstandenen Angeboten in der Flüchtlingshilfe Möglichkeiten des Kontaktes zwischen der Kasseler Bevölkerung und Geflüchteten geschaffen, wodurch Berührungsängste und Vorbehalte abgebaut werden konnten. Dadurch wurde die Grundlage geschaffen, dass sich die Angebotsstruktur mehr und mehr zur einer *Begegnungsstruktur* wandelte, die Geflüchtete und Engagierte zusammenbringt und damit den Weg für eine selbstbestimmte Teilhabe von Geflüchteten ebnete.

Das soziale Milieu, das Engagement durch den Ortsbeirat, die Offenheit der lokalen Vereinslandschaft und eine hauptamtlich getragene Engagementkoordination vor Ort sind wesentliche *Erfolgsfaktoren* und bestimmen die Vielfalt sowie Qualität der teils ehrenamtlich getragenen Angebote. Gleichzeitig bieten sie verlässliche Anknüpfungspunkte für Menschen, die sich bewusst außerhalb ihrer sozialräumlichen Umgebung engagieren möchten.

So unterschiedlich die Herkunftsländer, der Bildungsstand aber auch die Fluchtbiografien der Geflüchteten sind, so divers gestaltet sich der notwendige *Unterstützungsbedarf* für ein langfristiges Ankommen in der Stadt. Physische und psychische Beeinträchtigungen der Geflüchteten können ein Ankommen insbesondere am Anfang erschweren. Geschlossene sowie offene *Gruppenangebote* ebnen dabei für beide Seiten den Weg für nachhaltige und *persönliche* Formate der *Begleitung* und Begegnung.

5. Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen

Die im Zuge der verstärkten Fluchtmigration ab Sommer 2015 entstandenen Formate, Kontakte und Kooperationen des offenen und vertrauensvollen Austauschs zwischen Stadtverwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren haben eine neue Basis der Zusammenarbeit und des gemeinsamen Wirkens geschaffen. Deutlich wurde dies im Zuge der Corona-Pandemie. Nach dem Vorbild des „Rundes Tisches Flüchtlingshilfe“ wurde im März 2020 das Corona-Nachbarschaftshilfe-Netzwerk gegründet und bestand zu Hochzeiten der Pandemie aus über 30 Initiativen, Einrichtungen und Organisationen in Kassel, die meist in ihren jeweiligen Quartieren und Stadtteilen Unterstützungssysteme und Hilfen für die Menschen organisierten und anboten. Über das Freiwilligenzentrum

wurde abermals eine Clearingstelle eingerichtet, diesmal unter dem Namen „Achtsam und Engagiert“. Das Netzwerk war in sechs Engagementfeldern tätig.

Bei manchen Angeboten, wie zum Beispiel den Einkaufshilfen, wurde zu Beginn der Bedarf überschätzt, bei Gesprächsangeboten („Schnuddel-Telefon“) wurde er deutlich unterschätzt, so dass eine konstante Nachsteuerung notwendig wurde, um flexibel auf bestehende und neue Bedarfe reagieren zu können. Durch die hohe Nachfrage an Gesprächsangeboten wurde deutlich, dass die unsichere Gesamtsituation und die individuellen sowie gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie zu erheblichen psychologischen Belastungen geführt haben. Hier wurden gezielt Gesprächsformate wie Telefonketten, Balkongespräche und Briefe entwickelt und umgesetzt.

Die Nachfrage an Unterstützung veränderte sich über die Dauer der Pandemie. Viele Angebote wurden seitens der im Quartier und Stadtteil aktiven Träger mit viel Engagement an die sich stetig aktualisierten Rahmenbedingungen angepasst, weiterentwickelt und teils völlig neu konzipiert.

Abbildung 1: Engagementfelder und Beispiele der Initiativen des Corona-Nachbarschaftshilfe-Netzwerks



Quelle: eigene Darstellung

Mit dem Zusammenspiel der Clearingstelle „Achtsam und Engagiert“ und dem Corona-Nachbarschaftshilfe-Netzwerk konnten die Akteure in den einzelnen Stadtteilen und Quartieren bei der Koordinierung von Unterstützungsangeboten

und der Begleitung der Menschen vor Ort maßgeblich unterstützt werden. Anerkannt wurde dieser Erfolg unter anderem durch die Nominierung für den Publikumspreis des Deutschen Nachbarschaftspreises der Nebenan.de-Stiftung.

Gerade vor dem Hintergrund der Herausforderungen im Zuge der Bewältigung der Corona-Pandemie und jüngst durch die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine binnen kürzester Zeit, wird der Mehrwert von Austausch, Vernetzung und Kooperation über Netzwerke wie das Corona-Nachbarschaftshilfe-Netzwerk (April 2020 – März 2022) und den Runden Tisch Flüchtlingshilfe, eine Austauschplattform zwischen der Stadt Kassel und eine Vielzahl an Vertreter*innen der Zivilgesellschaft (seit Sommer 2015), deutlich.

Um der Vernetzung und dem Austausch zwischen Sozialräumen eine verbindliche Plattform und Kontinuität zu bieten, wurde im April 2022 das „Netzwerk der Stadtteilakteure“ durch die Sozialplanung des Sozialamtes der Stadt Kassel initiiert. Mit dem „Netzwerk der Stadtteilakteure“ ist ein Verbund geschaffen, der jene in einem Netzwerk zusammenbindet, die als soziale Knotenpunkte aktiv in die jeweiligen Sozialräumen hineinwirken. Die Namensgebung orientiert sich dabei bewusst an der Funktion der Orte und weniger an einer spezifischen Thematik. Die angesprochenen Akteure umfassen dabei Stadtteil- oder Nachbarschaftstreffe in Anbindung an die Wohnungswirtschaft, Stadtteilzentren und Quartiersmanagements, Treffpunkte in Trägerschaft von Wohlfahrtsverbänden, Gemeindezentren der Kirchengemeinden, Vereinsinitiativen sowie Bürgerhäuser oder Stadtteilbibliotheken als kleinräumliche Veranstaltungsorte. Sie alle haben unterschiedliche Geschichten, Träger, Finanzierungsmodelle, Zielgruppen und Aufträge, die sie unter differierenden sozialräumlichen Faktoren umsetzen. Dabei arbeiten alle Stadtteilakteure auch mit Freiwilligen zusammen, die in unterschiedlichem Umfang sowohl die Angebotsvielfalt wesentlich mitgestalten oder sogar tragen. Zentrales Anliegen ist der Wissenstransfer und der gegenseitige Austausch über etablierte Angebotsstrukturen, innovative Konzepte der Zielgruppenerreichung, der Umgang mit neuen Herausforderungen und Bedarfen sowie die Einbindung von engagierten Bürger*innen.

Fokusthemen zur Diskussion im Plenum oder zur Bearbeitung in selbstorganisierten Kleingruppen bestimmen dabei die Akteure selbst. Form und Inhalt ist maßgeblich von den Akteuren des Netzwerkes bestimmt und getragen. Zur Betreuung des Netzwerkes wurde das Format einer Steuerungsrunde gewählt, in der sich neben der Sozialplanung als Initiatorin drei Akteure aus dem Netzwerk engagieren. Seine Funktionalität bewies das junge Netzwerk bereits im Herbst/Winter 2022 als sich durch stark gestiegen Lebensmittel- und Energiekosten die finanzielle Lage vieler Menschen verschärfte. Die Stadtteilakteure reagierten mit Angeboten wie Wärmecafés, erweiterten Öffnungszeiten oder offenen Angeboten in beheizten Räumen – oft in Verknüpfung mit Möglichkeiten zur Sozialberatung und kostengünstigen Essensangeboten. Für die

Schließzeiten zwischen Weihnachten und Heilige Drei Könige stellte die Sozialplanung eine Übersicht mit offenen Angeboten und günstigen Mittagstischen zusammen und leitete sie über das Netzwerk in die Stadtteile und Quartiere zum Aushängen weiter.

Mit dem Wechsel politischer Mehrheiten in der Kommune sind auch immer wieder verwaltungsorganisatorische Neuausrichtungen einzelner Facetten des Themas „Integration“ sowie „Engagement und Ehrenamt“ verbunden. Seit 2020 gibt es in der Stadt Kassel das „Amt für Chancengleichheit“, welches exklusiv als Querschnittseinheit die Fäden in den Themenbereichen Antidiskriminierungsarbeit, interkulturelle Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur in der Hand halten soll. Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Beobachtung, dass Netzwerke der Integrationsförderung innerhalb der letzten 15 Jahre eine institutionelle Stabilität und Resilienz entwickelt haben. Mit der Verortung des Themas „Engagement und Ehrenamt“ in der Sozialplanung des Sozialamtes wird die kommunale Engagementförderung mit Perspektiven und Erkenntnissen aus dem Sozialraum angereichert und neu ausgerichtet.

Patenschaftsprojekte – gelebte Diversität!?

Linda Kalb-Müller, Sina Conradi und Diana Helfrich

In den letzten Jahren, insbesondere nach dem vermehrten Zuzug von Geflüchteten in den Jahren 2015/2016, sind vielfältige Aktionsprogramme zur Integration von Geflüchteten von der Bundesregierung aufgelegt worden. Trotz aller Maßnahmen lassen sich Einschränkungen der gesellschaftlichen Teilhabe für geflüchtete Menschen feststellen. Rechtliche Regelungen verstärken Ausgrenzung beispielsweise durch Restriktionen zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, die fehlende Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, die örtliche Gebundenheit durch die sog. Residenzpflicht, den eingeschränkten Familiennachzug oder den nicht für alle geltenden Anspruch auf Deutschsprachkurse. Durch lange Asylanerkennungsverfahren bleiben ihnen Integrationsmaßnahmen und damit Teilhabemöglichkeiten häufig über einen langen Zeitraum verwehrt.

Häufig fehlt es an niederschwelligen, informellen Anknüpfungsmöglichkeiten in der Gesellschaft, die zu den rechtlichen Hürden hinzukommen. Integration beginnt mit einem Gefühl der Zugehörigkeit sowie der persönlichen Anbindung an die Mehrheitsgesellschaft, welche durch persönliche Kontakte und freundschaftliche Beziehungen aufgebaut werden können (s. ausführlich den Beitrag von Alisch et al. in diesem Band).

Hier setzt das Patenschaftsprojekt des AWO Kreisverbandes Fulda e.V.¹ an. Das Projekt wurde im Rahmen des Patenschaftsprogrammes des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Menschen stärken Menschen“² seit 2016 aufgebaut und finanziell gefördert. Es hat zum Ziel, Begegnungen zwischen den in Stadt und Landkreis Fulda lebenden Menschen und den dort angekommenen Geflüchteten zu schaffen. Durch individuelle Begleitung der geflüchteten Menschen durch Ehrenamtliche aus Fulda soll der Anschluss an die Gesellschaft erleichtert und Teilhabe ermöglicht werden. Seit dem Jahr 2018 wurde das Projekt unter dem Begriff „Chancen-Patenschaften“ erweitert und zielt nun darauf, das erfolgreiche Engagement für geflüchtete Menschen auf weitere Zielgruppen wie junge Menschen in sozial benachteiligten Lebensumständen und Menschen mit Migrationshintergrund ohne

1 <https://awo-fulda.de/migration-integration/patenschaftsprojekt/> [Letzter Zugriff: 18.03.2023]

2 <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/engagement-und-gesellschaft/engagement-staerken-menschen-staerken-menschen> [Letzter Zugriff: 18.03.2023]

Fluchterfahrung zu übertragen. Der Fokus sind Personengruppen, deren Unterstützungsbedarf bisher nicht abgedeckt werden konnte.

Im folgenden Beitrag wird es jedoch in erster Linie um die Erfahrungen mit den meist deutschen Pat*innen und ihren geflüchteten Mentees gehen, da sich das Projekt aus dieser Ausgangssituation entwickelt hat und in der täglichen Praxis dies auch die häufigste Form der Patenschaft ist. An einem Praxisbeispiel möchten wir zeigen, dass sich nicht mehr nur deutsche als Pat*innen engagieren, sondern zunehmend auch Menschen, die selbst eine Fluchtgeschichte haben in die Rolle der/des Unterstützer*in gehen und Patenschaften übernehmen. Mit diesem Schritt ist das Patenschaftsprojekt und damit das ehrenamtliche Engagement sichtbar diverser und vielfältiger geworden.

1. Diversität – gelingende und hemmende Faktoren

Möchte man über gelingende Diversität schreiben, sollte man wohl zunächst feststellen, was gelingende Diversität ausmacht, was sie begünstigt und was sie behindert. Gerade in Bezug auf Geflüchtete und die Rahmenbedingungen, unter denen sie leben, ist zu fragen, inwieweit sie an Gesellschaft teilhaben können.

1.1 Exklusion und Segregation

Das Leben in Deutschland beginnt für die meisten geflüchteten Menschen in sogenannten Gemeinschaftsunterkünften oder Flüchtlingswohnheimen, die sich oftmals an Ortsrändern, in Gewerbegebieten oder im ländlichen Umfeld befinden (vgl. Schirilla 2016: 31). In diesen Unterkünften werden Menschen verschiedenster Nationalitäten, Kulturen und Religionen sowie unterschiedlichster (sozialer) Herkunft in beengten Verhältnissen untergebracht. Bereits diese beiden Faktoren – die räumliche sowie die ethnische Segregation – können zu kritischen Situationen führen und erschweren eine soziale Teilhabe. Damit verbunden sind meist infrastrukturelle Schwierigkeiten, schlechte Fördermöglichkeiten für Kinder und Jugendliche sowie Vorurteile und Alltagsdiskriminierungen, die für soziale Integration hinderlich sind.

Hinzu kommt ein erschwelter Zugang zu sozialer und gesundheitlicher Versorgung, da bei vielen Betroffenen nicht nur geringe Deutschsprachkenntnisse vorliegen, sondern generell der Zugang zu Informationen über unterstützende Angebote fehlt. Schlechte Erfahrungen durch Diskriminierungen von Mitarbeitenden der zuständigen Ämter, erzeugen Angst und Unsicherheit. Politische Partizipation – schon gar nicht über ein aktives Wahlrecht, über dass

sie sich für ihre Anliegen einsetzen könnten, liegt ebenfalls für die Meisten in weiter Ferne (vgl. Ilchmann 2016: 16 und Freuwört in diesem Band).

In einer Untersuchung von Täubig (2009: 129) mit Geflüchteten in Asylunterkünften wurde deutlich, dass soziale Beziehungen zu Ortsansässigen und somit zur deutschen Bevölkerung in der Praxis schwierig sind. Oftmals werden Kontakte zu Deutschen mit Behörden oder dem Arbeitsplatz assoziiert. Soziale Beziehungen oder gar Freundschaften würden überwiegend mit Menschen ähnlicher Herkunft oder mit ähnlicher Migrationsgeschichte geschlossen. Trotzdem wird in der Studie erwähnt, dass vereinzelt durch Sprachtandems Freundschaften zu Deutschen entstanden seien. Dabei wird in Bezug auf Freundschaften die Verbindung mit Freizeitbeschäftigungen oder Zeit-miteinander-verbringen hergestellt. Dies weist auf die Notwendigkeit gemeinsamer Aktivitäten, und geteilter Interessen hin, damit eine Freundschaft entstehen kann und somit soziale Integration ermöglicht wird. „Um Deutsch zu lernen und Zeit zu verbringen, bräuchten Asylbewerber[:innen] Beziehungen zu Deutschen. Aber [...] es gehe nicht, zu Deutschen Kontakt herzustellen. Er könne nicht einfach auf der Straße jemanden ansprechen und zum Kaffee einladen. Das sei nicht normal“ (ebd.). Anhand dieser Aussagen eines von Täubig Interviewten wird deutlich, wie schwierig es Geflüchteten fallen kann, Kontakt zu Personen der Aufnahmegesellschaft herstellen zu können.

1.2 Teilhabe ermöglichen durch ehrenamtliches Engagement

Aus dem 2016 veröffentlichten OECD-Bericht zur erfolgreichen Integration von Geflüchteten und sonstigen Schutzbedürftigen geht hervor, dass es wichtiger Faktoren bedarf, um Integration und damit auch Teilhabe seitens des Staates erfolgreich zu gestalten. Dazu gehören unter anderem die Schaffung eines erleichterten Zuganges zum Arbeitsmarkt, eine frühzeitige Erkennung von psychischen und physischen Erkrankungen sowie individuell zugeschnittene Integrationsmaßnahmen, die auf unterschiedliche Förderbedarfe und Fähigkeiten eingehen. Diese Faktoren liegen in der Hand der Politik und beziehen sich vor allem auf die gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten. Ebenso stellt die Einbindung der Zivilgesellschaft und damit auch die soziale Integration wichtige Faktoren für eine gelingende Diversität dar.

Die Arbeit mit Geflüchteten, die sich 2015 durch seine mediale Brisanz, Aktualität und politische Dringlichkeit charakterisierte, bildete sich eine Vielzahl an teilweise spontanen und unorganisierten Helfer*innenkreisen, welche die Geflüchteten „begrüßen und sie vor allem da, wo die Behörden versagen oder an ihre Grenzen stoßen, mit dem Lebensnotwendigen [...] versorgen“ (Schirilla, 2016: 160).

Han-Broich (2012:151ff) fokussiert besonders auf Begegnung und Kontakt als zentrale Faktoren für soziale Integration. Insbesondere an diesem Punkt

sollen Ehrenamtliche ansetzen, um Geflüchteten, die über wenig Deutschkenntnisse und somit auch wenige Kontaktmöglichkeiten zu Ortsansässigen verfügen, die Möglichkeit zu geben, Einheimische kennenzulernen, Anschluss zu finden sowie Deutschsprachkenntnisse im Alltag zu vertiefen. Sie bewertet Anpassung sowie ein Miteinander als wichtige Integrationsfaktoren.

Das gewonnene Vertrauen in Verbindung mit Solidarität und der Bereitschaft zur Zusammenarbeit zwischen Geflüchteten und Ehrenamtlichen spiele eine wichtige Rolle beim Zusammenhalt in der Gesellschaft. In heterogen geprägten Gesellschaften kann dieses Sozialkapital zu erfolgreicher Überwindung von Konflikten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen beitragen. Es wird bestätigt, dass jenes Vertrauen sowie Empathie und Gemeinwohlorientierung besonders in ‚face-to-face‘-Kontakten aufgebaut wird, was Ehrenamtliche somit sowohl zu Produzent*innen, als auch zu Trägern von Sozialkapital macht (vgl. ebd.: 103ff).

Han-Broich setzt hier den Fokus für ein gelingendes Miteinander sehr stark auf die Anpassungsfähigkeit der Migrant*innen an die Werte der Aufnahmegesellschaft. Das auch die Einheimischen mit einer Haltung von Offenheit und Toleranz den Zugewanderten begegnen und damit einen Beitrag zu mehr Diversität in einer pluralisierten Gesellschaft ermöglichen können, wird in der Regel wenig diskutiert. Trotz des schon angedeuteten Ungleichgewichts zwischen Geflüchteten und Einheimischen bringt gerade diese Wechselbeziehung zwischen Einheimischen und Geflüchteten positive Effekte zur gesellschaftlichen Teilhabe mit sich.

2. Patenschaftsprojekte als Chance für eine diversere Gesellschaft

Durch „face-to-face“ Kontakte bilden Patenschaftsmodelle eine besondere Form des ehrenamtlichen Engagements. In Patenschaftstandems bauen sich durch die Eins-zu-eins-Beziehung zwischen Ehrenamtlichen und Mentees und die gemeinsam verbrachte Zeit eine zwischenmenschliche Sensibilität und Vertrauensbasis auf, die auf die individuelle Lebenssituation eingehen und Handlungs- und Lösungsstrategien entwerfen können (vgl. Alborino/Zwania, 2008: 18). Um eine solche Vertrauensbeziehung zwischen den ehrenamtlichen Pat*innen und den Mentees entstehen zu lassen, ist die Bereitschaft, sich zu engagieren und auf der anderen Seite sich auf einen Austausch mit einem Gegenüber einzulassen, die Grundlage (ebd.: 20).

Der Begriff der Patenschaft bedarf jedoch gerade bei älteren oder aus dem religiösen Umfeld stammenden Engagierten meist einer Erläuterung und Einordnung. Der Unterschied zum ursprünglichen Begriff der religiösen „Patenschaft“ ist durch die hierarchische sowie christliche Struktur der Beziehung

geprägt. Die Vorstellung einer ursprünglichen Patenschaft und damit einer möglichen einhergehenden Bevormundung sollte im Sinne der Aktivpatenschaft aufgelöst und eine ebenbürtige, hierarchielose Patenschaft zwischen zwei Individuen auf Augenhöhe erläutert und vermittelt werden.

2.1 *Positive Aspekte von Patenschaften*

Eine Reihe von positiven Effekten bei den Adressat*innen von Patenschaftsprojekten, in diesem Fall den Geflüchteten, wurde von Tierney, Grossman und Resch (1995) erforscht. Unter anderem wurden verbesserte soziale Beziehungen, eine Steigerung kognitiver Fähigkeiten, bessere soziale Kompetenzen sowie ein gesteigertes Selbstvertrauen nachgewiesen. Außerdem haben sich ein geringeres Risikoverhalten wie beispielsweise Aggression oder Gewalt sowie mehr soziale Kontakte und Teilhabe herausgestellt. Es wurde deutlich, dass besonders Zugewanderte durch Patenschaften bessere Chancen zur Integration haben, wobei gleichzeitig gesellschaftliche als auch persönliche positive Entwicklungen durch die ehrenamtlichen Pat*innen entstehen können (vgl. bagfa 2012: 5).

Zu den gesellschaftlich positiven Entwicklungen zählt die Verbesserung der Integrations- und Bildungschancen von Geflüchteten, indem die deutsche Sprache geübt beziehungsweise Kultur und Gesellschaft durch Gespräche, Ausflüge oder Besuche verständlicher gemacht werden (ebd.: 4). Zudem wird auf gesellschaftlicher Seite das bürgerschaftliche Engagement gefestigt und ausgebaut, da das Zusammenleben durch die Übernahme von Verantwortung gestärkt wird und hauptamtliche Strukturen durch persönliche Bezüge sinnvoll ergänzt werden.

Auf persönlicher Ebene können ebenfalls Erfolge erzielt werden. So wird Ehrenamtlichen ein Gefühl gegeben, mit ihrer Aufgabe als Pat*in etwas Sinnvolles zu tun. Ein Gewinn an Erfahrungen, die Auseinandersetzung mit einer anderen Lebenswelt und die Einflussnahme zu einer erleichterten Integration ihrer Mentees kann durch die persönliche Begleitung erzielt werden. Zudem ist die individuelle, flexible Gestaltung des Engagements als Pat*in attraktiver als andere Formen des Ehrenamts, bei denen oft ein zeitlich und inhaltlich vorgegebenes Format bedient wird (vgl. Ilchmann 2016: 36f).

Interessant ist in diesem Zusammenhang noch, dass die Pat*innen gerade nicht aus der eigenen Familie, derselben gesellschaftlichen Gruppe oder dem bereits gewohnten Umfeld kommen, zu denen es oft einfacher ist, Kontakte aufzubauen. Sondern genau hierbei setzt die soziale Integration an, indem persönliche Beziehungen zu Menschen aufgebaut werden, zu denen sich sonst möglicherweise nur schwierig Kontakt aufbauen lassen würde. Durch eine Erweiterung des sozialen Netzwerkes können bereits Selbsthilfekräfte aktiviert

werden (vgl. Krell 2008: 78). Auch die Einbeziehung der persönlichen Kontakte, sei es das eigene familiäre oder freundschaftliche Umfeld der Pat*innen hilft dabei, weitere Kontakte zu knüpfen und damit das soziale Umfeld der Geflüchteten zu erweitern. Durch das Nahebringen von institutionellen Angeboten oder Unterstützungsmöglichkeiten werden über die ehrenamtlichen Pat*innen Verbindung zum sozialen Nahraum sowie Aktivitäten der Zivilgesellschaft hergestellt (vgl. Yilmaz-Günay/Klinger 2014: 100f).

Auch die Gefahr der ethnischen und sozialen Segregation durch die teilweise abgeschiedene Lage der Unterkünfte kann verringert werden, da durch Patenschaften Kontakte zu den Bewohner*innen der Nachbarschaft geknüpft und die Geflüchteten dadurch besser in das soziale Leben der Gemeinde eingebunden werden können.

2.2 *Das Patenschaftsprojekt des AWO Kreisverbandes Fulda e.V.*

Die bei der AWO Fulda gewählte Form der Patenschaft ist vielfältig und deckt unterschiedliche ideelle und praktische Tätigkeitsfelder ab. Das Spektrum reicht von Patenschaften für Familien, Kinder und Jugendliche bis zu Erwachsenen; von der Unterstützung der Hausaufgaben, der Berufsorientierung, der Arbeitssuche oder der Patenschaft für interkulturellen Austausch. Es kann dabei auch um die Begleitung zu Behörden und Ämtern, die Unterstützung bei der Wohnungssuche, Bildungspatenschaften oder das Angebot gehen, Ansprechperson allen Alltagsfragen zu sein. Mit diesen vielfältigen Tätigkeitsfeldern werden verschiedene Zielgruppen mit individuellen Bedürfnissen und Interessen angesprochen und möglichst individuell eingebunden.

Bei den Patenschaften der AWO Fulda geht es überwiegend um vertrauensbasierte Beziehungen zwischen Einheimischen und Hilfe- bzw. Kontaktsuchenden zu dem Zweck sozialer Kontakte, (gegenseitiger) Unterstützung im Alltag, Wertevermittlung und des interkulturellen Austausches. Die Patenschaften wirken in der Regel präventiv sowie mittel- bis langfristig und werden aufrechterhalten, indem alle Beteiligten selbst entscheiden, in welcher Form und in welchem Umfang sie sich in die Patenschaft einbringen wollen und können (vgl. Ilchmann 2016: 29 ; bagfa 2012: 3; Yilmaz-Günay/ Klinger 2014: 100f). Das Patenschaftsprojekt der AWO Fulda wird in folgende Teilaufgaben unterteilt:

2.2.1 Suche und Vermittlung von Pat*innen

Die Suche nach Interessierten für das Patenschaftsprojekt verläuft zunächst über die herkömmlichen Kanäle der Öffentlichkeitsarbeit: Flyer, Homepage, Soziale Medien, Zeitungsartikel. Weitere wichtige Zugänge sind Netzwerkpartner*innen wie Integrationsbüros, Freiwilligenagenturen, Ehrenamtskreise,

die Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete, aber auch Hochschulen, um vor allem junge Menschen auf diese Form des Engagements aufmerksam zu machen. Zur Vermittlung melden sich Interessierte bei den Projektmitarbeitenden und werden ab dann in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit begleitet (vgl. Ilchmann 2016: 65ff).

Nach dem sogenannten Erstgespräch werden Kontaktdetails und damit verbunden weitere, projektrelevante Informationen der Interessierten, z.B. ihre persönlichen Interessen oder Familien(angehörige/-status), vermerkt, sodass später anhand dieser Merkmale passende Mentees vermittelt werden können. Außerdem wird den Interessierten die Möglichkeit gegeben, Wünsche in Bezug auf die zu Vermittelnden zu stellen, die z.B. nach dem Alter, dem Familienstand oder ähnliche Interessen passen sollen. Diese Liste ist die Grundlage für die Vermittlung von Patenschaften. Um den vorzeitigen Abbrüchen von Patenschaften vorzubeugen, sind eine Vorbereitung, eine möglichst passende Vermittlung der Tandem-Pat*innen sowie die Begleitung der Patenschaften wichtig. Die gegenseitige Sympathie sollte jedoch immer im Mittelpunkt stehen. Wenn trotz Gemeinsamkeiten die Chemie nicht stimmt, kommt eine Patenschaft nicht infrage und es wird versucht, eine besser passende Person zu finden.

Wenn sich sowohl auf Seite der geflüchteten Menschen als auch auf Seite der Ehrenamtlichen Personen finden, die aufgrund ihrer angegebenen Merkmale zueinander passen, werden die Betreffenden über den oder die mögliche Pat*in/Mentee informiert. Wenn beide zustimmen, wird ein Treffen vereinbart, bei dem sich das potenzielle Tandem in einem informellen Rahmen kennenlernen kann – beim ersten Treffen gemeinsam mit der im Projekt mitarbeitenden bzw. vermittelnden Person. Je nach Sympathie wird dann entschieden, ob sie sich erneut treffen wollen, und idealerweise eine Patenschaft eingehen möchten.

2.2.2 Die Vorbereitung auf eine Patenschaft

Bei aller Bereitschaft, sich in dieser Weise ehrenamtlich zu engagieren, ist nicht jede*r Ehrenamtliche auch automatisch als Pat*in geeignet. Eine*n guten Pat*in zeichnet sich durch verschiedene Eigenschaften aus: Die Begeisterung und der Einsatz für das Patenschaftsprojekt sowie die Akzeptanz und der Respekt für Menschen anderer Herkunft, Zuverlässigkeit und menschliche Reife werden dabei als wichtige Säulen gesehen (vgl. BMFSFJ 2015: 10ff). Auch sind die persönliche Motivation, eine Patenschaft zu übernehmen, die Offenheit für neue Erfahrungen sowie die zeitliche Flexibilität entscheidend für einen guten Verlauf im Sinne der Projektziele. Eine Patenschaft, die auf Sympathien basiert, setzt insbesondere Interesse am Gegenüber, Geduld und Empathie zur gegenseitigen Verständigung und Überwindung unterschiedlicher

Verständnisse sowie Veränderungs- und Lernbereitschaft zur Auseinandersetzung mit den eigenen Handlungs- und Verhaltensweisen voraus (vgl. ebd.:9). Es ist wichtig, diese Kriterien für eine gelingende Patenschaft den angehenden Pat*innen zu vermitteln und die Bereitschaft, diese zu leben, zu erkennen.

Die Unterstützung der geflüchteten Menschen kann durch die ehrenamtlichen Pat*innen besser gelingen, wenn die Bedürfnisse beider Beteiligten bekannt sind. Sowohl die Mentees als auch die ehrenamtlichen Pat*innen sollten sich eines gemeinsamen Verständnisses von Hilfe beziehungsweise Unterstützung bewusstwerden (vgl. Ilchmann 2016: 65ff). Da es beim Patenschaftsprojekt um ein Verhältnis auf Augenhöhe gehen soll, ist es wesentlich, dem/der jeweiligen Pat*in Freiheiten zu lassen und Anregungen sowie Vorschläge zu unterbreiten, statt eine belehrende oder gar besserwisserische Haltung einzunehmen. Um eine Kommunikation auf Augenhöhe zu gewährleisten, muss den angehenden Pat*innen ein Gefühl für die richtige Wortwahl und deren Wirkung auf andere gegeben werden. Diese und noch viele weitere, in diesem Kontext wichtige Kompetenzen, lassen sich vor allem durch Fortbildungsangebote, wie interkulturelle Schulungen oder die Reflexion über die Motive ihres ehrenamtlichen Engagements trainieren (vgl. ebd.). Die persönlichen Grenzen des Ehrenamtes sollten unbedingt beim Erstgespräche thematisiert werden. Denn Patenschaften sind gute Unterstützungen, sollen jedoch nicht die Aufgabe der Hauptamtlichen übernehmen. Gerade in akuten Krisensituationen ist die Begleitung Aufgabe der professionellen Fachkraft, um die Pat*innen vor Überforderung und zu viel Verantwortung zu schützen.

2.2.3 Begleitung der Patenschaften

Grundlegend für das Gelingen eines Patenschaftsprojektes ist eine gute Betreuung und Begleitung der Ehrenamtlichen sowie der geflüchteten Menschen. Diese hilft dabei, Konflikten vorzubeugen und mit Krisensituationen besser umzugehen, wie wir es an den Praxisbeispielen in Abschnitt 3 darstellen werden.

Diese Begleitung kann bereits eine Stütze für die angehenden Pat*innen sein, um mögliche Kommunikationsschwierigkeiten zu überwinden und Gemeinsamkeiten zu finden. Gewisse Formen der Anerkennung, wie gemeinsame Feste oder Ausflüge, helfen den Ehrenamtlichen sowie den Geflüchteten, sich während ihrer Patenschaft unterstützt zu fühlen und neue Motivation aus ihrer Tätigkeit zu schöpfen. Möglichkeiten zum Austausch und zur Weiterbildung unter den Ehrenamtlichen sind wichtige Elemente, um das Zusammenwirken von Ehren- und Hauptamtlichen nachhaltig zu gestalten.

Bei der Einbeziehung von Ehrenamtlichen muss drauf geachtet werden, dass ihre Tätigkeiten nicht lediglich Lücken füllen, die anders nicht finanziert werden können, sondern vielmehr die Aufgaben der hauptamtlichen Fach-

kräfte ergänzen. So sind beispielsweise Gespräche mit Behörden, die viel Verantwortung und Know-how in rechtlichen Fragen verlangen, von den professionellen Fachkräften zu begleiten.

Während der Patenschaft ist es deshalb wichtig, dass Professionelle bereitstehen für fachliche Fragen, Anregungen, auftretende Probleme und Anliegen, die im Patenschaftsverhältnis auftreten. Die Koordinierung der Patenschaften sowie die Vernetzung zwischen den Pat*innen sind ebenfalls Aufgaben der Projektmitarbeitenden.

Regelmäßige Gespräche, bei denen mit den Pat*innen über den Verlauf ihrer Patenschaft gesprochen wird, Informationen weitergegeben und Bedarfe aufgefangen werden, sind ein wichtiges Element der Begleitung. Diese Gespräche können bei aktuellen Anliegen vereinbart werden oder werden als niedrigschwelliges Angebot als „Tür-und Angelgespräche“ bei Ausflügen und Veranstaltungen geführt. Einmal jährlich erfolgt jedoch eine Abfrage der hauptamtlichen Mitarbeiter:in, wie der Kontakt zwischen den Pat*innen und Mentees läuft. Wenn zu wenig Eigeninitiative oder komplexe Problemlagen der Pat*innen überhand nehmen, können diese Zeit und Kraft kosten. In diesem Fall sollte nach einem klärenden Gespräch gesucht werden und möglicherweise eine Entscheidung gegen die Patenschaft in Betracht gezogen werden, um eine persönliche Entlastung der Betroffenen zu erreichen.

Außerdem werden Aktionen organisiert, die zum gegenseitigen Kennenlernen, Austausch und Vernetzen unter allen Patenschaften beitragen. Dies steigert die Identifikation mit dem Projekt, den Zusammenhalt und das Gefühl des Rückhaltes. Beispiele für derartige Veranstaltungen sind Dankesabende, an denen Ehrenamtlichen z.B. mit einem Essen für ihr Engagement gedankt wird, Spaziergänge, Ausflüge zu verschiedenen Orten oder Veranstaltungen zu (religiösen) Feiertagen.

Auch das Angebot geeigneter Qualifizierungsangebote ist ein wichtiger Bestandteil der Begleitung der Pat*innen. Durch Fortbildungen, Kurse oder Workshops können die Kompetenzen der Pat*innen erweitert werden und sie somit in ihrer Tätigkeit bestärken. Hier wird z.B. auf Fortbildungsangebote von Freiwilligenagenturen, Schulungen für ehrenamtliche Sprachförderung, auf bestehende Angebote von Netzwerkpartnern hingewiesen, sowie der Bedarf und Themen für interne Qualifizierungsangebote partizipativ mit den Engagierten ermittelt. Weiterhin werden Reflexionsgespräche durchgeführt, um Bedarfe und Probleme beider Seiten in Erfahrung zu bringen. Dies findet in Form von regelmäßigen Treffen oder Telefonaten statt, die den Austausch untereinander sowie mit der/des Projektmitarbeitenden fördern (vgl. BMFSFJ 2012: 24, Ilchmann 2016: 77).

3. Beispiele aus der Praxis

Um einen praktischen Einblick in das Patenschaftsprojekt zu geben, möchten wir hier Praxisbeispiele vorstellen, die zum einen den typischen Verlauf einer gelungenen Patenschaft zeigen und zum andern verdeutlichen, wo Patenschaften an Grenzen stoßen, Konflikte und Meinungsverschiedenheiten auftreten und eine Moderation von hauptamtlichen Fachkräften erforderlich ist. Als besonders erfreuliche Entwicklung möchten wir in unserem letzten Praxisbeispiel davon berichten, wie sich Menschen mit einer eigenen Fluchterfahrung für anderen Menschen über das Patenschaftsprojekt engagieren.

3.1 *Ein Beispiel für gelungenes Engagement*

Ein Beispiel für eine über viele Jahre bestehende Patenschaft ist die eines Ehrenamtlichen, der in einer Gemeinschaftsunterkunft mit einer Geflüchteten Deutsch lernte. Langsam begann sich die Patenschaft auf andere Gebiete auszuweiten. Der Pate übernahm die Begleitung zu Ärzten und Behörden und schwere Einkäufe wurden in seinem Auto transportiert. Sie suchten gemeinsam nach einer geeigneten weiterführenden Schule für die Tochter der Mentee und nach einem Chor, in dem das Mädchen singen konnte. Der Pate unterstützte die Tochter während der Übergangsphase von Grundschule zur Realschule bei den Vorbereitungen auf Klassenarbeiten und berichtete der Projektmitarbeiterin stolz, als sie das erste Jugendbuch gemeinsam gelesen hatten. Als die Familie endlich die Berechtigung erhielt, nach einer Wohnung zu suchen, fand der ehrenamtliche Pate schließlich mit Hilfe seines Bekannten- und Kollegenkreises ein passendes Zuhause und alle nötigen Schritte für den Umzug wurden begleitet. Die Suche nach gebrauchten Möbeln, Umzugshilfen und handwerklich geschickten Helfer*innen für den Anschluss der Elektrogeräte. Während dieser Zeit kontaktierte er die hauptamtliche Mitarbeiterin im Patenschaftsprojekt häufig, um behördliche Fragen zu Wohnberechtigungsschein, Wohnungsgeberbescheid, Mietkautionsdirektzahlung, Antrag auf Erstausrüstung der Wohnung, Ausleihen eines Transportes für den Umzug u.v.m. zu klären. Durch die Unterstützung der Fachkraft bei den Formularen und Anträgen hatte er die Sicherheit, dass alle Formalitäten korrekt erledigt wurden und er sich auf den praktischen Teil des Umzugs konzentrieren konnte. Auch den Wegfall einer hauptamtlichen Sozialbetreuung durch den Auszug aus der Gemeinschaftsunterkunft konnte der Pate gut kompensieren und half dabei, neue Anlaufstellen, wie z.B. die Migrationsberatung der AWO, einen Jugendtreff und einen Sportverein in fußläufiger Entfernung zur neuen Wohnung, zu finden. In den zwei darauffolgenden Jahren haben der Pate und sein Mentee viel gemeinsam erreicht: Sprachniveau B2, eine unbefristete Arbeitsstelle, zwei Söhne aus dem Heimatland nach Deutschland nachgeholt, sie in passenden

Schulen und Vereinen angemeldet, eine größere Wohnung gesucht, gefunden, eingerichtet und bezogen. Nach den vielfältigen Themen, die während der Patenschaft aufgetreten sind, ist der Pate wieder zu seinem ursprünglichen Engagement zurückgekehrt und unterstützt die Söhne beim Deutschspracherwerb.

3.2 *Konflikt-Begleitung im Patenschaftsprojekt*

Die hauptamtliche Begleitung ist besonders in Konfliktfällen innerhalb einer Patenschaft sehr wichtig. So kann es vorkommen, dass sich beispielsweise ein Mentee durch seine*n Pat*in bevormundet fühlt oder sie sich zu häufig, zu früh, zu spät, mitten in der Nacht zum Ärger ihrer*s Pat*in hilfesuchend an diese wendet. Unmut entsteht auch, wenn sich die Pat*innen oder Mentees nicht zeitnah auf Nachrichten oder Anrufversuche melden, vereinbarte Treffen in letzter Sekunde oder vielleicht gar nicht abgesagt werden, der Eindruck eines eher einseitigen Bemühens entsteht, die Erwartungen an die Pat*innen oder Mentees zu hoch sind, aufgrund der Sprachbarriere Missverständnisse entstehen oder die Patenschaft aufgelöst werden soll.

So hatte z.B. ein Pate seiner 19-jährigen Mentee sehr intensiv bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz geholfen. In seinen Augen ein schwieriges Unterfangen, da seine Mentee nicht bereit war, während der Arbeitszeit ihr Kopftuch abzulegen. Nach langer Suche gelang es ihnen, einen geeigneten Ausbildungsplatz zu finden. Die Berufsschule und die Arbeit fielen der jungen Frau schwer, aber sie bemühte sich, mitzuarbeiten. Als sie sich in einen Mann aus einer anderen Stadt verliebte und dieser um ihre Hand anhielt, war der Pate bestürzt. Er wandte sich an eine hauptamtliche Mitarbeiterin und wollte verhindern, dass „das Mädchen ihr Leben durch eine verfrühte Heirat und den Abbruch der Ausbildung verpfuscht“. Es waren mehrere Gespräche notwendig, um den Paten davon zu überzeugen, dass eine Einmischung in diese Entscheidung eine Grenze überschreitet. Er kommunizierte mit der Hauptamtlichen, dass er nicht tatenlos zusehen könne, wie sie in ihr Unglück renne und distanzierte sich zunehmend von der Familie. Die Familie wunderte sich sehr und vermutete, dass der Pate erkrankt sei und deshalb nicht mehr unterstützen könne. Sie fragten bei der hauptamtlichen Mitarbeiterin nach, ob sie Neuigkeiten von ihrem Paten habe. Es gelang, den Paten und die Familie zu einem klärenden Gespräch zusammenzubringen und dabei wurde der Wunsch nach der Auflösung der Patenschaft geäußert. Der Pate hatte die Möglichkeit, seine Bedenken zu äußern und die Gründe für die Beendigung der Patenschaft darzulegen. Die Familie schilderte ihre Tradition, dass eine Verlobung im Normalfall nur ein Jahr dauere und dass sich alle sehr auf die bevorstehende Hochzeit freuten. Sie bedankten sich für die Unterstützung und alle gingen zufrieden aus dem Gespräch. Der Pate engagiert sich nun für eine andere Familie und die junge Frau bekam eine Patin vermittelt, die sich gut mit den Bedingungen für

einen Umzug in eine andere Stadt auskennt. Der Umzug zum Wohnort des Bräutigams gelang nur, weil dort eine Arbeitsstelle für die junge Frau mit der Unterstützung der neuen Patin gefunden wurde³.

3.3 *Geflüchtete engagieren sich für Geflüchtete*

Besonders erfreulich ist, dass sich immer mehr Menschen als Pat*innen engagieren, die in der Vergangenheit in irgendeiner Form von einer ehrenamtlichen Patenschaft profitieren konnten. Sie wollen etwas zurückgeben, mitgestalten und selbst unterstützen. Die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen des Chancen-Patenschaftsprojekts versuchen diese Personen so einzubinden, dass sie eine eigene Patenschaft übernehmen und sich somit selbst als ehrenamtliche Pat*innen für andere Menschen engagieren. So können sie beispielsweise anderen, ne zugewanderten Menschen beim Ankommen oder bei Übersetzungen für Behörden oder bei Ärzten helfen. Sie geben dadurch die Hilfe weiter, die sie selbst erfahren konnten, was als ein großer Erfolg gesehen werden kann.

Hierzu das Beispiel eines Syrsers, der sein Studium in Russland absolviert hatte und über fundierte russische Sprachkenntnisse verfügt. Er flüchtete aus Syrien im Jahr 2015 und bekam seit 2016 Unterstützung als Mentee beim Deutschlernen durch einen Paten. Als nach dem russischen Angriffskrieg im März 2022 die ersten ukrainischen Geflüchteten in Fulda eintrafen, war er einer der Ersten, der sich beim Patenschafts-Team meldete, um seine Unterstützung als ehrenamtlicher Pate und Übersetzer anzubieten. Er kennt sich inzwischen im Nahraum aus, macht die Geflüchteten mit der neuen Umgebung vertraut, vereinbart Arzt- und Behördentermine, begleitet als Übersetzer, unterrichtet erste deutsche Worte, hilft bei der Anmeldung zum Sprachkurs und hat gleich mehrere Patenschaften übernommen. Er ist ein Botschafter für das Chancen-Patenschaftsprojekt, der selbst positive Erfahrungen mit dem Projekt machen konnte und stolz darauf ist, Geflüchteten jetzt als Mentor beim Ankommen in Fulda helfen zu können.

4. **Kritische Reflexion und Weiterentwicklung des Projektes**

Wie an unseren drei Beispielen deutlich wurde, ist die Gestaltung von Patenschaften so vielfältig und bunt wie die Menschen, die sich als Pat*innen oder Mentees auf diese Form der Begegnung einlassen. Wie von Han-Broich (2012)

3 Geflüchtete haben eine Residenzpflicht bzw. Wohnsitzauflage für einen bestimmten Ort dem sie zugewiesen wurden. Ein Umzug ist nur Aufgrund einer Beschäftigung möglich.

dargestellt, sind die persönliche Beziehung zwischen den Menschen, die damit einhergehende Solidarität und das gewonnene Vertrauen Gelingensfaktoren, die den Teilhabe- und Integrationsprozess wesentlich fördern.

Der Wunsch und die Forderung nach Augenhöhe, welches vom Grundsatz her angestrebt wird, ist jedoch nicht immer gegeben und muss gegebenenfalls vermittelt und immer wieder diskutiert werden. Neben den teils paternalistischen Vorstellungen, mit denen Ehrenamtliche ihr Engagement beginnen, richten sich aber auch die Beschreibungen der Förderprogramme sehr stark auf die Vermittlung der Werte der Aufnahmegesellschaft aus und stellen damit die Anpassungsfähigkeit der Geflüchteten in den Fokus. Das, was Menschen an Vielfalt und Diversität mitbringen, findet meist zu wenig Beachtung.

Als Projektverantwortliche bedarf es immer wieder einer kritischen Selbstreflexion und der bewussten Auseinandersetzung mit gesellschaftsnormativen Sichtweisen, welche Diversität eher behindern statt fördern. Ebenso bedarf es einer kritischen Auseinandersetzung mit Förderprogrammen, die z.B. Austausch- und Reflexionsrunden für Engagierte vorsehen, die Bedürfnisse, Wünsche und Beschwerdemöglichkeiten von Geflüchteten gegenüber den Pat*innen jedoch keinen Raum bieten. Auch hier gilt es, im Rahmen einer Weiterentwicklung des Projektes verstärkt Austauschmöglichkeiten für die Mentees zu schaffen, die aufgrund ihrer gesellschaftlich schwachen Position (sprachliche Barrieren, wollen nicht undankbar erscheinen, kennen ihre Rechte nicht, etc.) wenig Möglichkeiten haben, ihre Anliegen einzubringen.

Die Lebenswelt der Geflüchteten hier stärker in den Fokus zu setzen und Anlässe und Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen, welche die Diversität erlebbar machen, ist eine übergeordnete Aufgabe des Patenschaftsprojektes. So wurden z.B. das Nouruz Fest gefeiert und eine junge Frau hat den Besucher*innen etwas über die Tradition, die in einigen Ländern des Mittleren Ostens gefeiert wird, erzählt oder es wurde während des Ramadans an einem Abend das Fastenbrechen zelebriert und eine Frau hat geschildert, wie sie dieses Fest in ihrem Herkunftsland mit Familie und Nachbarn gefeiert hat. Dabei wurde die Trauer über den Verlust der Heimat deutlich, aber ebenso die Freude, diese Tradition in den Kreisen von neu gewonnenen Kontakten und Freunden in Deutschland erleben zu können.

Durch die flexible zeitliche und inhaltliche Gestaltung von Patenschaften stellt dieses Projekt ein besonderes Konzept für freiwilliges Engagement dar. Es ermöglicht Teilhabe auf einer individuellen Ebene und macht die kulturelle Vielfalt, die Menschen aus ihren Herkunftsländern mitbringen, sichtbar. Als besonderen Erfolg des Projektes sehen wir das Engagement von Menschen, die selbst als Mentees vom Patenschaftprojekt profitiert haben und ihre positiven Erfahrungen und hinzugewonnenen Kompetenzen an Neuzugewanderte weitergeben. Ebenfalls erleben wir einen stetigen Zuwachs an Interessierten am Projekt, die insbesondere durch Empfehlung anderer Pat*innen zum Projekt

stoßen. Trotz aller (selbst)kritischen Aspekte, die sich gegenüber dem Patenschaftsprojekt finden lassen, ist das Engagement von Menschen mit Fluchterfahrung das lebendige Beispiel für gelebte Diversität!

Literatur

- Alborino, Roberto/Zwania, Isabell (Hrsg.) (2008): Begegnen, Mitverantworten, Mitgestalten. Patenschaftsmodelle für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Freiburg im Breisgau: Lambertus-Verlag.
- bagfa e.V. (Hrsg.) (2012): Patenschaftsprojekte. Ein Modell für Freiwilligenagenturen? Ein Leitfaden für die Praxis. 2., aktualisierte Auflage. Berlin: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V.
- BMFSFJ (Hrsg.) (2015): Leitfaden für Patenschaften. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- BMI (2001): Zuwanderung gestalten. Integration fördern. Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“. Berlin: Zeitbild Verlag.
- Han-Broich, Misun (2012): Ehrenamt und Integration. Die Bedeutung sozialen Engagements in der (Flüchtlings-)Sozialarbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ilchmann, Sina (2016): Patenschaften als Modell für eine gelingende Integration geflüchteter Menschen. Am Beispiel des Patenschaftsprojektes der AWO Fulda. Masterarbeit. Ernst-Abbe-Hochschule Jena. Fachbereich Soziale Arbeit.
- Krell, Wolfgang (2008): Auf dem Weg zur Bürgergesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement im Rahmen von Patenschaftsprojekten. In: Alborino, R./Zwania, I. (Hrsg.) (2008): Begegnen, Mitverantworten, Mitgestalten. Patenschaftsmodelle für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Freiburg im Breisgau: Lambertus-Verlag, S. 71-82.
- OECD (2016): Erfolgreiche Integration. Flüchtlinge und sonstige Schutzbedürftige. Paris: OECD Publishing. <http://www.oecdilibrary.org/docserver/download/8116035e.pdf?expires=1481701240&id=id&accname=guest&checksum=67DA66B3404A4B4F384A6568CF18966A> [Letzter Zugriff 10.10.2016]
- Täubig, Vicki (2009): Totale Institution Asyl. Empirische Befunde zu alltäglichen Lebensführungen in der organisierten Desintegration. Weinheim und München: Juventa Verlag.
- Tierney, Joseph P./Grossman, Jean Baldwin/Resch, Nancy (1995): Making a difference: An impact study of Big Brothers/Big Sisters. Philadelphia, PA: Public/Private Ventures.
- Schirilla, Nausikaa (2016): Migration und Flucht. Orientierungswissen für die Soziale Arbeit. Stuttgart: W. Kohlhammer Verlag.
- Yilmaz-Günay, Koray / Klinger, Freya-Maria (2014): Realität Einwanderung. Kommunale Möglichkeiten der Teilhabe, gegen Diskriminierung. Crashkurs Kommune 9. Hamburg: VSA Verlag.

Solidarisches Handeln in der Migrationsgesellschaft – Migrantische Organisationen gestalten Deutschland mit!

Lydia Mesgina und Sergio Andrés Cortés Núñez

Lydia Mesgina und Sergio Andrés Cortés Núñez setzen sich im folgenden Gespräch mit Themen und Erkenntnissen ihrer Arbeit auseinander, unter Berücksichtigung der Diskussion der Tagung „Gelingende Diversität im sozialräumlichen Kontext“, die im Juni 2022 in Fulda stattfand. Beide arbeiten seit Jahren mit Migrant*innenorganisationen (MSO). Lydia Mesgina arbeitet direkt und Sergio Andrés Cortés Núñez auf der verbandlichen Ebene mit MSO zusammen.

Lydia

Mein Name ist Lydia Mesgina und ich arbeite beim Kompetenzzentrum Vielfalt Hessen in Frankfurt am Main, das beim Träger beramí berufliche Integration angesiedelt ist. Das Kompetenzzentrum Vielfalt Hessen wurde 2017 vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration initiiert, um das ehrenamtliche Engagement in Hessen zu stärken. Im Zuge ihrer integrationspolitischen Gesamtstrategie, dem Landesprogramm WIR¹, sollen migrantische Organisationen und ehrenamtliche Integrationslots*innenarbeit unterstützt und gefördert werden. Im Kompetenzzentrum arbeiten die Organisationen LAGFA² e.V. und beramí e.V.³ zusammen. Es fungiert als Servicestelle für die Träger der WIR Lots*innenprojekte sowie (post)migrantische Organisationen und bietet ihnen unter anderem Vernetzung, Weiterbildung und Beratung an. Das Kompetenzzentrum versteht sich auch als Verbindungsstelle zwischen dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration, den migrantischen

- 1 Mit dem hessischen Landesprogramm WIR „Vielfalt und Teilhabe“ fördert die Hessische Landesregierung seit 2014 verschiedene Maßnahmen. Es sollen alle Bürger*innen – mit und ohne Zuwanderungsgeschichte – als Zielgruppe in den Blick genommen und die in den hessischen Kreisen und Kommunen bereits geschaffenen Teilhabechancen weiter ausgebaut und gefestigt werden. Ziel ist auch Diskriminierung und Rassismus entgegenzuwirken.
- 2 Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (LAGFA) in Hessen ist der Dachverband und die Interessenvertretung Hessischer Freiwilligenagenturen.
- 3 Vgl. <https://www.berami.de/> [Letzter Zugriff: 20.02.2023]

Organisationen sowie den Trägern der Lots*innenprojekte⁴. Mit meinen Kolleginnen Elisa Rossi und Giuseppina Potentino arbeite ich im Aufgabenfeld (post)migrantische Organisationen. Wir unterstützen die Vereine in ihren Professionalisierungsprozessen und fördern mit verschiedenen Veranstaltungsformaten ihre Wahrnehmung als Dialogpartner für Politik und Verwaltung.

Sergio

Ich bin Sergio Andrés Cortés Núñez und arbeite beim Paritätischen Gesamtverband⁵ seit 14 Jahren in dem Bereich Zusammenarbeit mit MSO. In dieser Funktion organisiere ich Maßnahmen zur Professionalisierung und Stärkung von MSO, darunter waren mehrere europäische Projekte zur Qualifizierung von MSO bundesweit, sowie zwei Projekte zur Analyse der Potentiale und Hürden, die eine stärkere Partizipation von MSO an den Regelstrukturen der Sozialen Arbeit ermöglichen bzw. verhindern⁶. Außerdem arbeite ich dem Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen (FdM) zu⁷. Das ist ein Netzwerk von MSO, die im Paritätischen Mitglied sind, und sich unter anderem für eine verstärkte Teilhabe der MSO an der Bundespolitik und innerhalb des Verbandes engagiert.

Zur Definition von migrantischen Organisationen

Ich würde gerne zuerst über eine Definition von MSO reden, weil oft so getan wird, als ob MSO alle gleich wären. Wir verwenden eine Definition, die *drei* Kriterien beinhaltet: *Erstens*: die Organisation wurde von Migrant*innen selbst gegründet, *zweitens*: die Organisation wird im Vorstand mehrheitlich von Migrant*innen geprägt und *drittens*: die Organisation beschäftigt mehrheitlich Migrant*innen.

Nun ist es wichtig, immer von einer Selbstbezeichnung auszugehen, da viele Organisationen ursprünglich nicht als MSO gelabelt werden wollten. Denn das führte dazu, dass sie in die „Integrationsecke“ gestellt worden wären,

4 Seit 2005 fördert das Land Hessen das Integrationslotsenengagement als ein Schwerpunkt der hessischen Teilhabe- und Integrationspolitik. Es werden über 50 Lotsen-Projekte unterstützt, die sich in kommunaler oder freier Trägerschaft befinden. An diesen Projekten sind ca. 1000 ehrenamtliche Integrationslots*innen angedockt. Sie unterstützen und begleiten Menschen beim Ankommen in den Kommunen. Das Team im WIR Lotsen unterstützt, vernetzt, begleitet und berät Träger von hessischen Integrationslotsenprojekten beim Aus- und Aufbau ihrer Projekte.

5 <https://www.der-paritaetische.de/themen/migration-und-internationale-kooperation/> [Letzter Zugriff: 31.01.2023]

6 <https://www.der-paritaetische.de/themen/migration-und-internationale-kooperation/projekte/gemeinsam-aktiv-kooperation-zwischen-migrantischen-akteurinnen-sozialer-arbeit-staerken/> [Letzter Zugriff: 31.01.2023]

7 <https://www.der-paritaetische.de/themen/migration-und-internationale-kooperation/forum-der-migrantinnen-und-migranten-im-paritaetischen-fdm/> [Letzter Zugriff: 31.01.2023]

und diese „Integrationsecke“ ist eine Ecke, die man ganz schwierig wieder verlassen kann. Die Organisationen werden oft mit dem Vorurteil konfrontiert, dass sie nicht genug professionell arbeiten würden, dabei ist die Landschaft der Organisationen so vielfältig wie bei allen anderen Organisationen. Es gibt kleine und große, ethnisch orientierte und nicht ethnisch orientierte, postmigrantische Organisationen. Sie sind ebenso in allen Bereichen der Sozialen Arbeit tätig. Wichtig ist es außerdem zu erwähnen, dass viele Organisationen rein ehrenamtlich arbeiten und nicht in die Hauptamtlichkeit möchten.

Lydia

Dem stimme ich zu, die „MSO“ oder „migrantische Organisation“ gibt es nicht. Wie verwenden bei uns eher die Genderschreibweise: „migrantische Organisationen“.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Die Organisationslandschaft ist so vielfältig und sie decken die gesamte Bandbreite bürgerschaftlichen Engagements ab. Migrantische Organisationen agieren eher in einem Tätigkeitsspektrum zwischen ehrenamtlicher und hauptamtlicher Arbeit. Ihre Verortung ist dabei eher nicht starr, sondern dynamisch und jeweils abhängig von verfügbaren finanziellen und personellen Ressourcen. Für unsere Arbeit mit den Vereinen sind ihre Selbstverortung und welche Ziele sie mit ihren Aktivitäten und dem Verein mittel- und langfristig erreichen wollen, grundlegend. Wollen sie rein oder überwiegend ehrenamtlich arbeiten oder sich zum Träger der Sozialen Arbeit weiterentwickeln? Dementsprechend entwickeln und bieten wir unsere Schulungs- und Beratungsangebote⁸ an. An dieser Stelle wäre es noch wichtig zu erwähnen, dass migrantische Organisationen sowohl im Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit als auch im Arbeitsfeld des zivilgesellschaftlichen Engagements agieren. Es sind zwei unterschiedliche „Systeme“, wenn man das so sagen kann, die miteinander verwoben sind. Die Strukturen sind aber unabhängig, sie haben ihre eigene Geschichte, politische und administrative Strukturen und auch eigene Förderprogramme usw.

8 Das Team vom Arbeitsbereich „migrantische Organisationen“ berät und bietet Qualifizierungsangebote für migrantische Organisationen in Hessen an. Die Qualifizierungsangebote lassen sich in folgende thematische Schwerpunkte einteilen: Themen rund um die Vereinsarbeit (z.B. Öffentlichkeitsarbeit, Versicherungen usw.), Digitalisierung und digitale Tools, Fördermittelakquise und Angebote zur Antragsstellung und Abwicklung zum Förderschwerpunkt „Migrantinnen- und Migrantenorganisationen“ im WIR Landesprogramm.

Vorurteile gegenüber migrantische Organisationen und ihre Auswirkungen

Was fast alle diese Vereine eint, ist dennoch der erschwerte Zugang zu Ressourcen, häufig eine voreingenommene Wahrnehmung sowie Bewertung der Vereine sowie ihrer Aktivitäten und damit oft einhergehend die fehlende soziale Anerkennung. Dies beobachten wir auch in unserer Arbeit, dass es häufig Vorurteile gegenüber migrantischen Organisationen gibt und diese oft noch als Ausprägung einer Parallelgesellschaft wahrgenommen werden. Das zivilgesellschaftliche Engagement dieser Vereine und auch ihre Antirassismusbearbeitung bleiben damit oft noch nicht ausreichend gewürdigt und in ihrer gesamtgesellschaftlichen Relevanz unterschätzt.

Sergio

Das sehe ich genauso, vor allem bei Organisationen, die auf der örtlichen Ebene, im Sozialraum und meist ehrenamtlich arbeiten, haften sehr oft Vorurteile. Man kann sie folgendermaßen zusammenfassen: *erstens* die Unterstellung, dass sie nicht professionell arbeiten würden, und das heißt, dass sie bestimmte Standards vermeintlich nicht einhalten können, *zweitens* die Unterstellung, dass die Angebote nicht für alle offen seien, und dass sie nur eine ethnische Gruppe mit bedienen würden, und *drittens* die Unterstellung, dass ihre Werte nicht im Einklang mit einer demokratischen Gesellschaft stehen würden; damit haben vor allem die Organisationen, die aus der muslimischen Communities kommen, zu kämpfen. Es wird von Rückständigkeit und vermeintlich ungleichen Machtverhältnissen zwischen Frauen und Männern und weiteren zugeschriebenen Eigenschaften gesprochen, die nicht reflektiert werden. Das Problematische dabei ist, unter anderem, dass es keine Diversifizierung der Trägerschaft auf kommunaler Ebene gibt, dass es keine Pluralität der Perspektiven möglich ist, und wenig Raum für Wandel. Darunter leiden die Qualität und die Zukunftsfähigkeit der Gemeinwesen- und der Sozialen Arbeit.

Lydia

Es gibt eine Voreingenommenheit und leider wenig Motivation zu überprüfen, ob diese Vorurteile auch tatsächlich stimmen. Wir sehen dies gerade auch bei den russischsprachigen Vereinen. Ihnen wird u.a. eine „Putin freundliche“ Haltung unterstellt. Diese voreingenommene Wahrnehmung, gerade in der Kommune, kann für Organisationen weitreichende Folgen haben. Sie werden beispielsweise bei der Vergabe von Fördermitteln nicht berücksichtigt oder nicht eingeladen, an Gremien teilzunehmen. Migrantische Organisationen müssen daher oft vielmehr in ihre Öffentlichkeitsarbeit und insbesondere Selbstdarstellung investieren, um ihre Arbeit und Ziele zu rechtfertigen. Anstatt die geringen Ressourcen der Vereine auch anderweitig einzusetzen, müssen sie oft

die Öffentlichkeit, die Ansprechpartner*innen in den Kommunen und die Entscheidungsträger*innen überzeugen, dass ihre Haltung und Arbeit im Einklang mit den demokratischen Werten liegen und wichtig ist. Dabei müssten eigentlich die in den jeweiligen Strukturen zuständigen Personen ihre z.T. rassistischen Vorurteile, ihr Handeln und die daraus resultierenden Konsequenzen überprüfen und gegebenenfalls korrigieren.

Paradigmenwechsel in der Integrations- und Teilhabepolitik aber die Ungleichheit bleibt.

Aber gleichzeitig ist es auch wichtig zu betonen, dass sich im letzten Jahrzehnt vieles verbessert hat. In der Integrations- und Teilhabepolitik hat es einen Paradigmenwechsel gegeben und das Engagement von migrantischen Organisationen wird jetzt in seiner Brückenfunktion anerkannt und gefördert. Es gibt mehr Förderprogramme und Angebote, die migrantische Organisationen und Verbände unterstützen. Gerade die Verbände machen eine gute Lobbyarbeit, insbesondere auf der Bundesebene. Für die Politik sind sie mittlerweile selbstverständliche Ansprechpartner*innen und werden als Expert*innen für die Lebenslagen und Bedürfnisse von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte anerkannt. Im Engagementbereich sehe ich diesen Paradigmenwechsel eher nicht. Menschen mit familiärer oder persönlicher Zuwanderungsgeschichte werden eher als Adressat*innen des Engagements betrachtet und weniger als wirksame zivilgesellschaftliche Akteur*innen. Es bleibt also noch eine große Ungleichheit und Benachteiligung im Zugang zu Ressourcen und der sozialen Anerkennung.

Neben dem Umdenken auf der politischen Ebene braucht es auch ein Umdenken auf der Praxisebene. Gerade Träger der Sozialen Arbeit haben einen gesellschaftlichen Auftrag und können dazu beitragen diese Ungleichheit zu bekämpfen. Unterschiedliche Kooperationsformen zwischen migrantischen Organisationen und etablierten Trägern der Sozialen Arbeit oder aus dem Engagementbereich, wären ein wirksames Mittel. Natürlich nur dann, wenn diese Kooperationen auf Augenhöhe und mit einer machtkritischen Ausrichtung gestaltet werden. Es gibt dazu eine tolle Projektpublikation „Kooperationen in der Migrationsgesellschaft. Machtkritische Ansätze für eine Zusammenarbeit in Ungleichverhältnissen“ (Alaows et al. 2021). Sie ist aus einem Modellprojekt zwischen migrantischen Organisationen global aus Berlin, Refugee Strike aus Bochum und der Bundesakademie für Kirche und Diakonie entstanden.

Sergio

In diesem Zusammenhang bin ich noch skeptisch, ob es unter den gegebenen Voraussetzungen eine gleichberechtigte Kooperation tatsächlich möglich ist.

Auf der strukturellen Ebene gibt es noch sehr viele Herausforderungen; sicherlich ein Umdenken – ein Bewusstsein für Rassismen – ist gerade im Gange. Die personelle Ausstattung der Kommunen und den etablierten Trägern aber auch die Möglichkeit von Sonderprogrammen für MSO werden vorangebracht, allerdings sind noch Asymmetrien existent. Darüber müssen wir noch diskutieren, das heißt konkret, dass der Zugang zu Ressourcen, darunter Geld und Information, noch in bestimmte Stellen konzentriert werden, ohne, dass die MSO partizipieren können.

*Es braucht machtkritische Kooperationen zwischen etablierten Trägern und Migrant*innenorganisationen.*

Wenn Kooperationen zustande kommen, muss unbedingt auf die faire Aufteilung von Ressourcen geachtet werden. Es gibt Träger, die das machen, aber es ist nicht immer selbstverständlich. Es wird noch sehr oft auf die vermeintliche mangelnde Professionalität der Organisationen hingewiesen, dabei gibt es in den Erfahrungen der Organisationen viele Ansätze, die Teil der professionellen Arbeit werden können.

Es braucht ein neues Aushandeln über Arbeitsformen, Anforderungen und Qualität zwischen zivilgesellschaftlichen und etablierten Akteuren in der kommunalen Migrations(sozial)arbeit.

Lydia

Deshalb ist es auch so wichtig, dass dies auch die Wissenschaft aufgreift. Die Transfer-Impulse aus dem Forschungsprojekt „Gelingende Diversität im sozialräumlichen Kontext“⁹ (vgl. auch Alisch et al. in diesem Band) sind daher wichtige Anregungen für einen Perspektivwechsel in der Praxis der Sozialen Arbeit. Es braucht in der Tat ein neues Aushandeln über Aufgaben, Anforderungen, Qualität und Funktion zwischen zivilgesellschaftlichen und etablierten Akteur*innen in der kommunalen Migrations(sozial)arbeit. Dies wird benötigt in der Zusammenarbeit zwischen Sozialarbeiter*innen und freiwillig Engagierten, aber muss sich auch auf die Zusammenarbeit und die Einbindung von migrantischen Organisationen ausweiten. Wir brauchen einen Wandel in den Formen der Zusammenarbeit; wie diese Perspektiven und Formen der Zusammenarbeit aussehen können, sollte partizipativ diskutiert werden. Auch bei der Definition und Anforderung von „Professionalität“ sollte überprüft werden, ob

9 https://www.hs-fulda.de/fileadmin/user_upload/FB_Sozialwesen/Forschungsprojekte/Sozialer_Raum_Sozialstrukturanalyse/Prozis/ProZiS-Transfer-Impulse.pdf, [Letzter Zugriff: 31.01.2023]

die Gewährleistung und Erfüllung von Zertifizierungsanforderungen ressourcenschwächere Organisationen per se ausschließt. Eine wichtige Leitfrage wäre vielleicht „Was macht gute Soziale Arbeit aus?“ und weniger „Was ist professionelle Soziale Arbeit“? Und natürlich müssen bestimmte Qualitätsstandards und Schutzkonzepte usw. eingehalten werden, das steht außer Frage.

Sergio

Das ist ein Teil der Aufgabe der kommunalen Stellen, aber auch der Wohlfahrtsverbände. Dringend finde ich auch, dass die MSO in der Gremien- und Facharbeit – auch außerhalb der traditionellen Diskussionen um Integration – Gehör finden sollten. Damit könnten Erkenntnisse und Methoden aus der Praxis der Organisationen in den unterschiedlichen Bereichen kommuniziert und ggf. in der allgemeinen Praxis Sozialer Arbeit eingebunden werden, das könnte zu einer Verbesserung der interkulturelle und Religion-sensible Ausrichtung der Sozialen Arbeit beitragen. Zum anderen könnten langfristige Beziehungen zwischen den verschiedenen Akteur*innen entstehen. Auf kommunaler Ebene finden wir historisch gewachsene Strukturen, die bestimmte Fördermittel für sich beanspruchen. Verschiedene Ausschüsse legen oft vor Ort fest, wer Fördermittel bekommt oder Leistungen erbringen kann. So entscheidet der Jugendhilfeausschuss oft über die Zulassung einer Organisation als Kitaträger. Es gibt viele Barrieren, die in der Antragslogik beinhaltet sind, unabhängig davon, ob sie intendiert sind oder nicht. Allein die Antragstellung braucht personelle Kapazitäten, die oft bei den Organisationen fehlen, auch die, je nach Förderbereich, notwendigen Eigenmittel sind oft ein KO-Kriterium, um nicht an bestimmte Ausschreibungen partizipieren zu können. Manchmal scheitert alles an der Schwelle, der Zugang zu geeigneten Räumlichkeiten oder an der Findung von geeignetem Personal.

*Die Repräsentanz von Vertreter*innen von migrantischen Organisationen muss in den jeweiligen relevanten fachspezifischen Gremien und Fachverbände erhöht werden.*

Lydia

Das ist ein wichtiger Punkt, den Du ansprichst. Die Repräsentanz von Vertreter*innen von migrantischen Organisationen muss in den entscheidenden Gremien und Fachverbänden auf kommunaler, Landes- und Bundesebene weiter erhöht werden. Es fehlt aber noch ein Bewusstsein für die Asymmetrie der Ressourcenverteilung und, dass diese Ungleichverteilung u.a. soziale Ungleichheit fördert. Das Konzept einer migrationsgesellschaftlichen Solidarität (Brodén/Mecheril 2014), das im Rahmen der Transfer Impulse aufgegriffen wurde, ist dabei ein wichtiger Ansatz.

Es braucht ein gemeinsames Verständnis von solidarischem Handeln und wie der Zusammenhalt in der Gesellschaft gestärkt werden kann.

Sozialer Zusammenhalt in unserer Gesellschaft kann nur erreicht und gestärkt werden, wenn Rechte für alle fair und gleich organisiert werden. Besonders wichtig finde ich dabei die weiteren Ausführungen: die Bereitschaft, eigene Privilegien zu reflektieren und sich dafür einzusetzen, benachteiligende politische und administrative Strukturen zu begegnen und zu verändern. Wenn wir dies auf den Kontext von migrantischen Organisationen übertragen würden, würde dies bedeuten: Vertreter*innen von migrantischen Organisationen müssten mit an den Tisch. Es braucht die Bereitschaft, Ressourcen anders zu verteilen, Rahmenbedingungen für Förderungen und deren Abwicklung daraufhin zu überprüfen, wen sie ausschließen und benachteiligen. Ich stehe dem skeptisch gegenüber, denn der gesamte Förderbereich ist ein Wettbewerb um begrenzte finanzielle Ressourcen und in diesen Krisenzeiten werden die finanziellen Mittel für die Soziale Arbeit und den Engagementbereich eher geringer. Es droht viel eher eine „Verzweckung“ und „Verdienstlichung“ des freiwilligen Engagements, gerade in den Arbeitsfeldern der Migrations(sozial)arbeit. Solidarisch sein ist bereits in guten Zeiten schwierig; umso schwieriger wird es in Krisenzeiten.

Sergio

Ja, aber deshalb ist die Arbeit der Verbände, Vereinen oder Projekten, die die Empowerment- und Lobbyarbeit leisten, so wichtig.

Benachteiligende politische und administrative Strukturen und Regelungen... müssen identifiziert und verändert werden.

Wir müssen genau hinsehen und die entscheidenden Stellschrauben identifizieren, wo es benachteiligende politische und administrative Strukturen gibt. Eine der entscheidenden Stellen ist die Beteiligung der Organisationen in der Erstellung von Förderrichtlinien, sodass sie auch mitbestimmen können, was und wie gefördert wird. Ich kenne keine Beispiele, bei denen das schon erprobt worden ist. Ebenso wichtig ist, dass die Organisationen in Gremien sitzen. Das erfordert, dass es einen politischen Willen gibt, die zu der Einbeziehung der Organisationen führt. In einer Umfrage, welche wir bei 171 kommunalen Vertreter*innen meistens aus der Verwaltung, gemacht haben, kam heraus, dass sie sich eine Anweisung von der Hausleitung wünschen, um mehr Beteiligung von MSO zu ermöglichen¹⁰. Eine weitere Aufgabe, die noch zu erledigen ist,

10 <https://www.der-paritaetische.de/themen/migration-und-internationale-kooperation/projekte/gemeinsam-aktiv-kooperation-zwischen-migrantischen-akteurinnen-sozialer-arbeit>

ist, dass Förderrichtlinien auf nicht-intendierte Barrieren überprüft werden. Ein Beispiel, wie das funktioniert, wäre die Anpassung der Förderrichtlinien für die Jugendverbandsarbeit nach dem Kinder- und Jugendplan des Bundes. Ab 2016 war es nicht mehr notwendig, dass Jugendverbände Mitgliedsorganisationen in den neuen Bundesländern haben, um an der Förderung partizipieren zu können, vorher waren die damaligen Migrant*innenjugendverbände aus historischen Gründen faktisch von der Förderung ausgeschlossen, da sie keine Mitgliedsorganisationen in den neuen Bundesländern hatten, weil ihr Communities dort kaum vertreten waren.

Lydia

Es braucht unterschiedliche Ansätze auf verschiedenen strukturellen Ebenen mit unterschiedlichen Akteur*innen. Wir brauchen Empowerment- und Professionalisierungsangebote für migrantische Organisationen, von Initiativen bis hin zu Vereinen, die sich zu Trägern der Sozialen Arbeit weiterentwickeln wollen.

Sergio

Eine flächendeckende Beratungsstruktur, die von der öffentlichen Hand finanziert wird, wäre ein gutes Instrument. Dazu gibt es bereits positive Erfahrungen wie z.B. die Houses of Resources¹¹, aber auch auf Länderebene existieren ebenso solche Stellen, wie etwa bei Euch bei beramí, in Berlin beim Interkulturellen Kompetenz-netzwerk für Migrant*innenorganisationen (IKMO)¹² und in Nordrhein-Westfalen bei der Fachberatung MigrantInnenselbsthilfe vom Paritätischen¹³. Diese Erfahrung könnte in anderen Bereichen, außerhalb der Integrationsarbeit, repliziert werden. Eine solche Beratungsstelle sollte eine Schnittstelle zwischen den fördernden Stellen und den MSO sein. Damit wäre eine potenzielle Förderung vereinfacht. Die entscheidende Aufgabe dieser Stellen ist es aber vor allem ein Vertrauensverhältnis zwischen den beteiligten Personen herzustellen. Und dann kommen wir zu dem meistgeforderten Bedarf der Organisationen, nämlich dem (befristetem) Aufbau ihrer eigenen Strukturen. Sie waren sehr oft von der Förderung teilweise faktisch ausgeschlossen. Es kann sich dabei nicht um eine flächendeckende voraussetzungslose Förderung handeln, sondern um eine anfängliche Förderung, bei der nur Organisationen, die bestimmten Kriterien erfüllen (z.B. im sozialen Bereich tätig sind, qualifiziertes Personal haben, bestimmte Projekterfahrungen mitbringen etc.)

staerken/ausfuhrliche-ergebnisse-der-umfrage-unter-migrantinnenorganisationen/ [Letzter Zugriff: 31.01.2023]

11 Vgl. https://www.bamf.de/DE/Themen/Integration/Akteure/Ehrenamtliche/Interessierte/EhrenamtlichesEngagement/HousesOfResources/housesofresources_node.html [Letzter Zugriff: 31.01.2023]

12 Siehe: <https://ikmo-berlin.de/> [Letzter Zugriff: 28.02.2023]

13 Siehe: <https://bochum.paritaet-nrw.org/was-wir-machen/fachberatung-vor-ort/fachberatung-migrantenselbstorganisationen/> [Letzter Zugriff: 28.02.2023]

und eine konkrete mittel- und langfristige betriebswirtschaftliche Planung aufweisen, partizipieren. Hierzu hat es in den vergangenen Jahren vereinzelt Programme gegeben, zum Beispiel das Programm „Strukturelle Förderung von Migrant*innenorganisationen“ auf Bundesebene. Eine solche Implementierung von ähnlichen Programmen auf kommunaler Ebene könnte ein wichtiger Baustein sein. Anzustreben ist, dass nach einer Übergangsphase die Angebote der MSO in die Regelförderung der Sozialen Arbeit vor Ort überführt werden. Dafür ist eine enge Abstimmung mit den zuständigen Stellen notwendig. Für die Kommunen ist es außerdem wichtig, um ihren Aufgaben effektiv und inklusiv nachgehen zu können, dass sich die Diversität der Trägerschaft in den Angeboten widerspiegelt und sichergestellt wird, dass die Angebote von den jeweiligen Zielgruppen tatsächlich in Anspruch genommen werden. Grundsätzlich ist zudem eine weitgehende Abkehr von der nur jährlichen Förderung hin zu einer mehrjährigen Förderung geboten.

Wir müssen über Rassismus in unserer Gesellschaft sprechen.

Was ich allerdings an dem Konzept einer migrationsgesellschaftlichen Solidarität kritisiere, ist, dass es nicht auf die Gründe und Ursachen für migrationsbedingte Ungleichheitsverhältnisse eingeht. Wir müssen offen über rassistische Strukturen in unserer Gesellschaft sprechen und ganz offensiv Rassismen auf allen Ebenen thematisieren. Es müssen Fortbildungen für das Personal angeboten werden, sowohl bei den Verbänden als auch bei den Kommunen, sowie langfristige Pläne für die Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus entwickelt und umgesetzt werden. Ein stetiger Reflexionsprozess über die eigenen Strukturen muss vorangetrieben werden, um Diversitätsorientierung und Rassismusbewusstsein zu fördern. Das bedeutet ebenfalls, tiefer in die strukturelle Ebene zu schauen und zum Beispiel in Gremien und Personal Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte und/oder Rassismuserfahrung verstärkt zu ernennen bzw. einzustellen. Es braucht aber auch eine funktionierende Beratungs- und Beschwerdestruktur, die als Schnittstelle zwischen Antidiskriminierung und Sozialer Arbeit implementiert wird und der Organisationen bei vorhandenen Diskriminierungsvorkommnisse zur Seite steht.

Wir brauchen eine rassismuskritische Haltung, Wissen und Praktiken, die Teil der pädagogischen Profession sind

Lydia

Wir kommen als Gesellschaft nicht weiter, wenn wir nicht über Rassismus in seinen unterschiedlichen Formen und Ausprägungen sprechen. Endlich gibt es

ja auch den Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor¹⁴, um Ausmaß, Ursachen und Folgen von Rassismus in Deutschland zu erheben und zu analysieren. Wir brauchen eine empirische Rassismusforschung in Deutschland, um auch angemessene und nachhaltige Maßnahmen gegen strukturellen Rassismus und seine Folgen zu entwickeln und zu implementieren. Ganz spannend finde ich dabei, dass beim Diskriminierungs- und Rassismusmonitor auch der Frage nachgegangen wird, inwiefern Rassismus auch die gesamte Gesellschaft schwächt und welche ökonomischen, außenpolitischen oder strukturellen Auswirkungen Rassismus haben kann. Es geht uns alle an! Aber genauso wichtig ist, dass wir eine rassismuskritische Haltung, Wissen und Praktiken entwickeln, die Teil der pädagogischen Profession sind. Hier stimme ich der Forderung aus den Transfer-Impulsen zu.

Rassismuskritik ist bisher kein klar umrissener Ansatz, aber ein spannendes Themenfeld, wo sich Praxis und Theorie treffen. Wichtig finde ich hier auch die Rolle der Hochschulen: Wir brauchen mehr Forschung zu diesen Themen, welche die pädagogische Praxis im Blick hat. Wie gestalten wir rassismuskritische und diskriminierungssensible Bildungsangebote, Beratung usw.? Welche Qualitätsmerkmale sind zu beachten usw.? Natürlich ist es wichtig, eine kritische Haltung zu entwickeln, das eigene Handeln beständig zu reflektieren und widerständige Strategien zu entwickeln, aber wir brauchen auch ein gemeinsames Verständnis und Wissensbestände, die Teil der Profession sind. Wir müssen endlich in der Sozialen Arbeit und erst Recht in der öffentlichen Debatte die Kulturalisierung von Migrationsthemen und insbesondere von sozialen Problemen hinter uns lassen. Sie bietet einfache und bekannte Erklärungsmuster, die den Menschen nicht gerecht werden und nicht zu nachhaltigen Lösungen führen. Ich denke, die jetzige Generation und gerade Studierende haben ein anderes politisches Verständnis und werden dazu beitragen, unsere Gesellschaft solidarischer zu gestalten. Sie sind auch die Führungspersonen von morgen und das gibt Hoffnung.

14 Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) forscht zu Integration und Migration, zu Konsens und Konflikt, zu gesellschaftlicher Teilhabe und Vielfalt sowie zu Diskriminierung und Rassismus. Im Jahr 2020 wurde das DeZIM von der Bundesregierung beauftragt, die Ursachen, das Ausmaß und die Folgen von Rassismus in Deutschland zu untersuchen und auf Grundlage unterschiedlicher Datenquellen evidenzbasierte Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Zu diesem Zweck wurde der Nationale Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa) aufgebaut. <https://www.rassismusmonitor.de/> [Letzter Zugriff: 20.02.2023]

Literatur

- Alaows, Tareq/Baher, Adam/Ebert, Aninka/Morlaes, Llanquiray Painemal (2021): Kooperationen in der Migrationsgesellschaft. Machtkritische Ansätze für eine Zusammenarbeit in Ungleichverhältnissen. Berlin, 2021. https://www.ba-kd.de/fileadmin/bakd/veranstaltungen/2021/KoopMigration_web.pdf/ [Letzter Zugriff: 28.02.2023]
- Broden, Anne/Mecheril, Paul (Hrsg.) (2014): Solidarität in der Migrationsgesellschaft. Befragung einer normativen Grundlage. Migration, Macht, Bildung. Bielefeld: transcript.

Autor*innenverzeichnis

Monika Alisch, Dr. phil. habil., Dipl. Soziologin. Professorin für Sozialplanung, Sozialraum- und Gemeinwesenarbeit an der Hochschule Fulda, Fachbereich Sozialwesen. Leiterin des „Centre of Research for Society and Sustainability CeSSt“ der Hochschule Fulda. Leitung des Hessischen Promotionszentrum Soziale Arbeit. Forschungsgebiete: Sozialraum, Migration, alternde Gesellschaft, partizipative Forschung.

Teslihan Ayalp, M.A. Soziale Arbeit, Integrationsbeauftragte der Stadt Kassel, Mitglied des Kuratoriums des Instituts für Theorie und Empirie des Sozialen, ehemals Koordinatorin des hessischen Landesprogramms WIR (Wegweisende Integrationsansätze Realisieren)

Jan Benedix, M.A. Politikwissenschaftler, ehemals Geschäftsführer des Ausländerbeirats im Zukunftsbüro der Stadt Kassel, Leiter der Kommunalen Arbeitsförderung der Stadt Kassel, derzeit freigestellter Personalrat im Gesamtpersonalrat der Stadt Kassel u.a. mit den Schwerpunkten „Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen“, „Fort- und Weiterbildungsberatung“, „Diversity Kompetenz“, „Arbeitsmarktprojekte“

Sina Conradi, Sozialwissenschaftlerin mit Schwerpunkt Interkulturelle Beziehungen (HS Fulda), MA Soziale Arbeit (EAH Jena), Sozialarbeiterin in der Gemeinwesenarbeit im Fuldaer Stadtteil Südend, Koordinatorin des Chancenspatenschaftsprojekts des AWO Kreisverbands Fulda e. V.

Sergio Andrés Cortés Núñez, Dipl. Politologe, seit 2009 Mitarbeiter beim Deutschen Paritätischen Gesamtverband mit dem Schwerpunkt Zusammenarbeit mit Migrant*innenorganisationen. Leiter mehrere EU-Projekte zur Qualifizierung von Migrant*innenorganisationen. Betreuung und Begleitung von Integrationsprojekten des Bundesministeriums des Innern.

Anke Freuwört, M.A., Sozialwissenschaftlerin. Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Georg-August-Universität Göttingen, Institut für Soziologie. Promovendin an der Universität Kassel. Forschungsgebiete: Migration, Demokratie und politische Partizipation, Migrant:innenselbstorganisationen und Beiräte.

Diana Helfrich, seit 2020 pädagog. Mitarbeiterin im Chancen-Patenschaftsprojekt, 2018-2020 Aufbau und Leitung einer Gemeinschaftsunterkunft für alleinreisende und alleinerziehende Frauen im Landkreis Fulda, 2015-2018 Sozialbetreuung Asyl in Stadt und Landkreis Fulda

Katja Jepkens, Diplom-Sozialpädagogin/Sozialarbeiterin, M.A. Soziale Arbeit, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Düsseldorf. Forschungsgebiete: Nutzer*innenperspektive in der Sozialen Arbeit, Engagement und Teilhabe

Lydia Mesgina, Studium der Erziehungswissenschaft an der Johann Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main. Projektleitung im Arbeitsfeld „zivilgesellschaftliches Engagement und Partizipation“ bei berami berufliche Integration

Linda Kalb-Müller, Sozialpädagogin MA, Schwerpunkt „Sozialraumentwicklung und –organisation“, Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Fulda e.V., Gemeinwesenkoordinatorin, seit 2022 Bereichsleitung der AWO Begegnungsorte in Stadt und Landkreis Fulda und angegliederter Projekte (Chancen-Patenschaft, Stadtteilmütter, Starke Väter, Kaufhaus mit Herz, Generationenhilfe. MiA Kurse, etc.).

Karin Mackevics, M.A. Soziologie, M.A. Sozialmanagement. Geschäftsführerin des Vereins zur pädagogischen Arbeit mit Kindern aus Zuwandererfamilien (VPAK) e.V.

Peggy Niering, M.A. Ethnologin, Sachgebietsleiterin Sozialplanung in der gleichnamigen Abteilung des Sozialamts der Stadt Kassel. Ein Arbeitsbereich des Sachgebietes ist die Förderung und Weiterentwicklung Bürgerschaftlichen Engagements unter Berücksichtigung gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen, insbesondere auf der Ebene von Quartieren und Stadtteilen.

Anne van Rießen, Dr. phil., Dipl. Sozialarbeiterin, Professorin für Methoden Sozialer Arbeit an der Hochschule Düsseldorf, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften. Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte: Partizipation und Demokratisierung Sozialer Arbeit, Nutzer:innenforschung, Sozialraumbezogene Soziale Arbeit.

Antonia Rösner, M.A. Internationale Studien / Friedens- und Konfliktforschung an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Koordination des WIR-Vielfaltszentrums im Rahmen des hessischen Landesprogramms WIR, Schwerpunkt „Vielfaltsorientierte Öffnung“ Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Fachdienst Migration Asyl.

Lisa Scholten, M.A. Soziologie, B.A. Soziale Arbeit/Sozialpädagogik, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule Düsseldorf, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften. Forschungsschwerpunkte: sozialräumliche und partizipative Forschung, Engagement. Sozialarbeiterin in der Quartiersarbeit.

Jens Vogler, Dr. phil., M.A. Psychosoziale Beratung und Recht, Dipl. Sozialpädagoge. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Fulda. Forschungsgebiete: Professionelles Handeln in der Migrationsgesellschaft, Beratung und das Verhältnis Soziale Arbeit zum freiwilligen Engagement

Manuela Westphal, Dr. phil., Dipl. Erziehungswissenschaften, Professorin für Sozialisation mit Schwerpunkt Migration und interkulturelle Bildung an der Universität Kassel. Mitglied u.a. im Forschungsverbund für Sozialrecht und Sozialpolitik der Hochschule Fulda und Universität Kassel. Forschungsgebiete: Familie, Elternschaft, Transnationalität, Intersektionalität und Teilhabe



Jürgen Beushausen

Traumata in familiären Kontexten

Hinweise für die Traumaberatung

2023 • 162 Seiten • kart. • 18,90 € (D) • 19,50 € (A)
ISBN 978-3-8474-2725-4 • eISBN 978-3-8474-1896-2

Der Umgang mit traumatisierten Personen – in vielen psychosozialen Arbeitsfeldern gehört das zum Berufsalltag. Die Notwendigkeit, wichtige Personen, insbesondere Familienangehörige, in die Beratung einzubeziehen, bildet die Grundannahme dieses Buchs. Der Autor stellt typische familiäre Problemmuster vor und erörtert verschiedene Interventionsebenen: die Psychoedukation, die akuten Hilfen, die Krisenintervention, die Stabilisierung und die Emotionsregulierung. Der Band bietet damit eine kompakte Einführung für Studierende und psychosoziale Fachkräfte.

www.shop.budrich.de

Wie verändern Migrationsprozesse die Soziale Arbeit? Welche Rolle spielt freiwilliges Engagement dabei? Kommunale Migrationsarbeit, professionelle Akteur*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen wird eine hohe Bedeutung zugesprochen – auch den migrantischen (Selbst-)Organisationen. Deren Wechselwirkungen im sozialräumlichen Kontext sind Thema der Beiträge dieses Bandes. Die Beiträge von Wissenschaftler*innen und Vertreter*innen der Praxis kommunaler Migrationsarbeit analysieren die Beziehungen zwischen Sozialarbeiter*innen, Engagierten und Zugewanderten und fragen danach, wie Diversität im Gemeinwesen gelingt. Die Autor*innen stellen empirische Forschungsergebnisse sowie Erfahrungen der Praxis kommunaler Migrationsarbeit vor und formulieren Konsequenzen für eine transformative Soziale Arbeit.

Die Herausgeber*innen:

Dr. Jens Vogler, Postdoc am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Fulda

Prof. Dr. habil. Monika Alisch, Professorin für Sozialraumbezogene Soziale Arbeit / Gemeinwesenarbeit und Sozialplanung am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Fulda

Prof. Dr. Manuela Westphal, Professorin für Sozialisation mit dem Schwerpunkt Migration und interkultureller Bildung am Institut für Sozialwesen der Universität Kassel

ISBN 978-3-8474-2744-5



www.budrich.de